DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 2 / 45. Jahrgang
7. Januar 1991
4,50 DM

Geld und Politik
Der Fall Späth



BAILEYS.

ZEIT FÜR GEFÜHLE.

Baileys Original Irish Cream.

Sinnlich und unwiderstehlich.



Hausmitteilung Betr.: Endlager, Schalck-Golodkowski

Wohin mit dem Atommüll? Die Frage stellt sich, noch immer ungelöst, aller Welt, aber den Amerikanern besonders dramatisch: 70 000 Tonnen hochradioaktiver Abfälle aus 45 Jahren militärischer und ziviler Produktion suchen ihr Endlager. SPIEGEL-Redakteur Helmut Sorge hat mehrere Wochen lang die Probleme in den USA recherchiert – im Reaktorpark Hanford im Nordwesten des Landes wie bei Experten im Kongreß zu Washington und in Las Vegas. Mit Begleiter Darwin Morgan von der Atombehörde bestieg er Yucca Mountain, den "teuersten Berg der Welt", in dem für mindestens acht Milliarden Dollar bis zum Jahr 2010 das endgültige Endlager entstehen soll – wenn der Bundesstaat Nevada mit seiner Klage gegen das Projekt nicht durchkommt (Seite 80).


Morgan, Sorge auf Yucca Mountain

+

"Boß jenes Mafia-Syndikats, das die SED auf die übelste Weise durch Schmuggel, Waffenhandel, Prostitution, Steuerhinterziehung, Bestechung und Wirtschaftsverbrechen aller Art mit Geld versorgt hat" – so nannte Konrad Weiss vom Bündnis 90 Honeckers einstigen Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski, nachdem der sich letzte Woche im ARD-"Brennpunkt" zu seiner DDR-Tätigkeit geäußert hatte.

Den ganzen Umfang dieser Tätigkeit hatte, Ende November 1989, erstmals der SPIEGEL durchleuchtet. Sein Bericht machte in der DDR Furore und beschleunigte Schalcks Abgang. Im Fernseh-Interview sprach Schalck nun – "ohne da überhaupt die Zeitschrift mitzubewerten" – von "furchtbaren Unterstellungen" und von seiner Enttäuschung über "Personen, die mir den Schutz, den sie mir versprochen hatten, nicht eingehalten haben". Er bejahte die Interviewer-Frage, ob er damals an Selbstmord gedacht habe; allerdings sei "dieser Gedanke dann mit Hilfe meines Strafverteidigers, mit Hilfe redlicher Christenmenschen relativ schnell überwunden worden".

"Undurchdringlich" fand die *FAZ* Schalcks "bittersüßes Lächeln" beim TV-Auftritt. Und auch so etwas tat er kund: "Ständig" bewege ihn die Frage, "was ist Wahrheit, und was ist nicht Wahrheit".

INHALT

Friedenszeichen aus Bagdad
Seite 18



Alpha Jets

Nur mit „äußerstem Widerwillen" kam die Regierung in Bonn dem Wunsch Ankaras nach und entsandte 18 Alpha Jets in das türkisch-irakische Grenzgebiet. Allerdings wuchs in Bonn die Hoffnung, der Krieg in Mittelost könne doch noch vermieden werden. Kohl und Genscher halten sich zugute, daß der Druck der EG auf Washington dazu beitrug, „der Diplomatie und dem Frieden noch eine Chance" zu geben.

Lothar Späth – Reisen zum Nulltarif
Seite 28



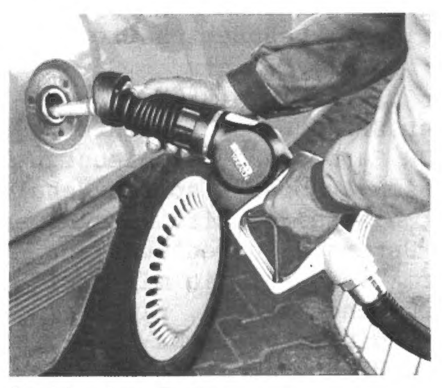
Späth

Tochter Daniela machte auf Kosten der SEL Reiterferien, die Familie ließ sich von dem Unternehmen zu zwei Ägäis-Segeltörns einladen: Lothar Späth ließ lieber andere seine Reisen bezahlen. Ob bei privaten Trips oder Fahrten für die Partei – das Cleverle nahm allzugern, allzuoft die Dienste der heimischen Unternehmerschaft in Anspruch.

Blüm braucht 20 Milliarden
Seite 23

Arbeitsminister Norbert Blüm riskiert einen ernsten Konflikt mit der FDP: Er will das Problem Pflegekosten über eine neue Sozialversicherung lösen. „Traumtänzerei", sagt FDP-Chef Lambsdorff. Für die Pflegeversicherung werden etwa 20 Milliarden Mark gebraucht.

Benzin um 30 Pfennig teurer?
Seite 21



Autofahrer beim Tanken

Trotz aller Dementis – die Bonner Koalition plant eine kräftige Erhöhung der Mineralölsteuer. Zur Debatte stehen zwei Vorschläge von Noch-Verkehrsminister Zimmermann: eine Anhebung um 20 Pfennig, deren Aufkommen das DDR-Verkehrsnetz sanieren soll, oder eine um 30 Pfennig – zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs, zu Lasten des Autos.

„Um jede Mark betteln"
Seiten 40, 45

Tausende von ostdeutschen Regimegegnern fühlen sich von Bonn geprellt: Der Einigungsvertrag sieht für sie weder Rehabilitierung noch Wiedergutmachung vor. Die SED- und Stasi-Opfer, klagt Ex-Dissident Wolfgang Templin, müssen „noch um jede Mark betteln".

Baltische Republik Königsberg? Seite 124

Das sowjetische Kaliningrad, 45 Jahre lang Sperrgebiet, will nach seiner Öffnung Drehscheibe an der Ostsee und womöglich eine eigene baltische Republik werden. Vor allem die Sowjetdeutschen zieht es jetzt nach Ostpreußen, in das frühere Königsberg.

Ruinöse Straßenschäden durch Lkw Seite 69

Lastwagen, so zeigen Untersuchungen britischer Ingenieure, richten weitaus schlimmere Straßenschäden an, als bislang angenommen wurde: Ein einziger 40-Tonnen-Laster wirkt so zerstörerisch auf die Rollbahnen wie 163 840 Personenwagen.



Lkw auf der Autobahn

Das Problem der Einzelkinder Seite 166



Einzelkind Genscher

Sie gelten als egoistischer und unsozialer, aber auch als klüger und ehrgeiziger: Einzelkinder haben es nach landläufiger Meinung leichter im Leben. Eine Untersuchung zeigt, daß dies nicht stimmt. Kinder, die allein aufwachsen, orientieren sich zwar stärker an den Verhaltensweisen der Eltern, sonst ist ihre Entwicklung aber mit der von Geschwistern zu vergleichen. Mit einem Unterschied: Ein Leben lang müssen sie gegen das Vorurteil ankämpfen, ein Einzelkind zu sein.

Kaputt in Hollywood Seite 154

Ihre Mutter war ein Filmstar, ihr Vater ein berühmter Sänger, ihre eigene Filmkarriere begann, als sie ein Teenager war. Doch Carrie Fisher litt am Leben in Hollywood, wurde süchtig nach Kokain und starb fast daran. Als Therapie schrieb sie einen autobiographischen Roman – der jetzt, mit Meryl Streep in der Hauptrolle, verfilmt wurde.



Carrie Fisher, Meryl Streep

„Becker nicht in einen Glaskäfig sperren" Seite 132

Wird Boris Becker in diesem Jahr die Nummer eins der Tennisweltrangliste? Auf dem Weg dorthin will ihn sein Trainer Bob Brett „nicht in einen Glaskäfig sperren". Im SPIEGEL-Gespräch verrät Brett: „Gegen Becker würde ich nur im Schach, Golf oder Marathon antreten."

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Die frohe Botschaft des Papstes

Basler Zeitung

Verklemmt und bösartig

(Nr. 52/1990, SPIEGEL-Titel: Der Papst gegen Pillen und Kondome)

Da versucht doch so ein Typ die Spielregeln aufzustellen für ein Spiel, das er gar nicht mitspielen darf. Irre!

Köln LUDWIG LOEB

Der Papst gehört gestürzt!

Köln JOACHIM N. DREETZ

Brauchen wir überhaupt noch einen Papst? Ich meine nein!

La Chaux-de Fonds (Schweiz)
DETLEF-HARRO SCHMIDT

Selten hat mich, regelmäßiger SPIEGEL-Leser seit 20 Jahren, eine Titelgeschichte so wütend gemacht. Das Ärgerliche daran ist vor allem die Tatsache, daß Sie dem mammophoben Fruchtbarkeitspriester aus Rom überhaupt die Ehre antun, seine verquere Gedankenwelt darzustellen.

Essen HERBERT W. RAAB

Als Anhänger vormittelalterlicher Denkweisen sollte den Alten in Rom eine adäquate Strafe treffen: An den Pranger mit ihm, auf dem Petersplatz vor einer Bildfolge verhungernder Menschen aus den Problemzonen der Erde!

Cuxhaven (Nieders.)
HEINRICH WEISSKOPF

Was ist gegen Liebe, Lust und Leidenschaft zu sagen? Wenn die Amtsträger der Kirche dies genießen dürften, würden sie es nicht als teuflisches Laster in den Schmutz ziehen.

Bonn LILO PATT-KRAHE

Man sollte zum ominösen Bibelwort „Seid fruchtbar und mehret Euch, erfüllet die Erde“ die Fundstelle angeben (1. Mose 9,1). So sprach Gott zu Noah und seinen Söhnen (und zu den Tieren in der Arche Noah wohl auch). Doch das war nach der Sintflut, und die Erde war wüst und leer. Fazit: Diesen biblischen Auftrag haben die Nachkommen Noahs erfüllt und übererfüllt, jetzt müßten andere biblische Aufträge eingelöst werden.

Ehrenkirchen (Bad.-Württ.)
PROF. DR. HERTHA STURM

Glauben Sie denn wirklich, Ihre neueste Veröffentlichung über dieses brisante Thema könne dazu beitragen, die katholische Kirche zum Umdenken und Katecheten sowie die katholischen Laien zum notwendigen gemeinsamen Protest gegen die gegenwärtigen Moral- und Sexualdogmen der Kirche zu veranlassen? Allein schon Ihr Titelbild „Papst mit Teufelskopfkondom“ ist als wahrer Gipfel der Geschmacklosigkeit in trauriger Form kontraproduktiv.

Lahr (Bad.-Württ.) CLIVE GRAHAM

Pfui-Teufel zum Titelbild Ihrer Weihnachtsausgabe!

Rheydt (NRW) HERBERT SCHILLINGS

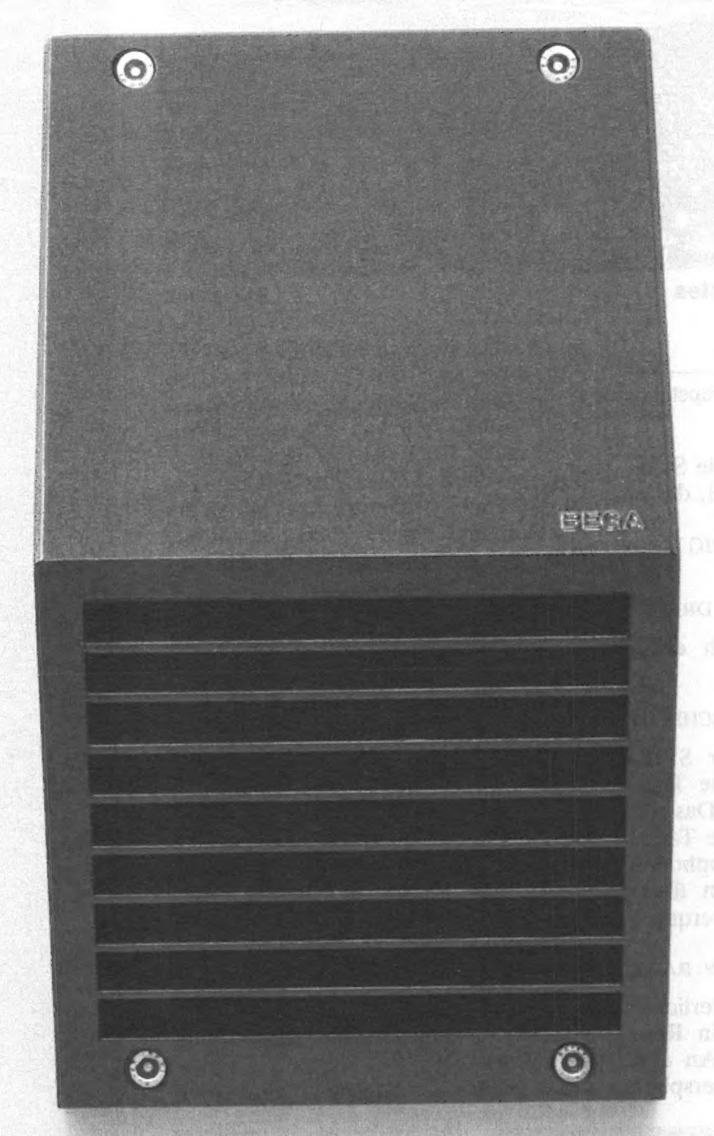
SPIEGEL 52/1990
Adäquate Strafe

Ihr Artikel ist ein maßloser Frevel an Gott selbst, denn Kritik am Papst ist Kritik an Gott. Kein Mensch darf sich anmaßen, ein einziges Gebot Gottes zu belächeln, wer dies trotzdem tut, ist ein Satansdiener.

Bozen (Italien)
HERMANN HITTHALTER

Um auf Ihr reißerisches Eingangsszenario einzugehen: Hier stimmt vorne und hinten nichts. Der Vergleich mit kommunisti-


Schlicht.


BEGA

schen Diktaturen ist sogar geschmacklos. Wir leben in einer freien Gesellschaft. Es kann jeder aus der Kirche austreten, wenn er sich nicht mehr mit ihr identifiziert.

Geisenheim (Hessen) FRANZ HILLEBRAND

Was Sie in der Weihnachtsnummer des SPIEGEL schon im Titelbild über den Papst bieten, sprengt alle negativen Rekorde und bestätigt mich in meiner Einschätzung Ihres SPIEGEL als moralische Kloake von allerschlechtester Nazi-*Stürmer*-Machart. So ein dreckiges Schmierblatt möchte ich nicht einmal zum Arschputzen hernehmen.

Königstein (Bayern) ALBERT BEYER
Kath. Pfarrer

Ihr Titelbild beweist wieder einmal mehr: Sie geben das größte Dreckblatt heraus, das ich kenne. Man muß Ihnen dieses Heft um die Ohren schlagen. Von religiösen Gefühlen ahnen Sie nichts.

Dortmund RUDOLF EPPIG

Es ist verhängnisvoll, daß die öffentliche Moral von offensichtlich sexuell verklemmten, bösartig gewordenen Männern gemacht wird, die ihre verdrängten Emotionen anderen aufzuzwingen trachten. Eigentlich kann man nur sagen, Gnade uns Gott trotz allem, was Kirche auch positiv bewirkt.

Braunschweig JÜRGEN PETERS

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Titelbild! Können Sie nicht ein Poster davon machen? Es würde bestimmt gut ankommen. Zu dem dazugehörenden Artikel: Mehr davon!

Löhne (Nrdrh.-Westf.)
ELISABETH KOUTOGIORGAS

Würde neues menschliches Leben auf nicht-sexuelle Weise entstehen, wäre der katholischen Kirche sein Schutz wohl ziemlich gleichgültig.

Friedrichsdorf/Hessen
MICHAEL WOTER

Erschossene Ideale

(Nr. 51/1990, Amnestie: Straffreiheit für Mauermörder?)

Wenn Honecker, Mielke und ihre Blockpartei-Funktionäre – inklusive Schalck-Golodkowski – für Mord, Totschlag, Erpressung, Nötigung, Raub und Bereicherung amnestiert werden sollen, dann würde hier der erste Persil-Schein für den Partei-Politiker-Raub-Staat ausgestellt.

Meschede (Nrdrh.-Westf.)
DR. HANS-DIETER FIEDLER

Es gibt nur eine Lösung: Die Oberbonzen von gestern müssen in den Knast.

Berlin ULRICH WAGNER

Welchen Sinn hat eine gerichtliche Verurteilung und eine nachfolgende Gefängnishaft? Werden die Menschen dadurch besser; werden die Wunden dadurch geheilt, die sie geschlagen? Und gerade bei Leuten wie Erich Honecker ist die Strafe längst eingetreten, schon vor sehr langer Zeit. Denn irgendwann einmal müssen sie doch ihre Ideale in sich selbst erschossen haben. Und wäre es nicht die Aufgabe eines humanen Staates, den Versuch zu unternehmen, die Überreste des „Guten" in diesen Leuten zu suchen und zu fördern?

Berlin KAI-INGO NEUMANN

Die DDR-Vergangenheit ließe sich strafrechtlich nur mit äußerster Mühe



Maueropfer Peter Fechter (1962): Die Strafe ist längst eingetreten

aufarbeiten. Schon dieser praktische Gesichtspunkt verlangt eine Generalamnestie. Dies kann man auch als Westdeutscher vertreten, der nicht unter dem SED-Regime gelitten hat. Man kann sogar den Opfern sagen, daß es wichtiger ist, sie vor neuem Unrecht zu schützen, als Rachegelüste zu befriedigen.

Winterlingen (Bad.-Württ.) HELMUT MAIER

Vor Freude errötet

(Nr. 52/1990, Bundeswehr: Gerd Schmückle über die nötige Neugliederung der gesamtdeutschen Armee)

Jawohl, Herr Schmückle, ich gebe es zu: Während meine Klassenkameraden Wehr- oder Zivildienst geleistet haben, habe ich angefangen zu studieren. Aber was war, als ich mit Studium und Promotion fertig war? Da stellte ich fest, daß ich mich für viele Jahre, wenn nicht für immer, entscheiden muß zwischen einer meiner Qualifikation entsprechenden Tätigkeit und Kindern. Ich habe mich für Kinder entschieden und bin nun seit vier Jahren hauptberuflich mit ihnen, nebenberuflich mit Informatik beschäftigt. Wieso hätte ich da meinen „Wunsch nach Gleichberechtigung" auch noch durch eine Hilfstätigkeit im Krankenhaus oder Altersheim verdeutlichen sollen?

Minden (Nrdrh.-Westf.)
DR. UTE FINCKH
Dipl.-Mathematikerin

„Neue Lösungen" auf der Grundlage des demokratiefeindlichen, blut- und tränentriefenden Zwangsdienstopfers sind keine, sondern lediglich Perpetuierung alter Probleme und Bedürfnisse. Das scheint sich inzwischen sogar in deutschen Amtsstuben herumzusprechen (vgl. SPIEGEL-Panorama, Seite 16, in Heft 51/1990).

Bremen GÜNTER KNEBEL
Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Des Generals Hanswurstiade findet ihren Höhepunkt in der kaiserlich-preußischen Vorstellung, daß die Männer in (grüne oder weiße) Uniform und die Frauen in die gottgewollt-weiblichen Pflegedienste gehören: Florence Nightingale, ick hör' dir trapsen . . .

Langenfeld (Nrdrh.-Westf.) MARTIN RATH

Na brav. Da hat sich doch jemand wirklich eingehend Gedanken gemacht. Ich bin erstaunt, zu welcher Geistesgröße ein General a. D. fähig ist. Katastrophen, ökologische Verwüstung und Pflegenotstand – kein Problem mehr. Alles und jeder wird zwangsverpflichtet, endlich auch die Frauen. Noch ein Vorschlag zur Ergänzung: Wie wäre es mit einer Dienstpflicht für Ruheständler?

Köln INGO REIM

Wichtig erscheint mir aber vor allem, auf das zentrale Argument – vom Schmückle natürlich mit keinem Wort erwähnt – in allen Diskussionen über eine allgemeine Dienstpflicht hinzuweisen: Das Grundgesetz verbietet sie ausdrücklich und kategorisch. Mit gutem Grund. Denn alle Vorstellungen einer Dienstpflicht knüpfen historisch an die verbrecherischen Zwangsverpflichtungen und Dienstpflichten der Nazis an. Das Grundgesetz ist die bewußte und deutliche Antwort auf den Nationalsozialismus und verbietet deshalb alle Formen einer Dienstpflicht, weil sie einem demokratischen Land im Frieden widersprechen.

Stuttgart STEFAN PHILIPP
Stellvertretender Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen

Die Art, wie Herr Schmückle sich eine „Allgemeine Dienstpflicht" vorstellt, unterstützt das typische Rollenklischee: Männer erledigen die „harte" Arbeit, Frauen werden im sozialen Bereich eingesetzt. Sollte sich, was ich nicht hoffe, tatsächlich das Vorhaben einer Dienstverpflichtung für Männer und Frauen realisieren, so müßte wenigstens dann die Chancengleichheit gewährleistet und Frauen wie Männern die Möglichkeit offengehalten sein, in einem Bereich ihrer Wahl den Dienst abzuleisten. Sollte man etwa Parallelen zu einer Zeit vor etwa 50 Jahren entdecken können?

Minden (Nrdrh.-Westf.) CORINNA FRESE

Was General a. D. Gerd Schmückle, der einen Ruf als Querdenker des militärischen Establishments zu verlieren hat, zur Umgestaltung der Bundeswehr vorschlägt, läßt das Herz jedes Pazifisten höher schlagen und grüne Köpfe reihum vor Freude erröten: Umwandlung der Bundeswehr in eine Ökotruppe, wenn schon nicht Schwerter zu Pflugscharen, so doch Gewehre zu Spaten.

Wenn ich diesen Vorschlag trotzdem für sehr bedenklich halte, hängt dies mit den Folgen zusammen, die seine Verwirklichung für das ökologische Bewußtsein haben wird. Eine ökologische Eingreiftruppe ist der archetypische „technological fix": Staub- und Dioxinfilter an Müllverbrennungsanlagen statt Müllvermeidung, Schallschutzfenster an verkehrsreichen Straßen statt Rückentwicklung des Individualverkehrs, mehr Dialysegeräte und mehr Nierenverpflanzungen statt Verzicht auf Cadmium in der industriellen Produktion. Sie sorgt dafür, daß der Bürger also die – menschengemachten, nicht naturbedingten – Risiken und Verheerungen der industriellen Produktionsweise leichter akzeptiert.

München LOTHAR MAYER
Mitglied der E. F. Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie

Bereit für Deutschland

Vorwärts

Zwingende Logik

(Nr. 51/1990, Autoindustrie: SPIEGEL-Gespräch mit VW-Chef Carl Hahn über den Einstieg bei Škoda)

VW-Chef Carl Hahn, dessen Vater angeblich noch tschechisch sprach, müßte eigentlich wissen: „Škoda" ist ein schicksalträchtiges Wort und heißt zu deutsch soviel wie „Schaden". Schon einmal hat ein Deutscher nach den Škoda-Werken gegriffen; er hieß Adolf Hitler und hatte am Ende großen Schaden davongetragen

(und angerichtet). Möge Herrn Hahn eine glücklichere Hand beschieden sein. Doch um eine zwingende Logik kommt auch er nicht herum: Für jeden „Škoda“, den er auf westlichen Märkten absetzt, verkauft er einen Polo, Golf, Passat . . . weniger.

Schwäbisch Gmünd (Bad.-Württ.) RUDOLF PREISSLER

Ich empfehle Herrn Hahn, stärker in die technische Weiterentwicklung des Volkswagen zu investieren, anstatt den Markt mit mittelmäßigen Wagen zu überfluten. Die weiterentwickelten und preiswerteren Autos von Opel (Vectra) und Nissan (Primera) sollten ein Warnsignal für ihn sein.

Thouaré (Frankreich) GERHARD GOLLER

Psychisch belastend

(Nr. 52/1990, Schulen: Streit ums 13. Jahr)

Klarheit des Denkens, Kritikfähigkeit, Bereitschaft zur Teilnahme am öffentlichen Leben, soziale Sensibilität, Kreativität, ästhetische Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Nachdenklichkeit – diese und andere Lernziele bestimmen den pädagogischen Sinn des Unterrichts auf der gymnasialen Oberstufe. Wer deren Verkürzung betreibt, leistet einem anderen Menschenbild Vorschub: gehorsamer Untertan, funktionierende Arbeitskraft, williger Konsument.

Rinteln (Nieders.) WILFRIED KLUTE
Studiendirektor

Die Herren Politiker haben sich entlarvt. Schule hat für sie einzig und allein eine Daseinsberechtigung als Kaderschmiede für die Wirtschaft. Der Mensch hat gefälligst dem Kapitalismus zu dienen. Schule soll nicht zu besseren Menschen führen, sondern zu besseren Maschinen. Es interessiert einzig und allein, wie lange es braucht, um aus einem Kind einen brauchbaren Angestellten zu machen. Sieht man Schule als Schule fürs Leben, dann müßte sie eher auf 14 Jahre verlängert werden.

Frankfurt/Main TIM WEBER
Schüler

Viele Untersuchungen weisen hinreichend nach, wie psychisch belastend bis zerstörend unser Schulsystem längst für eine Mehrheit der SchülerInnen geworden ist. Würde man vom Kindergartenalter an auf Erkenntnisgewinn anstatt auf die für die Schüler meist sinnlose Wissenanhäufung setzen, würde dies den Kindern ermöglichen, wissenschaftlich und forschend zu lernen und Qualifikationen zu erwerben, die sie die „Schlüsselprobleme“ unserer Zeit begreifen und vielleicht auch lösen lassen. Gerade das verhindert aber unser derzeitiges Schulsystem.

Bremen PROF. DR. GEORG FEUSER
Universität Bremen

Unverzichtbarer Schwung

(Nr. 51/1990, Gerichtsvollzieher: Ostdeutschland vor einer Pfändungswelle)

Es war vorauszusehen, daß durch den Konsumrausch, der die neuen Bundesbürger nach Einführung der D-Mark erfaßt hat, die Verschuldung ganzer Bevölkerungsteile so gravierend zunimmt, daß ohne ein funktionierendes Zwangsvollstreckungsrecht die Wirtschaft enormen Schaden erleiden muß. Die breite Öffentlichkeit ist auch in den alten Bundesländern nicht hinreichend informiert, daß ein erstrittener Zahlungstitel noch lange nicht geldwerte Leistung des Schuldners bedeutet. Dies durchzusetzen ist ohne ein organisiertes Gerichtsvollzieherwesen nicht denkbar. Der Gerichtsvollzieher ist ein unverzichtbarer Teil einer florierenden Wirtschaft. Mir ist bekannt, daß in Rheinland-Pfalz etliche geprüfte Beamte des mittleren Justizdienstes bereit wären, auf dem Gerichtsvollziehersektor in den neuen Bundesländern Aufbauhilfe zu leisten. Man sollte über die Justizverwaltungen der Länder diese Bereitschaft aufgreifen und entsprechende Voraussetzungen schaffen. Denn ohne dieses wichtige Glied in der Kette kommt die Wirtschaft nicht in Schwung.

Bendorf (Rhld.-Pf.) GÜNTER MAYER
Obergerichtsvollzieher

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein
CHEFREDAKTION
Dr. Werner Funk, Hans Werner Kilz
REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Jan Fleischhauer, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Brigitta Huhnke, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Uwe Klußmann, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Olaf Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Gabor Steingart, Hans Gerhard Stephani, Günther Stokkinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Willi Winkler, Helene Zuber
REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser-Stienen, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Matthias Matussek, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Rainer Pörtner, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, W-1000 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telefax 261 6503; Kronenstraße 70, O-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Am Bahnhofsvorplatz 1, O-5010 Erfurt, Tel. 511 51, Telex 61 243 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Karen Andresen, Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Kiel: Manfred Ertel, Niemannsweg 18, 2300 Kiel, Tel. 56 30 66, Telefax 56 27 48 · Leipzig: Clemens Höges, Lutz Spenneberg, Käthe-Kollwitz-Straße 115, O-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Stephan Lebert, Dr. Joachim Reimann, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 269 09 36, Telefax 266 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telex 22 736 · Prag: Senovážné nám. 16, 11 000 Prag, Tel. 22 83 12 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41, Telefax 52 99 97 · Warschau: Polnastraße 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Theobaldgasse 9/7, 1060 Wien, Tel. 587 3433, Telefax 587 3433

ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Christiane Gehner, Rüdiger Heinrich, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Chris Riewerts, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht
SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Golfkrise (S. 18), Steuern, Flüchtlinge: Dr. Gerhard Spörl; für Gesundheitspolitik, Arzneimittel, Affären, Firmen-Aufkäufer, Ricke-Interview, Computerindustrie, Trends, Banken, Spanien, Luftfahrt, Unternehmen: Dr. Wolfgang Kaden; für Wissenschaft, Momper-Interview, Wiedergutmachung, Wintersport, Soja, Abgeordnete, Wahlen, Waffen, Energie: Ulrich Schwarz; für Golfkrise (S. 112), Koppel-Interview, Jordanien, Sowjetunion, Panorama Ausland, Albanien, USA, Namibia: Dr. Romain Leick; für Brett-Gespräch, Fußball: Alfred Weinzierl; für Verkehr, Umwelt, Rebhühner: Klaus Franke; für Szene, Autoren, Bestseller, Stars: Dr. Hellmuth Karasek; für Erziehung, Spectrum, Abenteuerserie, Fernsehen: Karl-Otto Saur; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Rolf Becker (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Hartmut Behnke, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Andrea Volkmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner, Peter Zobel

BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann

NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Karl Dietrich Seikel, Burkhard Voges

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald


PULLOVER
MODE
MONTE
CARLO
MODE MONTE CARLO VON EHR GMBH
D-7880 BAD SÄCKINGEN

Datenfundus Dora

In einer wahren Fundgrube wühlt derzeit die westdeutsche Polizei, die ihre Computer-Fahndungsdatei Inpol mit „kriminalistisch relevanten“ Daten aus der Ex-DDR füttern soll. Im Auftrag der Innenminister prüfen Polizeiexperten, wie die gewaltigen Datenmengen aus dem ostdeutschen Fahndungssystem Dora in Inpol integriert werden können, ohne rechtsstaatliche Grundsätze zu verletzen. In Einwohnermeldeämtern und auf Versicherungspolicen, in Gerichts- und Polizeiakten waren DDR-Bürger mit einer stets einheitlichen Personenkennzahl eingetragen. Dadurch sei es möglich, so heißt es in einer Vorlage der Innenministerkonferenz, alle „über eine Person vorhandenen Daten“ abzurufen. Von rund 500 000 ehemaligen DDR-Bürgern verzeichnet Dora die „vollständigen meldepolizeilichen Daten, alle begangenen Straftaten mit Aktennachweis und gerichtlichen Entscheidungen“. Auch „detaillierte Angaben“ zur Charakteristik von 200 000 Straftätern („Fertigkeiten, Spezialkenntnisse“) sind vorhanden. 36 Gruppen umfaßt die aus Staatssicherheitskarteien bekannte Unterteilung nach „anthropologischen Merkmalen“ und „Tätowierungen“. Die Fingerabdrücke von knapp einem Prozent der Ex-DDR-Bürger sind registriert, die Vorgehensweisen der Straftäter in mehr als 120 „Merkmalsgruppen“ aufgeschlüsselt. Die „Vermischung polizeilicher, verwaltungsmäßiger und justizieller Daten“ erschwert, so die Ansicht der westlichen Sicherheitsexperten, die Übernahme der Ost-Datei Dora ins West-System Inpol.

Trend nach rechts

Bei bundesdeutschen Jugendlichen schleichen sich immer stärker deutschnationale Töne ein. Das ist das Ergebnis der „Jugendumfrage 1990“, die das Münchner Sinus-Institut für die Bundeswehr im letzten Jahr unter männlichen 16- bis 18jährigen in den alten Bundesländern durchgeführt hat. Danach bekannten 57 Prozent der Befragten: „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“ (im Jahr zuvor: 52 Prozent). Am ausgeprägtesten ist der Nationalstolz (88 Prozent) bei denjenigen, die sich freiwillig zur Bundeswehr melden wollten. Ihnen attestieren die Sinus-Forscher positive Einstellung „zum Soldatsein, aber auch die verstärkte Neigung zu rechten und rechtsextremen Parteien“ – 13 Prozent tendieren zu NPD oder Republikanern.



Nazi-Sympathisant

Abschied versüßt



Lehr

Ein lukratives Trostpflaster erhalten Minister und Abgeordnete, die jetzt den Bundestag verlassen. Kurzzeit-Familien-Ministerin Ursula Lehr etwa hat sich in 24 Monaten gemäß Bundesministergesetz Anrecht auf eine Pension von monatlich 3700 Mark (bei 18 993,88 Mark Amtsgehalt plus Ortzuschlag) erworben. Unter den Volksvertretern schneiden die beamteten Ex-Parlamentarier (führend: die Grünen mit einem Beamtenanteil von 38,7 Prozent) am besten ab. Waren sie mehr als sechs Jahre fürs Volk tätig, erhalten sie im Alter die übliche Abgeordnetenpension; dazu kassieren sie ein zweites Mal als Beamte. Die doppelte Rente wird nur beschnitten, falls sie das Abgeordnetengehalt (derzeit monatlich 9664 Mark) übersteigt. Auch wer die Sechs-Jahres-Hürde zum Abgeordneten-Ruhegeld nicht überspringt, muß nicht darben. Das Entschädigungsreferat des Bundestages versichert die Ausscheidenden für ihre Zeit als Abgeordnete nach. Jeder

Perle im Panzerschrank

In einer Nacht-und-Nebelaktion hat sich die Bundeswehr noch kurz vor der deutsch-deutschen Vereinigung im Herbst 1989 militärische Geheimnisse der Sowjetarmee beschafft.
Mindestens in einem Fall wurden bundesdeutsche Späher bei ihren Erkundungsreisen in die Noch-DDR fündig. Ein Offizier der Nationalen Volksarmee (NVA) stellte auf diskrete Anfrage hin bereitwillig die technischen Unterlagen der modernen Flugabwehrraketen-Systeme SA-8 und SA-10 zur Verfügung. Die Sowjets hatten bei ihrem ehemaligen Warschauer-Pakt-Verbündeten zwar rechtzeitig die Geräte eingesammelt, aber das Einkassieren der technischen Unterlagen in der Eile vergessen.
Der Erfolg der Aktion wäre allerdings beinahe an einer Lappalie gescheitert – in der gesamten NVA-Kaserne fand sich kein brauchbarer Kopierer. Schließlich wurde ein West-Gerät per Lkw aus dem Bundesgebiet herbeigeschafft.
Der Beutezug im Osten löst für die Bundeswehr und ihre Nato-Partner ein drückendes Problem. Bislang galten die modernen, radargesteuerten Flugabwehrsysteme der Sowjets als Angstgegner westlicher Kampfflugzeuge. Nicht einmal der Jagdbomber Tornado mit seinem elektronischen Störsender Cerberus wurde mit der russischen Raketenabwehr fertig (SPIEGEL 31/1990).
Die Unterlagen aus ostdeutschen Panzerschränken könnten allerdings ein kostspieliges Geheimprojekt gefährden, an dem Deutsche und Amerikaner seit Jahren basteln. Das elektronische Aufklärungssystem der Luftwaffe, eingebaut in den neuen Höhenaufklärer D 500, sollte unter anderem auch die Arbeitsweise der jetzt enttarnten Radarsysteme ausspionieren.
Noch am 24. Oktober letzten Jahres – wenige Wochen nach dem Coup im Osten – genehmigte der Haushaltsausschuß des Bundestages auf Drängen des Verteidigungsministeriums weitere 145 Millionen Mark für das Gemeinschaftsprojekt, das insgesamt über eine Milliarde Mark kosten soll.

Parlamentarier kann sich dieses Geld – zur Zeit monatlich 1413,60 Mark – auch auszahlen lassen. Er verzichtet damit zwar auf die Anerkennung der Rentenansprüche während dieser Zeit, doch ist dies für Beamte kein Problem. Ein Beispiel: Ein beamteter Lehrer, der zehn Jahre im Schuldienst, dann vier Jahre Abgeordneter war und jetzt zurück in die Schule geht, muß für seinen Höchstanspruch auf Pension 35 Jahre lang als Beamter arbeiten; erreicht er diese Dienstzeit ohne Abgeordnetenjahre, kann er sich das Geld ohne Nachteil für seine spätere Pension auszahlen lassen. Er bekommt dann etwa 60 000 Mark auf die Hand.

Schwieriger Chef

Nach nur anderthalb Jahren trennt sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker von seinem Sprecher Gernot Fritz. Der gelernte Jurist und ehemalige Redenschreiber von Norbert Blüm kehrt ins Arbeitsministerium zurück, dem er von 1983 bis 1989 angehörte. CDU-Mann Fritz wird dort zum Ministerialdirigenten befördert und leitet vom 1. Februar an die Unterabteilung „Sozialpolitik im Ausland". Weizsäcker, der bei seinen Mitarbeitern als schwieriger Vorgesetzter gilt, hat sich als Fritz-Nachfolger auf Ratschlag seines Staatssekretärs Andreas Meyer-Landrut einen PR-erfahrenen, gelernten Diplomaten ausgesucht: den jetzigen Presseattaché an der deutschen Botschaft in Washington, Hans-Henning Horstmann. Der frühere persönliche Referent von Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat in Washington den Boden für die deutsche Einheit bereiten geholfen und war vorher an den Botschaften in London und Paris tätig.





Weizsäcker, Fritz



DDR-Führung, SED-Chef Honecker (M.): Wer haftet für die Willkür des Regimes?

„Gestern Opfer, heute Opfer“

Tausende Ostdeutsche, die unter dem SED-Regime gelitten haben, hoffen vergebens auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Für umfassende Entschädigung fehlt die Rechtsgrundlage, Gerichte sind mit Anträgen auf die Aufhebung früherer Urteile überlastet. Die Bonner Koalition drückt sich vor einer raschen Lösung.

Der Bescheid des Bundesministers des Innern, Außenstelle Berlin, war kurz und kalt. Dieter Schramm, 57, einst SED-Rundfunkmacher und dann wegen frecher Lippe geschaßt, brauche sich um Rehabilitierung und Entschädigung nicht weiter zu bemühen: Die „Rechtsgrundlagen“ dafür, teilte die Behörde Ende letzten Jahres mit, seien mit dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag „außer Kraft gesetzt“ worden.

Regime-Opfer Schramm, der nach seiner Degradierung vom Schulfunkredakteur zum Fahrstuhlführer psychiatrische Behandlung in Anspruch nehmen mußte und schließlich nach West-Berlin ausreisen durfte, hat auch im neuen Deutschland vorerst keine Chance. Sein Pech: Er ist in der DDR nie verurteilt worden und hat dort nie im Knast gesessen.

Rehabilitiert und entschädigt wird nach den Bestimmungen des Einigungsvertrags nur, wer in der DDR aus politischen Gründen verurteilt oder in eine psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen wurde. Tausende von Regimekritikern, SED-Gegnern, Geächteten und Widerständlern, die von Erich Honekkers Staat und Stasi auf subtilere Weise fertiggemacht wurden, hat das geeinte Deutschland mit einem Fußtritt empfangen – sie haben keinen Anspruch auf Wiedergutmachung. Während alte Stasi-Offiziere Rente oder Stütze beziehen, in Wirtschaft und Verwaltung sogar an Spitzenpositionen rücken, fühlen sich deren Opfer nach 40 Jahren Diktatur schon wieder vergessen.

Da läuft Geschichte verkehrt herum ab, meint die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin, 47: „Bevor die Täter amnestiert werden, müssen die Opfer rehabilitiert werden.“

Der Ost-Berliner Oppositionelle Wolfgang Templin, 42, von der Stasi drangsaliert, eingesperrt und schließlich in den Westen abgeschoben, hält „Vergebung als Sinn einer Amnestie“ ohnehin nicht für möglich, „solange die Opfer noch um jede Mark eigener Entschädigung betteln müssen“ (siehe Seite 45). Und Werner Jaeger, 60, Chemnitzer Bezirksvorsitzender des Bundes Stalinistisch Verfolgter, klagt: „Für die Täter gibt es soziale Absicherungen, für die Opfer nicht.“

„Unerträglich“ findet es der christdemokratische thüringische Ministerpräsident Josef Duchač, 52, daß „die Opfer die Täter um Arbeit bitten müssen, nur weil sich die alten Seilschaften die Posten auch in den Arbeitsämtern zuge-

die EG-Außenminister Ende letzter Woche, der Irak

▷ müsse das besetzte Emirat Kuweit räumen und damit die Forderungen des Uno-Sicherheitsrates erfüllen,

▷ werde damit den Weg für Verhandlungen über dauerhafte Friedensstrukturen am Golf und im Nahen Osten ebnen und

▷ könne mit Abgesandten der EG-Staaten am Donnerstag dieser Woche direkt Kontakte aufnehmen.

Gewißheit über einen Erfolg ihrer späten Vermittlungsbemühungen können Bonns Genscher und seine EG-Kollegen bei allem öffentlich zur Schau gestellten Optimismus dennoch nicht haben, wenn sich Baker und sein irakischer Kollege Tarik Asis an diesem Mittwoch in der Schweiz treffen.



Kollegen Genscher, Ghusali: Hoffnungsvolle Berichte aus Bagdad

Zu verhärtet erschienen die Fronten zum Jahreswechsel, zu schwach die Friedenssignale aus dem mittelöstlichen Krisengebiet, zu wenig verheißungsvoll erst recht eine in der EG anfangs umstrittene Bagdad-Mission des Außenministers Jacques Poos aus dem Mini-Staat Luxemburg, der seit dem Jahreswechsel für sechs Monate die Insignien der EG-Ratspräsidentschaft trägt.

Und dennoch: Der „Automatismus durch Unterlassen" (so ein Bonner Diplomat) scheint unterbrochen, seit sich um die Jahreswende die Zeichen aus Bagdad mehrten, die aus der Sicht des Krisenmanagers Genscher „der Diplomatie und dem Frieden noch eine Chance" verheißen.

Bestärkt fühlte sich der deutsche Außenminister, der über die Weihnachtstage mit Kontakten rund um den Globus „die Telefonrechnung erheblich hochgetrieben" hatte, durch Berichte seines algerischen und auch seines jugoslawischen Amtskollegen.

Beide Außenminister – der eine in Begleitung seines Staatspräsidenten, der andere als Abgesandter der Blockfreien – brachten von ihren Krisentouren aus Bagdad Auskünfte mit, die Genscher, wohl aber auch seine Telefonpartner in anderen westlichen Hauptstädten hoffnungsvoll stimmten.

So bestätigte der Algerier Ghusali, der irakische Alleinherrscher suche ernsthaft nach einem Ausweg aus der Golfkrise. Saddam Hussein sei zu „Opfern" bereit, könne aber – so habe er gesagt – nicht als einziger zum Nachgeben gezwungen werden.

Der irakische Präsident sei sich über die katastrophalen Folgen eines bewaffneten Kampfes für sein Land sehr wohl im klaren, er habe jedoch keine Angst vor dem Krieg mit der überlegenen Streitmacht der Amerikaner und ihrer Verbündeten. Niemand könne von ihm verlangen, daß er vor dem Ultimatum der Uno kapituliere.

Amerikaner und Europäer, gab Genschers algerischer Gast zu bedenken, müßten „die Würde des Arabers" respektieren und mithin begreifen, daß Saddam Hussein sein Gesicht wahren möchte. Falls sich die irakische Armee aus dem besetzten Kuweit zurückziehe, wolle Saddam die Gewähr haben, daß kein militärischer Angriff auf irakisches Territorium erfolge.

Zu dieser Einschätzung waren Genscher und andere westliche Politiker schon über die Weihnachtstage dank Informationen aus anderen Quellen gekommen.

Der Jugoslawe Budimir Lonĉar wußte von „Garantien" des Weltsicherheitsrates zu berichten, die Saddam Hussein im Fall eines Truppenrückzugs verlange.

Ein Bonner Nahost-Diplomat brachte das Begehren des Diktators in Bagdad auf den Punkt: „Der will schlicht überleben."

In Bonn regten sich Ende vergangener Woche Zweifel, ob Saddams Suche nach einem Ausweg aus dem selbstverschuldeten Dilemma mit den Zielen der amerikanischen Irak-Politik zu vereinbaren sei.

Die Strategie des US-Präsidenten ziele zwar darauf ab, heißt es in einer internen Expertise für die Bonner Regierung, die staatliche Unabhängigkeit Kuweits wiederherzustellen. Aber das amerikanische Potential reiche aus, „den Irak zu entwaffnen und zu zerstören".

Nicht sicher sei es trotz öffentlicher Begleitmusik, geben die Analytiker zu bedenken, daß diese „zweite Stufe" beabsichtigt sei. Andererseits werde sich aus amerikanischer Sicht ein Krieg nur lohnen, wenn er mit einer vollkommenen Niederlage Iraks und seines Herrschers ende.

Genscher vermag diesen Abwägungen nichts abzugewinnen. Ein magischer Stimmungswandel der amerikanischen Öffentlichkeit, glaubt er zu wissen, lasse den Präsidenten, vor allem aber den Kongreß in Washington, vom Krieg eher zurückschrecken.

Für wahrscheinlicher als einen Waffengang mit verheerenden Folgen hielten die Bonner Regierenden Ende voriger Woche einen anderen Verlauf – den Teilrückzug der Truppen Saddams aus dem Beute-Emirat Kuweit.

Dann blieben die von der Uno verhängten Sanktionen in Kraft, die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes nehme rapide ab, weil für die Öffentlichkeit – gerade auch in den USA – der Kriegsgrund entfalle.

In den Szenarien, die Dauertelefonierer Genscher zwischen den Jahren diskutierte, dominierte immer wieder die Überlegung, daß Saddam Kuweit als Faustpfand betrachte; erst wenn er – so müsse ihm deutlich gemacht werden – zum Rückzug blase, könne die Debatte über „andere Fragen der Region" (Genscher) richtig losgehen. Denn durch die irakische Okkupation seien die ungelösten Nahost-Probleme einschließlich der Palästinenser-Frage von der Tagesordnung der Weltpolitik abgesetzt worden.

Anders als ihr vorsichtiger Außenamtschef sprechen Bonner Nahost-Experten Klartext: Nach einem Rückzug Iraks aus Kuweit werde eine internationale Konferenz über alle Probleme des Nahen und Mittleren Ostens unaus-

weichlich sein. Verhandlungen müßten auch stattfinden über einen irakischen Zugang zum Golf, die beiden von Bagdad beanspruchten Inseln Bubiyan und Warba sowie einen Anteil der Iraker am Ölfeld von Rumeila.

Das Dilemma der Operation Frieden: Die drohende Militärmacht Iraks bliebe erhalten – es sei denn, die „Führung in Bagdad" (Genscher) fände sich eines fernen Tages zu Begrenzungen der Waffenpotentiale im Rahmen einer regionalen Friedensordnung nach dem Muster der KSZE bereit.

Doch selbst Optimisten im Bonner Auswärtigen Amt halten die Abrüstung für illusionär, solange Israel arabisches Territorium besetzt hält.

So reizvoll dem friedensbewegten Genscher Gedankenspiele über eine Friedensordnung für die Golfregion erschienen – zu entscheiden hatten er und



Unterhändler Baker
Druck aus Europa

Kanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche ungleich Konkreteres.

Die Krise um das ferne Emirat Kuweit hat ja längst die Bonner Innenpolitik erreicht und für die Armee des gerade vereinten Deutschland – so sah es der *Kölner Stadt-Anzeiger* – den „Ernstfall" heraufbeschworen.

Nur mit „äußerstem Widerwillen" und „totunglücklich" – so versichert ein Kanzler-Berater – hätten Kohl und Genscher nach endlosen Telefonaten zwischen Oggersheim und Wachtberg-Pech dem Ersuchen des Nato-Partners Türkei entsprochen und 18 Alpha Jets samt 270 Mann Betreuungspersonal in Marsch gesetzt.

Entgegen dem in der deutschen Öffentlichkeit erweckten Eindruck, die Verlegung der Nato-Feuerwehr auf den Flugplatz Erhac 450 Kilometer nordöstlich der türkisch-irakischen Grenze die-



Unterhändler Asis
Zum Rückzug bereit?

ne allenfalls der „Abschreckung einer Aggression", malten sich Kanzler und Außenminister sehr wohl das Schreckensgemälde aus, daß deutsche Soldaten in ein kriegerisches Inferno am Golf hineingezogen werden könnten.

Die Verlegung der „Mobilen Eingreiftruppe" (AMF), soweit waren sich Kohl und Genscher einig, sei „das Äußerste, was von den Deutschen verlangt werden könne". Auf keinen Fall, so die beiden Telefonpartner, werde Bonn Bodentruppen schicken, selbst wenn die Türkei darum bitten sollte.

Einhellig wehrten Kohl und Genscher auch das vom Bonner Verteidigungsministerium unterstützte Begehren der Türken ab, die deutschen Jagdbomber näher an die Grenze zum Irak in Stellung zu bringen.

Als am Mittwoch morgen vergangener Woche in einer vertraulichen Ressortbesprechung die Weisung für Bonns Nato-Botschafter Hans-Friedrich von Ploetz formuliert wurde, war abgesprochen: Die Bonner würden ebenso wie Belgier und Italiener den Verpflichtungen des Nordatlantikvertrages „auf dem niedrigst möglichen Level" (ein Bonner Diplomat) entsprechen.

Tatsächlich kann der Alpha Jet, im Pilotenjargon seit jeher als „Lachtaube mit Zwergtriebwerk" veralbert, von Erhac aus kaum zum Einsatz kommen. Der Aktionsradius der betagten Maschinen reicht bei einer Zuladung von zwei Tonnen Bomben gerade 1000 Kilometer, viel zuwenig, um auf irakischem Territorium Erdtruppen zu unterstützen oder Hubschrauber zu bekämpfen.

Dem Fernsehzuschauer Genscher jagte es nicht nur einen Schauer über den Rücken, als er den US-Vizepräsidenten Dan Quayle auf einem Kampfpanzer an der saudischen Front von „massiver Vergeltung" tönen hörte, die dem Aggressor in Bagdad blühe.

Mit dem Kanzler und seinen Beamten spielte der Außenminister schon mal durch, was zu geschehen habe, falls US-Flugzeuge von türkischem Boden aus irakisches Territorium bombardierten und Saddam Hussein daraufhin Militärflugplätze des Nato-Verbündeten zerstören ließe.

Dann sei, so die Erkenntnis der Bonner, der Bündnisfall da.

Da mögen Militärexperten lamentieren, an ein solches Kriegsbild mit einem nicht-sowjetischen Gegner der Westallianz habe beim Nato-Vertrag vor über vier Jahrzehnten niemand ernsthaft gedacht; da mögen Kohl und Genscher den Einsatz der 18 Alpha Jets des Jagdbombergeschwaders 43 bei Oldenburg von der „ausdrücklichen Zustimmung der Bundesregierung in den zuständigen Bündnisgremien" abhängig machen – solche Kautelen nützen nichts, sollte der Bündnisfall eintreten und Irak seinen Nachbarn oder auch nur US-Basen im Nachbarland Türkei angreifen.

Die Behauptung einiger Sozialdemokraten, die Regierung hätte vor der Verlegung der AMF-Jets in die Türkei eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages einholen müssen, zieht nicht.

Niemand in der SPD-Spitze mochte sich dem Schnellschuß der außen- und verfassungspolitisch unerfahrenen Präsidiumsdame Heidemarie Wieczorek-Zeul und des Verteidigungspolitikers Hermann Scheer anschließen: Die Entsendung der Alpha Jets geht juristisch in Ordnung, der Regierung fiel es leicht, ihren „unausweichlichen Entschluß" (Kohl) zu verteidigen.

Eine ganz andere Frage warf die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin auf: Sie monierte, mit ihrer Zustimmung wenige Tage vor Ablauf des Uno-Ultimatums habe die Kohl-Regierung ohne Not den „Countdown für den Krieg am Golf verstärkt".

Zwar teilen alle Berater Kohls und Genschers die Einschätzung, daß die Türkei nicht von Bagdad bedroht sei. „Saddam", urteilt ein Irak-Kenner im Bonner Außenamt, „ist nicht verrückt und halst sich die gesamte Nato auf."

Richtig ist wohl auch die Einsicht des Kanzlers und seines Außenministers, daß sich die Bonner dem Ersuchen der Türken, vor allem aber der US-Verbündeten, nach Lage der Dinge nicht verweigern konnten.

So drangen nicht nur Klagen amerikanischer Senatoren an den Rhein, die reichen Deutschen feierten ihre Einheit und ließen andere am Golf den Kopf hinhalten. In der US-Regierung werden ohnehin Stimmen lauter, die

nach einem verstärkten militärischen Engagement des neuen Deutschland rufen – als nachträgliche Bringschuld für die uneingeschränkte amerikanische Unterstützung der Einheit.

Die Koalition Kohl/Genscher muß diese Woche in ihren Verhandlungen Farbe bekennen, ob und wie künftig deutsche Soldaten außerhalb des Nato-Gebiets durch Grundgesetzänderung eingesetzt werden sollen. Die Erwartungen der Verbündeten werden in Bonn nicht unterschätzt – schon gar nicht die der Amerikaner.

Deren Außenminister James Baker, üblicherweise den Deutschen wohlgesinnt, hatte im vergangenen Dezember in Brüssel eine deutliche Mahnung zu Protokoll gegeben: Bei der Nato-Tagung forderte er unverblümt die Verbündeten auf, „die alte und sterile Debatte“ über militärische Einsätze „out of area“ – außerhalb des Nato-Einsatzgebietes – „endlich zu überwinden“.

Steuern

Konsequente Haltung

Die Autobahngebühr ist tot, eine drastische Erhöhung der Mineralölsteuer trotz aller Dementis noch lange nicht.

Seit dem Abend des 3. Januar hat die Bonner Koalition das Alibi für einen eleganten Umfall. Zwei Emissäre des Verkehrsministeriums kamen aus Brüssel zurück. Ihr Rapport: Die EG-Kommission sei gegen die von Union und FDP beschlossenen deut-



FDP-Chef Lambsdorff
„Das wäre eine Möglichkeit“

KOMMENTAR

Graf Ottos Gewerbe

RUDOLF AUGSTEIN

Ja, was hat man denn geglaubt, als man die Reste Deutschlands aufsammelte und – beileibe zu keinem neuen Reich – zusammenfügte, zusammenfügen mußte? Glaubte man, das würde kostenlos, zum Nulltarif möglich sein?

Kaum einer glaubte das, die Regierungsparteien taten nur so. Schließlich war Wahlkampf, und die SPD mümmelte zahnlos vor sich hin. Ihr Kanzlerkandidat benahm sich wie eine Kassandra, die Trojas Rettung gar nicht wünscht.

Die Wähler straften ihn dafür mit Mißachtung. Einen anderen hingegen, den FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff, bedachten sie mit Wohlwollen – zu Unrecht. Denn unverfrorener hat sie noch kein Spitzenpolitiker hintergangen. Er wußte vor der Wahl, daß die Einheit ohne Steuererhöhungen nicht zu finanzieren sein würde. Kaum war die Wahl vorüber, kamen ihm alle möglichen Gebühren, Abgaben und jüngst auch noch die Mineralölsteuer in den Sinn.

Nun hat natürlich nicht er, sondern Hans-Dietrich Genscher das großartige Wahlergebnis der FDP bewirkt. Aber wo kämen wir hin, wenn so hemmungslos gelogen werden darf? Es mag ja sein, daß die meisten Leute schon gar nicht mehr zuhören. Sind dann aber die enormen Summen berechtigt, die die Parteien – angeblich für ihre Wahlkämpfe – kassieren?

Graf Lambsdorff könnte wieder, wie seinerzeit bei den Flick-Geleitzügen, behaupten, im Interesse seiner Partei und damit des Gemeinwohls gehandelt zu haben. Er könnte sich auf George Bush („Read my lips“) berufen. Würde er auch eine Wahlbeteiligung um 50 Prozent akzeptieren, wie sie in den USA üblich ist?

Nach dem Rücktritt des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse sind diejenigen recht kleinlaut geworden, die bisher irgendwelchen dritten Wegen oder Konföderationen das Wort redeten. Inzwischen nämlich hat sich der rasche Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten als politischer Glücksgriff herausgestellt. Nur bezahlt muß er natürlich werden.

Dabei geht es doch nur noch darum, von wem, und darum allein mag gestritten werden, auch polemisch: ob zum Beispiel die nötigen Zahlungen an die neuen Bundesländer durch hohe Zinsen erkauft werden oder wem die durch den Wirtschaftsboom in den alten Bundesländern anfallenden Steuermehreinnahmen zugute kommen sollen.

Wie vor den Wahlen zu erwarten, will nun niemand die zugesagten Kürzungen beim Haushalt und bei den Subventionen angehen. Das waren wie so oft bloß leere Versprechungen. Wer aber, wenn nicht die FDP, soll den überflüssigen Jäger 90 und den sonstigen Rüstungsschrott verhindern? Eine solide Finanzplanung können wir (noch) nicht erwarten, aber doch solide Finanzen.

Angesichts der gewaltigen Zahlungsforderungen, die im In- und Ausland an uns gestellt werden, ist nunmehr Tapferkeit vor dem Freund erforderlich. Frankreich verlangt plötzlich Entschädigungen für Enteignungen in der ehemaligen DDR. Die langjährigen Freundlichkeiten, die ihm die Bundesrepublik via Brüssel zukommen ließ und die mithalfen, es zu einem blühenden Land zu machen, sind selbstverständlich vergessen.

Da kann man in Reims gemeinsam beten, kann bei Verdun Händchen halten, gültig ist immer noch die Politik Richelieus. Der Nachbar soll geschwächt werden, indem man ihm möglichst schwere Bürden auflastet. Da kommen die Begehrlichkeiten auch der anderen ehemaligen Kriegsgegner gerade recht.

Auch die von dem Neo-Gaullisten Helmut Schmidt herbeigesehnte gemeinsame europäische Währung, verwaltet von einer dem amerikanischen Federal Reserve Board ähnlichen Zentralbank, die gleichwohl unabhängig sein soll wie die Frankfurter Bundesbank, bleibt eine Schimäre und dient allenfalls dazu, die D-Mark zu schwächen.

Verständlicherweise fordern gerade jene Altruismus, die ihr Schäfchen bereits im trockenen haben. Daran ist an sich nichts Verwerfliches, nur müssen wir dieser Art von „Altruismus“ widerstehen. Denn täten wir alles, was derzeit von uns erwartet wird, wäre der Motor Deutschland bereits ruiniert, ehe er die erwartete Leistung erbringen kann.

Man stelle sich nun noch vor, die FDP würde von einem Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann geführt. Auf Krieg am Golf hoffen die Wahlversprecher ja mittlerweile alle.

schen Autobahn- oder Straßengebühren; sie halte solche Pläne für unvereinbar mit europäischem Recht.

Es wird also nichts mit der Straßenmaut. Was bleibt, ist die Erinnerung an ein erheiterndes Zwischenspiel, in dem die Bonner Koalitionäre zur Weihnachtszeit alles geboten hatten, was das Publikum von einer Mischung aus Krippenspiel und Karnevalsspektakel erwarten durfte.

Vor allem der erprobte Politdarsteller Otto Graf Lambsdorff tat sich im Theater hervor. Einmal mehr bewies der FDP-Chef, zu welch bizarren Wendemanövern er fähig ist, die er dann gern als Gradlinigkeit ausgibt.

Erster Akt vor der Wahl: Auftritt der Graf als Garant gegen jede Art von Steuer- oder Abgabenerhöhungen. Die markigen Sprüche sprudeln, der Held ist „gegen Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit" (29. November), er lehnt Steuererhöhungen auch für andere Zwecke ab (5. November), er wettert gegen Gebühren oder Abgaben, die dem Bürger zusätzlich Geld zum Stopfen von Haushaltslöchern aus der Tasche ziehen (19. November).

Zweiter Akt nach dem Wahltag des 2. Dezember: Vorhang auf für die Koalitionsverhandlungen. Als sei es das Selbstverständlichste von der Welt, schlägt Finanzminister Theo Waigel Autobahngebühren und höhere Telefongebühren vor. Otto Graf Lambsdorff und seine FDP stimmen ohne lange Bedenken im Prinzip zu.

Der Beifall im Publikum ist bei dieser Szene eher verhalten. Da entdeckt Helmut Kohl Arm in Arm mit Lambsdorff plötzlich die Hürden des europäischen Rechts. Die plötzliche Erleuchtung ist ein bewundernswertes Beispiel für die rasche Auffassungsgabe von Spitzenpolitikern: Seit Jahren ist die rechtliche Problematik von Straßengebühren in der EG allgemein bekannt. Erst Mitte vorigen Jahres hat der Europäische Gerichtshof die Bundesregierung in einem umfänglichen Urteil über die Mindestanforderung einer EG-verträglichen Lösung belehrt: Inländer und Ausländer müssen in gleichem Maße belastet werden.

Diese EG-Bedingung hätte sich mit einigem bürokratischen Aufwand sogar durchaus erfüllen lassen. Doch inzwischen wollten Kohl und Lambsdorff die Gebühr nicht mehr, daher ließ sich die Anfrage an die Brüsseler leicht so fassen, daß die Antwort nur „Nein" lauten konnte.

Der dritte Akt, nach der Weihnachtspause, läuft noch. Die Automaut ist weg, aber Geld brauchen die Koalitionäre immer noch. Was liegt näher, als daß sich die Bonner nun in vorsichtigen Spiralen dem Vorschlag von Verkehrsminister Friedrich Zimmermann nähern, die Mineralölsteuer um 20 oder gleich um 30 Pfennig anzuheben – 10 Pfennig für die Straßen in der alten DDR, 10 Pfennig für die alte Reichsbahn, 10 Pfennig schließlich für den öffentlichen Nahverkehr. Faustregel: 5 Pfennig mehr Mineralölsteuer bringen dem Bund 2,2 Milliarden Mark mehr.



Die Gentlemen bitten zur Kasse

Neue Osnabrücker Zeitung

Derzeit wird das Publikum daran gewöhnt, zu welchem Nennwert Vorwahlsprüche zu nehmen sind; eine Paraderolle für Otto Graf Lambsdorff. „Wer sagt Ihnen, daß wir uns gegen jede Steuererhöhung wenden", verblüffte der Edelmann am 28. Dezember einen Interviewer von der Deutschen Welle.

Die Begründung für die Volte war schnell gefunden: Man habe dem Wahlvolk schließlich keine Steuer*senkung* versprochen. Die sei aber, in Höhe von mindestens sieben Milliarden, durch das Kindergeldurteil des Bundesverfassungsgerichts erzwungen worden. „Daß wir diese an anderer Stelle durch Erhöhungen wieder hereinholen müssen, ist völlig selbstverständlich", spielte der Graf den Biedermann, „es ist von niemandem vor der Wahl irgend etwas anderes gesagt worden."

Ob das nun statt der Autobahngebühr die Erhöhung der Mineralölsteuer bedeute, wollte der Frager wissen. Graf Lambsdorff vergaß den Ehrenmann in sich und kniff nicht: „Die Mineralölsteuererhöhung wäre eine Möglichkeit." Fast mit den gleichen Worten bestätigte Lambsdorff zwei Tage später im Süddeutschen Rundfunk, daß es sich nicht um einen Lapsus gehandelt hatte.

Das war das Stichwort für CSU-Unterhändler Edmund Stoiber: „Kehrtwendung" und „fragwürdige Aktion" hielt er dem Liberalen vor; so recht hatte ein Christsozialer in der Dauerfehde mit Freidemokraten selten.

Stoibers Tadel wiederum forderte den ganzen Grafen. „Mir bleibt unerfindlich", schrieb er dem CSU-Mann in gnadenloser Erinnerungslosigkeit ins Merkbuch, wie man aus seinen Worten „ein Umsteigen auf eine Mineralölsteuererhöhung herauslesen" könne. Dann besann der Ober-Liberale sich auf die alte Formel, die alles zuläßt und nichts klärt. Mit unerschütterlicher Festigkeit formulierte Otto Graf Lambsdorff: „Ich kann Sie beruhigen, es bleibt bei der konsequenten Haltung der FDP, daß eine Steuererhöhung zur Finanzierung der deutschen Einheit nicht in Frage kommt."

Während Stoiber noch mit dem Grafen haderte, war sein Parteifreund, der CSU-Finanzexperte Michael Glos, gerade auf den Dampfer gesprungen, den Lambsdorff soeben wieder geflohen hatte. Aus dem österreichischen Skiurlaub diktierte er seinem Bonner Helfer eine Presseerklärung. Fazit: „Eine naheliegende Alternative" zur Autobahngebühr „wäre eine Erhöhung der Mineralölsteuer".

Das ist zwar richtig. Ob man das aber jetzt schon offiziell zugeben kann, ist eine hochpolitische Frage. Sie konnte deshalb am Freitag voriger Woche noch nicht endgültig entschieden werden, als Koalitionsexperten beim Finanzminister über Einsparungen und Einnahmeverbesserungen tüftelten. Das ist Chefsache der Parteivorsitzenden.

Die werden ihr Votum erst zu gegebener Zeit kundtun – nach dem 20. Januar. An jenem Sonntag wird in Hessen gewählt.

Danach wird abgerechnet.

„Jetzt jagen wir die FDP“

Mit viel Elan geht der Sozialminister jetzt das Problem der Pflegekosten an. Norbert Blüm will eine „neue Säule der Sozialversicherung“ schaffen, die vor allem die Gemeinden und Krankenkassen entlastet. Gleichzeitig sieht Blüm die Chance, Teile seiner Gesundheitsreform zu retten – ein offenbar mißlungenes Werk.

In der Adventszeit befiel den Arbeits- und Sozialminister eine ungewöhnlich gedrückte Stimmung, gepaart jedoch mit einem Gefühl von Einzigartigkeit.

„Für die Abteilung Nußknacken gibt es in dieser Regierung nur einen, und das bin ich“, rühmte Norbert Blüm seine Kämpfer- und Steherqualitäten. Gleichzeitig aber zeigte er Anzeichen von Resignation: „Wenn man mir die Krankenversicherung aus dem Ressort schneidet, bin ich auch nicht traurig.“ Dann habe er zumindest ein leichteres Leben.

Die Koalitionsgespräche begannen – Weihnachten ging vorüber –, und Blüms Stimmung ist inzwischen wieder umgeschlagen. Der Mann hat ein neues Thema gefunden: Er will der vereinten Nation eine gesetzliche Pflegeversicherung bescheren, gegen den Willen von Liberalen, Arbeitgebern und Versicherungsbossen. Blüm ist wieder auf auf dem Reformpfad.

Im Januar soll ihm gelingen, was er in der vergangenen Legislaturperiode versaubeutelt hat. Mit der Reform der Krankenversicherung, so hatte der CDU-Linke sich das gedacht, werde er sich als Streiter gegen die Pharmalobby, gegen Ärzte-Eigennutz und Versichertenegoismus bewähren. Das finanzielle Fundament der Krankenversicherung sollte durch Blüms Reform auf mindestens ein Jahrzehnt gesichert werden.

Es blieb alles nur Flickwerk, sozial unausgewogen und ärgerlich. Die Patienten mußten zahlen, die Nutznießer des Milliardengeschäfts mit der Gesundheit kamen, bisher, nahezu ungeschoren davon. Blüm verschliß sich im Kampf mit Versicherungskassen und Ärztevertretern, mit Pharmamanagern und Masseuren.

Nun aber will er, im zweiten Anlauf, als Schöpfer einer Pflegeversicherung Sozialgeschichte schreiben. So ganz nebenbei will Blüm auch, ehe das Debakel offenkundig wird, die Gesundheitsreform nachbessern.

Der Arbeitsminister schreckt vor keinem Vergleich zurück, um die Bedeutung seiner neuen Idee klarzumachen. Da genügt der Verweis auf die Einführung der dynamischen Altersrente durch den weithin vergessenen CDU-Arbeitsminister Anton Storch nicht mehr, da muß der Schöpfer der Sozialversicherung herhalten: Blüm sieht sich, in milder Selbstironie, bereits als „Bismarck ohne Sozialistengesetz und ohne Kulturkampf“.

Sein massiver Einsatz für eine Pflegeversicherung zeigt, daß er sich die Krankenversicherung nun doch nicht mehr nehmen lassen will. Der Kämpfer für eine Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenversicherung kann doch nicht – so sieht es Blüm – einen so entscheidenden Teil des Sozialressorts dem vielleicht unbedarften Chef eines neuen, um die Krankenversicherung angereicherten Gesundheitsressorts überlassen. Fürs Nüsseknacken fühlt er sich allein zuständig.

Bereits vor Weihnachten informierte der Arbeitsminister seinen Kanzler über die neue Stimmungslage. Vorsorglich warnte er Kohl, die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung auseinanderzureißen, um Ministerposten für unerfahrene Koalitionäre zu schaffen und damit die Regierungsbildung zu erleichtern.

Mit jedem anderen Kandidaten, bedrängte Blüm den Kanzler, würden Pharmalobby und Ärzte leichtes Spiel haben, die so mühsam erkämpfte Krankenversicherungsreform sei dann schnell verspielt. Arbeitnehmer in Ost und West würden der Union in Scharen davonlaufen.

Blüm weiß, daß seine ursprünglich einmal groß angelegte Reform steckengeblieben ist. Die Beitragssenkungen der gesetzlichen Krankenkassen blieben weit hinter den Erwartungen zurück, die Ausgaben der Kassen stiegen 1990 schon wieder schneller als der Grundlohn, der als Maßstab für die Einnahmen der Kassen gilt (siehe Grafik Seite 24). Schon in diesem Jahr ist wieder mit vereinzelten Beitragsanhebungen zu rechnen, im nächsten Jahr sind sie auf breiter Front unvermeidbar.

Die große Reform ist damit – so das Fazit aus einem Vermerk von Beamten des Arbeitsministeriums – zu einem kläglichen, nur kurzfristig wirksamen Kostendämpfungsprogramm verkümmert. Das ist nicht allein die Schuld des



Arbeitsminister Blüm: Brausender Beifall von der Fraktion

hat sich immer auch eine Tätigkeit vorstellen können, die nicht mit dem nächsten Wahltermin endet.

Geschäftssinn besitzt er, das hat Späth bereits bewiesen. Im Jahre 1979, Späth war damals seit einem Jahr Ministerpräsident, verdiente er knapp 300 000 Mark nebenbei, als stiller Teilhaber der Firma System Kontakt in Bad Friedrichshall.

Als Ministerpräsident und Privatmann nutzte er auch seine alten Verbindungen als ehemaliger Geschäftsführer des gewerkschaftseigenen Baukonzerns Neue Heimat. Er verschaffte der Firma System Kontakt einen Millionenkredit der damals noch gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft.

Späth hat eigenen Worten zufolge seine Anteile an der Firma 1982 verkauft. Seine Beziehungen pflegt er weiter; einer seiner Unternehmerfreunde ist der nordbadische Baulöwe Hans Schlampp, der an System Kontakt ebenfalls beteiligt war.

Der Mehrheitsgesellschafter und Geschäftsführer der „Süba freie Baugesellschaft mbH und Co. KG" in Mannheim ist der baden-württembergischen Justiz bestens bekannt. Im Mai 1989 verurteilte das Landgericht Mannheim Schlampp wegen versuchten Betruges und wegen Beihilfe zur Bestechung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung und einer Geldbuße von drei Millionen Mark.

Schlampp soll sich durch seine politischen Verbindungen in Mannheim und Stuttgart ein staatliches Darlehen in Höhe von zehn Millionen Mark besorgt haben. Als Zeuge vor Gericht sagte Späth, er habe für den Darlehensantrag der Süba 1984 eine „wohlwollende Prüfung" veranlaßt.

Schlampp und Späth kennen sich seit vielen Jahren. Laut Schlampp war es oft Späth, der ihn immer wieder zu zahlreichen Treffen „überall in der Welt" – in Brasilien oder in Thailand, auf den Seychellen oder auf den Philippinen – animiert hatte. „Wenn's machbar war, haben wir uns getroffen. Wir hatten da immer was zu bereden", sagte Schlampp.

Die Freundschaft zu Späth hat ihm jedenfalls nicht geschadet. Als gegen Schlampp ein Haftbefehl vorlag, wurde er „ungeachtet seiner Richtigkeit", wie der Mannheimer Oberstaatsanwalt Peter Wechsung notierte, auf Eis gelegt.

Fälle wie dieser zeigen, daß die Justiz in Baden-Württemberg offenbar ganz eigene Vorstellungen über die Wege zur Gerechtigkeit hat. Die Bewältigung der Parteispenden-Affäre hat Maßstäbe gesetzt.

Jahrelang wurden Ermittlungen der Steuerfahnder torpediert, die CDU-Spitzenpolitiker in Bedrängnis hätten bringen können. Neugierige Fahnder, die der illegalen Parteienfinanzierung auf die Spur kamen, wurden von der Arbeit entbunden, brisante Akten verschwanden im Tresor eines Finanzministers.

Die Spitzenpolitiker konnten sich in die Verjährung davonstehlen, es gab Ermittlungspannen zuhauf. Eine Kühlerfirma, die einen CDU-Mitarbeiter steuersparend als ihren Angestellten ausgab, mußte dafür eine Buße zahlen.

Der Erfinder des merkwürdigen Arbeitsvertrages, der damalige Generalsekretär und jetzige CDU-Innenminister Dietmar Schlee, kam straffrei davon. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hatte es versäumt, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Schlees Chef, Ministerpräsident Späth, geriet in den Verdacht einer uneidlichen Falschaussage, weil er die Existenz von belastenden Dokumenten gegen seine Partei bestritten hatte. Die Staatsanwaltschaft unterließ es, seine zwielichtige Rolle in der Geldaffäre aufzuklären.

Es scheint, als würde – ausgelöst durch den Lohr-Fall – die Vergangenheit nun Lothar Späth einholen. Der SPD-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Dieter Spöri, verlangt eine schonungslose Aufklärung der „Traumschiff-Affäre" in der Ägäis. Die Sozialdemokraten wollen auch wissen, welche Zuwendungen („Geld oder geldwerte Leistungen") Späth und seine Familie seit Amtsantritt im Jahre 1978 erhalten haben.

Mit lockeren Sprüchen kann Späth nicht mehr abtun, was sich da gegen ihn zusammenbraut. Ein von SPD, FDP und Grünen geforderter parlamentarischer Untersuchungsausschuß soll klären, ob die Staatsanwaltschaft den Ministerpräsidenten geschont hat – im Verfahren um die Parteispenden und im Fall Lohr.

Wissenschaft

Heiße Kartoffel

Die neue Akademie der Wissenschaften in Berlin wird von der politischen Vergangenheit ihrer Mitglieder aus der Ex-DDR belastet.

Unser Platz", so dozierte 1976 der Rostocker Medizinprofessor Horst Klinkmann, „ist unverrückbar an der Seite der Arbeiterklasse. Wir bejahen aus vollem Herzen die Politik unserer Partei, die uns einen Weg in die Zukunft weist."

Für Klinkmann selbst brachte diese Zukunft zunächst nur Gutes: Der erfolgreiche DDR-Wissenschaftler avancierte zum hochdekorierten Experten, zum Vorsitzenden internationaler Mediziner-Vereinigungen und schließlich sogar zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR, einer Mammutorganisation von fast 24 000 Mitarbeitern.



Ost-Berliner Akademiepräsident Klinkmann: „An der Seite der Arbeiterklasse"

Im Dezember 1990 bekam Klinkmann, 55, jedoch Post von der Berliner Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel (SPD): Die Akademien in West- und Ost-Berlin stünden vor ihrer Auflösung, eine neue Akademie müsse gegründet werden. Er, Klinkmann, sei dazu auserwählt, „einen Vorschlag zur Errichtung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin zu erarbeiten".

Vier weitere Ost-Professoren sowie fünf West-Kollegen erhielten den gleichen Brief. Die neue Akademie, so mahnte die Senatorin das zehnköpfige

Weil der Arbeitsminister entscheidende Reformteile der Selbstverwaltung überließ, wurde er zum Gefangenen seiner eigenen Politik. Schon im Vorfeld identifizierten die Wähler Blüm mit allem Negativen. Jetzt hat er die Instrumente nicht, die versprochene soziale Ausgewogenheit zu erzwingen.

Blüm ist dennoch zu dem Versuch entschlossen, seine Reform zu retten, er möchte das Tempo beim Bestimmen von Festbeträgen beschleunigen und der Selbstverwaltung Kompetenzen entziehen. Die Kraft dazu und den Rückhalt in seiner Partei hofft er in der öffentlichen und internen Auseinandersetzung um die gesetzliche Pflegeversicherung zu gewinnen.

Das Vorhaben ist nicht aussichtslos. Selbst die Liberalen können die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen nicht übersehen, und Blüm hat für seine Lösung die besseren Argumente. Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften stützen ihn, die Union ist mehrheitlich auf seiner Seite.

Dem Arbeitsminister gefällt dieser Frontverlauf sichtlich: „Gegen mich stehen nur die privaten Krankenversicherer, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und die FDP, sonst niemand.“

In Deutschland leben etwa 1,65 Millionen pflegebedürftige Menschen, die ständig auf Hilfe angewiesen sind. Etwa 1,2 Millionen werden zu Hause versorgt, die Hälfte davon ist völlig hilflos. Rund 450 000 junge und alte Pflegebedürftige sind in Heimen untergebracht.

Das einmalige Risiko, für ein Gebiß 3000 Mark ausgeben zu müssen, ereifert sich Blüm, werde von der Solidargemeinschaft der Krankenversicherten abgedeckt. Der Pflegebedürftige aber, der 3000 Mark im Monat für seine Hilfe zahlen müsse, werde allein gelassen.

Und da kommt er mit seinem Geld nicht weit, gleichgültig, ob er sein Leben als Handwerksmeister oder als Hilfsarbeiter verbracht hat. Die „Eckrente“ eines Durchschnittsverdieners in der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt nach 45 Jahren 1667 Mark. Eine normale Rente langt da bei weitem nicht für die Pflegekosten.

Rund 70 Prozent der Heim-Pfleglinge werden deshalb von der Sozialhilfe alimentiert, sie werden im Alter mit einem Taschengeld abgespeist wie Kinder. Das kostet Länder und Gemeinden neun Milliarden Mark pro Jahr, mit steigender Tendenz, weil die Zahl der Alten und das durchschnittliche Lebensalter stetig zunehmen – und damit zwangsläufig auch der Anteil der Pflegebedürftigen.

Blüm schlägt deshalb eine „neue Säule der Sozialversicherung vor“, die alle in der Krankenversicherung erfaßten Bürger stützt, etwa 90 Prozent der Bevölkerung. Das erforderliche Geld – geschätzt 20 Milliarden Mark – sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch einen Beitrag von „bis zu zwei Prozent“ des Einkommens jeweils zur Hälfte aufbringen – wie in der Renten- oder Krankenversicherung.

Pflegebedürftige, die daheim leben, werden in drei Gruppen aufgeteilt. Sie haben je nach Schwere des Falls entweder Anspruch auf professionelle Hilfe, oder die Angehörigen übernehmen diese Aufgabe. Dann erhalten sie Geld, zwischen 450 und 1350 Mark pro Monat.

Heiminsassen sollen pro Monat mindestens 1500 Mark bekommen. Damit wäre, so die Idee, der überwiegende Anteil der reinen Pflegekosten finanziert, den „Hotelkostenanteil“ müssen die Patienten von der Rente bestreiten. Im Idealfall soll dann von dem Alterseinkommen so viel übrig bleiben, daß die überwiegende Zahl der Versicherten nicht auf Sozialhilfe und Taschengeld angewiesen ist und auch ihr Vermögen nicht aufzehren muß.

Der Plan stieß, erwartungsgemäß, bei den Liberalen auf Widerstand. „Traumtänzerei“, befand Otto Graf Lambsdorff ohne Überlegen. Die Unternehmerpartei blickte starr auf die zusätzlichen Lohnnebenkosten von einem Prozent und sagte Nein. Als Alternative legte die FDP eine Lösung vor, die nur ihrer gutbetuchten Klientel nutzt, die Problemfälle aber weiterhin der Sozialhilfe überläßt.

Die Liberalen sind für freiwillige Verträge mit privaten Versicherungen, einer Branche also, die dem gelernten Versicherungsmanager Graf Lambsdorff sehr am Herzen liegt. Um den Bürgern den Vertragsabschluß leichter zu machen, schlagen die Liberalen vor, die Beiträge durch Steuervergünstigungen zu mildern, die Vermögensbildung zum Zwecke der Absicherung gegen Pflegebedürftigkeit zu fördern.

Mit dem ganzen klassenkämpferischen Pathos, das Blüm bei Bedarf mobilisieren kann, zerriß er das FDP-Modell vor der Unionsfraktion. Sein Ansatzpunkt: Wem nützt es?

Alle jetzt schon Pflegebedürftigen, nämlich 1,65 Millionen Menschen, hätten nichts davon, weil sie sich nicht versichern könnten. Die „Altlast“ bliebe also auf Sozialhilfe angewiesen. Anders beim Sozialversicherungsmodell: Da würden die Kosten aus den jährlichen Beiträgen beglichen, alle Pflegefälle seien von Anfang an voll im System drin.

Die über 60jährigen und gesundheitlich Vorbelasteten könnten von der FDP-Idee ebenfalls nicht profitieren, so Blüm. Die Privatversicherer würden so hohe Risikoprämien verlangen, daß sich kaum einer einen solchen Vertrag leisten könne. Das seien weitere 15 bis 17 Millionen Bürger.

Auch die 14 Millionen Jugendlichen fielen weitgehend weg, weil Familien mit Durchschnittseinkommen sich die Belastung nicht leisten könnten. Ein Ehepaar, beide 45, mit zwei Kindern und Einkommen von 42 000 Mark jährlich müßte immerhin 4 Prozent seines Einkommens opfern, ein Ehepaar mit dem geringeren Einkommen in der ehemaligen DDR (18 000 Mark) sogar 9,3 Prozent (siehe Grafik).

„Dieses Lambsdorff-Modell ist ein Beitrag, die alte Spaltung zu prolongieren“, wütete Blüm vor der Fraktion. Brausender Beifall.

Was dann mit Arbeitslosen, Rentnern und Kleinverdienern sei, wandte Blüm sich der nächsten Gruppe zu. Die zahlten kaum Steuern, hätten also auch nichts von den Steuervergünstigungen der FDP. Die Schwächsten sollten die Last der Pflege-Absicherung allein tragen, eine sozial unerträgliche Regelung.

Die Profiteure des FDP-Vorschlags seien einzig und allein gut verdienende Mittelständler und Angestellte. Der Steuerzahler würde ihnen zur Pflegever-



sicherung, die dieser Kreis sich ohnehin leisten könne, vier bis fünf Milliarden Mark zuschießen.

Ernster nahm Blüm zunächst den vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth favorisierten Vorschlag einer obligatorischen Pflegesicherung für alle Bürger bei privaten Versicherungsfirmen, nach dem Modell der Auto-Haftpflicht. Doch auch diese Idee hat mehr Nach- als Vorteile.

Die privaten Versicherer würden versuchen, Pflegefälle aus Kostenersparnis der gesetzlichen Krankenversicherung zuzuschieben. Es käme zu unerfreulichen Gutachter-Kriegen auf dem Rükken der Betroffenen.

Die Bürger wären zudem, anders als bei der Sozialversicherungslösung, über Jahrzehnte doppelt belastet. Als Steuerzahler finanzieren sie die „Altlast", während sie gleichzeitig mit Beiträgen die Deckung für die eigenen Ansprüche aufbauen müssen. Die einkommensschwächeren Bürger bräuchten ohnehin einen Beitragszuschlag aus dem Steuertopf.

Ein weiterer Einwand: Zahlt ein Autobesitzer seine Prämie nicht, wird der Wagen stillgelegt. Was aber, wenn ein Bürger die Pflicht-Pflegeversicherung nicht bedient? Kommt dann ein Kontrolleur mit dem Gerichtsvollzieher?

Späth hat seinen Vorschlag im CDU-Vorstand zwar noch einmal vertreten, aber unter dem Gelächter der Zuhörer so viele Schwierigkeiten und Schwächen seines Modells aufgeführt, daß klar war: Der Schwabe hat die weiße Fahne gehißt, er steht nicht mehr gegen Blüm. In der Union zögert nur noch der extreme Wirtschaftsflügel.

Die entscheidende Auseinandersetzung muß Blüm in dieser Woche im Koalitionsgespräch mit den Liberalen führen. Deren neue Taktik verkündete in der vergangenen Woche der Abgeordnete Dieter Thomae: Vertagen, die Koalitionsverhandlungen damit nicht belasten, Mitte der Legislaturperiode neu verhandeln.

Läßt Norbert Blüm sich darauf ein, kann er Helmut Kohl auch gleich freie Hand geben, ihm die Krankenversicherung ganz zu entziehen und den Wählern vorzugaukeln, in einem neugeschnittenen Gesundheitsministerium seien ihre Interessen besser aufgehoben. Um dieser Gefahr zu entgehen, hat Blüm der Fraktion mit deutlichen Worten klarzumachen versucht, was auf dem Spiel steht.

„Das Gesicht der CDU", so der Arbeitsminister, „muß in einer nachbarschaftlichen Gesellschaft zum Vorschein kommen." Er wolle sich nicht mit der Ellenbogenpolitik der FDP identifizieren lassen. Jahrelang habe man über sozialpolitische Kleinigkeiten gestritten, „ab heute wird über die Pflegebedürftigen gestritten".

Blüms Kampfparole: „Die FDP jagt uns bei den Steuern, jetzt jagen wir sie bei der Pflege."

Was der Arbeitsminister nicht sagt: Kommt er bei der Pflege durch, kann er auch seine Gesundheitsreform leichter retten. Die Krankenversicherungen haben Pflegehilfen für rund sechs Milliarden in ihrem Leistungskatalog. Setzt Blüm sich durch, wandert dieser Posten in die neue Pflegeversicherung. Die Krankenversicherungen stünden weniger unter Druck, die Beiträge zu erhöhen – und Blüm hätte finanziellen Spielraum für Nachbesserungen.

Arzneimittel

Wieder mal gezeigt

Ganz schnell beendete Norbert Blüm den Arzneimittel-Boykott im Osten – womöglich auf Kosten der Beitragszahler in den Krankenkassen.

Wenn Norbert Blüm es mit der deutschen Pharmaindustrie zu tun bekommt, dann gibt er sich stets besonders stark.

Über rein gar nichts werde er verhandeln, so empfing der Bundesarbeitsminister am vorigen Donnerstag in Bonn die Abordnung des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI). Zunächst mal müsse der Verband seine Mitgliedsfirmen auffordern, den Lieferboykott nach Ostdeutschland zu beenden.

Der Streitpunkt: Die Pillenproduzenten hatten sich geweigert, die neuen Bundesländer vom 1. Januar an mit Medikamenten zum halben Preis zu versorgen. Diese Regelung hatte Blüm als Verpflichtung in den Einigungsvertrag hineinschreiben lassen.

Blüms harte Gangart schien die Pharmadelegation zu beeindrucken. Die Herren zogen sich zur Beratung zurück.

Schon wenig später konnte der forsche Minister sich bestätigt fühlen. Gemeinsam mit BPI-Präsident Hubertus von Loeper appellierte er an die westdeutschen Arzneimittelhersteller, „Lieferbeschränkungen in die neuen Bundesländer im Interesse der Patienten zurückzunehmen".

Blüm, so schien es, hatte es den mächtigen Chemieleuten wieder einmal gezeigt – wie wenige Monate zuvor schon einmal: Bei den Verhandlungen zum Einigungvertrag hatte er durchgesetzt, daß für Medikamente in der ehemaligen DDR vom 1. Januar 1991 an nur soviel kassiert werden dürfe, wie die Krankenkassenbeiträge hergeben – wegen der geringen Löhne im Osten glatte 55 Prozent weniger als im Westen.

„Das Spiel ist aus", blaffte Blüm Ende September BPI-Geschäftsführer Hans Rüdiger Vogel am Telefon an, weil der Widerstand gegen die Abschlagspläne geleistet hatte. „Und wenn ich selbst dabei über die Wupper gehe", das könne sich Vogel aufschreiben, „jetzt wird endgültig mit der Industrie aufgeräumt."

Große Worte. Doch Blüms Erfolg hielt nicht lange. Nachdem er mit seinem Appell an die Pharmalieferanten vergangenen Donnerstag für gehörigen Donner gesorgt hatte, leitete der Arbeitsminister die Schönwetterphase ein.

Schon zum 1. April, so will er dem Parlament vorschlagen, soll seine 55-Prozent-Regelung wieder aus dem Einigungsvertrag verschwinden. Statt dessen verabredete Blüm mit Herstellern und Händlern eine Kostenbeteiligung, die drastisch steigende Kranken-

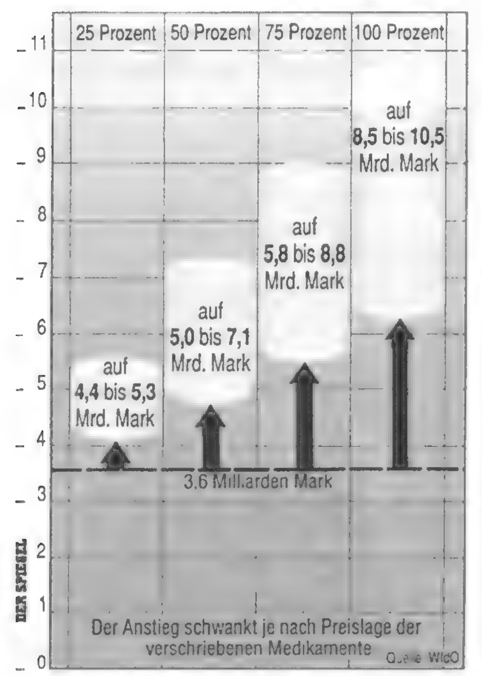


Ost-Apotheke (in Schwerin): Hochpreise des Westens

RASCHER ANSTIEG

In Ostdeutschland werden Medikamente eigener Produktion zunehmend durch teurere westdeutsche Präparate ersetzt.

Die Arzneimittelausgaben in Ostdeutschland (gegenwärtig 3,6 Milliarden Mark) steigen 1991 steil an, wenn die Marktanteile der Westmedikamente größer werden - bei:



kassenbeiträge im deutschen Osten nicht mehr ausschließt.

Der Konflikt war absehbar, die Finanzprobleme sind im Gesundheitssystem der Bundesrepublik angelegt. Wie im Westen, so wurde bei der Vereinigung festgelegt, sollten auch im Osten die Arbeitnehmer mit 12,8 Prozent ihres Bruttolohns die Pflichtkrankenversicherung finanzieren. Da die Ostlöhne allenfalls die Hälfte der Westverdienste ausmachen, nehmen die Krankenkassen entsprechend weniger ein.

Das System würde funktionieren, wenn auch die Kostenverursacher – Krankenhäuser, Ärzte, Medikamentenhersteller – nicht mehr als die Hälfte dessen kassieren, was sie im Westen einstecken. Werden aber Medikamente zu den Hochpreisen des Westens im Osten verkauft, dann entsteht in den Kassen ein tiefes Finanzloch.

Rund 22 Milliarden Mark an Beiträgen, so die Schätzungen, werden 1991 in der ehemaligen DDR in die Krankenkassen fließen. Würden von den Gesamtkosten, wie im Westen, 15,6 Prozent für Medikamente verbraucht, dann dürften die Ostdeutschen in diesem Jahr nur für rund 3,4 Milliarden Mark Pillen schlucken. Daß diese Summe bei den schon von April an steigenden Medizinpreisen nicht reichen wird, darüber sind sich alle Beteiligten einig.

Je schneller die Ostpräparate durch Westprodukte ersetzt werden, desto teurer kommt das die Kassen zu stehen. Noch stammen etwa 80 Prozent der im Osten verschriebenen Medikamente aus den alten Pharmakombinaten oder aus den einstigen Bruderländern.

Doch die überlegenen westdeutschen Pharmariesen haben ihre Ärztebesucher längst in die Neuländer des Bundes geschickt. Die Ärzte sind dabei, ihre Verschreibepraxis auf teure Westprodukte umzustellen.

Zahlenspiele liegen bereits vor: Wenn nur die Hälfte der Medikamente im Osten im Laufe des Jahres aus Westproduktion stammt, so haben die Experten der Ortskrankenkassen ausgerechnet, dann kostet das bereits in diesem Jahr zwischen 5 und 7,1 Milliarden Mark (siehe Grafik links). 1990 wurden in der alten DDR lediglich 3,6 Milliarden Mark für Medikamente aufgewendet.

Die Probleme sind absehbar. Das Kompromißmodell, das Blüm vergangenen Donnerstag mit den Pillenanbietern verabredet hat, deckt nur einen Teil solcher Bilanzlöcher der Krankenkassen.

In diesem Jahr, so soll Blüms neuer Vorschlag an das Parlament lauten, tragen Pharmaindustrie, Großhandel und Apotheker ein Kassendefizit für Medikamente bis 500 Millionen Mark voll. Doch sollte das Defizit diesen Betrag übersteigen, so der Kompromiß, sind die Anbieter nur noch mit 50 Prozent dabei.

Beispiel: Werden 7 Milliarden Mark für Medikamente benötigt, dann fehlen 3,6 Milliarden in der Kasse, weil voraussichtlich nur 3,4 Milliarden Mark über Beiträge hereinkommen.

In diesem Jahr gibt Bonn, ein letztes Mal, noch einen Zuschuß von 600 Millionen. Bliebe ein Loch von 3 Milliarden



Pharmalobbyist Vogel
Vom Minister angeblafft

Mark, in das die Anbieter 1,75 Milliarden (500 Millionen plus 50 Prozent von 2,5 Milliarden) zahlen müßten. Den Rest, 1,25 Milliarden Mark, müßten die Beitragszahler aufbringen.

Das vergangene Woche eilig ausgehandelte Pillen-System hat einen weiteren Haken. Niemand kann vorhersagen, ob das Verbrauchsverhalten der Westdeutschen tatsächlich auf den Osten übertragbar ist. Verändert sich nämlich jene Prozentzahl von 15,6, die im Westen von den gesamten Gesundheitskosten für Pillen ausgegeben werden, dann sind Blüms schnelle Kalkulationen wieder hinfällig.

Auf eine weitere Revision kann sich der Minister bereits einstellen. Schon der unterschiedliche Altersaufbau zwischen Ost und West läßt Vergleiche schwer zu. Je nach Altersgruppe konsumieren die Westdeutschen unterschiedlich viel Medikamente (siehe Grafik unten).

Der 55prozentige Abschlag hätte garantiert, daß die Beiträge die Ausgaben für Medikamente im Osten decken. Zudem war im Einigungsvertrag vorgesehen, daß dieser Abschlag entsprechend der Lohn- und damit Beitragsentwicklung im Osten reduziert wird.

Doch das ist nun alles überholt. Worauf Blüm sich jetzt eingelassen hat, so beschreibt es ein Bonner Krankenkassenexperte, sei „eine Gleichung mit zehn Unbekannten“. ◄

JE ÄLTER, DESTO TEURER

Arzneimittelumsatz pro Kopf der Bevölkerung in der alten Bundesrepublik 1989; Angaben in Mark

Alter: unter 1, 1 bis 4, 5 bis 9, 10 bis 14, 15 bis 19, 20 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34, 35 bis 39, 40 bis 44, 45 bis 49, 50 bis 54, 55 bis 59, 60 bis 64, 65 bis 69, 70 bis 74, 75 bis 79, 80 bis 84, 85 bis 89, 90 und älter

Männer | Frauen

1000 500 100 | 100 500 1000

Quelle: WIdO

DER SPIEGEL

Mit Contact Air in die Ägäis

Lothar Späth, der baden-württembergische Ministerpräsident, ließ sich regelmäßig von Freunden im Unternehmerlager aushalten. Reiterferien für die Tochter, mit dem Privatjet in die Ägäis, eine Reise in die DDR – der sparsame Schwabe Späth scheute es offenbar, das private Konto für private Vergnügungen zu strapazieren.

Vor dem Dienstbungalow des Stuttgarter Ministerpräsidenten stoppten zwei schwere Limousinen. Die Autos waren nicht für Lothar Späth vorgefahren. Es stieg die Tochter des schwäbischen Regierungschefs zu, um mit ihrer Freundin Karina Lohr in die Reiterferien nach Ebbs in Tirol zu fahren.

Den ersten Wagen steuerte der Cheffahrer des Elektrokonzerns SEL, im zweiten saßen Sicherheitsbeamte. In Ebbs, auf dem „Fohlenhof", wurden die beiden Mädchen im Mai 1987, kurz vor Pfingsten, von Inhaber Hannes Schweisgut als alte Bekannte begrüßt. Die beiden damals 15jährigen Schülerinnen waren schon im Vorjahr über Ostern in dem Ferienort am Fuß des Kaisergebirges gewesen.

Ein schöner Platz für Sprößlinge ordentlich situierter Eltern. In „Europas größtem Haflinger Gestüt" (Prospekttext) ist das Essen besser und die Atmosphäre lockerer als in anderen Reiterpensionen.

Am Ende der Ferien holte der langjährige Fahrer des damaligen SEL-Vorstandschefs Helmut Lohr die Reiterinnen wieder ab. Er ließ sich – wie schon im Vorjahr – die Rechnungen getrennt vorlegen und zahlte bar. Kein besonderer Vorgang eigentlich.

Oder doch? Das Ferienidyll in Tirol war keine reine Privatsache, Lohr ließ eine der beiden Rechnungen über den Konzern laufen.

Als „Repräsentationsaufwand" verbuchte seine Sekretärin Christiane Lohmiller am 5. Mai 1987 den Betrag in Höhe von 1427,10 Mark auf der „Kostenstelle 01/811". Im Vorjahr war bereits eine Reiterhof-Rechnung in Höhe von 1196 Mark abgerechnet worden.

Den SEL-Buchhaltern blieb verborgen, für wen gezahlt wurde. Auf dem Beleg stand jeweils der Vermerk: „Namen bei GD hinterlegt." GD war das interne Kürzel für Lohrs Büro.

Seit November stehen Lohr und seine Frau Franziska wegen „Verdachts der Steuerhinterziehung u.a." in Höhe von rund 1,4 Millionen Mark vor der 8. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts. Doch in der Anklage tauchen die beiden Ebbs-Fälle nicht auf.

Staatsanwälte und Steuerfahnder wußten zwar von den Reiterferien, doch die Angelegenheit taugte nicht für den Fall



Ministerpräsident Späth*: Gefährliche Grauzone

Lohr. Der SEL-Chef, im Februar 1989 wegen seiner Steueraffäre als Konzernchef zurückgetreten, hatte den Reiterurlaub seiner Tochter, wie es sich gehört, selbst bezahlt.

Anders jedoch Ministerpräsident Späth. Der Landesvater (offizielles Jahreseinkommen 350 000 Mark) ließ die beiden Tirol-Ferien seiner Tochter Daniela von Lohr begleichen. Die SEL setzte die 2623,10 Mark als Betriebsausgaben von der Steuer ab.

Es hat viele Geldaffären mit Politikern in den letzten Jahren gegeben. Daß sich ein Ministerpräsident der ersten Garnitur von einem Konzern die Ferien seiner Tochter bezahlen läßt, ist eine neue Variante bei der Pflege politischer Landschaften.

Nur Späth und seiner Umgebung scheint das nicht ungewöhnlich. Es sei doch, meinte Hartmut Reichl, Pressesprecher der Stuttgarter Staatskanzlei, „ganz normal, daß befreundete Familien sich gegenseitig einladen, ob zum Kaffee oder sonst was".

Was darf ein Politiker, was darf er nicht? Wo verläuft die Grenze zwischen normal und nicht normal? Wann begibt sich ein Regierungschef durch die Annahme nicht ganz billiger Gefälligkeiten in die Abhängigkeit von Managern und Unternehmen?

Gewiß, die Trennlinie zwischen Politik und Geld ist unscharf; nicht immer liegen die Verhältnisse so klar wie in der Flick-Affäre, als Parteien und Politiker sich von einem Konzern kaufen ließen.

Doch offenkundig ist: Der sparsame Schwabe Späth bewegte sich zumindest in einer gefährlichen Grauzone. Seine Bereitschaft, sich von einflußreichen oder vermögenden Freunden private Dienstleistungen gewähren zu lassen, ist, gemessen an den Maßstäben der bundesdeutschen Politik-Szene, überdurchschnittlich groß.

* Mit einer Späth-Ausziehpuppe.

Manches kommt da zusammen, was Firmen und Manager des Landes Baden-Württemberg für ihren hochgeschätzten Ministerpräsidenten taten.

Die Elektronik-Firma SEL hat sich ja nicht nur um die Ferien von Daniela bemüht, sie sorgte sich auch um das angemessene Urlaubsambiente für die gesamte Familie Späth. Beliebt waren Schiffstouren durch die Ägäis auf Kosten der SEL, die monatelang aufwendig vorbereitet wurden.

Zweimal flogen die beiden Familien Lohr und Späth in die Sonne. Es war kein Urlaub von der Stange.

Bis Athen reiste man mit angemieteten Jets der Stuttgarter Privatlinie „Contact Air". Beim ersten Ägäis-Urlaub im Jahr 1984 gingen die Späths und die Lohrs dann an Bord eines ebenfalls angemieteten Zweimast-Seglers.

Zwei Jahre später, um Pfingsten 1986, wurde die Sause noch etwas teurer. Weil der gepflegte Holzsegler ausgebucht war, wurde die 26 Meter lange Motorjacht „Something Cool" gechartert.

Für Athen hin und zurück berechnete die Contact Air jeweils 40 000 Mark. Die Kosten für den Wochentörn durch die griechische Inselwelt lagen bei 50 000 Mark.

Die Ausrichter aus Stuttgart hatten wirklich an alles gedacht. Quasi als Bordarzt war Ferdinand Eisenberger, Chefarzt im Stuttgarter Katharinen-Hospital, mit von der Partie.

Den damaligen Vorgesetzten von Helmut Lohr bei der New Yorker Muttergesellschaft ITT waren solche Gefälligkeiten gar nicht so recht. Der US-Multi hat seit Jahren das Image, weltweit bei Bestechungen von Politikern noch rücksichtsloser vorgegangen zu sein als die Konkurrenz.

Der damalige SEL-Finanzchef Reinhold Knoll erklärte bei der Vernehmung gegenüber Steuerbeamten, „formell" sei es nach ITT-Regeln bei bezahlten Politiker-Reisen „nicht zulässig", Manager aus dem Konzern mitzuschicken. So soll wenigstens der Schein gewahrt werden. Intern waren deshalb zur Verbuchung von Späth einige Verrenkungen notwendig.

Die gesamten Schiffskosten wurden zunächst von der Contact Air bezahlt. Die Flugmanager ließen diese wiederum, doppelte Tarnung, über ausländische Geschäftsfreunde laufen.

Contact Air holte sich das Geld anschließend bei der SEL über fünf fingierte Rechnungen zurück; beispielsweise eine unter der Nummer 86702 über einen Betrag von 17 066,20 Mark.

Die manipulierten Contact-Air-Belege waren den Staatsanwälten aufgefallen, als sie nach Geldern fahndeten, die SEL-Chef Lohr angeblich der Steuer hinterzogen hatte. Es gebe da, notierte der Stuttgarter Staatsanwalt Paul-Guido Gramich am 3. Mai 1989, noch „zwei nicht völlig abgeklärte Athen-Reisen".

Die Ermittler ließen dann jedoch in ihrem Sucheifer nach – womöglich, weil sie auf den Namen des Landesvaters gestoßen waren. Plötzlich fiel ihnen zu den beiden Reisen Entlastendes ein; daß Lohr den geldwerten Vorteil der beiden Griechenland-Reisen nicht versteuert hatte, tauchte jedenfalls in der Anklageschrift nicht auf. Die Ferien der Familien Späth und Lohr könnten, so das Argument, als Betriebsausgaben von der Steuer abgesetzt werden und seien damit kein Anklagepunkt.

Der Verdacht drängt sich auf, daß für die Staatsanwälte in Baden-Württemberg Unrecht nicht gleich Unrecht ist. Im Lohr-Prozeß spielt eine wesentliche Rolle, daß der Angeklagte seine zahlreichen Flüge zu seinem Ferienhaus nach Mallorca kaschiert hat. Daß auf gleiche Weise die Ägäis-Touren umfrisiert wurden, scheint den Staatsanwälten unbedeutend. Bananenrepublik Deutsch-Südwest.

Der Stuttgarter Staatsanwalt Wolfgang Schmid erklärte vergangene Woche: „Nach unserer Auffassung spricht einiges dafür, daß diese Ausgaben im Interesse und zugunsten der Firma SEL getätigt worden sind."

Dann unterlief Schmid ein verbaler Lapsus: „Wenn zum Beispiel der Herr Lohr sich das Wohlwollen eines Amtsträgers erkauft hat, dann würde das unter den Begriff Betriebsausgabe fallen."

Lothar Späth – der gekaufte Landesherr? Gewiß nicht: Für Vorteilsannahme, wie ihn der Paragraph 331 des Strafgesetzbuches vorsieht (siehe Kasten Seite 32), seien „keine Anhaltspunkte" (Schmid) gegeben.

Verblüffend gelassen fiel die Reaktion des jäh ins Zwielicht geratenen CDU-Prominenten aus. Seine Staatskanzlei erklärte lapidar, der Ministerpräsident habe zum SEL-Chef Kontakt gepflegt wie zu anderen Unternehmern auch.

Stimmt das, dann dürfte Lothar Späth so gut wie keine privaten Aufwendungen gehabt haben.

Der Mann, keine Frage, verstand zu nehmen, was zu kriegen war. Ob für Reisen rund um den Globus, für seine Einsätze in Wahlkämpfen, bei Staatsvisiten oder bei Zuwendungen für die Familie – der wackere Schwabe akzeptierte jede Hilfe, ohne Ansehen der Geber.

Dem Regierungschef von Baden-Württemberg, der gern und oft wohlgeformte Sentenzen über das soziale An-





Vater Späth mit Tochter Daniela, „Fohlenhof" in Ebbs (Tirol): „Namen bei GD hinterlegt"

spruchsdenken abzusondern pflegt, fehlte offenkundig das Gefühl dafür, wo die Markierungslinien von Politik und Wirtschaft verlaufen; ein Empfinden dafür, was die Gesellschaft ihren ja nicht gerade schlecht alimentierten amtlichen Würdenträgern an Nebeneinnahmen gestattet und was nicht.

Cleverle, wie nicht nur Landsleute ihn anerkennend nennen, ist bei der leichten Art des Nehmens offenbar auch von der Gewißheit ausgegangen, daß ihm in seinem Ländle keiner kann.

Mit allzu großer Selbstverständlichkeit hat Viel-Flieger Späth (im vergangenen Jahr fast 30 Auslandsreisen) die Dienste der Industrie bei der Verwirklichung seiner Reisepläne in Anspruch genommen.

Ein knappes Dutzend Firmen, darunter Daimler-Benz, Bosch, SEL, Blendax (Zahnpasta) und eine Reihe von Mittelständlern wie Hanns Pielenz, Inhaber der Firma Amann (Garne), stellten ihm Flugzeug oder Hubschrauber zur Verfügung. Späth kam bislang so leicht an Privatjets wie andere an ein Taxi.



Maschine der Contact Air: Athen und zurück für 40 000 Mark



Tourist Späth (in China): Was darf ein Politiker?

Das Staatsministerium in Stuttgart hält derlei Hilfen für normal. „Der Ministerpräsident“, meinte Sprecher Reichl, „nimmt das mit Selbstverständlichkeit von Zeit zu Zeit in Anspruch.“

Das Büro Späth hat nur anrufen müssen. Der Chef, hieß es dann, brauche eine Maschine. Die Bediensteten, beispielsweise in der SEL-Vorstandsetage, fühlten sich manchmal wie Angestellte eines Reisebüros.

Späth hatte vielerlei Wünsche. So wollte er 1988 eine ausgedehnte Tour durch die DDR starten, mit Abstechern in andere Ostblock-Länder. Gewünscht waren zudem etliche Extras, wie der Besuch der Semper-Oper in Dresden.

Die Kosten für die Reise von Späth und Adoptiv-Sohn Peter in Höhe von 14 000 Mark übernahm die SEL. Verrechnet wurde die Summe intern, von der Pressestelle des Konzerns. Unter dem Eindruck der Parteispenden-Prozesse in Stuttgart gegen eine Reihe hochkarätiger Manager wie den ehemaligen Bosch-Chef Hans Merkle zahlte Späth dann rund die Hälfte der Reisekosten an SEL zurück.

Unter den Piloten von Werksmaschinen und Privatlinien war ein Thema, wer Späth mit oder ohne Familie wohin gebracht hatte. Die Topmanager dagegen legten Wert auf äußerste Diskretion. Bei SEL beispielsweise wurden die Späth-Touren intern als Flüge von Lohr deklariert.

Daß der Ministerpräsident bei seinen Dienst- und Privatreisen wie selbstverständlich die Industrie einspannte, hängt möglicherweise mit einer Intervention des Landesrechnungshofs im Jahr 1982 zusammen. „Großes Interesse haben die Auslandsreisen des Herrn MP“ gefunden, notierte ein Bediensteter der Staatskanzlei nach dem Besuch der Rechnungshof-Prüfer.

Die Kontrolleure hatten herausgefunden, daß Späth insgesamt 111 941,36 Mark seiner Reisekosten in verschiedenen Etatposten versteckt hatte. Der reisefreudige Politiker war 1981 in Frankreich gewesen (Kernkraftwerke besichtigen), in Jugoslawien, Norwegen, Rumänien, Japan und China.

Die Reise nach Japan, China und Hongkong vom 15. bis 30. März 1981 – Gesamtkosten: 53 856,92 Mark – tauchte unter „Dienstreisen“ nur mit 37 287,05 Mark auf, der Rest wurde bei den Titeln „Verfügungsfonds MP“, „Repräsentationsfonds“ und „öffentliche Mittel“ versteckt.

Fortan stieg Späth mehr und mehr auf Firmenjets um. Da ihm die Bonner Flugstaffel, die er in offizieller Mission benutzen kann, bei Wahlkampfeinsätzen nicht zur Verfügung steht, forderte er in solchen Fällen Konzern-Maschinen an.

Die Fernreisen, vor allem die nach Fernost, wurden häufig von dem auf VIP-Touren spezialisierten Reisebüro Poppe in Mainz zusammengestellt. Für Späth buchte dort vor allem sein Freund Lothar Strobel.

Der ehemalige Generalbevollmächtigte der Mainzer Firma Blendax übernahm zuweilen einen Teil der Kosten, manchmal sprangen andere Reisebegleiter mit ein. Mit Strobel, heute Seniorpartner einer großen Stuttgarter Anwaltssozietät,



Ex-Manager Lohr, Ehefrau: Schwierige Verbuchung

verbrachte Späth während der Rundreisen gern einige Tage in Strandhotels von Malaysia.

Mit seinem Duzfreund Werner Niefer, Vorstandsmitglied von Daimler-Benz, reiste Späth 1984 mitsamt Familien quer durch Kanada. Niefer bestreitet, daß Späth von Daimler ausgehalten wurde. „Jeder", so der Mercedes-Mann, „hat sei Sach' selber bezahlt." Sogar die Lebensmitteleinkäufe auf der Camping-Tour seien umgelegt worden.

Besonders häufig war der Regierungschef mit Lohr unterwegs. Solche Reisen scheinen den Christdemokraten durchaus gebildet zu haben.

Es war nach der letzten Ägäis-Reise, als Späth neue Leitlinien in der Technologiepolitik ausgab. Während er sich vorher immer massiv für einen Technologie-Austausch zwischen Staat und Konzernen eingesetzt hatte, plädierte er nach dem Griechenland-Trip für eine Verstärkung der Grundlagenforschung mit staatlicher Hilfe.

Das war ein Vorschlag ganz im Sinne der Elektronikbranche. Dort ging die Angst um vor der übermächtigen japanischen Konkurrenz, der mit Grundlagenforschung Paroli geboten werden sollte.

Manchmal konnte Späth den Dank für die spendierte Reise gleich vor Ort ableisten. Im Jahr 1986 reiste er mit baden-württembergischen Unternehmern nach Indonesien. Zum Ärger der übrigen Teilnehmer führte Späth nur Gönner Lohr bei Staatspräsident Suharto ein.

Der SEL-Chef nutzte die Chance, sich um den Auftrag zum Bau eines digitalen Telefonsystems zu bewerben. Zwei Jahre später war Lohr noch einmal mit Späth dort – es war auf einer Rundreise, deren Kosten Lohr sich mit Strobel geteilt hatte. Die Touren haben sich gelohnt, SEL bekam den Auftrag.

Auch auf den Philippinen war das Gespann Späth/Lohr erfolgreich. Mitreisender Strobel, Konsul des Inselreiches, hatte einen Termin bei der Präsidentin Corazon Aquino vermittelt.

Der Termin war für die SEL wichtig. Der Mutter-Konzern ITT hatte früher gute Drähte zu der Diktatoren-Clique um Ferdinand Marcos und war nun ins Abseits geraten. Lohr konnte mit der philippinischen Post ein Pilotprojekt vereinbaren, im vergangenen Jahr bekam die SEL einen Großauftrag zur Lieferung von Telefonanlagen.

Das System Späth arbeitet nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Werbeträchtig posierte er vor einigen Jahren in einer Fotoserie für einen CDU-Wahlprospekt vor dem „Jägerhof" seines Unternehmerfreundes Helmut Aurenz, eines Produzenten von Blumenerde. Schon oft, so auch in diesem Jahr, hat Späth zur Jahreswende im „Jägerhof" seinen Urlaub verbracht.

Wie so viele Politiker hat auch Lothar Späth die Gabe, den Wirbel, den er verursacht, als Pflichterfüllung zu verklären. Das fällt ihm leicht, denn selbst die hartleibigsten Kritiker bescheinigen ihm Fleiß, Leistung und Kompetenz.

Eine schwungvolle Karriere hat er hingelegt. Vom Sohn eines Lagerverwalters ist der frühere Gemeindeinspektor zum Provinzfürsten aufgestiegen. Als Autodidakt hat er sich kluggearbeitet, kluggelesen, viele Akademiker hat der Mann mit dem Schlaubergergesicht hinter sich gelassen.

Er hat nicht nur gerackert, wie es wackere Schwaben ohnehin tun. Er hatte oft auch überraschende Ideen. Als alle glaubten, sein einziges Ziel sei es, aus Deutsch-Südwest ein High-Tech-Musterländle zu machen, hat Späth voll auf Kultur gesetzt, da kamen die anderen nicht mehr mit.

Daheim in Stuttgart mochte es ohnehin niemand mit ihm aufnehmen. Späth pflegte in den vergangenen Jahren zunehmend einen Regierungsstil, den Politologen gern mit dem Begriff des „repräsentativen Absolutismus" kennzeichnen.

Da gibt es ein paar verblüffende Parallelen zu einem, der auch einmal ganz oben war und inzwischen wieder gefallen ist: Duzfreund Helmut Lohr, 59, derzeit vorwiegend vor der 8. Wirtschaftsstrafkammer des Stuttgarter Landgerichts anzutreffen.

Der gebürtige Bajuware Lohr stammt wie Späth aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Der Vater war Postamtsrat, Sohn Helmut brachte es zum Postrat, ehe er vor 26 Jahren bei SEL im Bereich Fernsehtechnik anfing.

Der tüchtige Diplom-Ingenieur ist rasch an allen vorbeigezogen, bereits sieben Jahre später saß er im Vorstand,





Politiker Späth, Freund*: „Jeder hat sei Sach' selber bezahlt"

* Daimler-Benz-Chef Werner Niefer, vor dem Modell des neuen Rastatter Mercedes-Montagewerks im Juli 1990.

„In entspannter Atmosphäre“

Strafbare Vorteilsannahme ist schwer nachweisbar

Zuwendungen der Wirtschaft an Politiker sind in Deutschland nichts Ungewöhnliches mehr. Nicht nur der Flick-Konzern hat die politische Landschaft besonders gepflegt.

Geld oder geldwerte Vorteile fließen in der Regel keineswegs den anonymen Parteiapparaten zu. Bevorzugt bedient werden Einzelpersonen, deren Wohlwollen sich die Firmen sichern wollen.

Wertvolle Geschenke, Einladungen zu kostspieligen Flugreisen oder in Luxushotels zählen inzwischen zu den beliebtesten Methoden, sich Freunde zu schaffen oder zu erhalten.

„Treffen in entspannter Atmosphäre, ohne äußeren Einfluß und ohne Terminzwänge“, so der frühere SEL-Chef Helmut Lohr über seine betrieblichen Erfahrungen, „führten zu aufgelockerten Gesprächen, die mir jedoch für meine strategischen Überlegungen zur Planung von neuen Produkten und Systemen äußerst wichtige Hinweise gaben.“

Solche abgeschirmten Treffen hätten den Gästen „wertvolle Erkenntnisse“ gebracht – was immer das gewesen sein mag. Sie hätten vor allem aber auch geholfen, „die Konzernstrategie abzusichern“.

Für Inhaber von Staatsämtern können solche Gunstbeweise durchaus auch unangenehme Erkenntnisse mit sich bringen. Auf die Verquickung von Amt und privatem Nutzen zielen etwa die Strafgesetzbuch-Paragraphen 331 und 333, die sich mit der „Vorteilsannahme“ und „Vorteilsgewährung“ beschäftigen, einer dezenten Form der Bestechlichkeit oder Bestechung.

SPIEGEL-Titel 48/1959
Unentgeltlich teure Wagen

Die Vorteilsannahme, wie sie dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten von Teilen der Opposition in Stuttgart vorgeworfen wird, setzt eine „Unrechtsvereinbarung“ voraus: die Übereinkunft, für amtliche Tätigkeiten Vorteile zu geben und zu nehmen.

Für die Strafbarkeit genügt schon ein sich aus den Umständen ergebendes, sogar stillschweigendes Einverständnis darüber, daß die Diensthandlung, die in irgendeiner Form einem Unternehmen zugute kommt, durch Zuwendungen eben dieses Unternehmens beeinflußt wird.

Auf die zeitliche Abfolge von Vorteil und Diensthandlung käme es dabei nicht an. Sogar Bestechung, Paragraph 334, könnte vorliegen, wenn sich herausstellte, daß ein Amtsträger wie der Landesvater obendrein pflichtwidrig entschieden hätte.

Der Nachweis, der für eine Verurteilung nötig ist, läßt sich allerdings, wie der Fall des früheren FDP-Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff deutlich gezeigt hat, juristisch nur schwer erbringen.

Obwohl das Bonner Landgericht 1987 von dem „erheblichen Verdacht“ ausging, daß der Flick-Konzern dem Liberalen „die angeklagten Barzahlungen tatsächlich hat zukommen lassen“, wurde der Graf vom Vorwurf der Bestechlichkeit freigesprochen. Den Richtern fehlte für eine Verurteilung die beweisbare Verabredung eines Geschäftes zum gegenseitigen Vorteil, eben die „Unrechtsvereinbarung“.

Verstöße nachzuweisen, bestätigte vergangene Woche der Strafrechtler Ulrich Weber im Fall Späth, werde um so schwieriger, je höhergestellt ein Amtsträger sei. Weber: „Nicht alles, was politisch unmoralisch ist, wird auch vom Strafrecht erfaßt.“

Strafrechtlich ist gar nichts auszurichten, wenn Abgeordnete geschmiert werden – das ist seit dem Jahr 1953 nicht mehr strafbar. Sie können, so paradox das aussieht, nur in Druck geraten, wenn sie sich für eine persönliche Geld-

SPIEGEL-Titel 44/1984
Erheblicher Verdacht



SPIEGEL-Titel 9/1986
Pflege der Landschaft

zuwendung *nicht* mit Gegenleistungen erkenntlich zeigen.

Seit 1985 nämlich gilt eine Spende an Abgeordnete als Schenkung, die ab 3000 Mark sogar dann versteuert werden muß, wenn die Zahlung über die Parteikassen geflossen ist. Nur wer darlegt, daß er für die Gaben der Industrie tatsächlich etwas geleistet hat, kommt um eine Nachzahlung herum.

Wie stark indes die gebotene Trennung von öffentlichem Interesse und privater wirtschaftlicher Macht inzwischen verlorengegangen ist, zeigt das Beispiel der Sachzuwendungen. Es war Ende der Fünfziger noch eine Staatsaffäre, als sich der Adenauer-Referent Hans Kilb unentgeltlich teure Wagen von Daimler ausgeliehen hatte.

Heute bringen Sachzuwendungen an Politiker, etwa das Überlassen von Autos oder die Übernahme von Flugkosten, vor allem fiskalische Probleme. Wenn es nach Recht und Gesetz geht, fällt zumindest Schenkungssteuer an.

Betriebe wie SEL wiederum setzen solche Kosten in aller Regel als Betriebsausgaben von der Steuer ab. Diese Praxis ist rechtlich dann fragwürdig, wenn der Preis der teuren Reisen nicht nur unangemessen hoch ist, sondern der Zweck der Betriebsausgaben in der Buchhaltung sogar noch verschleiert wird.

Überdies ist nach dem Gesetz die Finanzierung von „Segel- und Motorjachtreisen" ausdrücklich von der Anerkennung als steuermindernde Betriebsausgabe ausgenommen.

Was in Stuttgart bei der Justiz offenbar als Pflege der Landschaft gilt – wie der vom Konzern bezahlte und von der Steuer abgesetzte Reiter-Urlaub der Späth-Tochter –, kann nach den in anderen Ländern üblichen Fiskus-Regeln nicht als betriebsbezogen gewertet werden. Bei solchen Zuwendungen handelt es sich nach Paragraph 4 des Einkommensteuergesetzes eindeutig um Geschenke, die nur bis zu einem Betrag von 75 Mark abzugsfähig sind.

Weitmaschig ist das Netz, wenn offiziell Geschenke an Amtsträger überreicht werden. Die Bürokratie unterscheidet nach Gaben, die ein Politiker in Ausübung seines Amtes erhält, und solchen, die ihm als Privatmann gelten.

Die feinen Unterschiede, die in manchen Fällen schwer auszumachen sind, hat einer bereits in den Anfangsjahren der Republik für sich geklärt.

„Was persönlich ist, bestimme ich", erklärte Konrad Adenauer, „der Rest ist Bundeseigentum." Dann rollte der Alte vom Rhein zu Hause den Teppich aus, den der Schah von Persien dem deutschen Bundeskanzler verehrt hatte.

wurde im Juni 1976 von der ITT-Konzernleitung zum Vorsitzenden berufen. Er war in diversen internationalen Gremien dabei, hatte Ämter rund um den Globus.

„Meine Frau und ich haben unser Leben vollständig mit den Interessen der SEL identifiziert", erklärte Lohr vor Gericht.

Die Vorwürfe, er habe manches nicht richtig versteuert, hält Lohr für kleinlich. Ein Mann, der bei SEL auf ein Jahreseinkommen (einschließlich ITT-Boni) von rund zwei Millionen Mark gekommen war, muß wohl darüber hinwegsehen.



Späth-Freund Schlampp
„Wir hatten immer was zu bereden"

Auf Firmenkosten ist Lohr etwa 33mal nach Mallorca geflogen, um die Arbeiten an seinem Ferienhaus voranzutreiben – Handwerker und Material an Bord. Die vielen Flugrechnungen über insgesamt 528 621,93 Mark wurden zumeist mit inländischen Zielen abgerechnet. Aber „die Frage eines geldwerten Vorteils", so Lohr, „stellte sich für mich nicht, da ich die Flüge wegen des beabsichtigten Einsatzes des Hauses im geschäftlichen Interesse der SEL und der ITT durchführte".

Die Philosophie, die dahintersteckt, könnte auch die des Ministerpräsidenten Späth sein. Wenn einer rund um die Uhr im Dienst ist und die Verantwortung für das Gemeinwohl den Rückzug in die Schutzzone der Privatperson versperrt, ist eigentlich alles erlaubt – Flüge, Reisen, Zuwendungen von Freunden.

Was den Fall für Späth unbehaglich macht – das Milieu der Geber und Nehmer –, wird wohl in den nächsten Wochen im Lohr-Prozeß ausgeleuchtet. Die Enthüllung weiterer pikanter Details droht.

Die vielen Geschichten, die sich um Lothar Späth ranken, sind vielleicht auch der Grund, warum 1989 der parteiinterne Aufstand gegen Kanzler Helmut Kohl mißlang. Der Schwabe verlor danach an Ansehen, er schaffte es nicht einmal mehr zu einem Sitz im CDU-Präsidium.

Der Landesfürst, das räumen sogar einige seiner Freunde ein, habe nicht den Rücken freigehabt, um voll in den Angriff gehen zu können. Verliert Späth weiter an Renommee, könnte ihm eines Tages sogar der Ausweg in die Wirtschaft verstellt werden.

Wie viele Berufspolitiker hat Späth oft die Spitzenmanager der Wirtschaft bewundert – wegen ihrer Unabhängigkeit von Wahlterminen, von Parteigremien und wegen ihrer Einkommen. Er



Späth-Urlaubshotel „Jägerhof": Prinzip der Gegenseitigkeit

Sozialreformers Blüm, versagt hat die Selbstverwaltung der Tarifparteien.

Knapp 14 Milliarden Mark sollte Blüms Reform den Krankenkassen bringen, 7,2 Milliarden davon mußten durch Gesetzesänderungen eingebracht werden. Das Sterbegeld wurde begrenzt, weniger wichtige Arzneimittel müssen die Patienten nun selbst bezahlen, bei anderen einen höheren Eigenanteil übernehmen. Der Gesetzgeber hat seine Arbeit im wesentlichen getan, 6,9 Milliarden von geplanten 7,2 Milliarden Mark pro Jahr sind eingebracht.

Doch Blüms Reform sollte gleichmäßig Anbieter und Patienten belasten, und dieses Ziel ist verfehlt. „Alles Selbstbeteiligung“, heißt es in dem Vermerk der Beamten über das Einsparergebnis. Das heißt: Allein die Patienten übernehmen die Lasten der Reform.

Die zweite Hälfte der Einsparungen, die vor allem die Großverdiener an der Krankheit treffen sollte, fiel in die Kompetenz der Kassen. Doch von den 6,6 Milliarden, die in diesem Bereich eingesammelt werden sollten, ist bislang nur eine Milliarde geschafft.

„Die Selbstverwaltung“, meint der Geschäftsführer der Betriebskrankenkassen, Wolfgang Schmeinck, „ist vielleicht überfordert.“ Blüm und seine Fachbeamten haben da längst keine Zweifel mehr.

FINANZSPRITZE GESUCHT

Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenkassen steigen wieder stärker...

Veränderung der Leistungsausgaben in Prozent

1986	1987	1988	1989	1990*
+5,1	+4,3	+7,4	−3,2	+6,1

Auswirkung der Gesundheitsreform ▸ −3,2

...als der Grundlohn je Mitglied

1986	1987	1988	1989	1990*
+3,1	+2,2	+3,7	+3,1	+5,1

Zunahme der beitragspflichtigen Einnahmen je Mitglied in Prozent

*1. bis 3. Quartal

Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik (BMA)

DER SPIEGEL



Altenpflege: 1,65 Millionen Deutsche sind ständig auf Hilfe angewiesen

Entscheidender Hebel der Sparaktion bei Arzneimitteln ist die Einführung von Festbeträgen für Arzneimittel. Kassen und Ärzte sollten gemeinsam die Arzneimittel in drei Gruppen einteilen: Pillen und Tropfen mit denselben Wirkstoffen, mit vergleichbaren Wirkstoffen und mit vergleichbaren Wirkungen. Für jede Gruppe sollten dann Festbeträge bestimmt werden.

Die Kassen, so der Plan, bezahlen höchstens die Festbeträge. Bevorzugt der Patient teurere Tabletten, zahlt er zu.

Über die Stufe I, Arzneien mit denselben Wirkstoffen, waren Ärzte und Kassen sich relativ schnell einig. Festbeträge für 43 Wirkstoffe brachten 830 Millionen Mark Ersparnis – wenn großzügig übersehen wird, daß die Pharmakonzerne sich zum Teil durch Preissprünge bei den anderen Medikamenten refinanzierten.

Ein ganzes Jahr aber dauerte es, bis erste bescheidene Übereinkünfte in der Stufe II (vergleichbare Wirkstoffe) zustande kamen. Das brachte den Kassen lediglich eine Ersparnis von zusätzlichen 115 Millionen Mark. „Bei der weiteren Umsetzung der Stufe II ist nach wie vor mit Widerstand zu rechnen“, heißt es im Vermerk der Blüm-Beamten.

Die Experten im Arbeitsministerium machten ihren Chef deshalb mit „folgender negativen Perspektive“ vertraut: Vom 1. Januar 1991 an sei nur „etwa ein Drittel des gesamten Arzneimittelmarktes mit Festbeträgen überzogen“. Und: Wenn die Beratungen weiter so schleppend verliefen, würden Ende 1991 höchstens 35 bis 40 Prozent des Marktes abgedeckt.

Das hätte für den Sozialreformer Blüm fatale Folgen. Bei Verabschiedung des Gesetzes 1988 hatte er sich in seinem Optimismus von den Liberalen zu einer Klausel verleiten lassen, die ihn jetzt voll trifft.

Bis Ende 1991 braucht der Patient für Medikamente mit Festbetrag selbst nichts zu zahlen, bei allen noch nicht erfaßten Arzneien ist er mit 3 Mark Eigenbeteiligung dabei. Von 1992 an, so steht es im Gesetz, wandelt sich dieser feste Eigenanteil in eine 15-Prozent-Selbstbeteiligung mit einer Obergrenze von 15 Mark um.

Das hatte Blüm nur mitgemacht, weil er glaubte, Ende 1991 würden nur noch wenige Medikamente ohne Festbetrag abgegeben. Da aber hat er sich getäuscht: Bei mehr als 60 Prozent aller Arzneien werden die Patienten bis zu 15 Mark draufzahlen müssen.

Ähnliche Beispiele für die Unfähigkeit der miteinander konkurrierenden Kassen, den Großverdienern im Gesundheitssystem weh zu tun, finden sich in dem kritischen Papier der Blüm-Beamten zuhauf. So sollte die Gesamtvergütung für Ärzte nicht schneller wachsen als die Einnahmen der Kassen, doch die Kassenfunktionäre unterschrieben Verträge, nach denen 17,4 Prozent der Leistungen außerhalb dieses Rahmens laufen, in Hessen sind es sogar schon 30 Prozent.

Die Kassen gestanden den Ärzten auch das Recht zu, völlig unnötige Vorsorgeuntersuchungen abzurechnen. Den Zahnärzten bewilligten sie relativ hohe Honorare für die Individualvorsorge. Richtgrößen für Arzneimittel und Hilfsmittel fehlen ebenso wie Vereinbarungen über Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Stichproben.

Gründerkollegium nicht ohne Hintersinn, solle „unabhängig von politischen Vorgaben der Pflege der Wissenschaften unter einer freiheitlichen Verfassung dienen".

Der dezente Hinweis galt nicht allein den Gelehrten aus der ehemaligen DDR. Auch Horst Albach, 59, Ex-Präsident der West-Berliner Akademie und ebenfalls Adressat des Riedmüller-Briefs, mußte sich angesprochen fühlen. Albach hatte die West-Akademie 1987 nach allzu genauen Vorgaben des CDU/FDP-Senats aufgebaut. Rot-Grün in Berlin schickte die neokonservative Elitetruppe deswegen wieder nach Hause.

Nun, nach der erneuten Wende in West-Berlin, fällt Albach die tragende Rolle bei der Gründung der neuen Gesamt-Berliner Akademie zu. Ob der Professor für Betriebswirtschaftslehre dabei alle ehemaligen Mitglieder der West-Akademie in den neuen Verein übernehmen darf, ist unter den potentiellen Koalitionspartnern CDU und SPD noch umstritten. Auf Wunsch des künftigen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (CDU) soll Albach jedenfalls ein Konzept entwerfen, das nur die Stärken der alten Akademien in Ost und West vereint.

Tatsächlich passen beide Partner nicht so recht zueinander. In den Arbeitsgruppen der West-Akademie trafen sich 30 illustre Bundesbürger, wie etwa Familienministerin Ursula Lehr, Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter oder der Stararchitekt O. Mathias Ungers, um fachübergreifend über Zukunftsfragen der Menschheit zu parlieren. Die DDR-Akademie bestand dagegen aus mehr als 40 großen Forschungsinstituten sowie einer Gelehrtengesellschaft von 182 Professoren, die dem SED-Regime als „Speerspitze der Wissenschaft" (Riedmüller) diente.

Während die Institute der Ost-Akademie entweder geschlossen werden oder noch nach neuen Trägern suchen, möchten sich die Mitglieder der Gelehrtengesellschaft nun möglichst komplett der neuen Akademie anvertrauen – was der Senatorin Riedmüller wenig behagt. Die Sozialdemokratin wollte den SED-nahen Professoren-Klub ursprünglich ganz auflösen. Doch laut Artikel 38 des Einigungsvertrags darf das Land Berlin nur entscheiden, „wie" die „Gelehrtensozietät fortgeführt werden soll", nicht aber, ob überhaupt.

Auf diese Bestandsgarantie beruft sich Ex-Akademiepräsident Klinkmann. Stolz verweist der Rostocker Gelehrte auf mehr als 20 langfristige Projekte, etwa die Editionen der Schriften von Alexander von Humboldt, Kant und Leibniz, sowie einige wertvolle Immobilien, die der neuen Einrichtung gut anstehen würden.



West-Berliner Akademiegründer Albach: „Schön ist das nicht"

Auch deswegen wünscht sich Klinkmann die Gesamt-Berliner Akademie als Werk „gleichberechtigter Partner". Daß nur einige wenige Ost-Gelehrte „in die neue Wohnung als Untermieter" einziehen, kann sich der Mediziner „gar nicht vorstellen".

Eben das aber wäre nach dem Geschmack des Kollegen Albach. Der Akademiegründer denkt an „20, höchstens 50" Professoren aus der ehemaligen DDR, die nach eingehender wissenschaftlicher und politischer Überprüfung in das neue Gremium übernommen werden könnten. Nur vor dem Ausleseprozeß graut dem West-Professor: „Schön ist das nicht."

Die Suche nach politisch unbelasteten Mitgliedern in der Ost-Berliner Akademie dürfte sich in der Tat schwierig gestalten. Viele ihrer Professoren, wie etwa der Historiker Joachim Herrmann (SPIEGEL 39/1990), bekleideten zugleich hohe Parteiämter. Allein im Jahre 1988 wurden 22 Wissenschaftler der Akademie mit dem Vaterländischen Verdienstorden der DDR ausgezeichnet. Dafür ließen sich wiederum Erich Honecker, Kurt Hager und Willi Stoph mit der „Ehrenspange der Akademie" schmücken.

Eine Gruppe kritischer Akademieprofessoren forderte denn auch in der vorletzten Woche die vorläufige Auflösung der Gelehrtengesellschaft. Die Unterzeichner der „Adlershofer Erklärung" werfen ihren Kollegen vor, die SED-Politik „teils aus Überzeugung, mehr jedoch im Hinblick auf eigene materielle und ideelle Vorteile aktiv mitgestaltet" zu haben.

Selbst Akademiechef Klinkmann hat sich darum bemüht, einige prominente SED-Professoren zum Rückzug aus der Gelehrtengesellschaft zu bewegen – bisher ohne Erfolg. Nun plädiert der Mediziner für ein anderes Verfahren: Eine internationale Gutachter-Kommission solle die „fachliche Kompetenz und moralische Integrität" jedes Akademiebewerbers überprüfen.

Doch Klinkmann, der die DDR gern als „fehlgeschlagenes Experiment" abtut, will auch mit der Vorgeschichte seiner Kollegen äußerst großzügig umgehen: Wer der Karriere anderer Wissenschaftler persönlich geschadet habe, sei in der neuen Akademie zwar fehl am Platze. Eine rein politische Auswahl „nach den Kategorien von Siegern und Besiegten" hält Klinkmann aber für „völlig undenkbar".

Die Senatorin Riedmüller könnte sich dagegen „durchaus vorstellen, daß am Ende kein einziges Mitglied der DDR-Akademie berufen wird". Wer allerdings den Einfluß der CDU bei der Gründung der West-Berliner Akademie vor drei Jahren kritisiere, dürfe nun „den Entscheidungen des neuen Gründerkollegiums keinesfalls vorgreifen".

Akademiegründer Albach mag sich über die so plötzlich gewährten Freiheiten nicht richtig freuen. Nun muß er selbst die Personalfrage mit Klinkmann und Kollegen klären. „Wenn ich Senator wäre", meint der Professor, „hätte ich das genauso gemacht: Uns Wissenschaftlern wird die heiße Kartoffel in die Hand gedrückt, und die Politiker gucken erst mal zu." ◀

„Nun sortieren sich die Bataillone“

SPIEGEL-Interview mit dem Berliner SPD-Vorsitzenden Walter Momper über seine politische Zukunft

SPIEGEL: Nach der verheerenden Wahlniederlage am 2. Dezember sind Sie demütig in die Rolle des Parteisoldaten geschlüpft. Sie würden jede Aufgabe übernehmen, „wo mich die Partei hinstellt“. Das waren Ihre Worte. Nun melden Sie Ihren Anspruch auf das SPD-Spitzenamt in einem Senat der Großen Koalition an.

MOMPER: Ich habe keinen Anspruch angemeldet wie andere . . .

SPIEGEL: . . . etwa der SPD-Fraktionsvorsitzende Ditmar Staffelt . . .

MOMPER: . . . sondern ich habe meinen Wunsch und das Ergebnis meiner Überlegungen geäußert. Aber ich bleibe dabei, daß natürlich die Partei entscheiden muß, was für die SPD die günstigste Perspektive bietet.

SPIEGEL: Sie wollen Senator und Bürgermeister in einem Kabinett des Christdemokraten Eberhard Diepgen werden. Was prädestiniert Sie gegenüber Ihrem Rivalen Staffelt, der schon vor Wochen Ambitionen auf diese Ämter erkennen ließ?

MOMPER: Wer für diese Konstellation der bessere ist, das müssen andere beurteilen. Es ist überhaupt keine Frage, daß Ditmar Staffelt zum Spitzenpersonal der Berliner SPD zählt und auch geeignet ist, Spitzenämter oder ein Amt im Senat zu bekleiden.

SPIEGEL: Sie sind der Repräsentant des gescheiterten rot-grünen Modells in Berlin. Disqualifiziert Sie das nicht automatisch?

MOMPER: Ich bin der Regierungschef einer rot-grünen Koalition gewesen, aber in vollem Einvernehmen mit der SPD. Ich glaube, daß da die Verantwortung ziemlich gleich verteilt ist.

SPIEGEL: Es gibt Genossen, die Ihnen „Wortbruch“ vorwerfen. Sie hätten den Eindruck erweckt, sich künftig mit dem Parteivorsitz begnügen zu wollen.

MOMPER: Ich habe empfohlen, daß die drei Spitzenämter, die die SPD zu vergeben hat, personell aufgeteilt werden sollten. Auf Befragen habe ich gesagt, ich stünde auch für den Landesvorsitz zur Verfügung. Aber ich habe mich nicht festgelegt, andere haben das bloß so interpretiert.

SPIEGEL: Aber Sie haben dieser Fehlinterpretation, wenn es denn eine war, wochenlang nicht widersprochen.

MOMPER: Das ist sicher ein Fehler gewesen. Doch weil ich die Personaldiskussion, die ich für verfrüht halte, nicht noch anreichern wollte, habe ich mich dazu nicht geäußert.

SPIEGEL: Der Vorwurf des „Wortbruchs“ ist nicht ganz neu. Vor der Wahl 1989 hatten Sie auch eine rot-grüne Koalition strikt ausgeschlossen.

MOMPER: Ich hatte vor der Wahl 1989 immer deutlich erklärt, warum ich die Alternative Liste zu diesem Zeitpunkt für nicht regierungsfähig gehalten habe, nämlich weil sie nicht bereit war, die Bindung Berlins an den Bund vorbehaltlos anzuerkennen, den Status der Stadt zu akzeptieren, und weil sie in der Frage staatlichen Gewaltmonopols keine klare Haltung hatte. Die AL hat nach der Wahl diese Positionen geändert. Damit war der Weg für normale Koalitionsverhandlungen frei.

Ich habe aus dem Vorwurf gelernt, daß es nicht darauf ankommt, wie differenziert man argumentiert, sondern daß allein zählt, wie der Eindruck in der Öffentlichkeit ist. Und ich muß zu meinen Lasten akzeptieren, daß eben ein Teil der Bevölkerung den Eindruck hatte, ich würde mit der AL nie und nimmer eine Regierung bilden.

SPIEGEL: Ein Teil der Genossen offenbar auch. Ausgerechnet Sozialdemokraten haben an Mompers „Wortbruch“ von 1989 erinnert.

MOMPER: Das schmerzt mich schon. Denn es war doch die erklärte Politik der Partei, daß die AL diese drei Essentials anerkennen müsse, bevor sie koalitionsfähig ist. Das war ja keine persönliche Erfindung von Walter Momper, sondern klare Politik der SPD. Die aus der eigenen Partei, die mir das heute vorwerfen, haben es damals mitgetragen.

SPIEGEL: Ihr seit Monaten ohnehin getrübtes Verhältnis zu Staffelt ist an einem Tiefpunkt angelangt. Warum haben Sie niemals ein klärendes Vier-Augen-Gespräch gesucht?

MOMPER: Natürlich hat es immer Gespräche gegeben. Aber manchmal sind solche politischen Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei sehr hart. Da kann man auch durch den Versuch zur Verständigung nicht viel erreichen. Nun sortieren sich die Bataillone.

SPIEGEL: Wollen Sie sich nicht einfach das bessere Startloch für eine künftige Spitzenkandidatur der SPD graben?

MOMPER: Niemand weiß, was in einem Jahr, in drei oder fünf Jahren sein wird, solange diese Koalition dauert. Erst mal wollen wir eine für die SPD überhaupt nicht leichte Koalition bilden. Und natürlich bin ich auch damit beschäftigt, die Ursachen der Wahlnie-



Sozialdemokrat Momper: „Nicht der Typ, der Dinge hinschmeißt“



Momper-Konkurrent Staffelt
Verhältnis am Tiefpunkt?

derlage zu analysieren, was falsch gemacht worden ist, was ich selbst falsch gemacht habe.

SPIEGEL: Etwas Asche aufs eigene Haupt. Aber dann gilt weiter: Was gut ist für Walter Momper, ist auch gut für die SPD?

MOMPER: Ich habe eine ziemlich preußische Pflichtauffassung. Ich habe sechs Jahre Politik in führender Funktion gemacht und weiß, welche Belastungen das mit sich bringt. Da hält sich auch die Lust auf Spitzenpositionen in Grenzen.

SPIEGEL: Gesetzt den Fall, die Große Koalition kommt zustande – werden die Regierungspartner dann fünf Jahre lang Wahlkampf gegeneinander führen?

MOMPER: Die beste Ausgangsposition für die nächsten Wahlen ist, daß die SPD-Vertreter im Senat eine gute Ressortarbeit leisten und deutlich das sozialdemokratische Profil zeigen. Die Aufgaben in Berlin – wie bewältigt man das Zusammenwachsen der Stadt, wie stellt man gleiche Lebensverhältnisse her – sind mit enormen Problemen verbunden, so daß sich die permanente öffentliche Selbstdarstellung um der Selbstdarstellung willen von selbst verbietet.

SPIEGEL: Ist die Not so groß, daß sie eine politische Elefantenhochzeit erzwingt?

MOMPER: Nein, die Situation der Stadt erfordert nicht zwangsläufig eine Große Koalition. Auch kleinere Mehrheiten im Parlament würden ausreichen, die Stadt zu regieren. Aber das Wahlergebnis läßt rechnerisch keine andere Regierungsbildung zu. Und daher muß sich die SPD zur Großen Koalition bekennen, auch wenn die Partei damit liebäugelt, in der Opposition neue Kräfte zu sammeln.

SPIEGEL: Wann, glauben Sie, steht die Koalition?

MOMPER: Da will ich keine Prognose abgeben. Wir verhandeln zügig. Das Kernproblem ist, daß die Bundesregierung den Haushaltszuschuß für Ost-Berlin bewilligen muß. Da fehlen uns sechs Milliarden Mark. Der Bundeskanzler hat der Stadt zugesichert, daß der notwendige Finanzbedarf Ost-Berlins durch die Berlin-Hilfe gedeckt werden soll. Aber weder der SPD-geführte Senat noch Herr Diepgen sind bisher in dieser Frage in Bonn weitergekommen. Solange die Finanzlage so unklar ist, hängt natürlich das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen vollkommen in der Luft. Denn wenn Milliarden im Berliner Haushalt eingespart werden müssen, wird es eine Koalition von Blut, Schweiß und Tränen geben, oder sagen wir besser: eine Not- und Streichkoalition, die versuchen muß, mit den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln über die Runden zu kommen.

SPIEGEL: Die CDU argumentiert gerade andersherum und sagt, Berlin braucht eine handlungsfähige Regierung als Verhandlungspartner in Bonn.

MOMPER: Natürlich braucht die Stadt eine handlungsfähige Regierung, aber die SPD muß doch wissen, zu welchen Konditionen sie in die Koalition hineingeht.

SPIEGEL: Es galt immer als unvorstellbar, daß Sie mit Diepgen zusammen in einem Senat sitzen könnten. Sind die Ressentiments auf einmal überwunden?

MOMPER: Ich habe mir das auch nicht vorstellen können. Aber ich bin nüchtern genug, das zu tun, was getan werden muß.

SPIEGEL: Die Wahlniederlage hat für Walter Mompers Karriere noch eine andere bittere Folge: Als ein neuer SPD-Bundesvorsitzender gesucht wurde, fiel Ihr Name nicht mehr.

MOMPER: Ich will nicht sagen, der Kelch ging an mir vorbei, weil andere ihn austrinken müssen. Ich habe erst zwei Jahre Regierungszeit hinter mir und bin gerade sechs Jahre lang in einem Spitzenamt der Berliner SPD. Ich glaube, daß ich noch sehr viel mehr politische Erfahrungen sammeln kann.

SPIEGEL: Welches Senatorenamt wäre Ihnen persönlich denn am liebsten?

MOMPER: Selbstverständlich will jede Partei möglichst die Ressorts besetzen, die eine Schlüsselbedeutung für die nächsten Jahre haben. Die Kombination von Wirtschaft und Arbeit beispielsweise hat für die Strukturpolitik eine ganz hohe Bedeutung. Weitere Schlüsselressorts sind die Bereiche Stadtentwicklung und Bauwesen und auch Verkehr. Natürlich sind Sozial- und Bildungspolitik für eine Stadt auch von essentieller Bedeutung.

SPIEGEL: Kämen die alle auch für Sie in Betracht?

MOMPER: Das ist die Art, wie Journalisten fragen. Ich will keine weiteren Spekulationen nähren. Über meine Aufgabe entscheidet die Partei.

SPIEGEL: Warum so bescheiden? Das neu zu bildende Ressort Wirtschaft und Arbeit haben Sie bereits öffentlich für sich reklamiert.

MOMPER: Ich habe gesagt, ich könnte mir das vorstellen.

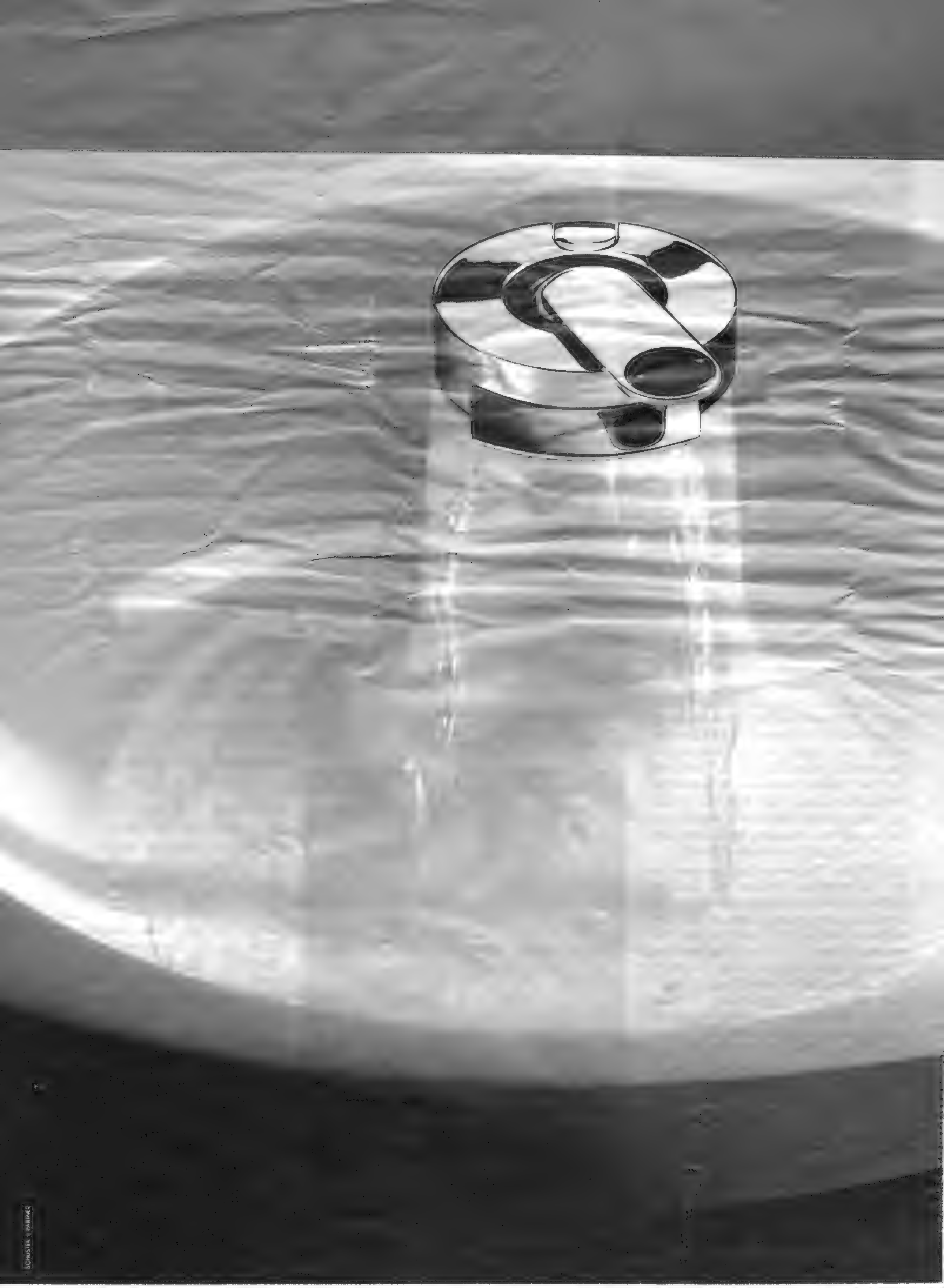
SPIEGEL: Braucht ein solches Amt gerade in schwieriger Zeit nicht einen Mann mit hoher fachlicher Qualifikation?

MOMPER: Dazu muß man nicht Experte sein, das ist eine eminent politische Aufgabe.

SPIEGEL: Wenn die Partei Ihnen nicht folgt und Ihnen den Eintritt in den Senat verwehrt, schmeißen Sie den Bettel hin?

MOMPER: Wir sind mitten in der Diskussion. Ich bin nicht der Typ, der Dinge hinschmeißt.

Christdemokrat Diepgen
Ressentiments überwunden?



„Der will schlicht überleben“

Trotz der demonstrativen Verlegung einer deutschen Alpha-Jet-Staffel an die türkisch-irakische Grenze sieht die Bundesregierung noch eine Chance für Frieden am Golf: Der Irak könnte sich aus Kuweit zurückziehen, sollte er vor militärischen Angriffen verschont bleiben und Aussicht auf eine Nahost-Konferenz eröffnet werden.

Das vertrauliche Kabel aus Washington erreichte Hans-Dietrich Genscher, bevor er sich am Donnerstag mittag voriger Woche von seinem Wohnhaus in Wachtberg-Pech zu einem Treffen mit dem algerischen Außenminister Sid Ahmed Ghusali fahren ließ.

Im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Boner Venusberg überraschte der deutsche Außenminister seinen Amtskollegen aus Algier mit der Mitteilung, US-Präsident George Bush sei bereit, seinen Außenminister James Baker „zwischen dem 7. und 9. Januar“ zu Gesprächen mit dem irakischen Außenminister Tarik Asis „an einen neutralen Ort“ zu entsenden.

Den Vorschlag aus Washington, den die amerikanische Regierung noch am selben Tage öffentlich machte, empfanden Genscher und sein algerischer Gast elf Tage vor Ablauf des Uno-Ultimatums zur Räumung Kuweits als ermutigendes Signal, „daß ein Krieg am Golf keineswegs unvermeidbar ist“ (Genscher).

Die Bereitschaft des vom eigenen Kongreß bedrängten US-Präsidenten, den Countdown in der Krisenregion am Persischen Golf doch noch anzuhalten und nach einer Verhandlungslösung mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein zu suchen (siehe Seite 112), wertete der Bonner AA-Chef tags darauf im Kreis seiner EG-Außenminister-Kollegen als Erfolg der Europäer.

Der Druck der Partner Amerikas auf dem Kontinent, befand Genscher bei der Sondersitzung der EG in Luxemburg am Freitag nachmittag voriger Woche, habe bewirkt, daß die Amerikaner nichts unversucht ließen, „um die angestrebte friedliche Lösung zu erreichen“.

Daß die Amerikaner intern zunächst ausgesprochen sauer auf die Irak-Diplomatie der EG reagiert hatten und von direkten Kontakten der Europäer mit der irakischen Führung in Bagdad nichts wissen wollten, ließ Genscher unerwähnt. Im demonstrativen Schulterschluß mit den USA bekräftigten



Alpha Jets in Oldenburg: Das Schreckensgemälde von der Verwicklung deutscher Soldaten in den Krieg am Golf

schoben haben". Und Leidtragende wie die Erfurterin Claudia May, 41, die, nach der Verurteilung ihres Vaters wegen „feindlicher Tätigkeit" für die „westzonale Geheimdienststelle ,Ostbüro der CDU'", in Ausbildung und Beruf schwer benachteiligt wurde, kritisieren nach bisher ergebnislosem Kampf: „Die Opfer von gestern sind schon wieder die Opfer von heute."

Dabei hatten viele auf großzügige Entschädigung gehofft. Noch kurz vor der Einigung verkündete die DDR-Volkskammer Anfang September vorigen Jahres ein umfassendes Rehabilitierungsgesetz. Danach sollte allen DDR-Bürgern Gerechtigkeit widerfahren, die aus politischen Gründen „strafrechtlich verfolgt, diskriminiert oder in anderer Weise in ihren Rechten schwerwiegend beeinträchtigt wurden" – sei es durch Entscheidungen von Gerichten, Behörden oder Betrieben. Dies sei, postulierte die Präambel des Gesetzes, ein „wesentliches Element der Politik zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft, des Staates und des Rechts".

Das „wesentliche Element" wurde bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag kurzerhand gestrichen, das Gesetz zwei Wochen nach der Verkündung kassiert. Es gehe nicht an, befanden der Bonner Justiz-Staatssekretär Klaus Kinkel und sein innerdeutscher Kollege Walter Priesnitz damals, daß Bonn für die Opfer der SED-Willkür haften solle – das Gesetz würde, schätzten Experten, Kosten in Höhe zweistelliger Milliardensummen verursachen.

Die Unterhändler einigten sich auf eine billige Minimallösung.

Rehabilitierten politischen Gefangenen aus der Ex-DDR stehen nun als „soziale Ausgleichsleistungen" die vom Häftlingshilfegesetz (HHG) vorgesehenen Beträge zu: bei bis zu zwei Jahren Knast 80 Mark je Haftmonat, ab dem dritten Gewahrsamsjahr 210 und ab dem fünften 270 Mark. Der Höchstbetrag ist auf 20 250 Mark begrenzt. Zum Vergleich: Das westdeutsche Opfer eines Fehlurteils erhält 30 Mark je Hafttag. Für Insassen sowjetischer Internierungslager auf dem Gebiet der DDR, in denen nach dem Krieg nicht nur Hitler-Werwölfe und angebliche Spione, sondern auch Vertreter demokratischer Parteien verschwanden, sieht das Reha-Gesetz überhaupt keine Entschädigung vor – die entsprechenden Passagen des DDR-Gesetzes wurden nicht übernommen.

Gleichwohl darf auch dieser Personenkreis auf finanzielle Hilfe rechnen. Anträge nach dem HHG können, unabhängig vom Rehabilitierungsgesetz, „auch die von der sowjetischen Besatzungsmacht in ,Internierungslagern' Festgehaltenen und die von sowjetischen Militärgerichten Verurteilten" stellen – so ein Merkblatt der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge.

Für die Menschen, die unter Sowjets und Einheitssozialisten in Buchenwald, Bautzen oder Cottbus wegen ihrer Überzeugung gelitten haben, bleibt die HHG-Stütze ein karges Almosen, das der Bundestagsausschuß Deutsche Einheit nur mit einem vagen Versprechen garnierte: Dem neuen gesamtdeutschen Parlament bleibe es ja unbenommen, das Rehabilitierungsgesetz „zu überprüfen und neu zu regeln".

Auf diese Formulierung zogen sich auch die christliberalen Bonner Koalitionäre bei ihren Verhandlungen im Dezember zurück. Eine „inhaltliche Regelung" in einzelnen Punkten, so vertrösteten sie die Opfer ein weiteres Mal auf die Zukunft, werde erst „zu einem späteren Zeitpunkt getroffen".



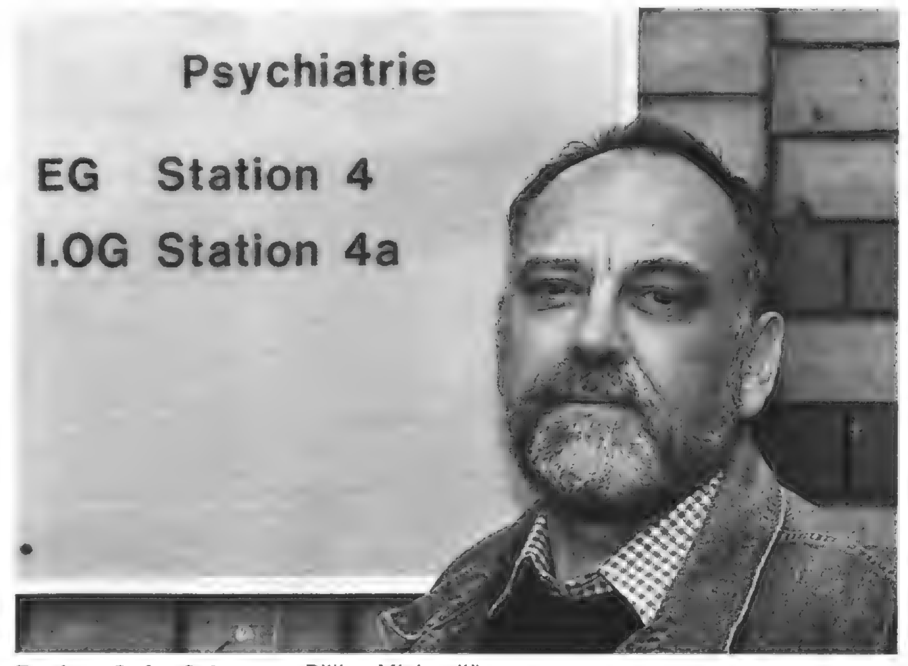
Regime-Opfer May
Nachteile wegen des Vaters

Immerhin zeichnet sich ab, daß Liberale und Sozialdemokraten einen interfraktionellen Vorstoß für die Regime-Geschädigten planen. Sie wollen dafür sorgen, daß auch jene ehemaligen DDR-Bürger entschädigt werden, die durch politisch begründete Entscheidungen von Behörden Nachteile erlitten haben.

Für solche Regelungen, die bereits im Gesetzentwurf der Volkskammer enthalten waren, erwärmten sich bei den Koalitionsverhandlungen auch einige Christdemokraten. Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR und zusammen mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Architekt des Einigungsvertrages, gehörte nicht dazu: Das bisherige Gesetz, argumentierte er, sei ausreichend.

Damit stößt er bei vielen seiner christdemokratischen Freunde in der Ex-DDR wohl kaum auf Verständnis. Arnold Vaatz etwa, Chef in der Staatskanzlei des sächsischen Regierungschefs Kurt Biedenkopf, hat eine Bundesratsinitiative für den Fall angekündigt, daß das neugewählte Parlament nicht rasch eine bessere Regelung für die Opfer verabschiedet. „Die Grundlage des Gesetzes", fordert Herta Däubler-Gmelin für die SPD, „muß auf jeden Fall verändert werden." Sie schlägt vor, bei der Neufassung an ein altes Nachkriegs-Paragraphenwerk zu denken: das Bundesentschädigungsgesetz von 1953 zur Wiedergutmachung für Nazi-Opfer.

Danach hat Anspruch auf Entschädigung, wer von den Nazis wegen „politischer Gegnerschaft", „des Glaubens oder der Weltanschauung" verfolgt wor-



Regime-Opfer Schramm: Billige Minimallösung


NEHMEN WIR M

38



Sie sind Pharao in Ägypten und bauen Ihre erste Pyramide. **O**der fangen wir anders an. **S**ie sind Unternehmer und wollen in Immobilien investieren, würden gerne mal unsere Beratung testen. **N**ehmen wir doch einfach mal an. **G**ut. **D**ann kommen wir bald ins Geschäft mit Ihnen.

Als große Hypothekenbank kalkulieren wir die Finanzierung Ihres Immobilien-Projektes exakt durch. Computergenau, blitzschnell und unverbindlich. Inklusive Steuervorteilen. Mit festen Zinsen für die vereinbarte Laufzeit. Und damit garantiert ohne Zinsrisiko.



den ist und „Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen, in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat“ – eine weitgehende Regelung: Jährlich finanzierten Bund und Länder die Opfer-Entschädigung mit Milliardensummen, beispielsweise 1987 mit gut 1,7 Milliarden Mark. Däubler-Gmelin: „Das muß der Gesetzgeber jetzt zum Maßstab nehmen.“

Die Wiedergutmachung soll in einigen der fünf neuen Bundesländer, so sehen es Entwürfe in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen vor, sogar Verfassungsrang erhalten. Daß Regierungschefs im deutschen Osten auf eine umfassende Lösung drängen, nimmt nicht wunder: Sie bekommen die Proteste enttäuschter Regime-Opfer als erste zu spüren.

In der Ex-DDR herrsche bei ehemals politisch Verfolgten „großer Unmut“, beobachtete Däubler-Gmelin. Noch nicht einmal einstige politische Häftlinge kommen zu ihrem Recht – die Gerichte, die eigene Rehabilitierungssenate aufbauen sollen, sind hoffnungslos überlastet. Beim Bezirksgericht Erfurt etwa ist ein einziger Jurist, ausgeliehen vom Land Rheinland-Pfalz, mit dem Aufbau einer Rehabilitierungsbehörde betraut.

Die Opfer versuchen es einstweilen mit Selbsthilfe. In Ostdeutschland kümmern sich derzeit 13 Organisationen um Rehabilitierung und Entschädigung. Dem Bund Stalinistisch Verfolgter im Bezirk Chemnitz zum Beispiel ist wenigstens bei der Büro-Suche so etwas wie Gerechtigkeit wiederfahren: Er residiert in einem Zimmer der ehemaligen SED-Bezirksleitung.

Bis zum Mai hatte der Verfolgten-Verein, sagt der Chemnitzer Bezirkschef Jaeger, erst 1000 Opfer registriert. Jaeger: „Am Anfang waren die noch so eingeschüchtert, die kamen zum Teil nachts angeschlichen.“

Nun berät die Organisation jeden Donnerstag in ihrer Sprechstunde rund 200 Kunden, betreut mittlerweile regelmäßig etwa 3000 Verfolgte – und es werden immer mehr. Jaeger: „Wir kommen mit dem Zählen gar nicht mehr nach.“

* Oben: in Jena, mit einem Bild des ausgewiesenen DDR-Malers Michael Blumhagen; unten: im Sender Freies Berlin.



Regime-Gegner Jahn (1983)*
Begegnung mit „Schweinebacke“



Abgeschobener Jahn (1990)*
DDR-Ausweis besorgt

Bemühungen, die Opfer-Organisationen unter ein gemeinsames Dach zu bringen, haben bisher nicht viel gefruchtet. Manfred Wettstein, 41, Vorsitzender der Opfer des Stalinismus Thüringen e.V.: „Alle wollen gemeinsam vorgehen, aber bislang kam nichts dabei raus.“

Den Regime-Geschädigten, die sich in Westdeutschland von dem altlinken *Konkret*-Journalisten Hermann L. Gremliza als „körperlich ja nur durch einige Fettpolster deformierte Volksgenossen“ verhöhnen lassen mußten, geht es nicht nur und nicht in erster Linie um materielle Entschädigung. „Viele Leute“, so Ex-Dissident Templin, „fordern nicht Riesenbeträge, sondern wenigstens Chancen für die Zeit danach.“

Und Roland Jahn, 37, der 1983 nach mehreren Anti-SED-Aktionen und sechsmonatiger Haft aus Jena im verschlossenen Zugabteil nach Westen zwangsexpediert wurde und nun als Journalist für den Sender Freies Berlin arbeitet, resümiert heute: „Es darf nicht sein, daß Leute einfach funktioniert haben, und hinterher ist es, als ob nichts gewesen wäre.“

Jahn hat nicht auf Behörden und Gesetze gewartet, sondern sich sozusagen selbst rehabilitiert. Noch im Juli vorigen Jahres, als die Währungsunion schon in Kraft und die Einheit beschlossene Sache war, fuhr er in seine Heimatstadt Jena und besorgte sich einen DDR-Personalausweis. Er wolle damit aktenkundig machen, sagte Jahn, daß er seinerzeit „unrechtmäßig aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen worden“ sei.

Bei Dreharbeiten in Gera stieß der Fernsehjournalist vor dem Gerichtsgebäude zufällig auf seinen Stasi-Vernehmer, den Jahn bis heute nur unter dem Knast-Spitznamen „Schweinebacke“ kennt. Dabei entspann sich zwischen Täter und Opfer, die sich während Jahns Haftzeit duzten, ein kurzer Dialog:

Schweinebacke: Hallo, wie geht's, was machst du?

Jahn: Ich bin jetzt beim Fernsehen. Und was machst du?

Schweinebacke: Ich suche Arbeit. Jetzt willst du wohl Rache?

Jahn: Nein, Gerechtigkeit.

In eigener Sache erstattete Jahn gegen seine Stasi-Vernehmer und den verantwortlichen Staatsanwalt Anzeige wegen Freiheitsberaubung. Auch viele andere Stasi-Opfer, zum Beispiel Ex-Redakteur Schramm, bemühen nachträglich die Gerichte.

Dissident Templin etwa, einst überzeugter Marxist und Wissenschaftler am Zentralinstitut für Philosophie an der DDR-Akademie für Wissenschaften, war 1986 besonders perfidem Psychoterror ausgesetzt. Aus der ganzen DDR wurden monatelang unaufgefordert Wa-

ren angeliefert, die Templin angeblich bestellt hatte – Schreibmaschinen, Fernseher, Futtermittel, ein kompletter Trabant und sogar „140 St. Italiener reb., 150 St. New Hampshire, 60 St. Amrocks“ (Frachtschein) von einer Hühnerfarm. Templin hat nach der Wende Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Auch der Schriftsteller Jürgen Fuchs, 40, der 1976 in Hohenschönhausen inhaftiert und dann im August 1977 nach Westen abgeschoben wurde, hat Anzeige gegen den damals aufsichtsführenden Staatsanwalt und die politisch Verantwortlichen wegen Nötigung und Freiheitsberaubung gestellt. Fuchs in seinem neuen Buch* zur Beziehung zwischen Täter und Opfer: „Wir müssen eine Situation der Wahrheit herstellen, des Ehrlich-Machens.“

Die Kläger erhoffen sich von den Verfahren, die noch nicht recht in Gang gekommen sind, zudem etwas, was nach bisherigen Vorschriften nicht möglich ist: einen Blick in ihre Stasi-Akten.

Denn ein Recht auf Akteneinsicht für Privatpersonen ist in der Benutzerordnung, die der Stasi-Beauftragte der Bundesregierung, Joachim Gauck, vorgelegt hat, nicht vorgesehen. Ob es in ein Gesetz aufgenommen werden soll, das den Umgang mit den acht Millionen personenbezogenen Stasi-Akten regelt, ist bisher umstritten.

So sehen sich Regime-Geschädigte, von denen viele in Friedens- und Kirchengruppen die sanfte Revolution in der DDR mit vorbereitet haben, heute wie lästige Bittsteller behandelt. Fuchs sarkastisch: „Abgewimmelt werden wir, nicht mehr inhaftiert oder rausgeschmissen. Das ist immerhin ein Vorteil.“

Rente statt Rache?

Stasi-Opfer Wolfgang Templin über eine allgemeine politische Amnestie für DDR-Täter

Unser jüngster Sohn Józek war gerade drei Jahre alt, als wir Anfang 1988 die DDR verlassen mußten. Für ihn hieß das Trennung von seiner Freundin Paula im Ostteil Berlins. Jeden Besucher in unserer Bochumer Wohnung zog er vor eine große Berliner Reliefkarte, die in unserem Zimmer hing. Ost- und Westteil der Stadt prägten sich durch die dicke Linie der Mauer ein, die eine Rückkehr unmöglich machte.

Noch heute, lange Monate nach unserer Heimkehr nach Ost-Berlin, fragt uns Józek, ob wir den Paß nicht vergessen haben, wenn wir durch die Restbestände der Mauer fahren. Seine Generation kennt die DDR und die Trennung durch Teilung nur als frühkindliches Erlebnis.

Was wird uns diese Generation aber in 10 oder 20 Jahren fragen? Wird wieder die gleiche Sprachlosigkeit füreinander einsetzen wie schon bei der Diskussion um den deutschen Faschismus?

Andere Hoffnungen werden laut. Mit der staatlichen Vereinigung scheint ein demokratischer Neubeginn für die ehemalige DDR möglich zu sein, der ideologische Indoktrination, Mauer und Staatssicherheit nur wie einen finsteren Alptraum erscheinen läßt. Wozu also noch ewig, fragen viele, in dieser finsteren Vergangenheit wühlen und ihre Schatten beschwören, wenn es gilt, alle Kräfte für den Aufbau eines heruntergewirtschafteten Landes zu mobilisieren? Könnte nicht die Bereitschaft zu einer allgemeinen politischen Amnestie als Geste der Versöhnung wirken und den gesellschaftlichen Frieden stiften, den eine junge Demokratie braucht?

Für den christdemokratischen Rechtsanwalt und letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière wiegt ein solcher innerer Friede mehr als ein Denken in den Kategorien von Wahrheit und Gerechtigkeit. Es geht aber um alles andere als um eine Handvoll von Gerechtigkeitsfanatikern. Nach 40 Jahren Sprachlosigkeit und Verdrängung kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.



Regimegegner Templin
„Frappierende Dreistigkeit“

Die jüngste Historikerdebatte in der Bundesrepublik hat gezeigt, daß verdrängte Teile der Geschichte als gesellschaftliche Belastung bleiben und weiter mitgeschleppt werden. Für die Geschichte der DDR gilt dies noch viel stärker. Sie ist erst in Bruchteilen erforscht, geschweige denn geschrieben.

Soweit es im Moment eine öffentliche Diskussion dazu gibt, dokumentiert sie eher das Bedürfnis nach schnellen Schuldzuweisungen und einzelnen Sündenböcken als ein Bewußtsein für Mitverantwortung außerhalb der Führungsetagen.

Das Ausmaß der Verdrängung und der erneuten Selbsttäuschung ist frappierend. Mit einer Handvoll von Greisen im Politbüro und mit dem Repressionskern der Staatssicherheit läßt sich die Fügsamkeit großer Teile der Bevölkerung und die Isolierung der Opposition nicht erklären. Wenn der letzte DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel treuherzig feststellt: „Ich war damals kein Held, wer war denn schon ein Held in dieser DDR?“, dann stellt er die Probleme auf den Kopf.

Welcher Oppositionelle, an denen es ja nicht fehlte, drängte sich denn nach der Heldenrolle? Verzweifelte, die in den Stacheldraht und in die Selbstschußanlagen rannten oder an den Verhältnissen buchstäblich verrückt wurden, gab es ja genug. Was es viel zuwenig gab, war ganz normale Zivilcourage und ein Minimum an Solidarität für den schikanierten Nachbarn oder Kollegen.

Bei allem Eifer von Partei und Staatssicherheit gab es in der DDR ja keine totale Repression, die jede Meinungsäußerung zur Gefahr für Leib und Leben gemacht hätte. Oft reichte bereits die Androhung von Nachteilen im persönlichen oder beruflichen Leben, von Reisesperren und Behinderungen für die Familie.

Nun ist es etwas anderes, diesem Druck in die private Nische ausgewichen zu sein und geschwiegen zu haben oder zu denen zu gehören, die solchen Druck organisierten und ausübten. Das Bewußtsein für eigene Mitverantwortung und duldende Feigheit muß wachsen, aber es darf nicht alle konkrete Schuld von den Tätern nehmen.

Gegenwärtig sind alle Augen auf die Staatssicherheit und ihre Akten gerich-

* Jürgen Fuchs, „. . . und wann kommt der Hammer? – Psychologie, Opposition und Staatssicherheit“. BasisDruck, Berlin 1990; 12,80 Mark.

DER NEUE BMW 3ER.

WIE MAN FREUNDE GEWINNT.



Was kann die Freundschaft zu einem Automobil begründen? Ist es Aussehen und Leistung allein? Oder ist es mehr? Außerordentliche Sicherheit z. B., besonderer Komfort und mehr Umweltverträglichkeit? Die Form des neuen BMW verspricht Dynamik. Die Triebwerke bieten hohe Durchzugskraft und arbeiten besonders sparsam. Das verringert die Emissionen und macht den 3er besonders rücksichtsvoll gegenüber der Umwelt. Wahre Freund-

Programmierte Energieaufnahme: durch Pralldämpfer und Verformungselemente.



schaft beweist sich jedoch in Extremsituationen. So entsprechen seine extrem stabile Fahrgastzelle und das besonders effektive Deformationssystem dem Sicherheitskonzept der großen BMW. Das ergonomische Gurtsystem im Fond und die Gurtschloßstrammer für die Vordersitze setzen Maßstäbe in dieser Klasse. Somit ist der neue BMW 3er bereit für eine lange Freundschaft.

Der neue BMW 3er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

BMW in Btx ★ 20900 #

Freude am Fahren

tet. Der Berg, der damit aufzuarbeiten ist, und die Probleme des Zugangs nur zu diesen Materialien sind allein schon unermeßlich. Welchen Betroffenen soll die Einsicht gewährt werden? Was ist mit dem Recht auf die eigene Akte und der Zuständigkeit der Bürger der ehemaligen DDR für diesen finsteren Teil ihrer Geschichte?

Jede Lösung wird unvollkommen sein und Widerspruch provozieren. Was aber nicht geht, ist das bürokratische Wegdelegieren in die alleinige Zuständigkeit einer staatlichen Behörde. Ohne die kritische Öffentlichkeit und die Mitsprache der direkt Betroffenen wird Geschichte dann wieder von Beamten verwaltet.

Um die moralische, politische und letzten Endes auch strafrechtliche Schuld der Verantwortlichen festzustellen, bedarf es aber noch mehr als der Akten der Staatssicherheit. Das ganze Netz von Bespitzelung und Repression hatte weitaus mehr Maschen als nur den Apparat des Stasi-Ministers Erich Mielke.

In erster Linie waren es die SED und ihr Funktionärskorps selbst, die sich der Staatssicherheit nicht nur bedienten, sondern mit ihr auf allen Ebenen eng zusammenarbeiteten. Wenn Aktionen und Übergriffe der Staatssicherheit durch keine Gesetzeslage mehr gedeckt waren, auch nicht durch die politischen Gummiparagraphen der DDR-Justiz, wenn es also um verbrecherische Nötigung mit Lügen, psychologischem Terror und physischen Übergriffen ging, dann wußten Spitzenfunktionäre der SED darum und deckten die Folgen.

Bis zum Schluß ließ sich die Partei die politische und operative Kommandogewalt über die Staatssicherheit nicht aus der Hand nehmen. Bis heute ist es nicht gelungen, den freien Zugang zu den Archiven der SED und der wichtigsten Massenorganisationen wie der Freien Deutschen Jugend und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sichern. Was dort noch lagert und nicht vernichtet wurde, ist für die Frage nach historischer und juristischer Schuld unverzichtbar.

Erst wenn es gelingt, das Funktionieren dieses gewaltigen Systems diktatorischer Herrschaft objektiv aufzuarbeiten – eine Aufgabe für Historiker, Juristen und Psychologen gleichermaßen –, erst dann kann über strafrechtliche Verantwortung im engeren Sinne diskutiert und entschieden werden.

Ein Fehlurteil muß noch ausgeräumt werden. Oft begegnet man der Angst, die vormalige DDR stehe am Rand von Mord und Totschlag, von Pogromhetze gegen die Funktionäre von Staatssicherheit und Partei. Eher das Gegenteil ist der Fall. Mit frappierender Dreistigkeit bringen ehemalige Spitzenfunktionäre ihr Schäfchen ins trockene und verwandeln sich in mustergültige Vertreter einer neuen Ordnung.

Der Unwille, der ihnen dabei entgegenschlägt, ist oft von der gleichen dumpfen Untertanenmentalität geprägt wie in der alten DDR. Die früheren Beziehungen der Chefs funktionieren über das System langgewachsener Abhängigkeiten noch immer, ob es nun um Ministerien, Universitäten oder Betriebe geht. Selbst dort, wo es Ausschreibungen für Leitungsfunktionen gab und frei gewählt werden konnte, wurden oft die alten Leiter bestätigt.

Manchmal war bei solchen Entscheidungen die Angst um den Arbeitsplatz maßgebend, den nur die Beziehungen des Chefs zu garantieren schienen; oft waren es auch die blanke Hilflosigkeit und das Unvermögen der Untergebenen, aus der alten Untertanenmentalität herauszufinden. Es sind kaum Fälle bekanntgeworden, in denen Professoren, staatliche Leiter oder Funktionäre die Konsequenzen freiwillig zogen und im Bewußtsein ihrer Schuld den Rücktritt anboten.

Genau darauf aber käme es an, und erst hier könnte man von der Möglichkeit des Verzeihens und der gesellschaftlichen Versöhnung sprechen. Solange man jedem offenkundig Belasteten die Schuld förmlich hinterhertragen muß, solange von ihnen dürre Entschuldigungen nur in der Hoffnung vorgebracht werden, in Amt und Würden bleiben zu können, so lange ist die Situation unerträglich. Wenn jetzt allerorten über Eingriffe von außen oder neue Berufsverbote geklagt wird, dann zeigt dies vor allem die Unfähigkeit zum eigenverantwortlichen Aufräumen.

Man kann die politische und fachliche Klassifizierung ostdeutscher Akademiker durch ihre westdeutschen Kollegen als unwürdig empfinden; noch schlimmer war der alte Zustand, in dem der Klammerinstinkt und das Abhängigkeitsgefühl über Vernunft und Verantwortung siegten.



Demonstrierende Regimegegner*: „Es gab viel zuwenig Zivilcourage"

Wolf Biermanns schönes Lied vom Wandlitzer Getto, in dem er von Rente statt Rache spricht, ist der alten DDR-Opposition eigentlich auf den Leib geschrieben. Mit den Traditionen der Friedensbewegung und der christlichen Ethik ist die Bereitschaft zur Verzeihung ohnehin näher verbunden als die bohrende Frage nach der Schuld. Diese Haltung setzt aber einen Widerpart voraus, der mindestens bereit ist, aus seiner alten Rolle auszusteigen und sie nicht etwa unter anderem Vorzeichen fortzuführen.

Wieviel von der Zählebigkeit der alten Strukturen und Kameradschaften auf die Seite des sozialen Existenzerhalts geht und welchen Anteil daran Erpressung, Nötigung und konspirativer Auftrag haben, steht als offene Frage ja noch an. Man kommt aus dem Dilemma

* Im Oktober 1989 in Ost-Berlin.

nicht heraus: Entweder man wirft sich oder andere zum Richter über eine Realität auf, die in vielen Zügen zwar bekannt ist, die aber bei jedem weiteren Blick neue Ungeheuerlichkeiten offenbart, oder man kapituliert vor all dem Dreck und schiebt ihn mit der Hoffnung auf Vergessen oder spätere Erledigung weiter.

Der große Anspruch von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie will hier im Detail eingelöst werden. Eine Gleichsetzung mit der faschistischen Vergangenheit verbietet sich aus vielen Gründen; aber es gibt historische Analogien und Erfahrungen, die zu nutzen sind.

Gerade in einer Aufbauphase und bei dem Versuch, eine lange Kontinuität von Diktaturen zu überwinden, darf die jüngste Vergangenheit nicht ausgeblendet werden. Läge sie offen und verarbeitet zu Tage, wären Schuld und Mitschuld an Verbrechen und Vergehen im wesentlichen geklärt, wären die Ansprüche der Opfer anerkannt und eingelöst – dann könnte man über die Möglichkeit von Vergebung als Sinn einer Amnestie sprechen.

Solange die Opfer aber noch um jede Mark eigener Entschädigung betteln müssen, für die zahlreichen Initiativen zur Aufarbeitung des Stalinismus keine Mittel zur Verfügung stehen, der frühere politische Häftling auf dem Korridor des Justizgebäudes seinen weiter amtierenden Richter trifft – solange ist dies nicht möglich.

Bleibt dann aber nicht die Frage der Trennung von moralischer und politischer Mitschuld, die mindestens zum Ausscheiden einstigen Führungspersonals aus dem Öffentlichen Dienst und höherer Verantwortung führen sollte? Und auch die Frage nach den noch stärker Schuldigen, den Planern und Befehlsgebern, die vor die Gerichte gehören? Wer soll dafür unumstößliche und rechtsstaatlich saubere Kriterien formulieren?

Auch hier, denke ich, sind nicht nur Juristen gefragt. Es gibt historische und internationale Erfahrungen zum halbwegs demokratischen Umgang mit Menschenrechtsverletzungen großen Stils. Die Anhörung und weitgehende Einbeziehung Betroffener, die Berufung international anerkannter Menschenrechtsexperten und die öffentliche Begleitung dieses Bemühens gehören unbedingt dazu.

Das Wichtigste aber wird sein, daß im nun vereinigten Deutschland die Bereitschaft der Menschen wächst, sich dieser Last ohne Aufschub zu stellen. Ein instinktives Verdrängen und der Versuch, die eigene Vergangenheit und unzählige damit verbundene Biographien vorschnell zu vergessen, ließen die Last unserer Geschichte wieder einmal für die kommende Generation zurück. ◀

Wintersport

1000 Dollar pro Nacht

Im Erzgebirge, einst Winterparadies für DDR-Urlauber, bleiben die Gäste aus.

Die meisten Stühle im Restaurant des Hotels „Am Fichtelberg“ in Oberwiesenthal sind hochgestellt. Nur zwei Besucher, Monteure aus Deutsch-West, schlürfen einsam ihren Kaffee. In der Küche brutzeln drei Knödel in einer riesigen Pfanne. Auf dem Speisezettel stehen lediglich zwei Gerichte „fürs Personal“.

Vom einstigen Massentourismus ist in dem ehemaligen Ferienheim des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) nichts mehr zu spüren. Das Personal wirkt müde und lustlos. Keiner weiß, wie es weitergehen soll.

Die Kellnerin Katrin Hein, 20, spricht aus, was viele denken: „Ich sehe hier keine Zukunft mehr.“ Schon in ein paar Wochen wird sie im Schwarzwald bedienen. Die meisten junge Leute wollen weg – nach Westen.

In den traditionsreichen Wintersportorten der Ex-DDR im Erzgebirge, im Thüringer Wald oder im Harz, bis zur Wende begehrte Urlaubsquartiere für Ost-Bürger, bleiben die Gäste aus. Hunderte ehemalige Ferienheime von Gewerkschaft, Nationaler Volksarmee oder Stasi müssen mitten in der Saison schließen. Die Neu-Bundesbürger fahren jetzt lieber zum Wintersport in die Alpen.

Vier große Ferienhäuser mit je über hundert Betten haben allein in Oberwiesenthal, dem einstigen Dorado des DDR-Skisports, zum Jahresbeginn dichtgemacht. In anderen Hotels wird kurzgearbeitet.

„Wir stehen im dunkeln“, klagt Herms Schmidt, Manager der früheren Stasi-Herberge „Dr. Richard Sorge“, die jetzt schlicht „Bergblick“ heißt.

Bis zur Wende erholten sich in dem nach dem sowjetischen Meisterspion benannten Objekt Tschekisten aus Erich Mielkes Ministerium für Staatssicherheit.

Zwischen Weihnachten und Neujahr ging das Geschäft im Erzgebirge noch mal glänzend. Die Ferienheime waren ausgebucht, denn der Urlaubsplatz kostete nur einen Spottpreis. Der inzwischen aufgelöste Gewerkschaftsbund hatte noch vor der Währungsunion billige Ferienschecks an seine Mitglieder ausgegeben. So brauchten die Ostler für



Oberwiesenthaler Hotel „Am Fichtelberg“: „Keine Zukunft mehr“





Kurort-Bürgermeister Kaden, Fernsehraum im „Fichtelberg“: Für Wessis nicht attraktiv

13 Tage im „Fichtelberg“ nur 213 DDR-Mark zu zahlen.

Doch mit dem neuen Jahr ist auch das letzte Relikt des Sozialtourismus à la DDR verschwunden. Übrig bleiben unrentable, wohnblockähnliche Ferienbunker, in denen sich die wenigen Gäste verlaufen. Insgesamt hat der Gewerkschaftsbund in den Wintermonaten rund 700 Ferienheime zwischen Ostsee und Erzgebirge bewirtschaftet. Peter Kühnel, Geschäftsführer der „Fedi GmbH“, der Nachfolgeorganisation des FDGB-Feriendienstes, schätzt die „nicht tragfähigen Einrichtungen“ auf die Hälfte.

Einige Ferienhotels, wie das „Fichtelberg“ in Oberwiesenthal, konnten zwar in den vergangenen Monaten Bustouristen aus den alten Bundesländern lokken. Doch als Wintersportorte sind die Feriengemeinden im bergigen Süden und im Ost-Harz für Wessis nicht attraktiv. Es fehlt nicht nur an komfortablen Unterkünften und passablen Sportanlagen, sondern vor allem an Freizeitangeboten, an Cafés und Discos.

Sonnabends, wenn die Oberwiesenthaler Teenies zur einzigen Disco im Ort ausschwärmen, wird dem Touristen von außerhalb noch immer die Tür vor der Nase zugeknallt. „Das geht hier nur mit Vorbestellung“, muffelt ein Kellner im Rausschmeißer-Ton.

Auch Neu-Bundesbürger haben den Tonfall satt. „Für das Geld, das ich hier bezahlen würde“, beschwert sich Kellnerin Hein, „kann ich woanders besser Urlaub machen.“ Im Hotel „Am Fichtelberg“ kostet inzwischen ein Doppelzimmer, ausgestattet mit Duschecke, WC, einem Tisch und zwei Stühlen im Design der fünfziger Jahre, 60 Mark ohne Frühstück. Dafür muß der Gast dann noch mal 8 Mark berappen.

Oberwiesenthals Bürgermeister Udo Kaden hofft auf Besserung durch Wettbewerb. „Konkurrenz heißt das Rezept“, erklärt er stolz. Vor Weihnachten hat er eine „Plus“-Verkaufsstelle im Ort eröffnet, die billiger anbietet als „HO“ und „Konsum“. Geplant sei auch ein mexikanisches Steakhouse mit „bundesdeutschen Arbeitskräften“. Da sollen sich seine Leute „was abgucken“, damit sie sich „an den Standard gewöhnen“.

Für West-Niveau brauchen die Urlaubsgemeinden vor allem zahlungskräftige Investoren. Die sind zwar, beteuert Kaden, vorhanden, für jedes Ferienheim habe er mindestens drei bis vier Angebote. Doch über die entscheidet nicht die Kommune, sondern allein die Treuhand in Berlin. Und die tut vorerst gar nichts.

Ein Kurort wie Oberwiesenthal, der einst als sächsisches St. Moritz galt, könne doch nicht „zwei Saisons aussetzen“, sagt Kaden verbittert. Die Schließung einiger Ferienheime bedeute für Oberwiesenthal mit seinen 4200 Einwohnern allein schon rund 700 Arbeitslose. Die Gewerkschaft rechnet mit noch mehr, denn „vier Arbeitslose ziehen immer einen fünften hinterher“, meint Erhard Riehl, westdeutscher Gewerkschaftsberater in Chemnitz. Wenn die Gäste fehlten, seien auch Gaststätten, Sporteinrichtungen und Handwerksbetriebe betroffen.

Riehl rechnet in der Tourismusbranche mit einer Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent. Zwar gibt es für die meisten Betriebe Sozialpläne, aber keiner weiß, woher das Geld kommen soll.

Drei ehemalige Stasi-Mitarbeiter in Oberwiesenthal haben sich inzwischen was einfallen lassen, um zu überleben: Sie wollen Mielkes Doppelbett für 1000 Dollar pro Nacht vermieten.

Ihnen fehlen nur noch ein paar spleenige Touristen aus Amerika.

Soja

Bohne mit Sprengkraft

Der Deutsche Entwicklungsdienst behindert ein Erfolgsprogramm, das Tausenden von Hungernden in Afrika hilft.

Sylvia sieht schwach aus: dünne Ärmchen, fleckige Haut, ein verheultes Gesicht. Im Buschkrankenhaus stellt der Doktor die Diagnose: Unterernährung. Er rät zur Sojadiät. Nach nur 16 Tagen ist Sylvia ein munteres Baby, pausbäckig und pummelig.



Schwäbisches Soja-Kochbuch
Vorwort vom Präsidenten

Die wundersame Kur ist Teil eines Sojaprogramms, das die schwäbische Krankenschwester Renate Schempp, 42, entwickelt hat, um die Hungerkrise im afrikanischen Sambia zu stoppen. Mittlerweile macht das Projekt auch in den Nachbarländern Furore – doch der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), mit 43 Mitarbeitern im Land vertreten, behindert das Unternehmen.

In Sambia sind 40 Prozent der sieben Millionen Einwohner unterernährt, weil sie die hohen Preise für Eier, Fisch und Geflügel nicht bezahlen können. Rund 200 Kinder verhungern täglich, 55 Prozent aller Kinder zeigen Mangelerscheinungen. Weltweit sterben nach einer


Soja-Propagandistin Schempp: „Im ganzen Land keine einzige Bohne“

!!!
PHILIPS BRINGT DIKTIEREN WIEDER INS GESPRÄCH



MIT EINER KOMPLETT NEUEN DIKTIERGERÄTE-GENERATION.

Entdecken Sie die spektakulären Neuigkeiten der Philips Diktiersysteme. Füllen Sie den Coupon aus oder rufen Sie Ihren Philips Bürofachhändler an.

Name: __________

Firma: __________

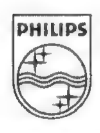
Adresse: __________

Ort: __________

Postleitzahl: __________

Philips Kommunikations Industrie AG
Geschäftsbereich Diktiersysteme
Hammerbrookstrasse 69, D-2000 HAMBURG 1

PHILIPS DIKTIERSYSTEME. EINFACH DIE BESSERE ART ZU ARBEITEN.



PHILIPS

Statistik des Kinderhilfswerks Unicef 14 Millionen Kinder, 40 000 jeden Tag.

Die Ernährung mit Soja, sagt der Stuttgarter Agrarprofessor und Tropenspezialist Dietrich Leihner, 47, sei eine „sinnvolle Möglichkeit", das „Ernährungsloch auf dem Proteinsektor" zu schließen. Weltweit werden pro Jahr 100 Millionen Tonnen Soja produziert.

Die gelbe Bohne ist wegen ihres hohen Eiweißgehalts (40 Prozent) und des Fettanteils (18 Prozent) fast universell verwendbar. Die klassische Küche kennt sie in Form der Worcestersauce, Alternativköche nehmen den Sojaquark Tofu oder Sojasprossen zu Salat. Die Bohne ist, weiterverarbeitet, Bestandteil von Bonbons, Seife und Margarine; auch Sprengmittel lassen sich daraus herstellen. Deutsche Bauern verfüttern den größten Teil des Jahresimports von 2,5 Millionen Tonnen ans Vieh.

Sambia produziert im Jahr mehr als 20 000 Tonnen Soja. Doch für das aus Asien stammende Gemüse gibt es in Afrika keine überlieferte Zubereitungsweise: „Die Leute wissen nicht, was sie damit anfangen sollen", sagt Sojaköchin Schempp.

Die einheimische Produktion wurde denn auch nahezu ausschließlich zu Sojaöl verarbeitet oder exportiert. Wegen der fehlenden Nachfrage nach Rohbohnen hat Frau Schempp noch vor zwei Jahren „im ganzen Land keine einzige Bohne gefunden".

Renate Schempp ging das Problem nach Art einer schwäbischen Hausfrau an: Erst erfand sie Rezepte für Sojakuchen, Sojabiskuit und Sojabrei, dann verfaßte sie eine bebilderte Broschüre („How can I cook Soyabean") und brachte sie in einer Auflage von mittlerweile 30 000 unters Volk; die Nachbarländer Simbabwe und Tansania übersetzten sie in ihre Stammessprachen.

Tag für Tag hält die Sojapropagandistin in den Slums der Provinzhauptstadt Luanshya Vorträge. Die Krankenhäuser in der Region verabreichen nun Sojakost, Kleinbetriebe verarbeiten die Bohnen zu Mehl und gewinnen dadurch eine neue Erwerbsquelle.

Im Fernsehen lief schon ein Lehrfilm über die Bohne („The gold that grows"), eine 30teilige TV-Serie ist in Vorbereitung. Im Frühjahr soll sogar ein fünfteiliger Briefmarkensatz zum Thema Soja erscheinen.

„Das ist ein Selbstläufer geworden", sagt Schwester Schempp, die ihre Sojakampagne vor Jahren ohne jede offizielle Unterstützung begonnen hat: Der Deutsche Entwicklungsdienst betätigte sich als Bremser. Der DED widmet sich zwar ebenfalls der segenbringenden Bohne, setzt aber eher auf Ertragssteigerung für die Sojaöl-Produktion – was den Hungernden wenig hilft.

Anträge auf Unterstützung des Schemppschen Sojaprojekts lehnte der DED ab: Damit werde für den DED Sambia ein völlig „neues Arbeitsfeld" eröffnet, Frau Schempp sei dafür „nicht qualifiziert". Sie habe außerdem keine einheimischen Partner und überhaupt, so der Berliner DED-Programmleiter Bernd Eisenblätter, 46, „wenig Rückhalt in der Zielgruppe".

Spätestens nach der Ablehnung aus Berlin hat sich das allerdings geändert: Acht von zehn Mitarbeitern sind Sambier, das Projekt wird unterstützt von der United Church of Zambia, dem örtlichen Distriktgouverneur und mittlerweile auch von Staatspräsident Kenneth Kaunda, 66, der höchstselbst das Vorwort zum Soja-Kochbuch verfaßt hat.

Das Geld – 224 000 US-Dollar für vier Jahre – kommt jetzt vom sambischen Rotarier-Klub. Nur der Direktor ist noch Deutscher: Ehemann Helmut Schempp, 43.

Der hatte ursprünglich auch in DED-Diensten gestanden, als Schreiner in einer sambischen Berufsschule. Doch nach anderthalbjähriger Arbeit kündigte der DED: Angeblich hatte die sambische Regierung Schempps Abberufung verlangt. Doch vor dem Berliner Arbeitsgericht, das die Kündigung im Oktober zurückwies, konnte das nicht nachgewiesen werden – im Gegenteil: Sowohl das sambische Erziehungsministerium als auch Schempps Schule hatten den DED um eine Verlängerung des Vertrages gebeten.

Die „wirklichen Gründe", so der sambische DED-Statthalter Peter Röhrig in einem internen Schreiben an den Justitiar der Organisation, waren denn auch andere: Der „missionarische Eifer", mit dem die katholische Familie Schempp ihre Entwicklungshilfe betrieb und ihrem Sojaprojekt zum Durchbruch verhalf, hat den Arbeitsfrieden in der DED-Kolonie gestört. Überdies habe Schempp, so sein Ex-Chef, weniger eifrige Kollegen auch noch beschimpft: „Das sind alles Faulenzer, die beten nicht und führen ein ganz normales Leben."

Programmchef Eisenblätter hat deshalb wenig für die frommen Helfer übrig: „Das sind Querulanten."

Abgeordnete

Nur noch der Strick

Neuer Stoff für die Klatschpresse: Fürstin Glorias verarmter Papa sitzt nun statt auf seinem Schloß für die CDU im Bundestag.

Bei der ersten Sitzung des neuen Bundestages kurz vor Weihnachten fand der Mann mit dem grauen Schnurrbart und dem Adelstitel seinen Platz ganz hinten. Der CDU-Abgeordnete ist politisch kaum je hervorgetreten. Dafür hat er einen eigenwilli-

* Bei der Gloria-Hochzeit mit Johannes Fürst von Thurn und Taxis am 31. Mai 1980; links: der Vater des Bräutigams.



Graf Schönburg-Glauchau (r.), Tochter Gloria*: „Auf der Seite der Schwachen"



DUNHILL
International
Dunhill International
Eine der exclusivsten Cigaretten der Welt.
dunhill
London · Paris · New York
ONE OF THE MOST DISTINGUISHED TOBACCO HOUSES IN THE WORLD
Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

gen Ruf: „Immer pleite, immer lustig."

Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, 61, hat im Wahlkreis 322 in Sachsen mit 50,1 Prozent der Stimmen das Direktmandat gewonnen. Sein Name allein war hier schon die halbe Miete, denn die Ostdeutschen haben ihre Liebe zum alten Adel entdeckt.

Und der Name gilt in Sachsen etwas: 800 Jahre hatten des Grafen Vorfahren in der Sachsenregion zwischen dem Erzgebirge und Wettinischem Rochlitz geherrscht. Die größte Stadt in der Gegend heißt Glauchau. Bis 1945, als die Kommunisten kamen, gehörten ein Schloß, zwei Burgen, Privathäuser und Ländereien zum Familienbesitz.

Da machte es auch nichts, daß der Kandidat keine Ahnung von Politik hat. Jedenfalls hat er Welterfahrung: Mal war er Leichenwäscher in Basel, dann Sprecher beim Jagdschutzverband in Bonn, jahrelang arbeitete er als Rundfunkjournalist in Afrika.

Angetan zeigten sich die Bürger des neuen Bundeslandes, wie der Graf seinen Wahlkampf führte. Bescheidenheit prägte sein Auftreten, obgleich in seiner Umgebung genug Geld versammelt ist: Ein Schwiegersohn war der jüngst verstorbene Johannes Fürst von Thurn und Taxis, der andere ist der Industriellen-Sprößling Friedrich Christian („Mick") Flick.

Doch Joachim Graf von Schönburg-Glauchau tuckerte einen Monat lang in einem zehn Jahre alten weißen Trabi („Hat mich 600 Mark gekostet") von einer Wahlveranstaltung zur nächsten. Er übernachtete nie in Hotels, sondern immer privat: „Die Sachsen sind sehr gastfreundlich. Sie hatten immer ein freies Bett für mich."

Etwas anderes hätte er sich sowieso nicht leisten können. Schönburg hat Geldsorgen, auf seinem Konto stehen nichts als Schulden, rund 100 000 Mark. In einem kleinen Einfamilienhaus bei München wohnt er mit Frau und Tochter zur Miete, und vor dem Beginn seiner unerwarteten Politkarriere mußte er mit dem Gehalt als stellvertretender Chefredakteur der Jagdzeitschrift *Die Pirsch* auskommen.

Verarmte Grafen waren schon immer ein schönes Thema für die Klatschpresse. Die machte den Alten bald zum Opfer der herzlosen Töchter. Gloria von Thurn und Taxis und Maya Flick, so mutmaßte die Münchner *Abendzeitung*, hätten Papa „verstoßen".

Die reichen Kinder halfen ihm nicht einmal aus der Klemme, als er 1989 wegen eines dubiosen Immobiliengeschäfts in Schwierigkeiten geraten war. Da paßte der Ausspruch ins Bild, den der Arme tat, als er verurteilt wurde, einen Bankkredit in Höhe von 130 000



Nachwuchspolitiker Schönburg
„Immer pleite, immer lustig"

Mark zurückzuzahlen: „Jetzt bleibt mir nur noch der Strick."

Ganz so schlimm kam es dann doch nicht. Bald nach der Wende in der ehemaligen DDR stand für ihn fest: „Ich will wieder in Glauchau leben. Das ist meine Heimat." Schloß und Burgen allerdings gab er verloren. Dort residieren schon längst eine Musikschule, eine Jugendherberge und ein Behindertenheim.

So wurde er Politiker. Schon im Oktober stellte der CDU-Kreisverband Glauchau sein neues Mitglied als Kandidaten für die Bundestagswahl auf. Es ist alles „sehr schnell, fast atemlos" gegangen, sagt er, aber „ich war wohl für die Menschen dort die ideale Ost-West-Mischung".

Im Wahlkampf hat er rasch gemerkt, wie einfach Politik ist: Niemand interessierte sich für das CDU-Programm. „Da wollten alle einfach nur das Gegenstück zum Kommunismus wählen", sagt er.

Die den Grafen wählten, haben nun einen bekommen, der die Probleme im Kreis – Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Verwaltungschaos – mit dem Mut des Guten angehen wird: „Ich war schon immer auf der Seite der Schwachen."

Der passionierte Jäger hat sich bereits eine Aufgabe gesetzt – die Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Es sei schrecklich, wie verschüchtert in Sachsen die Arbeiter seien, aus lauter Furcht vor der Kündigung.

Nun fehlt dem Bundestagsneuling nur noch eine angemessene Bleibe in Bonn. Billig, sagt er, soll sie sein. Vielleicht ein möbliertes Zimmer.

Am liebsten hätte er eins „mit einer netten Wirtin, die auch mal eine Kaffeetasse wegräumt".

Flüchtlinge

Gar nicht auszuhalten

Bonn reagiert hilflos auf die Vorboten des gefürchteten Massenexodus aus Osteuropa.

Aus Albanien strömen Hunderte Flüchtlinge über die einst scharf bewachte Grenze nach Griechenland. Mißtrauen in die Reformversprechen der kommunistischen Regenten in Tirana und Gerüchte, der südliche Nachbar wolle am Neujahrstag seinerseits die Grenze schließen, lösten den Exodus der meist griechischstämmigen Albaner aus (siehe Seite 127).

In Tübingens ehrwürdiger Stiftskirche haben mehr als 200 überwiegend jugoslawische Roma Zuflucht gesucht. Sie sollen, weil nicht asylberechtigt, wieder in den krisengeschüttelten Vielvölkerstaat abgeschoben werden – das friedliche Zigeunerlager im evangelischen Gotteshaus wird den Vollzug wohl nicht lange aufhalten können.

An der deutsch-tschechoslowakischen Grenze im Erzgebirge wies der Bundesgrenzschutz am zweiten Weihnachtstag bei bitterer Kälte 52 Ausländer zurück, unter ihnen 10 Kinder. Mangels Ausweispapieren und Verständigungsmöglichkeiten blieb die Herkunft der vermutlich von Schleppern eingeschleusten Fremden unbekannt. Begründung der mit dem deutschen Asylrecht offenbar noch nicht vertrauten Ost-Grenzer: In der ČSFR seien die Flüchtlinge vor politischer Verfolgung sicher gewesen.

In Berlin finden auch im neuen Jahr jüdische Emigranten aus der Sowjetunion Aufnahme. Die noch von der Regierung de Maizière getroffene Regelung, die sowjetischen Juden aus humanitären Gründen „ständigen Wohnsitz" auf dem Gebiet der DDR gewährte, sollte ursprünglich Ende 1990 endgültig auslaufen, doch nun sieht sich der Berliner Senat außerstande, die Emigranten – 3600 waren es in den vergangenen Monaten – abzuwimmeln.

Europäische Flüchtlingsszenen zur Jahreswende: Viel Leid, ein bißchen Hoffnung – und doch nur ein Bruchteil der weltweiten Wanderungen aus Not und Elend.

Nach Angaben des Uno-Flüchtlingskommissars sind rund um den Globus 15 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten von ihnen versuchen, Hungerregionen, Bürgerkriegen und blutigen Diktaturen zu entkommen, und sie geraten dabei in der Regel nur von einem Jammer in den nächsten.

Verglichen damit war Westeuropa bislang eine Insel der Seligen. Und wie eine Petitesse mutet dagegen der Dauerstreit der deutschen Politiker an, ob bei 50 000 oder 100 000 oder wie im abgelaufenen Jahr bei annähernd 200 000 Asylbewerbern die Grenze des Verkraftbaren liege.

Nun geht jedoch wirklich Furcht um in Bonn und der EG, Furcht vor einer „Völkerwanderung" (so der bayerische Ministerpräsident Max Streibl) aus dem Osten, vor allem aus der wirtschaftlich maroden und vom Zerfall bedrohten Sowjetunion (SPIEGEL 50/1990).

Ironie der Geschichte: Es ist die Verwirklichung des vom Westen im KSZE-Prozeß eingeforderten Rechts auf Freizügigkeit, das den europäischen Osten nach dem Ende der Blockkonfrontation nun in ganz neuer Weise bedrohlich erscheinen läßt.



Jüdische Emigranten aus der Sowjetunion*: Abschieben nach Israel?

* Bei der Ankunft auf dem Hauptbahnhof in Berlin.

Vor der Jahreswende sah sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zu einem dramatischen Warnruf veranlaßt.

Weil davon auszugehen sei, daß ein Massenzustrom aus der Sowjetunion durch Visapolitik und „noch so perfekte Grenzkontrollen nicht aufgehalten" werden könne, werde die „einstweilige Unterbringung" dieser Menschen zu einer Aufgabe nicht nur für Deutschland, sondern für „Europa insgesamt".

In Deutschland, fügte der Christdemokrat hinzu, werde die „Verteilung auf Länder und Landkreise so, wie wir sie heute mit den Asylbewerbern machen, natürlich nicht mehr funktionieren". Schäuble mit dem Gestus der Ablehnung: „Wir müßten dann im Grunde zu Massenlagern kommen, wie man sie in anderen Regionen der Erde heute auch hat."

Vor solchen Szenarien – auf bis zu 25 Millionen schätzt der Uno-Flüchtlingskommissar die Zahl der potentiellen Sowjet-Auswanderer – erscheinen die beiden aktuellen Probleme der Visafreiheit für Polen und der Zuwanderung sowjetischer Juden eher gering. Doch zeigt der Streit, daß die Nervosität in Deutschland und Europa wächst.

Die von Kanzler Helmut Kohl den Polen bis Jahresende in Aussicht gestellte Visafreiheit hatte Bonns Partner im Schengener Abkommen, Frankreich und die Benelux-Staaten, alarmiert.

Diese Länder, die im Vorgriff auf die EG-weite Regelung schon 1991 den offenen Grenzverkehr erproben wollen,

fürchteten einen unkontrollierbaren Zustrom polnischer Schwarzarbeiter und Kleinhändler als Folge der Bonner Vereinbarung mit der Warschauer Regierung.

Nun bekommen die Polen voraussichtlich eine Visafreiheit minderen Rechts, dafür aber mit allen Schengen-Staaten: Statt des Personalausweises werden sie auch künftig ihren Paß benötigen, in den jeweils das Einreisedatum gestempelt wird; zudem soll Warschau sich förmlich verpflichten, seine Westreisenden zurückzunehmen, wenn diese die Höchstdauer des Aufenthalts überschritten haben. Bis spätestens Mitte Februar, rechnet das Bonner Auswärtige Amt, sollen die Abkommen vereinbart sein.

Noch nicht ausgestanden ist der Streit um die jüdischen Einwanderer aus Rußland. Die Fronten verlaufen kreuz und quer zwischen der Bundesregierung und den Ländern, zwischen dem Zentralrat der Juden und Israel.



Zentralrat-Chef Galinski
Neuzugänge für die jüdische Gemeinde



Innenminister Schäuble
Keine Massenlager

Jerusalem hat in mehreren Demarchen seine Haltung bekräftigt, daß Israel die natürliche Heimstatt gerade auch der auswandernden sowjetischen Juden sei; mithin könne es jüdische Flüchtlinge in Deutschland, dem Land des Holocausts, eigentlich gar nicht geben.

Bonn steckt in der Zwickmühle, entspricht doch diese Interpretation durchaus einem Grundgedanken des deutschen Asylrechts, wonach nicht aufgenommen werden muß, wer in einem anderen Land frei von politischer Verfolgung leben kann. Aber sollen ausgerechnet die Deutschen jene Juden, die zumindest im Augenblick in kein anderes Land wollen, abweisen oder nach Israel abschieben? Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor: „Das ist doch politisch gar nicht auszuhalten."

Um so weniger, als sich der Zentralrat der Juden in Deutschland mit seinem Vorsitzenden Heinz Galinski über jeden Zuwanderer freut: Für die überalterte jüdische Gemeinde mit ihren gut 30 000 Mitgliedern (1932: 600 000) ist das längst eine „Überlebensfrage" (Galinski).

Das Ansinnen der Bundesregierung an den Zentralrat, er möge doch helfen, daß möglichst nur junge, gut ausgebildete und dem „deutschen Kulturkreis" zuzurechnende Sowjetjuden nach Deutschland kommen, wies der Auschwitz-Überlebende Galinski denn auch empört zurück. Er sprach in seiner Verbitterung über die Bonner Zumutung gar von „Selektion".

Mitte dieser Woche beraten die Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler über die jüdischen Einwanderer.

In der „großzügigen Grundlinie" mit seinem Chef Johannes Rau einig, hat sich bisher nur NRW-Schnoor mit einer Zahl öffentlich vorgewagt. Der Sozialdemokrat wäre damit einverstanden, jährlich 10 000 sowjetische Juden aufzunehmen, hielte auch 15 000 für „keine Überforderung".

Eine solche Kontingentlösung, glaubt Schnoor, werde den akuten Einwanderungsdruck mildern: „Wir würden den Menschen damit deutlich machen, daß sie, wenn sie wollen, in die Bundesrepublik kommen können – wenn nicht in diesem Jahr, dann im nächsten." Und er fügt hinzu: „Wir sollten es als Chance sehen, daß Juden noch einmal einwandern wollen nach Deutschland."

Freilich ist auch das Schicksal der jüdischen Emigranten eng verknüpft mit der Frage, wann und in welchem Umfang der befürchtete große Flüchtlingstreck aus Gorbatschows wankendem Riesenreich aufbricht.

Dann könnten auch der deutsche Asyl-Dauerstreit um Artikel 16 nebst Rechtswegegarantie des Grundgesetzes und die europäischen Bemühungen um ein harmonisiertes Flüchtlingsrecht zur hohlen Abwehrgeste werden. SPD-Fraktionsvize Willfried Penner meint lakonisch: „Mit Rechtsänderungen ist einer möglichen Völkerwanderung nicht beizukommen."

Einig sind sich Koalition und Opposition darin, daß die Ursachen der Armutswanderungen in den Herkunftsländern bekämpft werden müssen.

Wie groß die Hilfe sein muß und wie schnell sie wirksam werden kann, dazu gibt es allerdings bisher kaum mehr als Stichwörter: Von einem „Marshallplan für Osteuropa" spricht SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, eine „Kombination von Reintegrations- und Strukturverbesserungsprogrammen" schwebt Innenminister Schäuble vor.

Bayerns Streibl malt sich derweil schon einen Schutzwall für Deutschland aus, der zumindest den ersten Flüchtlingsansturm aus der Sowjetunion abbremsen könnte. Wenig diplomatisch nennt er die soeben der Moskauer Hegemonie entkommenen Nachbarn in Osteuropa „Pufferstaaten".

Wahlen

Unser Woody

Mit einem unscheinbaren Spitzenkandidaten will die SPD in Hessen wieder an die Macht.

Hans Eichel, 49, sozialdemokratischer Herausforderer bei der Hessenwahl am übernächsten Sonntag, beschreibt sich selber als einen „etwas zurückhaltenden Typ".

Das ist sehr zurückhaltend formuliert. Die Wahlmanager, die mit dem Oberbürgermeister aus Kassel die Hessen-SPD wieder nach vorn bringen sollen, verzweifeln schier an ihrem drögen Kandidaten.

In Washington, wohin Eichel vor Wochen im Troß des damaligen SPD-Kanz-

lerkandidaten Oskar Lafontaine gereist war, mußten ihn seine Berater nach vorne schubsen, damit er noch aufs Gruppenfoto kam. Der Eichel, entfuhr es einem Begleiter, „ist unser Woody Allen".

Komisch wirkte der gelernte Lehrer auch in seinem Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen und die Durchsetzung der Quotenregelung in der Partei. Auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden umgab sich Eichel mit 13 hessischen Genossinnen und verkündete, merklich verunsichert, Frauen müßten „in großer Zahl in die Politik eingreifen". Das ist, reagierte die Marburger Sozialdemokratin Christa Czempiel, „hundsmiserabel gelaufen".

Walter Wallmann, 58, erledigt so etwas weltläufiger. Als die Frauen in der Partei aufbegehrten, weil der CDU-Vorsitzende mit Traudl Herrhausen, der Witwe des ermordeten Deutsche-Bank-Chefs Alfred Herrhausen, eine Seiteneinsteigerin auf einen sicheren Listenplatz hievte, warb Wallmann mit charmantem Lächeln für seine Kandidatin. Die Novizin, damals noch nicht einmal Parteimitglied, sei eine „ganz bemerkenswerte Persönlichkeit" und gerade „dabei, Politikerin zu werden". Wallmann setzte sich durch, trotz des Grolls der Christdemokratinnen über diese „ungerechte" Bevorzugung, wie Wallmanns Frauenbeauftragte Otti Geschka das Manöver wertete.

Zwei ungleiche Gegner stehen sich im hessischen Wahlkampf gegenüber. Ob sich der Profi Wallmann behauptet oder ob ihn der provinzielle Eichel kippt, ist offen. Ein paar Stimmen mehr von der weiblichen Wählerschaft, um die beide Kandidaten so engagiert werben, können den Ausschlag dafür geben, wer künftig in Hessen regiert: weiterhin die christliberale Koalition oder wieder Rot-Grün.

Denn hauchdünn war der Vorsprung, der Wallmann 1987 an die Macht brachte – gerade 1847 Stimmen, die der CDU (42,1 Prozent) den einen Landtagssitz bescherten, der zusammen mit den neun Mandaten der FDP (7,8) zur Mehrheit reichte. Die SPD (40,2), deren Bündnis mit den Grünen (9,4) zwei Monate vor der Wahl am Streit um die Hanauer Atombetriebe zerbrochen war, mußte erstmals in der Nachkriegsgeschichte Hessens in die Opposition.

Der Ausgang der Hessenwahl wird auch die Zukunft von SPD und Grünen auf Bundesebene erheblich beeinflussen. Verteidigen CDU und FDP, die sich auf den Fortbestand des Bündnisses mit der Union festgelegt hat (FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhardt: „Es gibt keine Wackelei"), die ehemals rote Bastion, ist auch die Aussicht der Sozis dahin, in absehbarer Zeit die Mehrheit im Bundesrat zu erobern.

Nach den Schlappen bei den Wahlen in den neuen Bundesländern, in Bayern und in Berlin würde ein weiteres Desaster in Hessen einen Trend festigen, den führende Genossen mit Sorge beobachten: Die SPD könnte zu einer Macht schrumpfen, die sich auf den Nordwesten Deutschlands beschränkt.

Schicksalhaft scheint das Hessen-Votum vor allem für die Bundes-Grünen. Nach dem Rauswurf bei der Bundestagswahl würde ein weiteres Debakel in Hessen, befürchten die Alternativen, ihren Untergang beschleunigen.



SPD-Herausforderer Eichel
„Ich bin eben nicht barock"

Bei der Wahl am 2. Dezember sackten die Grünen im Land Hessen von 9,4 auf 5,6 Prozent ab. Sollte die Ökopartei, mehr denn je auf Realo-Kurs getrimmt, einen weiteren Dämpfer erhalten, wäre auch Joschka Fischer, Anführer des pragmatischen Flügels, gescheitert.

Die Hessen-SPD schöpfte aus dem Ergebnis der Bundestagswahl sogar etwas Mut. Denn mit ihrer Einbuße von 0,7 Prozentpunkten verlor sie weniger als die Sozialdemokraten im Bundesdurchschnitt. Eichel und Genossen setzen zudem darauf, daß Wallmann im letzten Jahr so viele Schrammen abbekommen hat, daß sich etliche angestammte CDU-Wähler der Stimme enthalten werden.

Tatsächlich hat eine Reihe von Affären das Image des Ministerpräsidenten beschädigt. Anfang letzten Jahres wurde publik, daß sich der Christdemokrat jahrelang den Garten seiner Privatvilla auf Staatskosten herrichten ließ (SPIEGEL 3/1990). Der ertappte Wallmann


CDU-Ministerpräsident Wallmann, Protegé Herrhausen: Charmantes Lächeln


AUGUSTASTRASSE 1 D-6750 KAISERSLAUTERN 06 31-84 00 20 FAX 8 40 02 31



OTTO
KERN
THE MAGIC OF FASHION

versprach, 140 000 Mark zurückzuzahlen.

Auch wegen Grundstücksgeschäften des früher CDU-geführten Frankfurter Magistrats, die den Bordellkönigen Hersch und Chaim Beker Millionengewinne einbrachten, geriet Wallmann unter Beschuß. Die Opposition im Wiesbadener Landtag bohrte immer wieder nach, wieweit der frühere Frankfurter Oberbürgermeister „an der Konzipierung dieser Paktpartnerschaft beteiligt" war.

Wallmann verteidigte sich, bei den Angriffen handele es sich um eine „inszenierte Kampagne". Innenminister Gottfried Milde mußte kurz vor der Wahl zurücktreten, weil er diese Behauptung mit Zitaten aus einem Abhörprotokoll hatte belegen wollen.

Eichel dagegen ist „viel zu bieder", so ein Wiesbadener Genosse, um in Affären verstrickt zu sein. Eichels Sozi-Bilderbuchkarriere weist für das angestrebte Amt nur einen Makel auf – sie spielte sich ausschließlich auf den Dielen der Kommunalpolitik ab.

Dort allerdings war Eichel, 1975 mit 33 Jahren bereits Oberbürgermeister einer westdeutschen Großstadt geworden, ungewöhnlich erfolgreich. Viermal in Folge, zweimal davon mit absoluter Mehrheit, wählten ihn die Kasseler Bürger ins Rathaus.

Eichel hat es stets abgelehnt, erst mit „populistischen Themen" Wahlkampf zu machen, sie dann aber „nicht konsequent umzusetzen". So besetzte er schon vor fünf Jahren, als erster Kommunalpolitiker überhaupt, seinen Magistrat zur Hälfte mit Frauen. Und um eine eigenständige kommunale Energiepolitik durchzusetzen, ging der Ökologe Eichel 1981, wiederum als erster, ein rot-grünes Bündnis ein. Das endete erst, als die SPD vier Jahre später die absolute Mehrheit holte.

„Fleißig, intelligent und programmatisch" sei der Kandidat, rühmt die südhessische SPD-Bezirksvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul, 48. Die Benotung umschreibt geschickt, was selbst Genossen an ihrem Spitzenmann auszusetzen haben: seine übersteigerte Vorliebe für politische Grundsatzpapiere. Tatsächlich wirkt Eichel, in Auftreten und Arbeitsweise, wie eine jüngere Ausgabe des Bonner Parteichefs Hans-Jochen Vogel.

Eichel („Ich bin eben nicht barock") entspricht so gar nicht dem Erscheinungsbild jener drei Sozialdemokraten Georg August Zinn, Albert Osswald und Holger Börner, die Hessen, bis 1987, nahezu 40 Jahre lang, als bodenständige Landesväter regiert haben. Dennoch obsiegte er in der Partei, zuerst gegen den weithin populären ehemaligen Landesjustizminister Herbert Günther, 61.

Der eher konservative Günther paßte vor allem den Hessen-Genossen im Bonner Parlament nicht; der SPD-Bundestagsabgeordnete Dietrich Sperling fand die unfreundliche Kurzformel: „Günther taugt fürs Feuerwehrfest."

Am Ende, im Sommer vergangenen Jahres, schlug Eichel nach langem Gerangel auch noch den Wiesbadener Oberbürgermeister Achim Exner sowie die Bremer Gesundheitssenatorin Vera Rüdiger aus dem Feld und bekam Landesvorsitz nebst Spitzenkandidatur.

Im Wahlkampf hat die SPD ihren Spitzenmann bewußt zurückgenommen, auf Plakaten taucht er kaum auf. Und zur Imagestärkung verpaßte ihm die Partei eine hochkarätige Wahlkampfmannschaft, hälftig mit Frauen und Männern besetzt.

Zu der Truppe gehören Eichels früherer Gegenspieler Günther, die bisherige Berliner Bundessenatorin Heide Pfarr, 46, und Ernst Ulrich von Weizsäcker, 51, ein Neffe des Bundespräsidenten, derzeit Chef des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn. Diese Mannschaft wurde sogar von der *Frankfurter Allgemeinen*, Eichel sonst nicht sonderlich zugetan, als positive „Überraschung" kommentiert.

Ein lockerer Spruch läßt die Sozis in Hessen hoffen, daß in ihrem spröden Spitzenmann doch ein Schuß Showtalent schlummert. Nach dem Vorschlag der christliberalen Bonner Koalitionäre, eine Autobahngebühr durch den Verkauf von Vignetten für die Windschutzscheibe zu erheben, reagierte Eichel spontan und doppeldeutig: „Klebt ihnen eine."

Waffen

Was für Elefanten

Schießprügel aller Art sind in den neuen Bundesländern der Verkaufshit.

Elementare Bedürfnisse haben Aldi, Beate Uhse, Heimwerker-Märkte und Autohöker befriedigt. Nun macht sich im Osten ein neuer Notstand bemerkbar: Die Leute wollen was zum Schießen.

Zur Not reicht eine Gas- oder Schreckschußpistole, die, wie im Westen, jedermann erwerben kann, der älter ist als 18 Jahre. Die Folgen des Waffen-Wahns lassen sich tagtäglich in den einschlägigen Geschäften beobachten.



Waffenhandel auf dem Flohmarkt*: „Einfach ein Nachholbedarf"

Bei Waffen-Moritz in der Leipziger Reichsstraße beispielsweise stehen die Käufer am Tresen Schlange. Inhaber Günter Müller kann den Nachschub gar nicht schnell genug heranschaffen. „Wir bräuchten die zehnfache Ladenfläche", sagt Müller.

Cool verlangt dort ein blasser Jüngling mit Brille eine Gaspistole für 128 Mark. Ein anderer, nicht viel älter, trägt mit hektisch geröteten Wangen eine schwere Kugelspritze, Marke Smith & Wesson, in einer Plastiktüte nach Hause. Der junge Mann ist Jäger und braucht den großkalibrigen Revolver angeblich, um weidwundem Wild den Fangschuß zu geben. Vergebens hat

* In Leipzig.

Müller versucht, den Mann zum Kauf eines kleineren Kalibers zu überreden. „Jetzt hat er was für die Elefantenjagd“, seufzt der Waffenhändler.

Einige Kunden konnten es ohne richtigen Ballermann nicht mehr aushalten. Schon dreimal ist bei Waffen-Moritz eingebrochen worden. Messer, Pistolen und Munition – darauf sind die Ossis neuerdings scharf.

Im Gemeinsamen Landeskriminalamt der fünf neuen Länder ist bereits aufgefallen, daß die Zahl der privaten Waffenkäufe „sprunghaft gestiegen“ ist. Es handele sich „einfach um einen Nachholbedarf“, sagt Birgitt Griep von der Berliner Behörde verständnisvoll.



Waffengeschäft in Leipzig: „Alle haben plötzlich Angst“

Vor der Wende war der Erwerb von Waffen für Privatpersonen illegal, nur die 920 Jagdgesellschaften verfügten über Schießgerät und Munition. Beides durfte jeweils nur vorübergehend, zwecks Erlegung von Wild, an die rund 40 000 Weidmänner und Weidfrauen ausgegeben werden, die streng auf die rechte sozialistische Gesinnung überprüft wurden.

Seit dem 3. Oktober ist auch der Waffenhandel wiedervereinigt. Jetzt gilt der Besitz eines Schießeisens, ob zum bloßen Knallen oder zum scharfen Ballern, als Ausdruck der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Auch in Berlin führe die neue Freiheit zu einem „richtigen Boom“, sagt Heinz Kammel von der Jagd- und Sportwaffen Suhl GmbH. Das bislang einzige Geschäft im Ostteil der Stadt reicht nun nicht mehr – beim Magistrat liegen reichlich Anträge auf Zulassung neuer Läden.

Die Behörden versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Scharfe Schießeisen gibt es nur auf Waffenschein. In Leipzig wollen täglich etwa 25 Bürger einen Antrag bei der Polizei stellen. Kaum einer kommt damit durch. „Fast alle schicken wir wieder nach Hause“, sagt Georg Elsner von der Erlaubnisbehörde.

Die Vorschriften sind eng. Nur Jäger, Sportschützen und Bedienstete von Sicherungsfirmen erhalten die Bescheinigung zum legalen Erwerb einer scharfen Waffe. Ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit allein reicht nicht, den Antrag zu begründen. Auch Leute, die einsam wohnen, oder Schichtarbeiter, die nachts an dunklen Bushaltestellen warten müssen, kommen nicht zum Zug. Elsner wundert sich über die Antragsteller: „Das sind kräftige Männer, und alle haben sie plötzlich Angst.“

Die Angst wächst tatsächlich, weil Kriminalität um sich greift. In Leipzig beispielsweise hat sich 1990 im Vergleich zu 1989 die Zahl der Wohnungseinbrüche verdoppelt, die Zahl der Einbrüche in Gaststätten und Betriebe stieg um 300 Prozent.

Sechsmal so oft wie vorletztes Jahr wurden Menschen bedroht, und mehr als 200 Raubüberfälle, viele mit Schreckschußwaffen, verängstigten die Leipziger – 1989 waren es gerade 70.

Kein Wunder, daß sich nun auch Taxifahrer und Geschäftsinhaber bewaffnen. Von der ebenso überforderten wie unterbezahlten Polizei erwarten sich die Menschen im Notfall nicht viel Hilfe. Die Ordnungshüter genießen wegen ihrer SED-Vergangenheit ohnehin wenig Vertrauen.

Mit der Aufrüstung wächst die Bereitschaft zur Gewalt. Die „Brutalität nimmt immer mehr zu“, klagt der Erfurter Kripochef Klaus Eckardt. Zu seinem Bedauern wenden sich viele nicht an die Polizei, sondern greifen zur Selbsthilfe – oft mit tragischem Ende.

Als Beispiel führt Eckardt einen Vorfall an, der sich vor kurzem in der thüringischen Landeshauptstadt zugetragen hat: Ein Anwohner fühlte sich abends um halb zehn von einer Zecher-Gruppe belästigt, die sich lautstark in der Nähe seines Autos unterhielt. Der Mann fürchtete um seinen Wagen, nahm seine Gaspistole, ging auf die Straße und feuerte auf eine Frau. Darauf stach ihn deren Begleiter mit einem Messer nieder.

Auch von früher her sind Waffen reichlich im Umlauf. Viele Würdenträger des alten Regimes hatten eine Dienstwaffe im Schreibtisch oder im Nachtkästchen. Die wenigsten waren offiziell registriert. Mancher Bonze hat seine Waffe behalten, schon aus Selbstschutz-Gründen.

Ein Teil der Pistolen taucht nun auf Flohmärkten auf. Auch die in Ostdeutschland stationierten Sowjetsoldaten bringen zur Aufbesserung ihres schmalen Solds Teile ihrer Ausrüstung in Umlauf (SPIEGEL 37/1990). Ein Einbrecher, der kürzlich um 4.30 Uhr morgens in Leipzig einstieg und 2000 Mark mitnahm, hatte eine Maschinenpistole sowjetischer Bauart dabei.

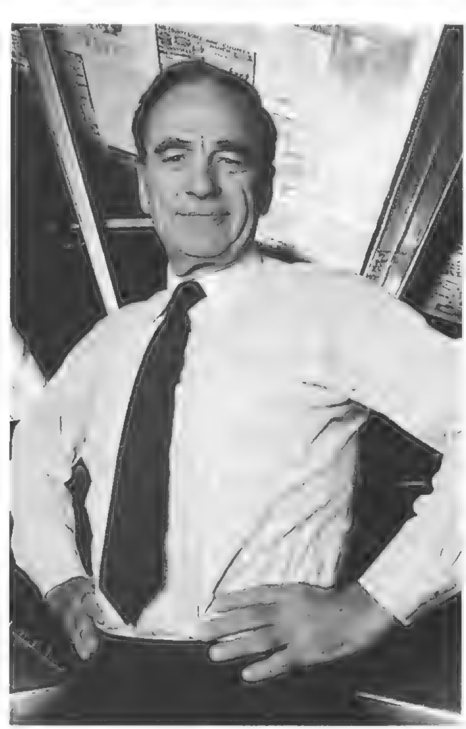
Allerdings geht der Waffenhandel mit den Russen neuerdings auch mal schief. Ein 41jähriger Leipziger, dem seine Acht-Millimeter-Schreckschußpistole nicht mehr reichte, wollte einem Wachposten an der Leipziger Kaserne Heiterblick eine Makarow-Pistole mit zwei vollen Magazinen für 150 Mark abluchsen.

Der Soldat wandte sich an seine Vorgesetzten. Die verständigten die Polizei. Am vereinbarten Treffpunkt wurde der Pistolen-Freak von der Kripo in Empfang genommen.


Waffenhändler Müller
„Wir bräuchten die zehnfache Fläche“







Schuldenmacher Sorell, De Benedetti, Murdoch: „Der Film der achtziger Jahre läuft nun rückwärts"

„Das Fest ist vorüber"

Firmenkauf auf Pump war in den Achtzigern das weltweit befolgte Rezept, binnen weniger Jahre zu unermeßlichem Reichtum zu gelangen. Firmenjäger wie der Amerikaner Frank Lorenzo oder der Italiener Carlo De Benedetti stiegen zu bewunderten Unternehmer-Stars auf. Doch nun ist für viele das Schulden-Spiel zu Ende.

Geld schien für Martin Sorell, 45, keine Rolle zu spielen. Wo immer sich in der zweiten Hälfte der Achtziger eine Gelegenheit bot, schlug der smarte Brite zu: Binnen weniger Jahre kaufte sich Sorell das größte Werbe-Imperium der Welt zusammen.

Kein noch so feiner Name der Werbebranche war vor dem Firmenjäger sicher. Die Werber der altehrwürdigen Firma Ogilvy & Mather, die Kreativen der respektierten Agentur J. Walter Thomson und viele andere Werbeleute rund um den Globus wurden von heute auf morgen mit der Nachricht überrascht, daß ihr oberster Chef fortan ein gewisser Martin Sorell aus London sei.

Sorell kaufte nichts mit ererbtem und wenig mit selbst erarbeitetem Geld. Sorell kaufte mit Gepumptem: Wer wagt, gewinnt.

Jetzt ist es mit dem Gewinnen erst mal aus. Sein Werbe-Multi WPP, so Sorell Ende vergangenen Jahres, habe Rückschläge „in allen Teilen des Geschäfts" hinnehmen müssen; die WPP-Aktie verlor binnen weniger Tage zwei Drittel ihres Werts.

Es ist eng geworden für den britischen Wundermann. Seinen Geldgebern aus dem Bankgewerbe hat Sorell zugesichert, er werde stets einen Betriebsgewinn erwirtschaften, der mindestens das Zweieinhalbfache der Zinsverpflichtungen ausmache. Mit den für 1991 erwarteten rund 82 Millionen Pfund läßt sich diese Sicherheitsquote nur schwer erreichen. Die Banker sind nervös geworden.

Martin Sorell, der Blitzaufsteiger aus dem Werbe-Business, befindet sich mit seinen Sorgen in bester Gesellschaft. Reihenweise gerieten in den letzten Monaten Finanz- und Firmenjongleure in Bedrängnis. Männer, denen vor ein, zwei Jahren noch die unternehmerische Zukunft zu gehören schien, müssen bei ihren Banken um Gnade bitten oder Teile ihrer Firmenreiche zu Barem machen.

Carlo De Benedetti, 51, von seinen Fans einst zum Europa-Unternehmer der Neunziger hochgejubelt, ist so einer. Seine Stammfirma Olivetti wird einige tausend Leute entlassen; die französische De-Benedetti-Holding Cerus, die 1988 um die belgische Société Générale pokerte, erweist sich als Ballast. Die Firma ächzt unter einer Schuldenlast von 1,3 Milliarden Mark und sucht Käufer für ihre Beteiligungen.

Oder der Verleger Rupert Murdoch, 59, der in den Achtzigern wie im Rausch Zeitungen, Zeitschriften oder TV-Stationen in aller Welt zusammenraffte. Ein unangenehm hoher Schuldenberg von rund 16 Milliarden Mark kam zusammen.

Nun hat Murdoch Probleme, die Kredite pünktlich zu bedienen. „Eine äußerst wackelige Finanzlage" bescheinigte ihm die renommierte Bewertungsfirma Standard & Poor's Corp. Vergangene Woche zeigten sich Murdochs Gläubigerbanken bereit, auf die pünktliche Rückzahlung von mehr als einem Drittel der Schulden für drei Jahre zu verzichten.

Oder, nicht zu vergessen, der New Yorker Immobilien-Magnat Donald Trump, 44, dem einst die Dollar wie die Sterntaler in den Schoß fielen. Es waren, wie im vorigen Jahr offenbar wurde, allzu viele geliehene Dollar darunter.

Mit dem Verfall der amerikanischen Grundstückspreise geriet Amerikas protzigster Neureicher in Zahlungsverzug. Die Banken handelten mit ihm einen Umschuldungsvertrag aus und zwangen ihn zur Einschränkung seiner überaus großzügig bemessenen Privatausgaben.

„Die Neunziger sind gewiß nicht wie die Achtziger", erkannte nun Donald

Trump, dem das stete Siegerlächeln im Sonnyboy-Gesicht gefror.

Die Achtziger – das waren, nach der Überwindung der zweiten Ölkrise, die Jahre, in denen Spielernaturen wie Sorell oder Trump im Sog einer globalen Dauer-Konjunktur von Erfolg zu Erfolg schwammen; in denen ein Ronald Reagan mit seiner staatlichen Schuldenwirtschaft die kapitalistischen Glücksritter in Wall Street und anderswo zum Nachmachen anregte; in denen das kapitalistische Spiel zuweilen zum Wildwest-Theater ausartete.

Aus, vorbei. „La festa è finita", sagt Fiat-Chef Giovanni Agnelli – das Fest ist vorüber.

Das erste Jahr der Neunziger brachte die Wende. Die schlichte kaufmännische Weisheit, daß auf Dauer niemand mehr ausgeben als einnehmen kann, schlägt durch. Eine ordentliche Finanzbuchhaltung wird von den Kreditgebern heute wieder hoch geschätzt.

Gewiß, die Geschäftemacher fallen dem Gemeinwesen nicht als Sozialfälle zur Last; die rechtzeitig und vorsorglich abgesonderten privaten Vermögenswerte reichen in den allermeisten Fällen für einen auskömmlichen, arbeitsfreien Lebensabend. Doch so manches stolze Imperium, das da – hastig, hastig – zusammengekauft wurde, zerfällt nun wieder.

Der amerikanische Finanzjongleur Frank Lorenzo, 50, der sich bei einigen großen Fluggesellschaften seines Landes einkaufte (siehe Seite 96), hat in seinen notleidenden Erwerbungen nichts mehr zu sagen; der britische Verleger Robert Maxwell, 67, mußte Beteiligungen in den USA verkaufen, um Schulden zurückzahlen zu können; der Schweizer Geld-Akrobat Werner K. Rey, 47, leidet unter hohen Zinszahlungen und sucht einen Käufer für die Dienstleistungsfirma Adia.

„Der Film der achtziger Jahre läuft nun rückwärts, aber mit dreifachem Tempo", vermerkt Barton Biggs von der New Yorker Anlagefirma Morgan Stanley.

Es waren goldene Jahre für jene Spezies, die sich mit der Berufsbezeichnung „Firmenjäger" geehrt fühlte. Japan und die Bundesrepublik Deutschland, die Export-Wundermaschinen der Weltwirtschaft, produzierten gewaltige Kapitalüberschüsse, die nach Anlage suchten.

Die südliche Hemisphäre, vom Schuldendesaster heimgesucht, galt nicht mehr als kreditwürdig; also blieben die Dollar, Pfund oder Yen in den Industriestaaten der nördlichen Halbkugel, wo sie zu günstigen Zinsen angeboten wurden. Man konnte sich bedienen.

Die USA bildeten in dieser Welt des leichten Geldes einen abstrusen Spezialfall. Firmenübernahmen zum Nulltarif wurden dort zum Sport einer Clique von Finanzartisten; die Nation schaute untätig zu, wie das Produktivvermögen des Landes verschoben wurde.

Firmenjäger besorgten sich im Land der unbegrenzten Möglichkeiten Kapital, indem sie „junk bonds", Schrottanleihen, an die Anleger verkauften; für die Unterbringung dieser Papiere, die wegen des höheren Risikos höhere Zinsen boten, sorgten Spezialfirmen der New Yorker Wall Street.

Mit dem Erlös kauften die Raubritter die Altaktionäre aus den Firmen heraus. Anschließend bürdeten sie die Schulden ihrem neu erworbenen Unternehmen auf.

Das war nun gezwungen, die Zinsen und die Tilgungsbeträge zu zahlen – entweder, indem es das Geld durch geschicktes Wirtschaften verdiente; oder, indem es Teile der Firma verkaufte.

Die Folgen dieses Monopolys sind heute zu besichtigen. Viele amerikanische Unternehmen verloren unter ihrer Schuldenlast die Wettbewerbsfähigkeit. Die Zinsaufwendungen der amerikanischen Durchschnittsfirma haben sich seit den späten Siebzigern verdoppelt, gut ein Drittel der Vorsteuer-Gewinne geht für diesen Posten drauf.

Der Medienkonzern Time/Warner beispielsweise, nach einer teuren Übernahmeschlacht zusammengefügt, muß rund elf Milliarden Dollar an Krediten bedienen; bei den gegenwärtigen Kapitalmarktzinsen von 8,8 Prozent ist das rund eine Milliarde Mark im Jahr.

Die Nahrungsmittelfirma Nabisco, der nach einem Übernahmekampf 25 Milliarden Dollar Schulden aufgebürdet wurden, muß gegenwärtig 30 Prozent ihrer Erträge an die Gläubiger für Zinszahlungen überweisen.

Das Schuldenspiel, das die Amerikaner und andere mit so großer Begeisterung betrieben, ging gut, solange die Wirtschaft auf Hochtouren lief, solange stetes Wachstum für schöne Gewinne sorgte.

Zu Beginn der Neunziger aber gerieten die Schuldenmacher unter Druck. Nach siebenjähriger Dauer-Konjunktur zeigten sich in Schlüsselmärkten wie den USA, Großbritannien oder Italien Krisensymptome; in großen Branchen wie der Auto-, der Chemie- oder der Stahlindustrie schrumpften die Auftragseingänge.

Wer nun in Zahlungsverzug bei seinen Schuldenverpflichtungen geriet und von seinen Banken Hilfe erbat, wurde meist enttäuscht. Das globale Finanzsystem, das in den Achtzigern noch im Geld schwamm, ist binnen weniger Monate klamm geworden, aus verschiedenen Gründen:

- ▷ Die japanischen Banken leiden unter dem Verfall der heimischen Immobilien- und Aktienmärkte;
- ▷ die Deutschen brauchen ihre Kapitalüberschüsse für den Aufbau in den neuen Bundesländern und für die Osteuropa-Hilfe;
- ▷ die amerikanischen Geldhäuser, von der heraufziehenden Rezession und einem tiefen Sturz der Grundstückspreise getroffen, lavieren ohnedies am Rand des Abgrunds.

Nur unter glücklichen Umständen wird es den Großschuldnern nun gelingen, bei ihren Geldgebern niedrigere Zinsen und/oder Aufschub der Rückzahlung rauszuschlagen. Verkaufen, zu Schleuderpreisen, bleibt vielen als einziger Ausweg vor dem Bankrott.

Manchen hat es schon erwischt, der Kapitalismus belegt einmal mehr, welche Rei-



Schuldenmacher Lorenzo, Trump
Das Siegerlächeln gefror

nigungskräfte ihm innewohnen. Der Australier Alan Bond, 52, beispielsweise, der sich mit geliehenen 8,3 Milliarden Dollar ein Industrie- und Handelsimperium zugelegt hatte, mußte im vorigen Sommer die weiße Flagge hissen.

C. Richard Lehmann von der amerikanischen Bond Investors Association schätzt, daß in den USA bis zu 150 Unternehmen Probleme mit ihren Zinsverpflichtungen bekommen werden.

„Auf Schulden reitet das Genie zum Erfolg", hatte Eugen Schmalenbach, der Altvater der deutschen Betriebswirtschaftslehre, einst gelehrt.

Die Zahl der Genies ist offenbar doch begrenzt.

Energie

Gute Milchkuh

Der Stromkonzern RWE hat einen bundesweit bedeutsamen Prozeß gegen fünf umweltbewußte Gemeinden verloren.

Von seinem Schreibtisch aus schaut Helmut Eicker, 46, Geschäftsführer der kommunalen Elektrizitätsgenossenschaft im niedersächsischen Hagen, auf eine großformatige Deutschlandkarte.

Ein nahezu flächendeckender grüner Farbton signalisiert die gewaltige Übermacht der sieben großen Strommonopole in der Bundesrepublik. Dazwischen markieren winzige rosa Farbtupfer die gerade noch 20 selbständigen Energie-Genossenschaften, die selber Strom erzeugen oder verteilen. „Wir", sagt Eicker, „sind einer von den Zwergen."

Dem Zwerg aus dem Teutoburger Wald ist es gerade gelungen, einen Goliath zu bezwingen: Gegen Deutschlands größten Energiekonzern, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) in Essen, hat die Genossenschaft vor dem Oberlandesgericht in Oldenburg ein überraschendes Urteil erstritten – mit der Folge, daß fünf Gemeinden aus dem Raum Hagen künftig ihre Energie in eigener Regie und auf ebenso wirtschaftliche wie umweltfreundliche Weise erzeugen können.

Per Vertrag hatte sich die Genossenschaft im Jahre 1953 langfristig an den Gebietsmonopolisten RWE gebunden. Der Konzern lieferte Strom aus weit entfernten Großkraftwerken und Atommeilern, die kommunale Genossenschaft verteilte die Energie lediglich über ein eigenes Netz an Haushalte und Gewerbebetriebe.

„Als ich das erste Mal in die Bücher geschaut habe", erinnert sich Geschäftsführer Eicker, „ist mir ein Licht aufgegangen." Der langfristige Stromvertrag mit den fünf Gemeinden, so errechnete der gelernte Bankkaufmann, sei vor allem für die RWE von Nutzen gewesen. Als der Strom-Konzern 1985 die ohnehin gepfefferten Bezugspreise um nahezu ein Drittel erhöhte, legte sich die lokale Genossenschaft quer.

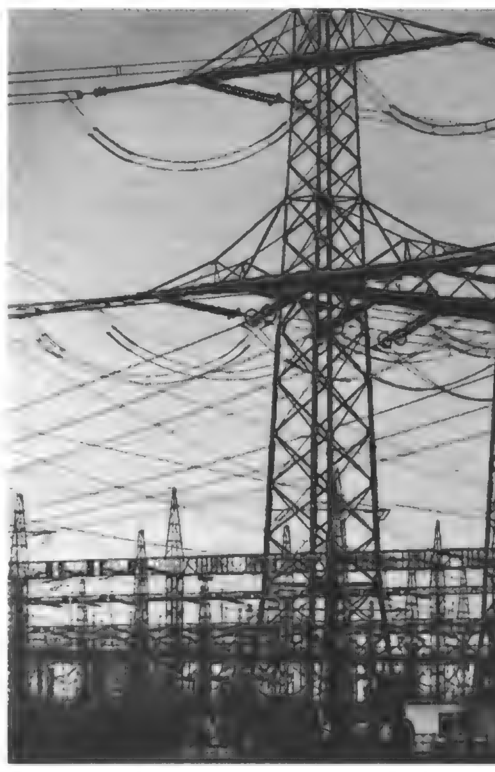
Gestützt von der örtlichen CDU, weigerte sich der Ökologe Eicker, den auf 17,8 Pfennig erhöhten Preis pro Kilowattstunde zu zahlen. Begründung: Die Preispolitik des „Monopolunternehmens RWE" diene nicht dazu, „entstehende Kosten" abzudecken, sondern kleinere Konkurrenten wie die Hagener Genossenschaft „vom Markt zu verdrängen".

Tatsächlich droht dem Stromzwerg der Konkurs, wenn aus der Verteilung der zugekauften Energie keine Gewinne mehr anfallen. Eine Pleite hätte ökologische Folgen: Der Profit des Mini-Unternehmens ist weitgehend in die Umrüstung der kommunalen Energieversorgung investiert worden.

Vor Gericht forderte die hart kalkulierende Genossenschaft, das RWE müsse zunächst einmal ihre „Gewinnsituation" offenlegen, zumal anderen Großkunden, etwa Aluminiumwerken, pro Kilowattstunde nur 4,5 Pfennig berechnet würden. Der Energie-Multi klagte im Gegenzug auf Zahlung der inzwischen auf gut zwei Millionen Mark aufgelaufenen Stromkosten.

Die Preiserhöhung, behaupteten die RWE-Anwälte, sei „branchenüblich" und durch „gestiegene Umweltschutzaufwendungen" gerechtfertigt. Konkrete Zahlen wollte das Unternehmen nicht herausrücken, das letzten Monat auf seiner Hauptversammlung in Essen einen Rekordumsatz von über 44 Milliarden Mark meldete. „Nur bei Kenntnis der Gewinnsituation" jedoch, so urteilten die Oldenburger Richter, lasse sich ermessen, ob das RWE seine „Verpflichtung zur kostengünstigen Energieherstellung" eingehalten habe.

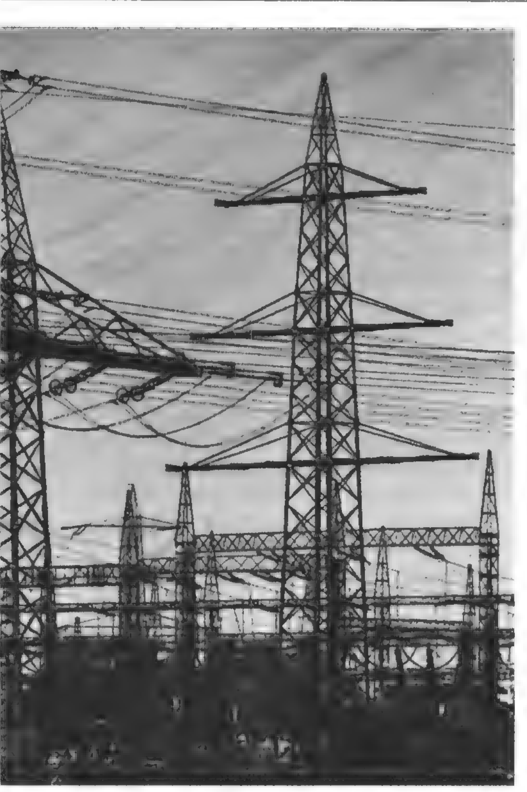
Der Preiskrieg im Teutoburger Wald, der jetzt vor den Bundesgerichtshof in



Zentrale Stromverteilung (bei Köln):



Stromgenossenschafts-Chef Eicker: „Wir sind einer von den Zwergen"



„Bauen wir die Leitungen selbst"

Karlsruhe gehen soll, hat grundsätzliche Bedeutung: Nach Umfrage des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) wollen rund 20 Prozent der 8500 westdeutschen Gemeinden ihre Energieversorgung „selbst übernehmen" – nach Hagener Muster.

Mit dem Auslaufen alter Konzessionsverträge steht Mitte der neunziger Jahre die Neuordnung ganzer Versorgungsnetze an. „Bei den Gemeinden", weiß VKU-Sprecher Wolfgang Prangenberg, „ist der Trend voll da."

Wenn es den Kommunen gelingt, sich aus der Abhängigkeit von den Strom-Giganten zu lösen, könnten sie bislang weithin blockierte Konzepte für eine umweltfreundlichere Energiepolitik durchsetzen. Ein Beispiel lieferte die saarländische Gemeinde Rehlingen-Siersburg.

Deren Ratsherren haben einen ökologisch orientierten Konzessionsvertrag mit der Vereinigten Saar-Elektrizitäts AG geschlossen, der den Ausbau von Wasserkraftanlagen, Biogastechniken und Solarprojekten vorsieht. Der Stromlieferant verpflichtete sich in dem Vertrag zudem, „auf unabsehbare Zeit" keine umweltschädlichen Nachtstromspeicherheizungen anzubieten und die „Energie-Einspar-Beratung" zu forcieren.

„In den Kommunen", urteilt Stephan Kohler, 38, vom Freiburger Öko-Institut, „formiert sich der Widerstand gegen die verordnete Energieverschwendung." In Kernkraftwerken, beispielsweise, die lediglich Strom, aber keine Wärme liefern, verpuffen zwei Drittel der eingesetzten Energie. In modernen Kleinkraftanlagen, die gleichzeitig Volt und Wärme abgeben, erreicht der Leistungsgrad dagegen gut 90 Prozent.

Der Hagener Energie-Geschäftsführer Eicker ist gerade dabei, seine fünf Gemeinden ökologisch umzurüsten. Das RWE liefert zwar noch die Hauptlast für die 12 000 privaten Haushalte und Gewerbebetriebe. Aber die Energie kommt für fast ein Drittel der Anwohner nicht mehr über die Hochspannungsleitung aus der Ferne, sondern aus dem Keller.

Sowohl unter der neuen Turnhalle als auch unter einer Kurklinik sind sogenannte Block-Heizkraftwerke installiert. Die gasbetriebenen, dumpf dröhnenden Maschinen (Anschaffungspreis: rund 300 000 Mark) liefern nicht nur Strom, sondern auch Wärme für die gute Stube.

Trotz hoher Anfangsinvestitionen für die Gemeinden zahlt sich der ökologische Umbau aus. „In fünf bis acht Jahren", errechnete Eicker, „schreiben wir schwarze Zahlen."

Von 1994 an will die Energie-Genossenschaft auch das regionale Verteilernetz und alle Trafostationen übernehmen. Falls das RWE für „den alten Schrott" allzuviel Geld verlange, kündigt Eicker an, dann „bauen wir die Leitungen selbst".

Im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Aufsichtsbehörde für die Strommonopolisten, findet die Genossenschaft neuerdings Unterstützung. Die Regierung des Ministerpräsidenten Gerhard Schröder (SPD) hat das RWE bereits ermahnt, eine „sichere und preiswürdige Versorgung" zu gewährleisten. Der Energiekonzern hatte den aufmüpfigen Gemeinden zuvor die Lieferung zusätzlicher Kilowatt verweigert.

Der Ausgang des Rechtsstreits im Teutoburger Wald wird in vielen Stadtverwaltungen mit Interesse erwartet – vor allem im Osten. 170 Gemeinden aus der ehemaligen DDR haben in Hagen bereits um Beratung nachgefragt.

In den neuen Bundesländern steht nach dem Abschluß des Stromvertrages eine gewaltige Umschichtung des bisher staatlich reglementierten Energiemarktes an. Die westlichen Strommultis, die bereits neue Kernkraftwerke im mecklenburgisch-vorpommerischen Greifswald planen, rangeln zur Zeit mit den Gemeinden um die Energieversorgungskompetenz.

Umweltschützer Eicker rät den Ratsherren jenseits der Elbe, die Energielieferung nicht den Stromkonzernen zu überlassen. Er versucht, sein Alternativ-Konzept einer weitgehend kommunalen Selbstversorgung mit einem Vergleich zu verdeutlichen. „Eine gute Milchkuh", sagt Eicker, „gibt man auch nicht aus dem Stall." ◄

„Bei Ortsgesprächen zulangen“

SPIEGEL-Interview mit Telekom-Chef Helmut Ricke über höhere Telefongebühren

SPIEGEL: Die Bonner Koalitionsrunde will das Post-Unternehmen Telekom in den nächsten vier Jahren mit einer Zusatzabgabe von fünf Milliarden Mark jährlich belasten. Eine böse Überraschung?

RICKE: Das kann man wohl sagen. Eine Zusatzabgabe läßt sich mit der gerade begonnenen Liberalisierung in der Telekommunikation nicht vereinbaren und wäre eine viel zu frühe Belastungsprobe für das noch junge Unternehmen. Für den Kunden würde sie Mehrkosten bringen, denen keine Leistung gegenübersteht. Für die deutsche Wirtschaft insgesamt würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit eindeutig verschlechtert.

SPIEGEL: Die Telefongebühren bringen seit vielen Jahren gute Gewinne. Könnte die Telekom die Milliarden aus den laufenden Erträgen abzweigen?

RICKE: Auf keinen Fall. Die gewaltigen Investitionen in den fünf neuen Bundesländern treiben unsere Neuverschuldung in diesem Jahr um 14 Milliarden Mark nach oben. Diese enorme Belastung verkraften wir ohne einen Pfennig aus dem Bundeshaushalt. Allerdings sinken auch unsere erwarteten Gewinne auf unter zwei Prozent des Umsatzes, den wir mit 47 Milliarden Mark angesetzt haben.

SPIEGEL: Also müssen die Telefongebühren rauf. Eigentlich war für 1991 eine Senkung vorgesehen.

RICKE: Wir wollten 1991 die Gebühren um rund 750 Millionen Mark senken. Vor allem die Tarife bei den Ferngesprächen sollen gesenkt werden.

SPIEGEL: Daraus wird nun nichts, wenn die Zusatzabgabe kommt?

RICKE: Doch, für eine Ermäßigung der Ferngespräche werde ich mich nachhaltig einsetzen. Eine Verteuerung wäre ein grober Fehler, weil wir in diesem Bereich international aus dem Rahmen fallen. In Großbritannien zum Beispiel kostet ein Drei-Minuten-Gespräch über 100 Kilometer 1,27 Mark, in Schweden sogar nur 70 Pfennig. Wir liegen mit 2,30 Mark in Europa fast an der Spitze.

SPIEGEL: Wo also könnten Sie die fünf Milliarden herholen?

RICKE: Die Zusatzabgabe würde eine lineare Erhöhung bei allen Tarifen um etwa 14 Prozent nötig machen . . .

SPIEGEL: . . .wenn Sie bei den Ferngesprächen die angekündigte Preissenkung aber beibehalten wollen, müssen die Tarife in anderen Bereichen mithin um mehr als 14 Prozent steigen.

RICKE: Richtig. Es führt daher kein Weg daran vorbei: Wir müssen vor allem bei der Grundgebühr und bei den Zeittakten im Orts- und Nahbereich kräftig zulangen, wenn die Zusatzabgabe von uns gefordert wird. Eventuell müssen wir auch über eine Erhöhung der Gebühreneinheit nachdenken, wobei ich die 23 Pfennig nur ungern antasten würde.



Telekom-Chef Ricke
„Grundgebühr auf 35 Mark“

SPIEGEL: Nennen Sie bitte konkrete Zahlen.

RICKE: Im Endeffekt würde es wohl darauf hinauslaufen, daß der Zeittakt im Orts- und Nahbereich von jetzt acht auf vier, wenn nicht sogar auf drei Minuten verkürzt wird. Zusätzlich müßte auf jeden Fall die Grundgebühr auf etwa 35 Mark steigen.

SPIEGEL: Ist die Erhöhung der Grundgebühren um rund zehn Mark im Monat nicht die unsozialste Art, um an das Geld zu kommen?

RICKE: Da will ich nicht widersprechen. Aber allzu viele andere Möglichkeiten haben wir ja nicht. In Wettbewerbsbereichen, etwa bei den Endgeräten, beim Mobilfunk, bei der Datenkommunikation oder bei den Auslandsgesprächen, ist eine Erhöhung völlig undenkbar, wenn wir nicht die Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Unternehmens aufs Spiel setzen wollen. Also bleibt nur der Bereich, bei dem wir ein Monopol haben. Das trifft zwangsläufig vor allem unsere Privatkunden.

SPIEGEL: Welche Auswirkungen hätte denn eine lineare Gebührenerhöhung im Fernverkehr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit?

RICKE: Schon heute belasten uns die Abgaben an den Bundeshaushalt so stark, daß wir mit unseren Tarifen im internationalen Vergleich kaum eine Chance haben. Ein Notgroschen DDR würde da alles nur noch schlimmer machen.

SPIEGEL: Um welche Bereiche geht es im internationalen Geschäft?

RICKE: Etwa um die interkontinentalen Mietleitungen, über die Computerdaten ausgetauscht werden. 70 Prozent der Datenleitungen von Japan nach Europa gehen heute zum Beispiel über London und verteilen sich erst von dort in die EG-Länder. Dieser Datentransfer wächst ständig und wird in absehbarer Zeit ein größeres Volumen haben als die Sprachkommunikation.

SPIEGEL: Der Grund für den Weg via London liegt in den Gebühren der British Telecom?

RICKE: Eindeutig. Wenn wir nicht ganz rasch unsere Gebühren senken, und zwar drastisch, verlieren wir den Anschluß an einen Zukunftsmarkt, der von enormer Bedeutung ist. Die Kommunikation wird neben den Faktoren Arbeit und Kapital der entscheidende Produktionsfaktor einer modernen Volkswirtschaft sein. Die schwierige Situation in der ehemaligen DDR ist dafür wohl ein sehr deutliches Beispiel.

SPIEGEL: Vor kurzem war in Bonn auch von einer Privatisierung der Telekom die Rede. Sind diese Pläne durch die neuen Überlegungen nun obsolet geworden?

RICKE: Wer würde schon Aktien eines Unternehmens kaufen, das mit externen Abgaben von fast zwölf Milliarden Mark pro Jahr belastet ist?

Verkehr

Rollende Hämmer

Technische Tricks beim Lkw-Bau, glauben britische Forscher, könnten helfen, die enormen Straßenschäden durch Lastwagen zu verringern.

Rußschnaubend wälzt sich der blecherne Lindwurm Tag und Nacht durchs Land. Lückenlos aneinandergereiht, würde die Schlange der 100 000 Lastkraftwagen, die an Tagen mit Spitzenbelastungen über die Straßen der Bundesrepublik rollen, von Flensburg bis zu den bayerischen Alpen und zurück nach Hannover reichen.

Der stinkende Tatzel verschmutzt Luft und Wasser, frißt Landschaft und schädigt durch donnernden Lärm. Doch damit ist das Sündenregister des Störenfrieds noch nicht komplett.

Lastkraftwagen, so zeigen Untersuchungen der britischen Cambridge University, zerstören mit brutaler Gewalt die Verkehrswege, auf denen sie rollen. Gemessen an der zermalmenden Wucht der Brummi-Pneus, gleitet das Millionenheer der Personenkraftwagen geradezu federleicht über den Asphalt.

„Lkw und Lastzüge mit über zwölf Tonnen Gesamtgewicht", erklärte vergangene Woche der Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland (VCD), verursachten „jährlich Straßenkosten von 7,8 Milliarden Mark". Da diese Fahrzeuge nur 3,6 Milliarden Mark an Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer entrichteten, so der VCD, subventioniere der Staat den Schwerlastverkehr mit jährlich 4,2 Milliarden Mark.

Tatsächlich dürften die Straßenschäden durch Brummis weit größer sein, als es die VCD-Zahlen vermuten lassen.

Als Faustregel für den Straßenfraß durch Lkw gilt den britischen Verkehrsforschern das „Gesetz der vierten Potenz". Danach zerstört ein einziger Laster jährlich soviel Straßenbelag wie der Pkw-Bestand einer mittleren Großstadt – genauer: Ein 40-Tonnen-Lastzug mit zehn Rädern entspricht in seinem Schadenspotential 163 840 vierrädrigen Mittelklassewagen von je einer Tonne Gewicht.



Lkw auf der Autobahn: Ein 40-Tonnen-Laster ...

Reibend und rüttelnd, so die Cambridge-Ingenieure, ruiniert der Schwerlastverkehr die Fahrbahnen:

- ▷ Täglich schmirgeln Hunderttausende von Lkw-Rädern den Asphalt der Rollbahnen glatt; die Folge: Rutschgefahr für die übrigen Verkehrsteilnehmer.
- ▷ Wie rollende Preßlufthämmer stampfen die Laster-Pneus die oberste Straßenschicht nach unten und zur Seite; so prägen Lkw jene gefürchteten Spurrillen, in denen Personenwagen bei Regen Aquaplaning droht.
- ▷ Ähnlich wie Metall durch Biegebelastungen erleidet der Fahrbahnbelag durch den Rüttelprozeß der Brummi-Räder Ermüdungsbrüche, die sich durch die gesamte Tiefe der Straßenstruktur erstrecken können.

Bislang, so die Forscher der technischen Fakultät der Cambridge University, sei nur unzureichend erforscht, wie die von Lastkraftwagen verursachten Furchen und Risse sich in den Fahrbahnen ausbreiten. Auch gebe es „kaum brauchbares Material", um Rückschlüsse auf das Tempo zu ziehen, mit dem die Schäden durch den Schwerlastverkehr das Straßennetz ruinieren.

Um die dynamische Belastung durch die rollenden Hämmer genauer messen



... zerstört soviel Straße wie 163 840 Pkw: **Instandsetzungsarbeiten auf der A3**

zu können, entwickelten die Ingenieure eine 38 Meter lange „Lasten-Meßmatte". Die 13 Millimeter starke Kunststoffmatte birgt im Abstand von 40 Zentimetern Streifen von druckempfindlichen Sensoren.

1989 maßen die Briten mit US-Kollegen auf amerikanischen Autobahnen erstmals präzise den Streß, den Straßen im Schwerlastverkehr erleiden. Mit Hilfe von Computermodellen wollen die Cambridge-Forscher nun klären, wie Straßenschäden entstehen und straßenschonendere Lastkraftwagen aussehen müßten.

Weiche Federungen, soviel wissen die Forscher bereits, schonen die malträtierten Fahrbahnen. Als probates Mittel gegen Straßenstreß gilt auch die Erhöhung der Achszahl je Lkw.

Ein 40-Tonner mit acht Achsen etwa verursacht nur 40 Prozent der Schäden, die von einem Sechsachser des gleichen Gesamtgewichts angerichtet werden. Sattelschlepper, so die Cambridge-Untersuchungen, rollen generell straßenfeindlicher als herkömmliche Lastkraftwagen mit Anhänger.

Mehr Achsen und eine bessere Federung, so lautet ein erstes Resümee der britischen Forscher, sollten europaweit für den Schwerlastverkehr vorgeschrieben werden. Fraglich sei allerdings, so argwöhnen die Briten, „ob die Mehrkosten für Kauf und Wartung solcher Lkw" gegen die Lobby des Straßentransport-Gewerbes durchzusetzen wären.

Computerindustrie

Knallharte Methoden

Mit dubiosen Tricks versuchte der amerikanische Elektronikriese Intel, einen kleineren Konkurrenten auszuschalten.

In einem Punkt waren sich die Rechtsanwälte der verfeindeten Firmen von Anfang an einig: In spätestens acht Wochen, so ihre Prognose, sei der Prozeß beendet.

Die hochbezahlten Juristen hatten sich gründlich geirrt. Gut drei Jahre brauchte das Schiedsgericht im kalifornischen Palo Alto, um die Klage des amerikanischen Chip-Herstellers Advanced Micro Devices (AMD) gegen seinen Konkurrenten Intel zu entscheiden. Erst nach insgesamt 313 Verhandlungstagen verkündete der vom Gericht eingesetzte Schlichter Barton Phelps, gestützt auf 42 000 Seiten Papier und die Aussagen von 61 Zeugen, sein Urteil.



Chip-Produktion bei Intel: „Bruch von Treu und Glauben"

Der Elektronikriese Intel (knapp vier Milliarden Dollar Umsatz) hat nach Ansicht des Schlichters den 1982 mit AMD geschlossenen Kooperationsvertrag vorsätzlich verletzt und mit schäbigen Tricks versucht, seine Marktposition zu verbessern. AMD stehe ein Schadensersatz zu. Über dessen Einzelheiten wird eine zweite Prozeßrunde entscheiden, die zur Zeit in Palo Alto läuft. AMD-Chef Jerry Sanders will 600 Millionen Dollar einklagen.

Der jahrelange Streit zwischen den einst befreundeten Elektronik-Unternehmen aus dem Silicon Valley ist nach Ansicht von Richter Phelps ein „klassisches Beispiel für einen Bruch der Gesetze von Treu und Glauben".

Er ist mehr als das. Der Mammutprozeß wirft vor allem ein grelles Schlaglicht auf die knallharten Methoden, mit denen in der Computerbranche um die weltweite Führung auf einem Milliarden-Markt gekämpft wird.

Der Konkurrenzkampf ist um so härter geworden, seit die High-Tech-Giganten aus Japan in das Geschäft mit der Mikroelektronik eingestiegen sind. Sieben der zehn größten Halbleiter-Produzenten der Welt sitzen heute in Japan.

Die Vorherrschaft der Japaner, angeführt von der Nippon Electric Company (NEC), gründet vor allem auf ihre Stärke bei den massenhaft benötigten Speicher-Chips, im Techniker-Jargon D-Rams genannt. Bei den komplexer aufgebauten Chips für spezielle Anwendungsbereiche, den sogenannten Mikroprozessoren, konnten die US-Konzerne Motorola und Intel dagegen ihre führende Position bislang noch verteidigen.

Der Grund: Von Intel und Motorola beziehen die meisten Computerhersteller die Zentralprozessoren (CPU) für ihre Rechner. Von Intel entwickelte Prozessoren bilden das Herzstück jedes Personalcomputers (PC); Motorola-Chips steuern Rechner von Apple, Atari und Commodore sowie viele Computer für den wissenschaftlichen Einsatz.

Den steilen Aufstieg zu einem der führenden Halbleiterhersteller der Welt verdankt Intel einer Entscheidung des Giganten IBM.

„Big Blue", wie IBM unter Insidern gern genannt wird, war Anfang der Achtziger vom plötzlichen Siegeszug der Personalcomputer überrascht worden. Um das rasch wachsende Geschäft nicht dem auftrumpfenden Branchenneuling Apple zu überlassen, machten sich die IBM-Ingenieure in aller Eile daran, einen eigenen PC zu entwickeln.

Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, verzichteten die IBM-Techniker, anders als sonst in ihrem Konzern üblich, auf die Entwicklung einer eigenen CPU. Es sollten Mikroprozessoren eingesetzt werden, die sofort in großer Stückzahl verfügbar waren. Im Gespräch waren die Intel-Chips 8086 und 8088 sowie der Motorola-Typ 68000.

Die Wahl fiel auf die Firma Intel, die 1968 unter anderem von Robert Noyce, dem Erfinder des Mikrochips, gegründet worden war und der heute Andrew Grove vorsteht. Um nicht allein von einem Hersteller abhängig zu sein, drängte IBM die Intel-Manager, einen Zweitlieferungs-Vertrag mit einem weiteren Chip-Fabrikanten abzuschließen – ein in der Branche durchaus übliches Verfahren.

Die Intel-Manager entschieden sich für die im nahegelegenen Sunnyvale residierende Firma Advanced Micro Devi-

ces, die einen guten Namen als kleiner, aber feiner Hersteller von Spezialchips hatte. Die Verstrickung der beiden Firmen, die schließlich in eine Prozeß-Orgie übergehen sollte, nahm ihren Lauf.

AMD-Chef Sanders zögerte zunächst. Er hatte früher schon einmal für Intel produziert und dabei schlechte Erfahrungen gemacht. Zudem hatte Sanders gerade mit dem Konkurrenten Zilog eine Zusammenarbeit vereinbart, deren Ziel ein dem Intel-Chip 8086 weitaus überlegener Mikroprozessor war.

Angesichts des zu erwartenden Großauftrags von IBM schob Sanders seine Bedenken beseite. Nach langen Verhandlungen schlossen AMD und Intel im Februar 1982 den heute so umstrittenen Kooperationsvertrag. Beide Firmen vereinbarten darin, in den folgenden zehn Jahren ihre Forschungsarbeiten zu koordinieren, das Produktionswissen auszutauschen und gemeinsam neue Chiptypen zu entwickeln.

Um den Technologie-Transfer bewerten zu können, entwickelten die Partner ein kompliziertes Punktesystem, mit dem die gegenseitigen Lieferungen verrechnet werden sollten. Je stärker in einem Mikrochip beispielsweise die elektrischen Schaltungen auf kleinstem Raum verdichtet waren, desto mehr Complexity Factor Points (CF-Punkte) bekam er. Um rasch die von IBM verlangten Stückzahlen des 8086 zu erreichen, sollte AMD aber den Intel-Chip zunächst gegen Zahlung von Lizenzgebühren nachbauen.



AMD-Chef Sanders
Bedenken beiseite geschoben

Doch die Kooperation war von Anfang an belastet durch Argwohn auf seiten der Intel-Ingenieure. „Sie dachten immer nur das Schlechteste von AMD", ermittelte Richter Phelps.

AMD bot an die hundert Produkte an, darunter auch einen Spezialchip für Telefax-Geräte. Doch die Intel-Techniker zeigten an den AMD-Entwicklungen kein Interesse. So war es Sanders zunächst unmöglich, die begehrten CF-Punkte und damit einen kostenfreien Technologie-Transfer zu erreichen.

Um den Juniorpartner nicht ganz zu verprellen, wurde der Kooperationsvertrag Anfang 1984 ergänzt. Intel sagte nun die Übernahme verschiedener noch in der Entwicklung befindlicher AMD-Chips fest zu.

ten Chip-Typ 80286, den Nachfolger des 8086, „unmittelbar, vollständig und klar" an AMD weiterzureichen. Diese Zusage galt auch für die Verbesserungen und Korrekturen, die stets notwendig werden. Für jeden verkauften 80286-Chip sollte AMD eine Lizenzgebühr von 25 Dollar zahlen.

Anfang 1986 schickte Intel die Blaupausen und das Datenband für den 80286 Version E. Lange brüteten die AMD-Ingenieure über den Plänen, ehe sie erkannten, daß Intel sie reinlegen wollte. Die Pläne waren „unvollständig, unleserlich und unbrauchbar" (Phelps).

Offensichtlich, bemerkt der Richter in seinem Urteil, „versuchte der Intel-Vorstand" mit allen möglichen Tricks, „den Fortschritt bei AMD zu bremsen".



Intel-Chef Grove: Den Vertragspartner im Kreis laufen lassen

Doch es blieb bei der Ankündigung. Schon wenige Monate später traf der Intel-Vorstand in aller Stille die „grundlegende Entscheidung, die Verträge zu unterlaufen" (Phelps) und die Abnahmeverpflichtungen zu boykottieren.

Für Intel machte der heimliche Vertragsbruch doppelt Sinn: Solange AMD keine CF-Punkte bekam, mußte Sanders weiterhin Lizenzgebühren für den Chip-Nachbau zahlen; gleichzeitig wurde AMD daran gehindert, die Kooperation mit einem Japan-Riesen wie NEC oder Fujitsu zu suchen. Mit diesen Verbündeten wäre AMD zu einem harten Konkurrenten für Intel geworden.

Zunächst bemerkten die AMD-Manager nichts von der Doppelzüngigkeit ihrer Partner. Doch dann kam es immer häufiger zu Merkwürdigkeiten, die den bösen Verdacht bestärkten, von Intel hintergangen zu werden.

So hatte sich Intel im Zusatzvertrag von 1984 verpflichtet, die Konstruktionspläne für den gerade fertiggestell-

Erst mit der gewaltigen Verspätung von neun Monaten trafen die vollständigen Unterlagen in Sunnyvale ein.

Ähnliche Verzögerungen hatte es bei den Plänen für Chips der Baureihe 8087 gegeben. Schon damals, urteilt Phelps, „versuchte Intel, seine ökonomische Macht einzusetzen, um den kleineren Partner an die Wand zu drücken".

Ein absurd anmutender Streit um die beste Herstellungsprozedur hatte ebenfalls das Ziel, den Partner auszubooten.

Zwar war die Prozeß-Technologie, das Kochbuch der Chip-Ingenieure, offiziell nicht Bestandteil des Abkommens. Dennoch gab es Gespräche über dieses bestgehütete Geheimnis der Chiphersteller, da in beiden Fabriken unterschiedliche Prozeduren angewendet wurden. So bevorzugte AMD zu Anfang der Partnerschaft ein Verfahren, das die Techniker P-Well nennen; Intel schwor auf eine N-Well genannte Methode.

Um den Technologie-Austausch zu erleichtern, drängte Intel den Partner,

KOMMENTAR

Nachhilfe für Waigel

WINFRIED DIDZOLEIT

Der Familienpolitiker Theo Waigel ist voll des Glücks. Das Verfassungsgericht, deklamiert er, habe die Linie der Union bestätigt. Selbstverständlich müsse, wie von Karlsruhe besiegelt, das Existenzminimum von Mutter, Vater und Kindern dem Fiskus tabu sein.

Die öffentliche Rede des Familienbeglückers Waigel müßte eine schnelle Konsequenz haben: Der Grundfreibetrag für jeden Steuerbürger und der Kinderfreibetrag werden als erste Tat in der neuen Legislaturperiode auf den Sozialhilfepegel angehoben. Einige Hunderter mehr blieben im Jahr auf den Konten der Bürger, besonders viel auf denen der Kinderreichen.

Doch der Finanzpolitiker Waigel schert sich nicht um das, was der Familienpolitiker Waigel sagt. Die Karlsruher Auflage soll so billig wie irgend möglich erfüllt werden.

Es wird, das ist absehbar, munter getrickst. Was eigentlich ist das Existenzminimum, das von der Steuer nicht angetastet werden darf? Waigels Finanzbeamte mühen sich bereits darum, die bisherigen Werte herunterzumanipulieren. Der Ansatz für die Kaltmiete soll, man hört und staunt, viel zu hoch sein. Rechnen die Beamten den Betrag um einige Mark herunter, dann fällt das Existenzminimum, und einiges mehr bleibt zu versteuern.

Solcher Trickserei bedürfte es nicht. Geld, mit dem das Notwendigste der Familien vor dem Zugriff des Fiskus gerettet werden kann, hätte Waigel genug. Er müßte es sich nur holen. Der Finanzminister könnte – zum Beispiel – die Milliarden, die er beim Heben der Freibeträge verliert, durch ein Anziehen der Steuerschraube oberhalb der Freigrenzen wieder hereinholen.

Dieser Pfad findet sich natürlich nicht auf der ideologischen Landkarte der Koalition. Eine Umverteilung von oben nach unten ist nicht vorgesehen. Weder Union noch Liberale würden dem CSU-Mann folgen, wenn er solche Pläne hegte.

Mit der Ausrede Geldmangel kann der Kassenwart Waigel sein anderes Ich, den Familienpolitiker Waigel, nicht ruhigstellen. Zeuge dafür, daß es an Finanzmasse nicht fehlen kann, ist der großzügige Steuerpolitiker Waigel.

Als erste Tat verzichtete Waigel auf Zinsen für rund sechs Milliarden Mark eigentlich fällige Steuern. Er schaffte die Quellensteuer ab, beließ dem Bankgeheimnis aber seinen Gesetzesrang. Das Signal war nicht mißzuverstehen: Jeder gutverdienende Angestellte, Geschäftsmann, Handwerksmeister oder Manager kann weiterhin die Erträge seiner Finanzpapiere ungeschmälert genießen, ohne Furcht vor dem Fiskus.

„Geld für die Familien hätte der Finanzminister genug“

Den Steuerfahndern sind die Hände gebunden, sie dürfen den Steuerunehrlichen dank Waigel nicht auf die Schliche kommen. Hinterziehung von Zinserträgen, vorher schon ein Kavaliersdelikt, ist zur Tugend befördert. Wer's immer noch nicht macht, sieht ziemlich dumm aus.

Eine andere Großtat des Steuerpolitikers Waigel: Zum Wählerfang schuf er ein Vereinsförderungsgesetz. Dies macht die Werteskala des Familienpolitikers Waigel zur Farce. Nicht Kinder und Eltern sind ihm einen Steuerverzicht wert, sondern Angorakatzen- und Modellflugbauvereine.

Rechtlich unausweichliche Ausgaben, der Unterhalt für Kinder oder die Kosten für die Pflege gebrechlicher Eltern in einem Heim, können nicht vollständig steuermindernd geltend gemacht werden, die Freibeträge der Steuergesetze sind realitätsfern. Spenden an den Kaninchenzüchterverein oder an den Karnevalsklub aber senken generös die Steuerlast.

Wer so handelt, urteilt der Kölner Steuerrechtler Joachim Lang, „stellt unvermeidbare Unterhaltsaufwendungen für Kinder, die der Gesetzgeber nicht außer acht lassen darf, mit Hobbyaufwendungen nicht nur auf eine Stufe, sondern darunter“.

Da muß wohl das Verfassungsgericht dem Familienpolitiker Waigel noch einmal helfen. Über das Bankgeheimnis wie auch verschiedene Freibeträge für Unterhaltsverpflichtungen und besondere Familienbelastungen haben die Richter in den roten Roben bald zu entscheiden.

---

ebenfalls in N-Well zu produzieren. Als AMD dem Wunsch nachgegeben hatte, schwenkte Intel plötzlich auf P-Well um. AMD mußte abermals umschwenken.

Die Intel-Manager gaben vor Gericht unumwunden zu, sie hätten versucht, „AMD im Kreis laufen zu lassen“.

Trotz zahlreicher weiterer „schäbiger Einzelheiten“ (Phelps), die das Gericht nur hinter verschlossenen Türen behandelte, hielt AMD zunächst unverdrossen an dem Vertrag fest. Erst als sich abzeichnete, daß Intel eine Lizenz zum Nachbau des 80286-Nachfolgers, des damals als Wunder-Chip gehandelten Prozessors 80386, verweigern würde, reichte AMD im April 1987 die Klage ein.

Der neue Chip gab dem Geschäft einen gewaltigen Schub. Von 1985 bis 1990 hat sich der Intel-Umsatz etwa verdreifacht, während AMD im gleichen Zeitraum nur ein mageres Plus von 40 Prozent registrierte. Da Intel sein Herstellungs-Monopol für den 80386 bis heute nicht aufgegeben hat und kaum die enorme Nachfrage befriedigen kann, schossen die Preise in die Höhe.

Gleichzeitig kletterten die Intel-Gewinne: Während AMD 1990 in die roten Zahlen rutschte, springt bei Intel der Gewinn um rund 60 Prozent auf mehr als 600 Millionen Dollar.

Sanders wollte nicht völlig den Anschluß verlieren und wies seine Ingenieure an, einen Chip zu entwickeln, der mit dem Intel-Bestseller voll kompatibel ist. Das ist inzwischen auch gelungen.

Der unter dem Codenamen „Longhorn“ entwickelte Chip wurde bereits von 20 Computerherstellern heimlich getestet und für gut befunden. Ende vorigen Jahres wollte Sanders den Chip zum Verkauf freigeben und mit einem Überraschungsangriff das Intel-Monopol knacken.

Doch dann passierte ein dummes Mißgeschick: Der Plan wurde vorzeitig bekannt, als ein Intel-Angestellter in einem Hotel versehentlich ein Päckchen erhielt. Es war für einen AMD-Manager gleichen Namens bestimmt, der zufällig im selben Hotel logierte. Das Päckchen enthielt die AMD-Pläne für den „Longhorn“.

Intel reagierte sofort mit dem Antrag auf eine Einstweilige Verfügung; das Monopol sollte so lange wie möglich erhalten bleiben. Doch das Gericht lehnte den Antrag ab – AMD darf „Longhorn“ unter der Typenbezeichnung 386 ausliefern.

Prompt legte Intel nach und strengte eine neue Klage an. Die interne Software des „Longhorn“, behauptete der Monopolist nun, verletze Intels Urheberrechte.

Metro gibt Adidas auf

Der Großhandel-Riese Metro hat offenbar genug von der Rolle des einflußlosen Minderheitsaktionärs beim Sportartikelkonzern Adidas: Metro-Chef Erwin Conradi, dessen Handelsgruppe zehn Prozent der Adidas-Aktien und eine Option auf weitere fünf Prozent hält, will die Anteile an den französischen Großaktionär Bernard Tapie (Adidas-Anteil: 80 Prozent) verkaufen. Conradi hatte sich lange bemüht, die Sportartikelfirma von der Gründerfamilie Dassler zu erwerben. Er kam aber nur bei einem der miteinander verfeindeten fünf Familienstämme zum Zuge, bei den Geschwistern Adolphe und Suzanne Dassler: Die beiden Kinder des 1987 verstorbenen Gründersohns Horst Dassler verkauften Mitte vergangenen Jahres die Hälfte ihres 20-Prozent-Pakets an eine Tochtergesellschaft der Metro und räumten dieser noch eine 5-Prozent-Option ein. Die anderen vier Stämme überließen ihre Anteile dem Franzosen Tapie. Der schillernde Multi-Unternehmer aus Paris war allerdings so knapp bei Kasse, daß er die gesamten 440 Millionen Mark für den Kauf der Adidas-Mehrheit bei den Banken pumpen mußte. Conradi hoffte daher zunächst noch darauf, daß Tapie schon bald zum Weiterverkauf von Adidas gezwungen sein werde. Aber nun ist dem Metro-Chef das Warten auf einen eventuellen Notverkauf Tapies zu lang geworden. Fraglich ist allerdings, ob der klamme Tapie weiteren Kredit für den Kauf zusätzlicher Adidas-Aktien erhält.

Börsianer fordern Strafen für Insidergeschäfte

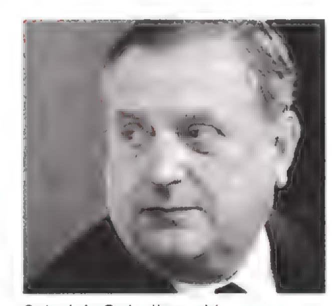


von Rosen

Jahrelang haben sich Banker und Börsianer heftig dagegen gesträubt, daß gesetzliche Sanktionen gegen Insidergeschäfte verhängt werden. Viele kommen von Berufs wegen – etwa als Banker, Aufsichtsrat oder Berater – frühzeitig an wichtige Informationen, die den Kurs einer Aktie beeinflussen; manche nutzen dieses Insiderwissen, um sich zu bereichern: Sie kaufen oder verkaufen Aktien, bevor die Nachricht publik wird. Derartige Geschäfte gelten in Deutschland zwar als anrüchig, doch sie sind bislang nicht illegal. Drakonische Strafen wie in den USA seien hierzulande überflüssig, erklärten Börsenvorstände immer wieder. Doch nun scheinen die Banker ihre Ansicht geändert zu haben. Rüdiger von Rosen, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Wertpapierbörsen, fordert jetzt ein Gesetz gegen Insidergeschäfte, das „international akzeptiert wird“. Mehr noch: Von Rosen plädiert für eine „zentrale Wertpapieraufsicht“ ähnlich der US-Börsenaufsicht SEC. Der Sinneswandel ist auf die Furcht der Börsianer zurückzuführen, im vereinten Europa 1993 könne Frankfurt als Finanzplatz an Einfluß verlieren. Schärfere Bestimmungen, so die neue Erkenntnis, würden die deutsche Börse international attraktiver machen.

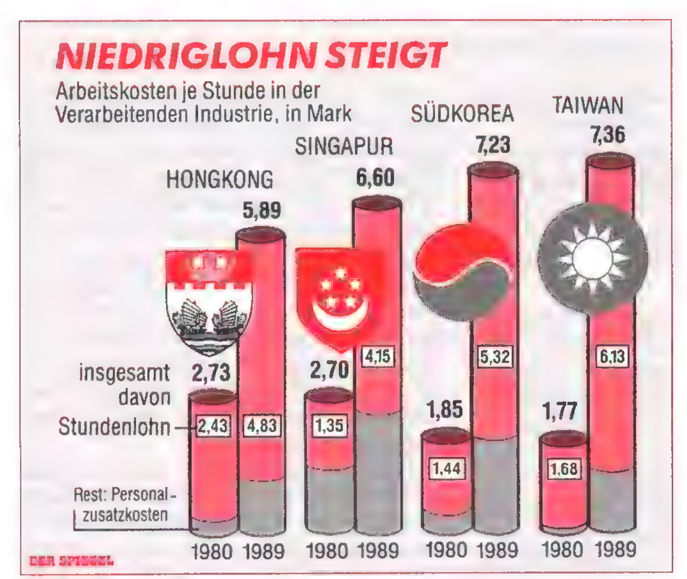
Schalck bleibt im Geschäft

Alexander Schalck-Golodkowski, 58, einst wichtigster Devisenbeschaffer des SED-Regimes und jetzt unter Polizeischutz wohnhaft im bayerischen Rottach-Egern, geht weiterhin einträglichen Geschäften nach. Gemeinsam mit dem früheren österreichischen Finanzminister Hannes Androsch, 52, und dem ehemaligen DDR-Außenhandelsminister Gerhard Beil, 64, hat Schalck in Zürich eine Unternehmensberatung gegründet. Die drei Ost-Experten galten zuletzt als beschäftigungslos. Schalck und Beil verloren ihre Jobs beim Zusammenbruch der DDR, Androsch mußte vor drei Jahren nach einer Verurteilung wegen Falschaussage als Vorstandschef der staatlichen Wiener CA Creditanstalt-Bankverein zurücktreten. Demnächst muß Androsch in Wien wieder vor Gericht – wegen Steuerhinterziehung. Zur Kundschaft des erfahrenen Trios gehören Finanziers aus dem Westen, die in alten Ostblockländern wie Ungarn, der Tschechoslowakei oder der Sowjetunion im Hotel- und Tourismusgewerbe investieren wollen. Dorthin haben Schalck-Golodkowski und seine Partner denn nach wie vor beste Kontakte.


Schalck-Golodkowski


Androsch


Beil



Die Löhne in asiatischen Schwellenländern sind stark gestiegen – sie sind inzwischen höher als in Portugal.

Banken

Schwere Zeiten

Angst geht um im Schweizer Geldgewerbe: Auslandskunden bleiben weg, im Inland drücken hohe Kosten.

Der Südamerikaner fiel den Zöllnern sofort auf, neben all den dunkel gekleideten hellhäutigen Geschäftsleuten, die eilig dem Ausgang des Zürcher Flughafens zustrebten. Der Mann trug verwaschene Jeans, eine speckige Lederjacke und einen schwarzen Hartschalenkoffer.

Einer der Beamten hielt den Ausländer an und bat ihn, doch einmal den Koffer zu öffnen. Unter ein paar Hemden und Hosen kam eine Lage fein säuberlich gestapelter Dollarbündel zum Vorschein. Der Wert: umgerechnet rund 230 000 Mark.

Eine Begrenzung für die Einfuhr von Geld gibt es nicht in der Schweiz, der Südamerikaner hat sich demnach nichts zuschulden kommen lassen. Dennoch forderten ihn die Beamten auf, mit zur Polizeistation zu kommen.

Der Verdacht lag nahe, das Geld könne aus schmutzigen Geschäften stammen. Schließlich war der Mann gerade mit einer Maschine aus Miami, dem größten Drogenumschlagplatz der Vereinigten Staaten, gekommen.

Der Südamerikaner entpuppte sich später als Kurier, der die Barschaft amerikanischer Geschäftsleute bei Zürcher Banken einzahlen sollte. Die Beamten hatten keine Handhabe gegen ihn, sie mußten ihn ziehen lassen.

Kein Einzelfall, die Schweizer gucken seit geraumer Zeit genauer hin, wer Geld über ihre Grenzen schleppt. Das Land, in dem das Bankgeheimnis einst den gleichen Rang hatte wie anderswo das Beichtgeheimnis, bietet sich nicht mehr, wie einst, allen Geldflüchtigen als sicherer Hafen an.

Sowas spricht sich rum, zum Leidwesen der Schweizer Banker, die jahrzehntelang auskömmlich von dem lichtscheuen Geld lebten und die nun um ihre einträglichen Geschäfte bangen. Der Bankenplatz Schweiz, einst die allererste Adresse in der kapitalistischen Welt, büßt seinen Spitzenplatz ein.

Ob Lire der Mafia, Dollar des Philippinen-Diktators Marcos, die Milliarden des Nicaragua-Herrschers Somoza – bei den Adressen der Zürcher Bahnhofstraße fanden sie jahrzehntelang alle ein sicheres Versteck.

„Profit um jeden Preis“ sei die Devise der Schweizer Banker, schimpft seit Jahren der eidgenössische Nestbeschmutzer Jean Ziegler, Sozialdemokrat und Soziologie-Professor in Genf.

Die anhaltende Kritik an diesem Zustand, die mehr aus dem Aus- als dem Inland kam, hat die Schweizer lange Zeit erstaunlich unberührt gelassen. Doch inzwischen mühen sich die Eidgenossen gegenzusteuern.

Das Strafgesetzbuch wurde um einen bedeutsamen Paragraphen erweitert. Nimmt heute ein Bankier Gelder an, „die, wie er weiß oder annehmen muß, aus einem Verbrechen herrühren“, dann muß er mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und einer Geldbuße rechnen.

Die Angestellten hinter den Bankschaltern sind jetzt gesetzlich verpflichtet, bei ihren Geschäften „mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt die Identität des wirtschaftlich Berechtigten festzustellen“.

Mit anonymen Konten soll demnächst gänzlich Schluß gemacht werden. Die eidgenössische Bankenaufsicht will es Anwälten verbieten, treuhänderisch für nicht genannte Kunden Bankkonten zu eröffnen.

Fällt auch diese Form der Diskretion, dann werden noch mehr Gelder an der Schweiz vorbei an sicherere Orte fließen. Vom Standortvorteil Schweiz rede „längst niemand mehr“, meint Oskar Holenweger, Chef der Zürcher Bank Vontobel.

Hans-Ulrich Doerig, Vorstandsmitglied der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), plagt schon die Angst, sein Land müsse sich, wenn nichts Entscheidendes passiert, „aus dem Netz der wichtigsten internationalen Finanzplätze abmelden“.

Die Konkurrenz schläft nicht, in den vergangenen Jahren haben andere Banken-Plätze den Schweizern manchen vermögenden Kunden weggeschnappt: das benachbarte Fürstentum Liechtenstein beispielsweise, wo nach wie vor allergrößte Diskretion garantiert wird; oder das Großherzogtum Luxemburg, das sich vor allem bei den Deutschen zunehmender Beliebtheit erfreut.



Bankier Jeker*: Die Schweiz büßt ihren Spitzenplatz ein

Wie die edle Kundschaft reagiert, beschreibt Walter Frehner, Chef des Schweizerischen Bankvereins, an einem Beispiel. Vor zwei Jahren mußten sich Anwälte, die für einen anonymen Mandanten ein Konto eröffnen wollten, mit einer Neuerung vertraut machen. Sie wurden verpflichtet, ein Formular zu unterschreiben, das einige unangenehme Erklärungen enthält. Sofort, so Frehner, seien von jeder der drei Schweizer Großbanken „ein paar hundert Millionen Franken nach Luxemburg“ abgeflossen.

Daß der Bankenplatz Schweiz nicht mehr ist, was er mal war, hat allerdings nicht nur mit einer besseren Kontrolle der einfließenden Gelder zu tun. Dafür sorgt auch der Umstand, daß die Geldanlage anderswo preiswerter zu haben ist.

* Im Goldtresor der Schweizerischen Kreditanstalt.

Die Schweizer Banker befürchten, „größere Teile des Wertpapiergeschäftes steuerbedingt“ zu verlieren, wie es in einer Studie des Zürcher „Arbeitskreises für Kapital und Wirtschaft“ heißt.

Der erlesene Zirkel, dem Bankiers wie Industrielle angehören, wehrt sich vehement gegen die Schweizer Stempelsteuer, die den Kauf und Verkauf von Wertpapieren verteuert. Einen vergleichbaren Tribut gibt es an vielen anderen Börsenplätzen nicht.

Zu allem Übel kassiert der Fiskus obendrein noch eine Verrechnungssteuer auf Dividenden und Zinsen. Die Quellensteuer beträgt 35 Prozent, was Weltspitze ist.

Der Rückgang im Auslandsgeschäft trifft die Geldhändler zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Auch daheim, zwischen Basel und Chiasso, ist das Geldverdienen schwerer geworden.

Viel zu groß und zu teuer ist der Apparat des Kreditgewerbes inzwischen. In den guten Jahren weiteten die Geldinstitute ihr Geschäft mit aller Macht aus, richteten eigene Niederlassungen an den internationalen Finanzplätzen ein, eröffneten, wo es nur ging, Filialen im eigenen Land und verpflichteten Personal im großen Stil. Die Kosten stiegen unaufhörlich.

Die Rechnung ginge auf, wenn gleichzeitig die Erträge steigen würden. Nur, die schrumpfen in nahezu allen Häusern. Im klassischen Banker-Geschäft, dem Hereinnehmen und dem Ausleihen von Geldern, wird es zunehmend schwierig, eine auskömmliche Spanne zu kassieren.

Innerhalb von eineinhalb Jahren verdoppelten sich die Zinsen für kurzfristig hereingenommene Kundengelder auf gut acht Prozent. Für den Auftrieb sorgte die Notenbank, die das Geld wegen allgemein steigender Preise verknappt hatte. Immer mehr Kunden legten daraufhin ihre Franken auf gut verzinsten Festgeldkonten an.

Der Effekt: Die Banken müssen vergleichsweise viel für hereingenommenes Geld zahlen, können aber auf der anderen Seite nicht mehr für die ausgegebenen Hypothekengelder nehmen. Die sind langfristig festgeschrieben; außerdem wurden die Hypothekenzinsen auch noch einer staatlichen Preiskontrolle unterworfen.

„Praktisch in allen Bereichen des Kreditgeschäfts“, so SKA-Chef Robert Jeker, habe sich die Marge verschlechtert.

Im Inland schrumpfen die Gewinnspannen, aus dem Ausland wird der Geldstrom spärlicher – für die Schweizer Großbanken ist der Negativ-Trend zwar betrüblich, aber nicht existenzgefährdend.

Ein Institut wie die Kreditanstalt sei „gut gerüstet“, meint ihr Chef Jeker, dank „starker Präsenz“ an den wichtigen Weltfinanzplätzen, dank einer „guten Bilanz“ mit vorsorglich angelegtem Fett-

polster. Das gilt genauso für die anderen beiden Großen, den Bankverein und die Bankgesellschaft. Auf viele andere der übrigen 510 Banken und 1220 Raiffeisenkassen in der Schweiz stehen jedoch vor schweren Zeiten. Vor allem die kleinen Geldinstitute werden „erhebliche Schwierigkeiten" bekommen, weiß Thomas Rufer, der Bankexperte der Beratungsgesellschaft Arthur Andersen in Zürich. Und das sei der Großteil.

Übernahmen, Zusammenschlüsse, „aber auch Konkurse", so Jeker, sind während der nächsten Jahre zu erwarten.

Die spektakulärste Übernahme in der jüngsten Zeit fädelte der Kreditanstalt-Chef selbst ein. Im Sommer legte sich seine Banken-Gruppe die Zürcher Bank Leu zu. Der traditionsreiche Vermögensverwalter hatte erhebliche Ertragsprobleme.

Vielen kleinen Geldhäusern wird wohl noch nicht mal das Glück eines Aufkaufs widerfahren. Ihnen bleibt nur, so Hans Schmid von der eidgenössischen Bankenaufsicht, die „Liquidation als Alternative".

Peter Wild vom Bankhaus Julius Bär wagt gar den Vergleich mit einem anderen urschweizerischen Gewerbe, das um ein Haar von der ausländischen Konkurrenz plattgemacht worden wäre. Die Banken des Alpenlandes, so Wild, machten derzeit das durch, was „die Uhrenbranche in den siebziger Jahren durchstehen mußte".



Touristenhotel auf Gran Canaria: Viele Bettenburgen sind leer

Spanien

Im Sturzflug

Auch der Konsumrausch der Spanier hält nicht ewig an – jetzt droht eine Wirtschaftskrise.

Der Schlüssel paßte nicht, Vicente Ruano bekam die Haustür nicht auf. Der invalide Bauarbeiter, der mit seiner Frau Balbina gerade von zwei Wochen Urlaub zurückgekehrt war, holte die Polizei.

Doch damit begann für das ältere Ehepaar, das von 650 Mark Rente und ein wenig Gelegenheitsarbeit lebt, ein Alptraum. Die 50-Quadratmeter-Wohnung in einem Häuserblock am Rande Madrids, so stellte die Polizei fest, gehört Ruano gar nicht mehr.

Ein Anwalt hat sie für 22 000 Mark ersteigert und sofort die Schlösser ausgetauscht. Angeblich hatte Ruano eine Rate von 350 Mark nicht gezahlt – für die Hypothekenbank Grund genug, die bescheidene Immobilie zu verschleudern.

Der Bauarbeiter Ruano ist nicht der einzige, der mit seinen Anschaffungen in Schwierigkeiten geriet – Schuldner haben es derzeit in Spaniens hektischer Konjunktur schwer. Pleiten und Zwangsvollstreckungen häufen sich. Mehr als 60 000 Autos wurden seit dem Sommer bei den Käufern wieder abgeholt, weil die Ratenzahlungen ausblieben. Die überfälligen Schulden der Spanier stiegen schon in der ersten Jahreshälfte auf knapp 15 Milliarden Mark.

„Die Banken mit ihrer aggressiven Kreditwerbung sind schuld", klagt der Sprecher einer Finanzierungsgesellschaft. Doch er bekommt den Schwarzen Peter gleich wieder von der Konsumentenunion zugeschoben: „Die Finanzgesellschaften haben die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden nicht überprüft."

Einig sind sich viele Spanier in der Erkenntnis, daß die guten Zeiten wohl vorerst vorbei sind. „Die Konsum-Fiesta ist zu Ende", meint das Nachrichtenmagazin *Cambio 16*. Während die Olympischen Spiele in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla – beide 1992 – noch die Phantasie optimistischer Wirtschaftslenker beflügeln, mehren sich die Anzeichen einer heraufziehenden Rezession. Die Zeitschrift *Tiempo* sieht bereits die „Wirtschaft im Sturzflug".

Nach Rekord-Zuwachszahlen von mehr als fünf Prozent, weit über dem EG-Schnitt, wird das Bruttosozialprodukt Spaniens nach Schätzung des Arbeitgeberverbandes in diesem Jahr höchstens um gut zwei Prozent zunehmen. Neue Arbeitsplätze sind damit kaum zu schaffen. Seit Jahren verspricht die Regierung des Sozialisten Felipe González den Spaniern Vollbeschäftigung; statt dessen droht nun ein neuer Schub von Arbeitslosen.

Immer mehr dünnen Firmen ihre Belegschaft aus. Selbst in der Autoindustrie, bislang eine Boom-Branche, sind Arbeitsplätze nicht mehr sicher. Die Volkswagen-Tochter Seat mußte in Barcelona Kurzarbeit einführen, Renault will in vier Fabriken Arbeitskräfte entlassen. Spanien ist der viertgrößte Autoproduzent Europas, doch auf dem heimischen Markt mußten die Hersteller inzwischen einen Verkaufseinbruch von fast 30 Prozent im November vergangenen Jahres hinnehmen.

Der staatliche Zigarettenhersteller Tabacalera muß fast ein Fünftel seiner Belegschaft entlassen, um konkurrenzfähig zu bleiben, das Stahlwalz-Unternehmen Ensidesa will immer noch 2500 Mann loswerden (16 Prozent), obwohl die Rationalisierung der vergangenen fünf Jahre schon 5000 Mann auf die Straße setzte. Spaniens Banken werden in den nächsten Jahren ein Viertel ihrer Angestellten entlassen.

Fast 16 Prozent der spanischen Arbeitnehmer, 2,3 Millionen Menschen, suchen derzeit vergebens einen Job. Eine Million Arbeitslose erhalten keinerlei Sozialleistungen, 200 000 bekommen vom Staat nur die medizinische Versorgung. Fast ein Drittel der noch beschäftigten Lohnempfänger haben begrenzte

Verträge – die Leute können kurzfristig entlassen werden.

Selbst Branchen, die derzeit noch gut beschäftigt sind, sehen Gefahrensignale. Das betrifft insbesondere die Baufirmen. An den großen Projekten – etwa den Olympia-Sportstätten in Barcelona – wird noch hervorragend verdient. Aber was nach dem Jubel von 1992 kommt, wagt niemand abzuschätzen.

„Noch kann ich gar nicht so schnell Beton mischen, wie ich ihn vermauern muß“, sagt ein Bauunternehmer in San Feliú de Guixols an der Costa Brava. „Aber wenn ich mir die Bücher in den Gemeiden hier anschaue, graut mir: Nirgendwo sind neue Anträge für Baubewilligungen zu sehen.“

Wie denn auch? In einer spekulativen Hysterie wurden die Preise für Immobilien und Bauleistungen immer höher getrieben. Die Baukosten stiegen in fünf Jahren um mehr als ein Drittel, der Preis für Grundstücke, Häuser und Wohnungen verdreifachte sich allein in den Jahren 1985 bis 1988.

Längst läuft auch der bislang wichtigste Wirtschaftszweig Spaniens, das Tourismus-Gewerbe, nicht mehr wie gewohnt. Die Besucherzahlen gehen rapide zurück. Entsprechend fallen die Tourismus-Einnahmen, für 1990 wahrscheinlich um 2,6 Milliarden Dollar – ein Minus von fast 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Viele Hotels haben im vergangenen Sommer gar nicht erst aufgemacht. Urlauber, die von den sonst im Winter überfüllten Kanarischen Inseln zurückkehren, berichten von leeren Bettenburgen.

„Wir haben die Krise schon 1988 vorausgesagt, aber niemand wollte hören“, sagt Hotel-Verbandschef Luis Callejón. „Der Tourismus ist ein Kranker, der es satt hat, daß ihm immer nur Blut für die Analysen abgezapft wird. Er will jetzt Medikamente.“

Doch die kosten Geld: Gut fünfeinhalb Milliarden Mark, schätzt Verkehrsminister José Barrionuevo in einem Weißbuch, müßten in die veraltete Infrastruktur der Tourismus-Industrie gepumpt werden, damit sie für Gäste wieder attraktiv wird. Madrid hat diese Milliarden nicht.

„Es ist nicht erstaunlich, daß die Menschen nicht mehr gern kommen, wenn die Preise Jahr für Jahr um zehn Prozent steigen“, meint Pedro Pérez, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Das hat er richtig erkannt. Die Deutsche Mark etwa ist in Spanien inzwischen nur noch 80 Pfennig wert, und dafür bekommt der Reisende in spanischen Touristengebieten außer mäßigem Essen, räuberisch überhöhten Preisen für heimische Weine und liederlichem Service nichts geboten.

Nach offiziellen Angaben liegt die spanische Inflationsrate bei 6,7 Prozent. Doch beim Bäcker oder im Supermarkt merken die Spanier, daß die Zahl nicht stimmen kann.

Die spanische Regierung will die Inflationsrate um jeden Preis drücken. Mit knappem Geld sucht Finanzminister Carlos Solchaga seit einem Jahr zusammen mit der Zentralbank die Wirtschaft zu kontrollieren. Die Zinsen liegen für einen Investor bei 25 Prozent, Überziehungskredite kosten bisweilen schon über 30 Prozent. Ob Luxusautos, japanische Elektronik oder deutsche Haushaltsgeräte, die Spanier wollten Jahrzehnte der verpaßten Genüsse im Eiltempo aufholen. Die Integration Europas löste einen Konsumrausch aus, der auch durch hohe Zinsen nicht zu stoppen war. Spanische Familien sparen nur noch 8,6 Prozent ihres verfügbaren Einkommens, in der Bundesrepublik sind es 14,4 Prozent.

Die Spanier haben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Das gilt auch für Unternehmen. „Viele haben die guten Jahre nur genutzt, um Kasse zu machen“, sagt ein deutscher Unternehmer. Anstatt zu investieren, haben sie große Teile ihrer Gewinne in lukrative Geldanlagen oder Immobilien gesteckt.



Regierungschef González
Neuer Schub von Arbeitslosen

Die Rechnung für diese Politik, so meinen Ökonomen und kritische Manager, wird bald präsentiert – spätestens nach 1992, wenn die Begeisterung um Olympia und die Ausstellung von Sevilla vorbei ist. Dann könnte die spanische Wirtschaft mit einem bösen Abschwung in den Gemeinsamen Markt rutschen.

„Wenn wir eine bittere Medizin schlucken, dann kommen wir mit sechs Monaten Rezession aus“, meint der Volkswirt Jorge Hay, Mitarbeiter des Banco Hispano Americano. „Wenn nicht, wird es ein paar Jahre dauern.“ ◀



Olympia-Baustelle in Barcelona: „Die Fiesta ist zu Ende“

DER OPEL VECTRA 4 x 4

RAUF KOMMEN ALLE 4 x 4. BERGAB

„Warum gerade bergab?" werden Sie jetzt vielleicht fragen. Ganz einfach: weil man



bergab bremsen muß. Und genau das stellt für manchen Allrad-Antrieb ein Problem dar. Denn solange die Vorder- und Hinterräder miteinander gekoppelt sind, kann der Wagen beim Bremsen schon mal aus der Spur geraten.

Je schneller und zuverlässiger der Allrad-Antrieb beim Bremsen also abschaltet, um so sicherer fährt und bremst man. Opel Ingenieure haben deshalb für den Vectra 4 x 4 das Allrad-System der 3. Generation entwickelt. Es trennt automatisch die beiden Achsen in Zehntelsekunden.

EIS UND SCHNEE IM COMPUTER. Dieser fortschrittliche Allrad-Antrieb wurde

ZEIGT DER VECTRA DEN UNTERSCHIED.



in einem der größten Entwicklungscomputer gründlich getestet. Und bewährt sich deshalb Tag für Tag auf allen Straßen.

Wer es ganz genau wissen will: Der Vectra 4x4 hat einen permanenten Allrad-Antrieb mit flexibler Momentverteilung und Abkopplung durch hydraulisch betätigte Lamellenkupplung. Und dazu serienmäßig ABS.

Für technisch weniger Interessierte:

DER VECTRA 4 x 4 SETZT MASSSTÄBE FÜR ALLRAD-SICHERHEIT. Was das für das Fahren in der Praxis bedeutet, erfahren Sie beim freundlichen Opel Händler.

Er informiert Sie auch gern ausführlich über alle anderen Vectra-Modelle sowie Finanzierung oder Leasing. **OPEL**

DER OPEL VECTRA. TECHNIK, DIE BEGEISTERT.



Stillgelegte Plutonium-Brüter in Hanford: „Kein Geld der Welt kann diesen nuklearen Alptraum auslöschen"

„Dann warte ich auf Entwarnung"

Der nukleare Müll aus Bombenversuchen und Kernkraftwerken verstrahlt die Vereinigten Staaten

Kein Hemd, keine Schuhe – keine Bedienung", heißt es auf einem Schild vor „Cowboy Joe's Water'n hole". In diesem Teil Amerikas hat es seine Berechtigung. Hippies, Landstreicher und Tagelöhner, die in lange verlassenen Gruben nach einem Körnchen Gold kratzen, bevölkern die Gegend.

Im Drugstore bietet Manager Luigi Raugi Streichholzschachteln feil, auf denen für „Marbel's Whore House" geworben wird. Das Bordell steht gleich nebenan, am Highway 95 – „Kreditkarten werden akzeptiert."

Luigi Raugi stammt aus Sizilien. 23 Jahre lang hat er für den „Marshal's Service" flüchtige Kriminelle gejagt. Er versteht zuweilen selbst nicht, „warum ich ausgerechnet hier enden mußte", hier in Lathrop Wells, Nevada – einem Kaff, in dem Tony, ein chinesischer Koch, drei Tankwarte und zwei Dutzend Freudenmädchen leben.

Doch nicht mehr lange wird es so einsam sein, hofft der grauhaarige Sizilianer, der am liebsten Cowboystiefel und bunte Westen trägt, „sobald die da oben mit dem Bau anfangen, ist hier der Teufel los".

Oben, in den Yucca Mountains, zehn Kilometer von Lathrop Wells entfernt, soll das erste Endlager für Amerikas hochradioaktiven Müll in den Berg getrieben werden – eine Einfahrt ist unweit des Bordells geplant.

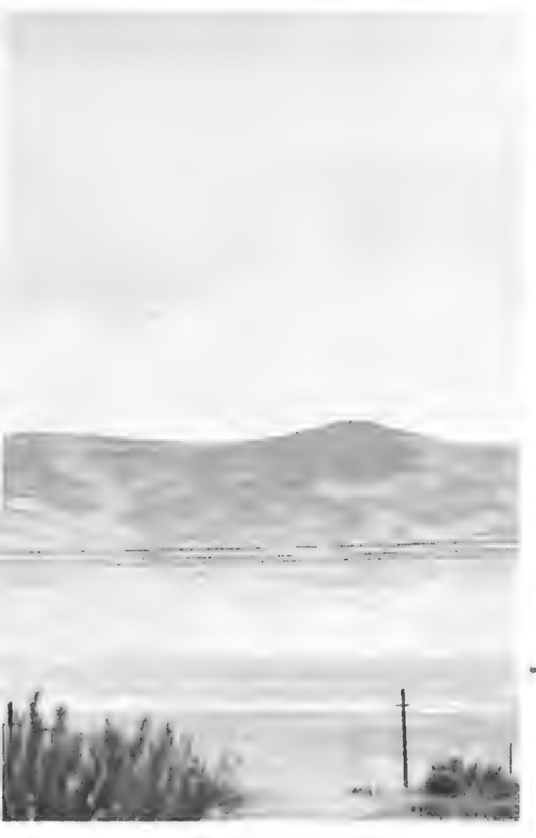
Vor dem Atom, den Strahlen, hat Raugi keine Angst. Bei ihm wackeln ohnehin alle vier bis sechs Wochen die Tassen im Schrank. Das atomare Versuchsgelände von Nevada ist nahebei, der Luftwaffenstützpunkt Nellis nicht weit entfernt und damit auch nicht die Tiefflieger und das Bombenabwurf-Übungsgelände, „you name it", sagt er, „we have it": Lärm, Sand, Kojoten und Klapperschlangen.

Wer in dieser Einöde des Amargosa Valley lebt, der hat mit Atom und Bomben zu tun. Proteste gegen diese „nationale Notwendigkeit", meint Gus Sullivan, der Sheriff von Beatty, einer Ortschaft am anderen Ende des Tales, „sind bei uns nicht gern gesehen".

Am Muttertag oder zu Ostern, wenn die Atomgegner – traditionsgemäß – auf das Sperrgebiet des „Nevada Test Site" vorrücken, werden sie, ebenso traditionsgemäß, von Sullivan und seinen Kameraden verhaftet. Zuletzt mußten sie – in der örtlichen Oberschule – 1600 Demonstranten erfassen. Eine Formalität ist das hier für die Polizei, mehr nicht: „Die nehmen den Strafbefehl als Souvenir mit nach Hause."

160 Kilometer entfernt, in Downtown Las Vegas, sagt Carl Gertz: „Yucca Mountain – das ist der teuerste Berg der Welt." Seit drei Jahren ist Gertz der Manager des „Project Yucca Mountain". Die Wände seines Büros sind mit Bauplänen, Luftaufnahmen und Skizzen des Projekts Yucca Mountain tapeziert, überall stehen Holz- und Plastikmodelle vom Berg.

Eine Milliarde Dollar haben allein die Analysen gekostet, die Antwort auf Fragen bringen sollen wie: Könnten sich im Lauf der nächsten 10 000 Jahre Vulkanausbrüche wiederholen, wie sie sich nach Schätzungen der Geologen zuletzt vor etwa 20 000 Jahren in der Umgebung der Yucca Mountains ereignet haben? Oder sind in diesen geologischen Strukturen Erdbeben einer Stärke zu erwarten, die das Atommüll-Lager aufbrechen und die Strahlung von 70 000 Tonnen hochradioaktiven Drecks freisetzen könnten? Wird irgendwann Regenwasser die insgesamt 170 Kilometer





Atombomben-Modell, Atommüll-Deponie*: Der Massentod für Nagasaki kam aus Hanford

langen Lagerstollen erreichen und so womöglich Tritium, Cäsium oder Plutonium bis ins Grundwasser spülen?

Gelegentlich, das mögen die Planer nicht ausschließen, könnte auch ein Tiefflieger – versehentlich – eine Bombe über dem Atomberg ausklinken. Für den Fall haben sie vorgesorgt: Sie bauen bombensicher.

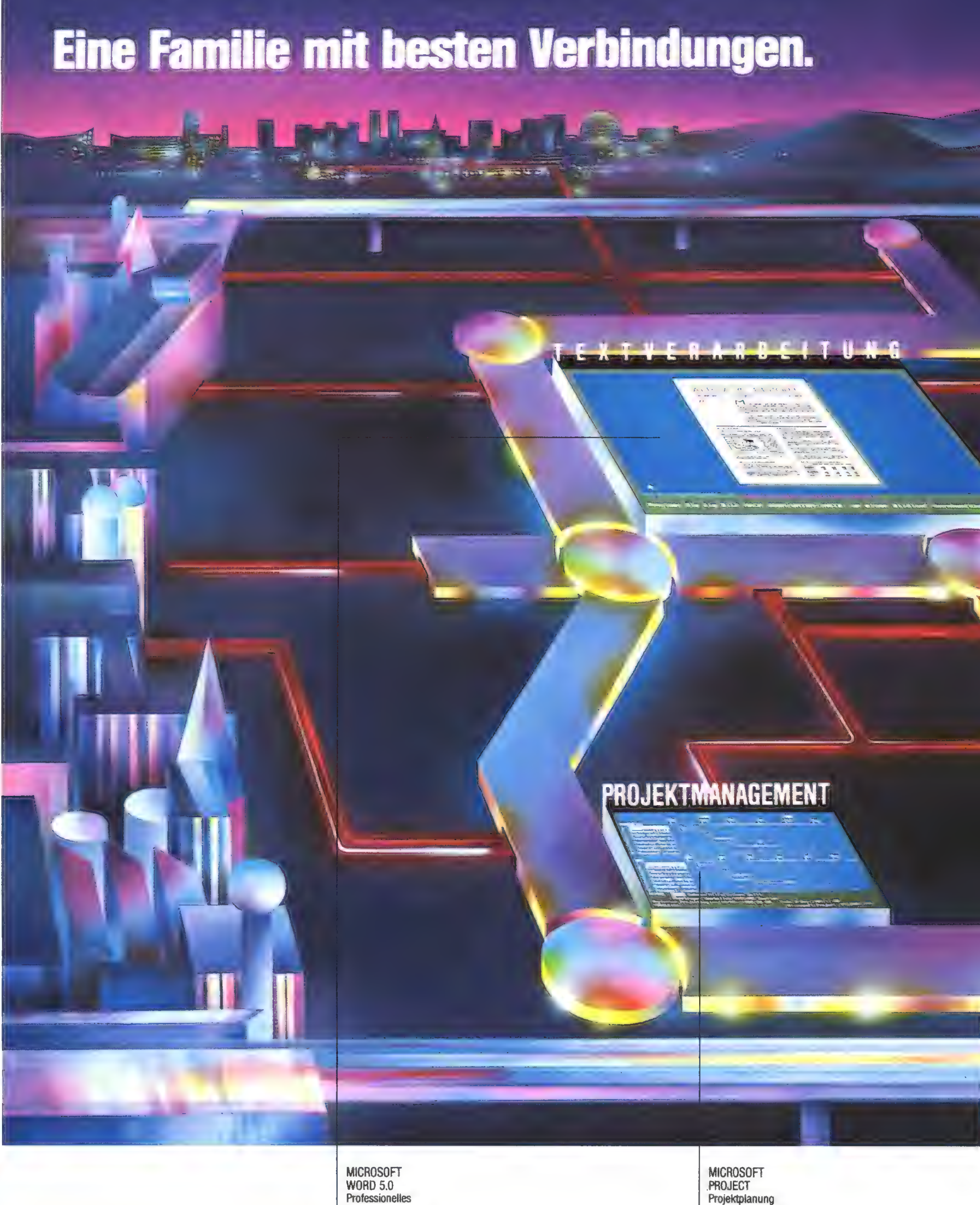
Über 300 Bohrungen haben die Wissenschaftler bislang angesetzt sowie 52 seismische Kontrollstationen errichtet, die noch die geringste Bodenbewegung registrieren. 6000 Seiten umfassen die Pläne für den Bau des Endlagers, das alles in allem mindestens acht Milliarden Dollar kosten dürfte. Betriebsbereit wird es, so die derzeitige Planung, im Jahr 2010 sein – aber vielleicht auch nie.

Denn: Gegenwärtig dürfen die Gertz-Gehilfen keine neue Probebohrung niederbringen, keinen unterirdischen Brunnen anzapfen. Der Bundesstaat Nevada weigert sich, radioaktiven Müll zu lagern – weder den (zivilen) aus den 110 in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken noch den aus den Reaktoren der Bombenbauer.

„Wir haben für unsere Nation ausreichend Opfer gebracht", protestiert der Gouverneur, in dessen Staat die überwiegende Zahl der US-Atombombenversuche unternommen wurde – Nevada klagte gegen die Bundesregierung in Washington, die Hauptstädter reagierten mit einer Gegenklage.

So einfach hatten sie es sich gedacht, jene Kongreßabgeordneten und Senatoren, die den Wüstenstaat 1987 als nationale Atommüllkippe ausgeguckt hatten: Nur zwei Abgeordnete (von 435) und zwei Senatoren vertreten das Glücksspieler-Paradies im Kongreß. Keine Chance also gegen diese „legislative Gemeinheit" der Mehrheit, wie der Neva-

* Links: Modell der Nagasaki-Bombe in Los Alamos; rechts: in Hanford.



MICROSOFT
WORD 5.0
Professionelles
Textverarbeitungs-
Programm, das
auch OS/2-lauf-
fähig ist.

MS/DOS MS/OS/2 mac

MICROSOFT
PROJECT
Projektplanung
und Projekt-
überwachung.

MS/DOS mac

GESCHÄFTSGRAFIK

TABELLENKALKULATION

MICROSOFT
MULTIPLAN 4.0
Das bewährte Tabellenkalkulations-Programm, das auch OS/2-lauffähig ist.

MICROSOFT
CHART
Grafik-Programm

Wer heute Entscheidungen über die Software seiner Datenverarbeitung zu treffen hat, benötigt neben standardisierten Einzelprodukten zur Lösung seiner aktuellen Aufgaben auch die Sicherheit eines Systems, das dynamisch und problemlos mit steigenden Anforderungen wachsen kann.

Microsoft hat nicht nur das weltweite Standard-Betriebssystem MS-DOS entwickelt, sondern bietet dazu auch eine perfekte Applikations-Software für alle angebotenen PCs – vom 8088-Laptop bis zum 486-Top-Modell:

Zur MS-DOS-Familie zählen MICROSOFT WORD und MICROSOFT MULTIPLAN, die seit Jahren die Standards ihrer Klasse setzen. Zusammen mit MICROSOFT CHART und MICROSOFT PROJECT haben sie die gleiche Benutzeroberfläche sowie eine einheitliche Tastatur- oder Mausbedienung.



MICROSOFT MAUS
Souveräne Technik in ihrer schönsten Form.

Mit Microsoft Applikationen entscheiden Sie sich für eine Familie, die untereinander und zu den Anwendern beste Verbindungen pflegt: sie ist in allen PC-Netzen einsetzbar, leicht zu verstehen, ausgesprochen bedienerfreundlich und ausgereift; sie bietet Investitions-Sicherheit durch ständige Aktualisierung und Perspektive durch Integrationsfähigkeit in zukünftige Systeme.

Mit Microsoft verfügen Sie über die besten Verbindungen zu Ihrem direkten Erfolg.

Wir senden Ihnen gern detaillierte Informationen – zum Nulltarif: ☎ 01 30/50 99.



ZUKUNFT DER SOFTWARE



Stahltanks für Plutonium-Abfall in Hanford: „Hexengebräu aus Radioaktivität …

da-Gouverneur befand; nun müssen Richter entscheiden, ob Yucca Mountain zum Atommausoleum wird oder nicht.

Zwei transportable Klos und ein paar weiße Fähnchen, die noch auf dem Gipfel der Yucca-Berge stehen, sind mehr als nur Überreste einer verlassenen Baustelle. Es sind Symbole einer amerikanischen Tragödie, der verantwortungslosen atomaren Verseuchung ganzer Landstriche und der zunehmenden Ratlosigkeit angesichts eines Atommüll-Berges, der vorhersehbar im Jahr 2020 auf mehr als 80 000 Tonnen angewachsen sein wird. „Es ist der Aufbruch zu einer neuen Zeit … ein großer Augenblick der Geschichte, der vergleichbar ist mit jenem, als der Mensch erstmals das Feuer für sich arbeiten ließ", jubelte die *New York Times* 1945 beim Anbruch des Atomzeitalters.

Nun, nahezu ein halbes Jahrhundert später, ist die Euphorie der Ernüchterung gewichen. Die Amerikaner – und nicht nur sie – können keinen sicheren Aufbewahrungsort für die wachsende Flut atomaren Unrats finden.

Die Menge des bislang angefallenen und vorerst nur „zwischengelagerten" hochradioaktiven Atommülls ist bereits gigantisch. Doch das dicke Ende kommt noch. In den nächsten 20 Jahren werden voraussichtlich 67 zivile Atommeiler wegen Überalterung abgeschaltet. Sie abzureißen wird mindestens soviel kosten wie seinerzeit ihr Bau, vielleicht auch ein Vielfaches – die Schätzungen schwanken zwischen 63 bis 270 Milliarden Dollar. Nur ein einziges, relativ kleines Kernkraftwerk (Shippingport, US-Staat Pennsylvania) wurde bislang demontiert. 125 Millionen Dollar hatte der Bau des 100-Megawatt-Meilers gekostet, 98 Millionen Dollar der Abriß, ohne Endlagerkosten.

Mindestens 100 Milliarden Dollar, viermal soviel, wie die USA für die Mondlandung ausgaben, wird daneben die Entsorgung der radioaktiv verseuchten Areale im Umfeld von Atomreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen der US-Militärs erfordern. Riesige Regionen, Tausende von Quadratkilometern groß, sind in den USA so stark verstrahlt, daß eine Entseuchung nicht mehr möglich ist. Sie müssen über Äonen hin für Menschen gesperrt werden, gesichert von bewaffneten Trupps, von Stacheldraht umgeben – sogenannte national sacrifices zones, nationale Opfergebiete. „Kein Geld der Welt", notierte das *Wall Street Journal*, könne „diesen nuklearen Alptraum noch auslöschen".

Von den 17 Reaktoren, die den Rohstoff für Amerikas A- und H-Bomben produzierten, sind die meisten mittlerweile abgeschaltet – nicht zuletzt auch eine Folge der Entspannung. Einige wurden wegen schwerer Sicherheitsmängel stillgelegt. Drei davon will das Energieministerium, das die Anlagen für die Militärs betreibt, im kommenden Jahr (nachgebessert) wieder anstellen. Außerdem soll mit dem Bau von zwei neuen Plutonium-Brütern begonnen werden.

„A bang for a buck", einen großen Knall für nur einen Dollar – so hatten die Pentagon-Propagandisten den Amerikanern die Atomwaffen verkauft. Inzwischen, 230 Milliarden Dol-

… und giftigen Chemikalien": **Wachmann am Hanford-Zaun**

lar für die Bombenproduktion und 1850 Milliarden Dollar für die Trägersysteme später, wird deutlich, daß der Bombenbau, ohne entsprechende Vorsorge für die radioaktive Müllabfuhr, so ähnlich war, „als hätte man John Glenn in die Erdumlaufbahn geschossen, ohne darüber nachzudenken, wie man ihn von dort wieder herunterholt“ (so Nevadas Ex-Gouverneur Grant Sawyer).

Mehr als 4000 Halden mit radioaktiven oder chemischen Abfällen sind über die Gelände der 17 Pentagon-Reaktoren und anderer militärischer Atomanlagen verstreut, von Rocky Flats (Colorado) über Savannah River (South Carolina), Oak Ridge (Tennessee), Hanford (Washington), Fernald (Ohio) bis hin zu den Bombenfabriken von Los Alamos (New Mexico) und Livermore (Kalifornien).

Doch längst hat die radioaktive Verseuchung vielerorts die Grenzen der militärischen Atomzonen überschritten, haben strahlende Abfälle die Umgebung verseucht, sind Milliarden Liter radioaktiver Flüssigkeit – verbunden mit Säuren – ins Grundwasser gesikkert. Beispiele:

▷ Im Reaktorpark Hanford sickert jährlich Tritium mit einer Aktivität entsprechend 4000 Curie in den Columbia River*.

▷ Radioaktive Isotope, freigesetzt im „Idaho Nuclear Engineering Laboratory“, bedrohen den Snake River, ein für den Nordwesten der USA lebenswichtiges Wasser-Reservoir.

▷ Durch Reaktorabfälle wurden nahe der Atomanlage Fernald in Ohio Trinkwasserquellen verseucht.

▷ Im Stadtgebiet von St. Louis, unweit des Lambert International Airport, verscharrte ein uranverarbeitender Konzern über Jahre – mit Genehmigung der Politiker – Nuklearabfälle, gefährdete die Bewohner des Stadtteils Berkeley.

▷ Eine Anzahl der zwischen 1946 und 1970 westlich von San Francisco im Pazifischen Ozean versenkten 45 560 mit Atommüll gefüllten Metallfässer ist inzwischen aufgebrochen – Zyanide, Quecksilber, Beryllium sowie Plutonium und Cäsium wurden in Gebieten freigesetzt, in denen sich auch die schon vom Aussterben bedrohten Buckelwale aufhalten.

Abhilfe ist, soweit überhaupt möglich, teuer: Drei Milliarden Dollar sind im jüngsten Budget des Energieministeriums für die Entsorgung eingeplant, „enorm viel Geld“, meint John Glenn, Senator des US-Staates Ohio, doch „das Nichtstun wird noch teurer“.

„Was nützt uns letztlich“, fragt der ehemalige Astronaut, „ein nukleares Arsenal zum Schutz gegen die Sowjets oder andere potentielle Angreifer, wenn wir uns dabei selbst vergiften und unser Volk radioaktiv verseuchen?“

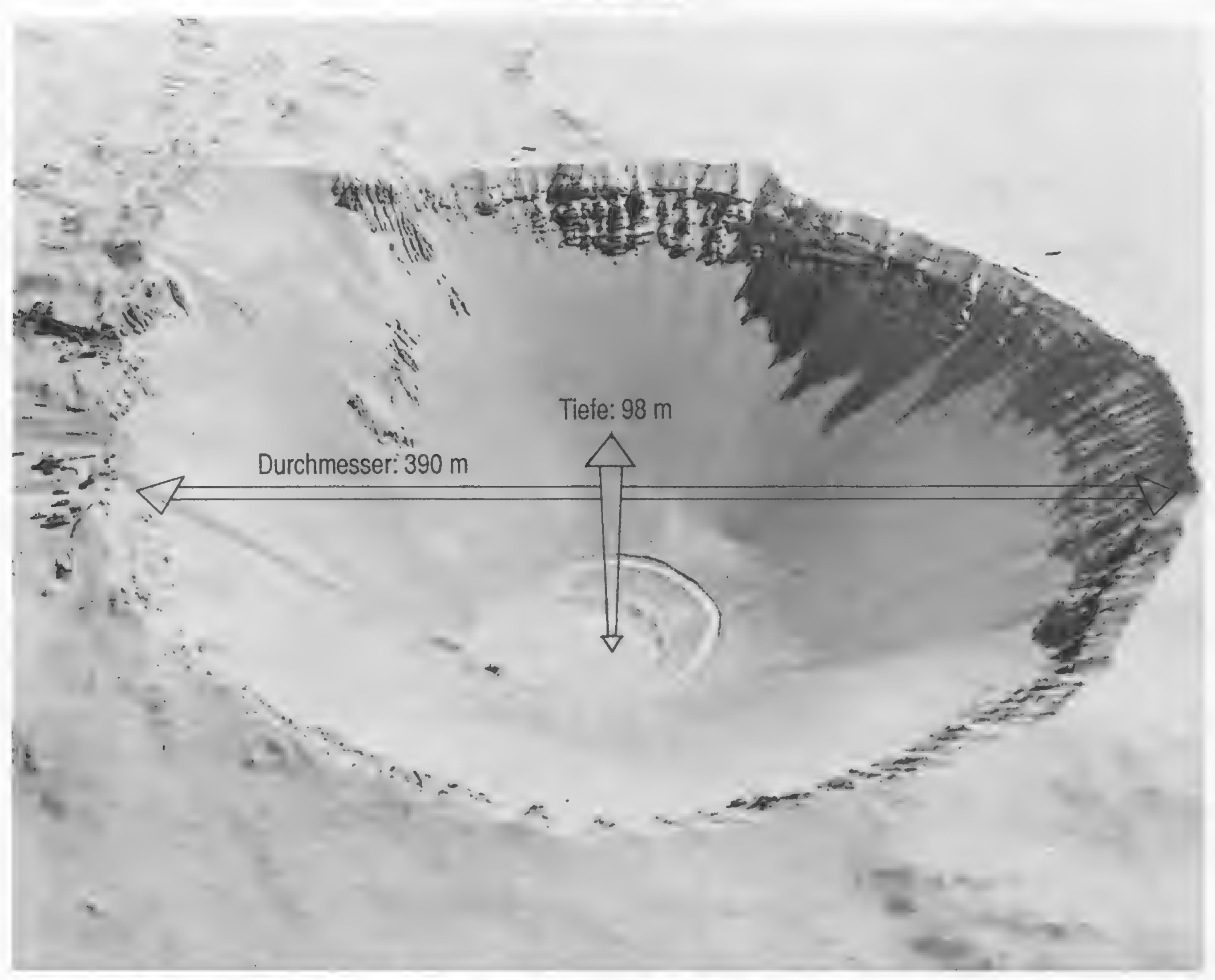
Nirgendwo ist diese Gefahr größer und augenfälliger als in der „Hanford Nuclear Reservation“, Amerikas „nuklearem Friedhof“, wie das *Bulletin of Atomic Scientists* das Atomgelände von Hanford nennt. Grau und düster erheben sich die acht stillgelegten Reaktoren, in denen mehr als vier Jahrzehnte lang der größte Teil des Rohstoffs für das gewaltige Atom-Arsenal der USA erbrütet wurde, nahe dem Columbia River. 320 Kilometer sind es von dort bis zur Oregon-Metropole Portland, 270 Kilometer nach Seattle am Pazifik.

An der Einfahrt stehen Posten in Kampfanzügen. Einige Kilometer weiter, fernab der Asphaltstraßen, patrouillieren bewaffnete Streifen, die Schäferhunde an der Leine führen. Die



* 1 Curie = 37 Milliarden Becquerel = 37 Milliarden Zerfallsakte pro Sekunde.





Einsturzkrater „Sedan“ nach unterirdischem Atomversuch in Nevada: „Großer Knall für nur einen Dollar“

Abschlußkante der hohen Gitterzäune bildet ein rasierklingenähnlicher, elektrisch geladener Draht.

Hinter dem Zaun verbirgt sich die „Purex“-Anlage, eine Wiederaufarbeitungsanlage, in der das in den Hanford-Reaktoren erbrütete Plutonium auf chemischem Wege aus den Brennelementen extrahiert wurde*. Es ist das einzige Werk in Hanford, das vielleicht noch eine Zukunft hat. Doch vorerst, seit Oktober letzten Jahres, ist auch Purex stillgelegt. Erst wenn eine Studie über die möglichen Umweltbeeinträchtigungen der Aufarbeitungsfabrik vorliegt, will der Energieminister über eine Wiederaufnahme des Betriebs entscheiden. Wird auch Purex endgültig geschlossen, ist das ganze Hanford eine einzige 1450 Quadratkilometer große atomare Müllkippe.

Offiziell sind 1377 Stellen in der Reservation als „verseucht“ gekennzeichnet. Wie anderswo Blumen, beleben hier gelbe Warnschilder das Gelände: „Caution – underground radioactive contamination“ oder auch: „Surface contamination“. Mindestens 75 000 Tonnen Chemikalien und 90 000 Curie Radioaktivität in teils minderstrahlendem, teils hochradioaktivem Müll lagern hier.

Ratten, die sich in den Boden graben und in den mit Atommüll gefüllten Pappkartons oder Plastiktüten nach Nahrung suchen, verenden qualvoll – die Erde ist vielerorts mit Plutonium, Tritium und Cäsium durchsetzt. Noch in den Ausscheidungen von Raubvögeln und Eulen, die auf dem Hanford-Gelände brüten, finden sich radioaktive Isotope.

Allein der in Hanford gelagerte Abfall, schätzen Wissenschaftler, enthält noch 190 Kilo Plutonium – ausreichend für 23 Bomben vom Nagasaki-Typ. An anderer Stelle wühlen Bulldozer 20 bis 30 Meter tiefe Furchen in die Erde – Gräber für die Hüllen verschrotteter Atom-Boote. Sechs lagern dort bereits, Dutzende sollen noch folgen. Auf einer Spezial-Schute schafften Abbruch-Experten den Neutronenschutztank sowie das Druckgefäß des Shippingport-Reaktors, 1000 Tonnen radioaktiven Materials, im April 1989 nach Hanford. Die Tour durch den Panamakanal über den Columbia River zum nuklearen Schuttabladeplatz war 13 000 Kilometer lang.

Mindestens 100 Gebäude in Hanford, die meisten nuklear verseucht, sollen in den nächsten Jahren abgerissen, Leitungssysteme, Belüftungsrohre, Filtersysteme entsorgt werden.

Die stillgelegten Reaktoren strahlen weiter, mit Zehntausenden Curie – auf Tausende von Jahren. Irgendwann sollen auch sie demontiert werden.

Nur der sogenannte B-Reaktor wird womöglich der Nachwelt als Museum erhalten bleiben: Er produzierte das Plutonium für die Bombe, in deren Blitz Nagasaki verglühte.

Weder weltfremdes Spezialistentum noch gar Spielerei ist es, wenn Wissenschaftler im Auftrag der Atom-Manager jetzt babylonische Hieroglyphen

* „Purex“ = Abkürzung für Plutonium-Uranium-Recovery by Extraction.

und altägyptische Grabinschriften studieren. Suchen sie doch nach einer Zeichenschrift, die, eingebrannt auf Keramiktafeln, auch noch im Jahre 17 000 Menschen vor dem tödlich strahlenden Müll sicher warnen kann – einer Zeit, die der Gegenwart so fern ist wie nach rückwärts die Höhlenmalerei von Lascaux.

Die größte und zudem weit aktuellere Gefahr geht in Hanford von jenem Bereich aus, der unter dem Namen „Tank farm" läuft.

In 177 Stahltanks ist der Abfall aus 45 Jahren Plutoniumgewinnung gelagert, ein „Hexengebräu, gemischt aus stark strahlenden radioaktiven Elementen und giftigen Chemikalien", wie das *Bulletin of the Atomic Scientists* schrieb.

Hier kann sich zu jeder Stunde „ein amerikanisches Kyschtym" ereignen, warnt etwa der Atomwissenschaftler Robert Cook, 26 Jahre lang Mitglied der US-Atomaufsichtsbehörde und dort für Hanford zuständig. Im sowjetischen Kyschtym war 1957 ein unterirdischer Tank mit Atomabfällen explodiert. Die Fallout-Wolke enthielt zwei Millionen Curie Radioaktivität und machte ein Gebiet von 15 000 Quadratkilometern mit einer Viertelmillion Menschen für Jahrzehnte unbewohnbar.

In jedem der Hanford-Tanks lagern zwischen 150 000 und knapp fünf Millionen Liter hochradioaktiver Abfälle (mit je zwei bis drei Millionen Curie)**.

Fast jeder dritte dieser Tanks gilt als explosionsgefährdet. Bei 22 Tanks war in den fünfziger Jahren, um das radioaktive Cäsium 137 auszufällen, Eisenzyanid hinzugefügt worden. In Verbindung mit Nitraten wird das Eisenzyanid bei bestimmten Temperaturen zu einer explosiven Mischung.

Brisanter noch ist, was in 20 anderen Tanks passiert, darunter einem der größten in Hanford, dem 4,2 Millionen Liter fassenden Tank Nummer 101-SY. Infolge der chemischen und radioaktiven Zersetzung organischer Substanzen bilden sich in allen Tanks Blasen mit Wasserstoffgas. Normalerweise werden sie mit Hilfe der mechanischen Ventilation abgesaugt, die radioaktiven Elemente ausgefiltert und das Wasserstoffgas an die Umwelt abgegeben. Im Tank 101-SY und 19 anderen aber hat sich im Laufe der Zeit an der Oberfläche der schlammartigen radioaktiven Abfälle eine harte Kruste gebildet, die eine Stärke von einem Meter und mehr erreichen kann.

Im Laufe von Wochen bilden sich unter diesen Krusten explosive Gemische von Wasserstoffgas und Stickoxiden, die, wenn sie einen bestimmten Druck erreicht haben, die Kruste durchbrechen – die Tanks „rülpsen", wie die Hanford-Techniker es verharmlosend nennen.

Erst Ende Oktober erschütterte solch ein Gasausbruch den Tank 101-SY. Der geringste Funke hätte das Gemisch zur Explosion bringen können. Vier Stunden nach dem Zwischenfall war der Flüssigkeitspegel im Tank 101-SY wieder um 25 Zentimeter gefallen.

Die ursprünglichen Pläne, die Kruste in einem der gefährlichen Tanks anzubohren, um über die Zusammensetzung Klarheit zu gewinnen und mögliche Auswege zu diskutieren, wurde auf einen Einspruch des Energieministeriums fallengelassen. Der Eingriff wurde als zu gefährlich betrachtet, die geringste Berührung der Kruste könnte statische Elektrizität erzeugen und zum Zündfunken werden.

Bob Cook kennt die Ratlosigkeit seiner ehemaligen Kollegen: „Die wissen nicht, was sie tun sollen." Privat hat Cook vorgesorgt: Im Keller seines Bungalows, rund 40 Kilometer von den Tanks entfernt, hat er ein halbes Dutzend Trinkwasserbehälter deponiert – für den Fall, daß einer der Tanks explodiert, der Wind die nukleare Wolke über sein Haus treibt und das Leitungswasser verstrahlt wird.

Sein Plan steht fest: „Fenster und Türen werden hermetisch abgeriegelt, dann warte ich auf Entwarnung." Es ist für Cook so, „als würde man im Erdbebengebiet von San Francisco wohnen".



Nuklear-Transport, Demonstranten*: Gräber für Atom-U-Boote und Reaktoren

Seine Ehefrau plädiert für einen Umzug an die 5000 Kilometer entfernte Ostküste, am liebsten „heute noch" würde sie die Koffer packen. Cook will bleiben; er arbeitet nun für die Opposition, die „Hanford Education and Action League" (Heal), die gegen das Atomlager streitet.

Das Heal-Hauptquartier befindet sich nicht etwa in einem Hanford-nahen Städtchen wie Richland, Pasco oder Kennewick, den „Tri-Cities", sondern in Spokane, 160 Kilometer entfernt. In Richland ist die Zahl der Anti-Atom-Aktivisten „an einer Hand" abzuzählen.

Wie in Beatty (Nevada), wo Sheriff Gus Sullivan bei seinen Mitbürgern vornehmlich Verachtung oder Verärgerung über Anti-Atomkämpfer auslöst,

---

* Ausgedientes Reaktor-Druckgefäß auf dem Weg nach Hanford.
** Aus diesen Tanks wurde der Atommüll abgezapft, den das Bonner Forschungsministerium 1991 zu Testzwecken in die Bundesrepublik transportieren will.

Informations-Management für „Wandervögel“

Das PEACOCK ManagerSystem. Endlich gibt es ein mobiles, wirklich managerfreundliches Informationszentrum, das Sie persönlich in Ihrer Arbeit schneller und effektiver macht. Das System kombiniert den neuen hochleistungsfähigen PEACOCK Notebook 80386 SX mit einer intelligenten, perfekt abgestimmten Software (Lotus® AGENDA 2.0, MICROSOFT® WINDOWS 3.0).

WINDOWS bietet eine komfortable graphische Benutzerführung. Mit AGENDA, dem international erfolgreichsten, preisgekrönten Managerwerkzeug, können Sie Termine perfekt organisieren, alle typischen Notizbuchdaten in einer integrierten Datenbank unterhalten, Einfälle notieren, Materialien sammeln und auswerten, Projekte entwickeln und verfolgen, Pläne ausarbeiten und vieles mehr. Ihr bestens organisierter Informationsvorsprung, wo immer Sie auch gerade gefordert werden.

Natürlich können wir das PEACOCK ManagerSystem auch stationär auslegen mit dem leistungsgleichen Schreibtisch-PC PEACOCK SL 80386 SX.

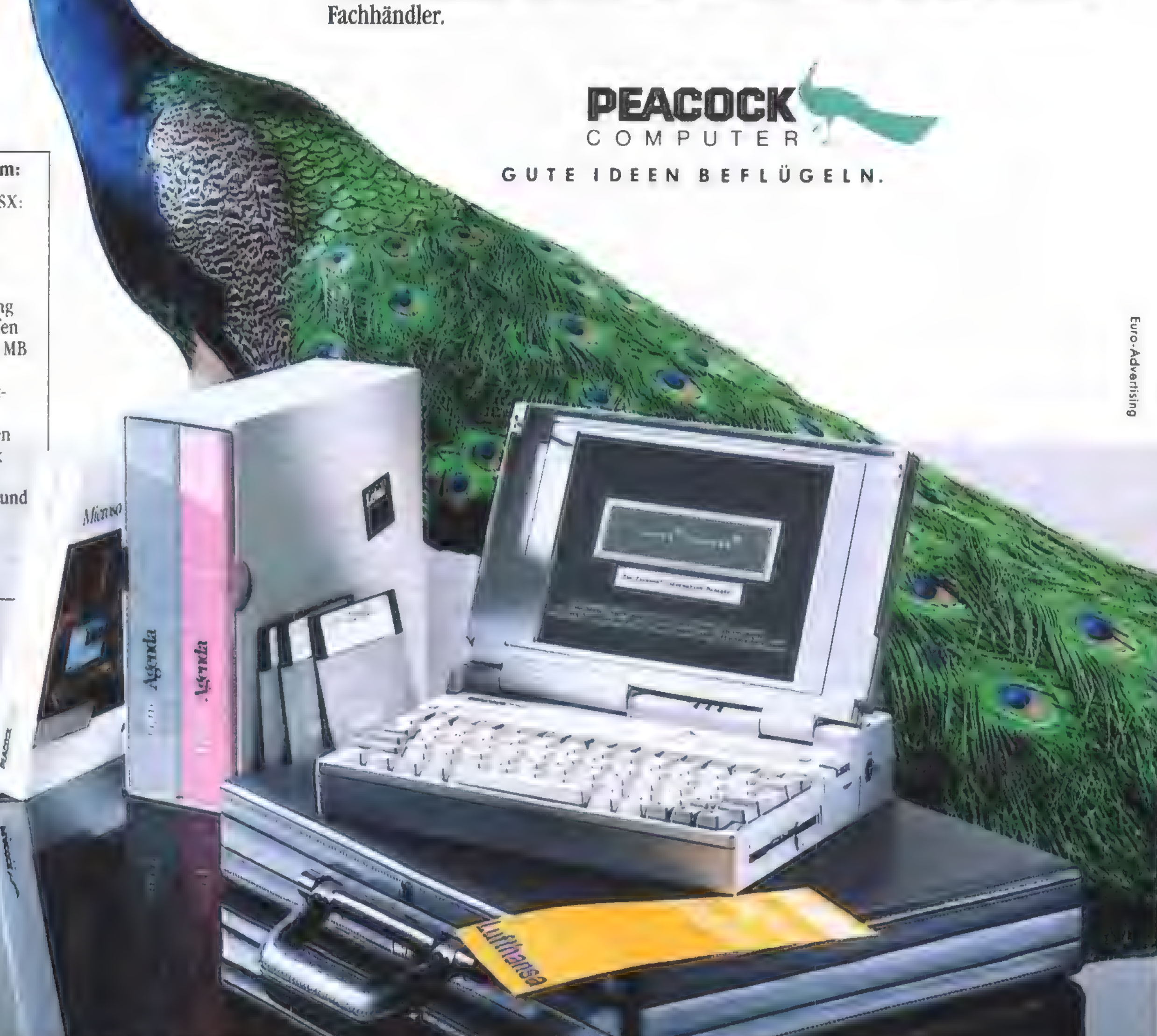
Das Angebot im PEACOCK-typischen Preis-Leistungs-Standard:

- Das mobile PEACOCK ManagerSystem komplett DM 8.990,–. (Wie abgebildet, allerdings ohne Aktenkoffer.)
- Das stationäre PEACOCK ManagerSystem komplett DM 5.990,–.

Wenn Sie interessiert sind, schicken Sie uns Ihre Visitenkarte. Wir liefern Detailinformationen und vereinbaren einen Vorführtermin mit Ihrem PEACOCK-Fachhändler.

PEACOCK
COMPUTER

GUTE IDEEN BEFLÜGELN.



Das PEACOCK ManagerSystem:

- PEACOCK Notebook 80386 SX:
  - Prozessor INTEL® 80386 SX, 16 MHz Taktfrequenz
  - 2 MB Hauptspeicher, bis auf 16 MB erweiterbar
  - VGA-Grafikadapter, Auflösung max. 640 x 480, 16 Graustufen
  - Diskettenlaufwerk 3,50"/1,4 MB
  - Festplatten 20 MB (IDE)
  - serielle und parallele Schnittstellen
  - Akkubetrieb für ca. 4 Stunden
  - Maße (BxHxT): 280 x 53 x 220 mm
  - Gewicht: 2,9 kg (inkl. Akku und Tragetasche)
- MICROSOFT® WINDOWS 3.0
- Lotus® AGENDA 2.0
- MICROSOFT® Mouse

Euro-Advertising

PEACOCK Computer GmbH · Industriestraße 14 · 4798 Wünnenberg/Haaren · Telefon: 02957/79-104 · Telefax: 02957/1899





Verglastes, strahlenverseuchtes Erdreich, atomverseuchtes Gewässer bei St. Louis: „Was nützt die Atomstreitmacht ...

verspürt Bürgermeister Thomas Gates, 36, bei den 32 000 Einwohnern seines Städtchens allenfalls „Frustration, daß es in Hanford mit der Produktion nicht weitergeht".

Der Stadtvorsteher ist Angestellter des Westinghouse-Konzerns wie die Mehrheit der berufstätigen Bürger. Westinghouse beschäftigt in Hanford 9000, das Konkurrenzunternehmen Battelle 4000 Leute. Der im Stadtrat für Umweltschutz verantwortliche Gentleman steht – wie sollte es auch anders sein – bei Battelle auf der Gehaltsliste. Ihre Kinder besuchen Schulen wie die „Richland High", die sich als Schulsignum den atomaren Pilz gewählt hat.

Aus Oak Ridge stammte das Uran 235 für die Hiroschima-Bombe, die Techniker in Hanford lieferten den Massentod für Nagasaki. Nach der Kapitulation der Japaner meldete die örtliche Gazette: „Unsere Bombe machte es möglich."

Schätzungsweise 75 Tonnen Plutonium produzierten allein die Hanford-Reaktoren, ausreichend Material für 9375 Nagasaki-Bomben. Hanford war kein Einzelfall: Überall im Land produzierten die Atomanlagen auf Hochtouren. Der Müll, der dabei anfiel, wurde vergraben, ins Meer gekippt oder in Tanks gefüllt, die nicht rostfrei waren. Milliarden Liter radioaktiver Flüssigkeit versickerten – die Natur, die Zeit sollten als Putzkolonne dienen.

Als 1979 beim Störfall im Reaktor von „Three Mile Island" radioaktive Jod-Isotope mit 15 bis 24 Curie freigesetzt wurden, erschrak die Nation. Drei Jahrzehnte zuvor hatten Wissenschaftler über Hanford 50 000 Curie in die



Entseuchungstrupp der Richland-Feuerwehr
... wenn wir uns dabei selbst vergiften"

Atmosphäre entlassen, während Maschinen der Air Force die Atomwolke verfolgten und unten – ahnungslose – Soldaten ins Manöver rückten.

Zwischen 1944 und 1955 wurden über den Hanford-nahen Ortschaften insgesamt 530 000 Curie freigesetzt, Werte, „die denen von Tschernobyl entsprechen", wie die *New York Times* bemerkte.

Hunderte, wenn nicht Tausende Kinder wurden mit 15 bis 650 rad belastet, in manchen Fällen ausreichend, um Schilddrüsenkrebs zu verursachen*. Kühe auf Hanford-nahen Farmen hatten radioaktiv verseuchtes Gras gefressen, „der Tod", meldete *Time*, „war in der Milch", die amerikanische Kinder damals tranken.

Dutzende Telefongespräche besorgter Bürger, der sogenannten Downwinders, erreichen die bei Heal engagierte Lindy Cater täglich. Sie kommen von Amerikanern, die im östlichen Teil des Staates Washington oder im nördlichen Oregon leben, Regionen, über die der Wind jahrzehntelang nuklearen Unrat getrieben hat.

Diese Anrufer haben für die Mißbildungen ihrer Kinder, für Fehlgeburten, Leukämie oder Multiple Sklerose, die vor allem in Spokane „außergewöhnlich häufig diagnostiziert wird" (Cater), nur eine Erklärung: das Atom. 1990 erkannte ein Gericht in Nevada die Forderungen von 218 Arbeitern an, die offenbar bei Atomwaffenversuchen radioaktiv geschädigt worden waren: 200 waren bei der Urteilsverkündung bereits gestorben – an Krebs.

Jene, die im Schatten der Bombenbauer leben, resümiert Bob Alvarez, ein angesehener Atomexperte, der John Glenn berät, „glauben und haben guten Grund dazu", daß ihre Sicherheit und Gesundheit „mehr durch ihre eigene Regierung als durch die Sowjetunion gefährdet wird".

Das Bomben-Business ist Big Business. 147 000 Chemiker und Labortechniker, Atomphysiker, Computer-Programmierer und Roboterführer sind darin tätig. Doch nur 18 000 Bombenbauer sind staatlich angestellt. Die Mehrheit der Experten steht bei Kon-

* Die in der Bundesrepublik zulässige jährliche Dosis beträgt 5 rad.

Wir sind er
wenn Si



Unser Beitrag zum Autofahren ist weniger Beitrag: Wir haben unsere Kfz-Haftpflichtprämie deutlich gesenkt.

Unser Service hingegen bleibt natürlich, wo er ist. Ganz oben.

Denn wir wollen, daß Sie mit uns stets bestens beraten sind. So bekommen Sie jetzt für einen neuen, ausgesprochen günstigen Preis den gleichen, vorzüglichen Service rund ums Auto wie bisher auch.

st zufrieden,
e es sind.



Ihr Beitrag für weniger Beitrag wäre nun ein kurzer Anruf beim Colonia Betreuer in Ihrer Nähe. Er sagt Ihnen gerne mehr darüber, wie gut Sie mit uns und unserer neuen Prämie fahren. Auch unter der Nummer 0130/33 30 sind wir jederzeit, selbst am Wochenende, zu sprechen. Zum Nulltarif.

COLONIA

Wir sind erst zufrieden, wenn Sie es sind

zernen wie General Electric, Westinghouse oder Du Pont unter Vertrag, bei insgesamt 70 „contractors“, die in Rocky Flats, Hanford, Oak Ridge oder Savannah River die Bombenfabriken betreiben.

Hunderte von Milliarden Dollar haben diese Firmen bereits kassiert. Nun werden ihnen abermals Milliarden überwiesen, damit sie den von ihnen produzierten Atommüll wegräumen. „Uns bleibt wohl keine andere Wahl“, bedauert Kongreßmitglied Mike Synar, „als den Fuchs den Hühnerstall ausmisten zu lassen.“



Atomprojekt-Manager Gertz*: „Teuerster Berg der Welt“

Denn nur die, die den atomaren Mist auf Amerikas Scholle versprühten, als sei es Dünger, verfügen über nukleares Know-how. Aber für die nukleare Müllabfuhr reicht dieses Wissen offenbar nicht: Bisher haben die Amerikaner drei kleine militärische Forschungs- und einen 72-Megawatt-Atomstromreaktor abgebaut. „Wir müssen Pionierarbeit leisten und nach neuen Wegen suchen“, erkannte William Heine, der Westinghouse-Verantwortliche für „Decommissioning and Restauration“ in Hanford.

Wie ein schwarzer Meteorit ragt ein 800 Tonnen schwerer Brocken in Hanfords „100 – B – Areal“ aus der Erde. Wissenschaftler der „Battelle Pacific Northwest Laboratories“ haben dort ein neues Entsorgungssystem getestet: Sie treiben Graphit-Molybdän-Elektroden bis zu zehn Meter tief in den verseuchten Boden. Mit Temperaturen von 2000 Grad Celsius kochen sie die Erde auf. Organische Substanzen verdampfen, anorganische Stoffe bleiben in der glasähnlichen Schlacke zurück.

Restaurantbesitzer Raugi
„Sobald die da oben anfangen, ist hier der Teufel los“

Die noch unbeantwortete Frage: was tun mit diesen Brocken, zerschmettern, abtransportieren – wohin? Oder im Boden vergessen, Grüße an die nächsten Generationen? 1992, hofft das Energieministerium, wird in Savannah River das erste Werk einsatzbereit sein, in dem hochradioaktiver militärischer Abfall in Glas eingeschmolzen werden kann. Ihre optimistischen Werbeschilder haben die Räumtrupps im Schatten der Hanford-Reaktoren bereits aufgestellt: „Wir arbeiten heute für eine bessere Umwelt morgen.“ Morgen wird etwa in einem halben Jahrzehnt sein. Inventur sei nötig, „bevor wir zu schaufeln beginnen“, sagt Heine. „Wir wissen überhaupt noch nicht, was in der Tiefe auf uns wartet.“

Mit Impuls- und Oberflächenradar, Massenspektrometer und Thermographen fahnden Spezialisten nach verborgenem Giftmüll, den sie zunächst in einer – nun in Hanford geplanten, 16,6 Millionen Dollar teuren – „Waste sampling and characterization facility“ analysieren müssen.

Tri-Star-Herald-Verleger Kelso Gillenwater aus Richland glaubt trotz dieser wissenschaftlichen Versuche und der Pläne der Müllmänner von Tag zu Tag weniger „an den guten Willen der Regierenden in Washington“. Irgendwann, fürchtet er, werden sie „das Handtuch werfen“ und die verseuchten Regionen vergessen: „Wir hinterlassen den nächsten Generationen ein böses Erbe.“

Eine halbe Million Atommüllfässer sollten bereits seit Oktober 1988 im US-Staat New Mexico in dem „Waste Isolation Pilot Plant“ unweit des Städtchens Carlsbad eingelagert werden. Politiker und Wissenschaftler wehren sich jetzt gegen dieses – 650 Meter tief in Salzhöhlen geschlagene – eine Milliarde Dollar teure Labyrinth. Ungewiß ist, ob das nukleare Depot je als sicher genug erachtet und eröffnet wird.

Die drei bisher in den USA eingerichteten Mülldeponien für minderstrahlenden Abfall sind schon voll, ebenso wie die Abklingbecken, in denen die Atomstromwerke ihre verbrauchten Brennelemente für Jahre kühlen und zwischenlagern.

In drei Jahren, entschied der US-Kongreß, muß jeder Atomstrom produzierende Staat auch für die Beseitigung des anfallenden Mülls sorgen. Doch wo immer ein Platz dafür ausgesucht ist, erheben sich die Bürger – zum Protest. Gouverneure, wie etwa der von Idaho, haben ihre Staatsgrenzen für nukleare Mülltransporte gesperrt.

Von 1998 an, so hatte der Kongreß es vorgesehen, sollte Yucca Mountain Amerika von den Sorgen um allen Strahlenmüll befreien. Frühestens in jenem Jahr, und auch nur dann, wenn die Richter 1991 zugunsten Washingtons und gegen Nevada entscheiden, kann dort der erste Spatenstich erfolgen.

Doch möglicherweise sind die Geologen bis dahin zu der Einsicht gekommen, der Berg sei untauglich für die Endlagerung. „Dann müssen wir mit der Suche wieder ganz von vorn anfangen“, prophezeit Projekt-Manager Gertz.

In diesem Fall müßte der Sizilianer Luigi Raugi in Lathrop Wells unweit des Yucca Mountain weiterhin allein mit seinem chinesischen Koch und den Prostituierten leben. Raugi schätzt die Zukunftsperspektiven realistisch ein: „Beschissen.“ ◀

* Vor einem Bild des Yucca Mountain.

Gute Neuigkeiten für alle Raucher, die anfangen wollen aufzuhören.

Ihr Arzt hat jetzt neue Möglichkeiten, Ihnen zu helfen, leichter über die erste Zeit hinwegzukommen.

Sagen Sie ihm: „Ich will". Zeigen Sie ihm und sich damit, daß Sie den festen Willen haben aufzuhören.

Machen Sie Ihren Arzt zum aktiven Partner auf dem Weg in ein zigarettenfreies Leben.

Was es allerdings nicht auf Rezept gibt, ist Ihr fester Wille. Den müssen Sie schon selbst haben.

Schneiden Sie diese Karte aus und geben Sie sie Ihrem Arzt.



Und wenn Sie Nichtraucher sind, geben Sie diese Karte einem Raucher.

Aktion Raucherentwöhnung, Postfach 1160/1180, 7867 Wehr

Nic PB 1/11/90

Luftfahrt

Ein paar zuviel

Die amerikanischen Fluggesellschaften stecken in einer tiefen Krise, nur wenige werden überleben.

Die amerikanische Luftfahrt-Branche hat viel mitgemacht in den vergangenen Jahren: heftige Übernahmekämpfe, gnadenlose Preiskriege, Pleiten. Doch das alles war harmlos im Vergleich zu dem, was den Fluggesellschaften jetzt bevorsteht.

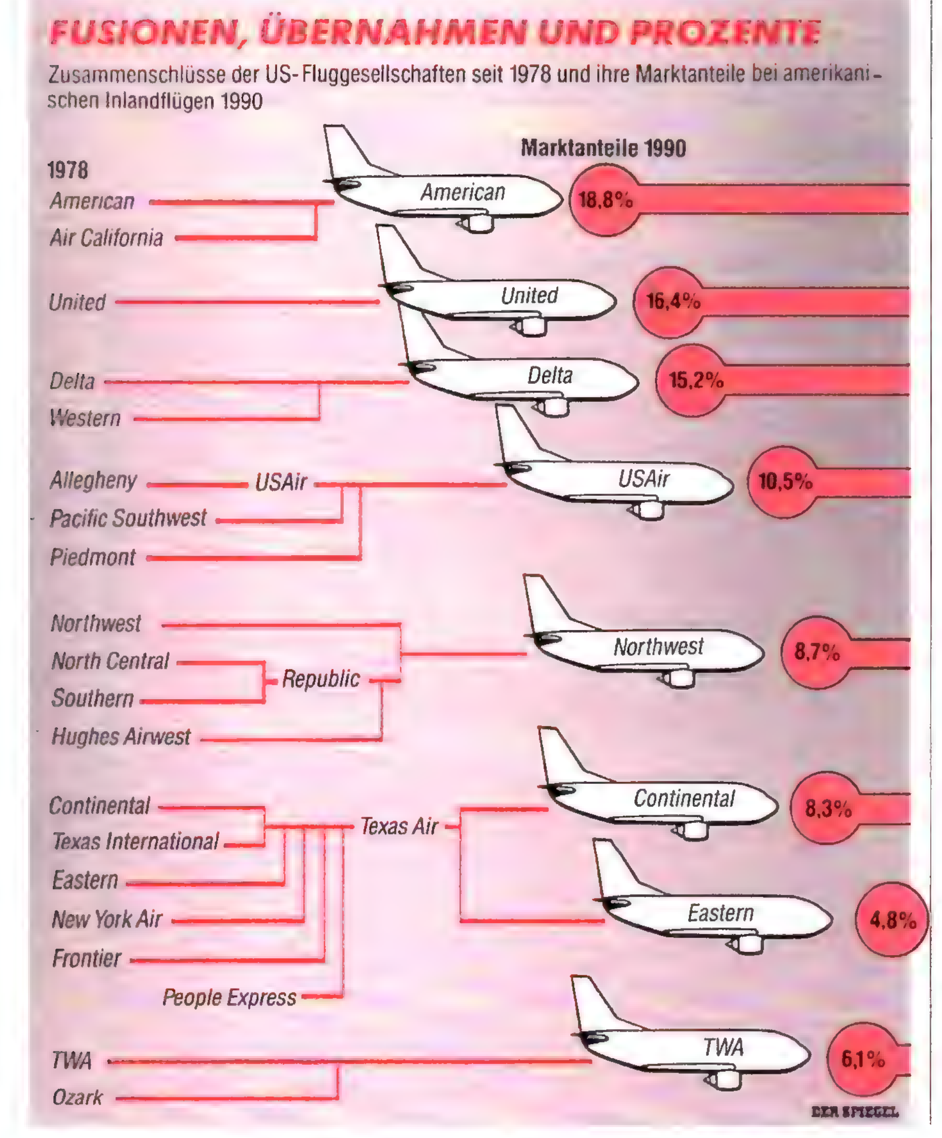
„Die ganze Branche", klagt American-Airlines-Chef Robert Crandall, 55, „rutscht in eine Lage, bei der sie pleite gehen kann."

Rund 1,5 Milliarden Dollar, so schätzt Crandall, hat die zivile Luftflotte der USA vergangenes Jahr am Markt verloren. Selbst finanzstarke Unternehmen wie Crandalls American und wie Delta Air Lines machen derzeit Verluste.

Als Hauptschuldigen an dem Verfall ihres Geschäfts haben die Luftfahrt-Manager den Iraker Saddam Hussein ausgemacht. Die Golfkrise hat die Energiekosten hochgetrieben, für die Luftfahrt wirkt sich das besonders hart aus: Kerosin notiert Spitzenpreise, weil die Raffinerie-Ausbeute von Flugbenzin knapp, der Stoff aber wegen des hohen Militärbedarfs besonders gefragt ist.

Die schleichende Rezession in den USA verschlimmert die Misere weiter. Selbst am Erntedankfest-Wochenende im November konnten die Fluggesellschaften, zum Entsetzen ihrer Manager, ihre Maschinen nicht mehr füllen. Amerikas Wochenendurlauber hatten sich aus der Luft zurück auf die Straße verzogen.

Nicht nur die privaten Kunden bleiben weg, auch die Unternehmen sparen. Die Firmen haben die Reiseetats gekürzt. „Der Markt erzählt uns", folgert Kevin Murphy von der Wall-Street-Firma Morgan Stanley, „daß da ein paar Fluggesellschaften zuviel sind."



In Amerikas Luftfahrtbranche ist der Wettbewerb ruinös. Seit 1978 ist das Gewerbe von 39 auf 8 Groß-Unternehmen geschrumpft, weitere Pleiten sind unausweichlich. Mindestens die Hälfte der US-Fluggesellschaften drücken überhöhte Schulden, ihre Flotten sind überaltert. Feindliche Übernahmen haben die meisten von ihnen manövrierunfähig gemacht.

Einst angesehene Linienfluggesellschaften wie Continental, Eastern, Pan Am und TWA sind schon vor Jahren ins Trudeln geraten. Bislang haben sie sich noch mit Banken-Moratorien, Anlage-Verkäufen und mit Hilfe des Verteidigungsministeriums retten können.

Continental Airlines, Teil der Hinterlassenschaft des ehrgeizigen Luftfahrt-Managers Frank Lorenzo von Texas Air, krachte unter einer Schuldenlast von 2,2 Milliarden Dollar zusammen, die Firma mußte sich Anfang Dezember zum zweiten Mal seit 1983 unter den Schutz des Pleiteparagraphen Chapter Eleven stellen.

Chapter Eleven, eine Spezialität des US-Konkursrechts, ermöglicht es angeschlagenen Unternehmen, unter Oberaufsicht eines Richters weiterzuleben, solange es diesem sinnvoll erscheint. Firmenzusammenbrüche wegen vorübergehender Liquiditätsengpässe sollen so vermieden werden.

Die richterliche Obhut verhindert seit 1989 auch das endgültige Aus für die Eastern Airlines, eine weitere Gesellschaft im einstigen Reich des Texas-Air-Chefs Frank Lorenzo. Das Unternehmen war nach der Übernahme durch Texas Air so heftig mit den Gewerkschaften aneinandergeraten, daß Streiks den Flugbetrieb monatelang lahmlegten.

Eastern schrumpfte auf ein Drittel seines Geschäfts. Vor einigen Wochen mußte Richter Burton Lifland 135 Millionen Dollar neue Bankkredite freigeben, damit die Firma den Winter übersteht.

Pan Am, Amerikas ruhmreichste Airline, gilt als flügellahm, seit sie sich 1970 mit der Anschaffung der ersten 25 Exemplare des neuen Jumbo-Jets Boeing 747 übernommen hatte. Die Firma, fast ohne inländische Routen, konnte ihre Riesenflugzeuge jahrelang nicht füllen.

Nacheinander verkaufte Pan Am sein riesiges Verwaltungsgebäude an der New Yorker Park Avenue, seine Interconti-Hotelkette und schließlich seine Pazifik-Routen. Von seiner überalterten Luftflotte gehören die meisten Flugzeuge den Banken und den Leasing-Gesellschaften. Die Uralt-Jumbos der Pan Am werden als Reserve-Transportflotte der US-Streitkräfte mit Pentagon-Geldern funktionsfähig gehalten.

TWA, einst im Eigentum des Exzentrikers Howard Hughes, steckt ebenfalls

schon lange in Schwierigkeiten. Kurz vor Beginn des Jet-Zeitalters hatte die Firma sich mit einer Flotte plötzlich veralteter Turbo-Prop-Flugzeuge eingedeckt – damit begann das Übel. Den Rest besorgte der New Yorker Firmenjäger Carl Icahn. Er eroberte die TWA 1986, seitdem trägt sie die Zinslast für 2,6 Milliarden Dollar Icahn-Kredite.

Wegen ständiger Überschuldung und fortwährender Betriebsverluste hatte keines der vier Unternehmen seine Flotten modernisieren können. Höhere Wartungs- und Treibstoffkosten haben sie im Wettbewerb mit den besser geführten Unternehmen der Branche weit zurückgeworfen. Die Geschwader von Continental, Eastern, Pan Am und TWA sind im Schnitt 15 Jahre, die von American und Delta Air 4 bis 5 Jahre alt.

Selbst United, Amerikas zweitgrößte Airline, hat sich jahrelang mit Modernisierungen zurückgehalten; sie mußte ständig fürchten, übernommen zu werden. United fliegt noch die erste Boeing 727 aus dem Jahre 1962 (Register-Nummer N 7001 U). Seit es United-Chef Stephen Wolf aber geschafft hat, auch noch die schuldenfinanzierte Übernahme der Firma durch die eigenen Angestellten abzuwehren, ist er dabei, sich an das Expansionstempo von American und Delta anzupassen.

Vor allem American-Chef Crandall hatte sich umsichtig am Verfall der Konkurrenz gestärkt. Konsequent baute er durch Routenkäufe das Europa- und Asien-Netz von American aus. Von Continental erwarb er beispielsweise kürzlich die Seattle-Tokio-Strecke. Für 625 Millionen Dollar will er die TWA-Strecken nach London kaufen.

In den fünf kommenden Jahren will Crandall elf Milliarden Dollar für die Anschaffung von 234 neuen Jets ausgeben. Seine 18,8 Prozent US-Marktanteil will er bis 1993 auf mindestens 25 Prozent bringen.

Doch United-Chef Wolf ist ihm auf den Fersen. Für 22 Milliarden Dollar bestellte er bei Boeing 34 der neuen zweistrahligen 777-Langstrecken-Jets. Er erhielt Flugrechte für die Chicago-Tokio-Strecke, auf die auch Crandall scharf war. Nun kann er, am Marktanteil gemessen, American wieder näher rücken.

Gegen solche Giganten kann der Rest der Branche nicht mehr antreten. Crandall, Wolf und Delta-Chef Ronald Allen glauben deshalb, daß nur fünf oder sechs US-Fluggesellschaften die gegenwärtige Rezession überstehen werden. Danach wollen die Großen Drei bis zu 80 Prozent des Marktes gewinnen. „In einer darwinistischen Lage“, so Timothy Pettee von Alliance Capital Management, „nimmt sich der Starke, was übrigbleibt.“

Unternehmen

Stirbt langsam aus

Untaugliche Erben haben so manche Firma heruntergewirtschaftet. Einsichtige Unternehmerfamilien verkaufen rechtzeitig.

In der Sippe der Asbachs ging es rund. Monatelang stritten sich die etwa 30 Familienmitglieder, per Telefon, auf Sitzungen und in Briefen: Sollte verkauft werden oder nicht? Und wenn ja – an wen? Einige Verwandte aus der Weinbrand-Dynastie verkehrten nur noch über Anwälte miteinander.



Schnapsfabrikant Reinhard Asbach
Ultimatum von den Briten

Chefmanager Reinhard Asbach, 52, war zunächst gegen einen Verkauf. Auch sein Neffe Dieter Asbach, 35, hielt nichts davon. Der aus der Firma gejagte Junior klagte gerade auf Wiederbestellung ins Topmanagement.

Doch dann setzten sich jene durch, die sich von der Firma trennen wollten. Nach langwierigen Verhandlungen mit verschiedenen Interessenten blieb schließlich der britische Getränkeriese Guinness übrig. Ende November wollten die Engländer zum Abschluß kommen und setzten den Asbachs ein Ultimatum.

Das brachte die Sippe dann endgültig auf Gemeinschaftskurs. Einen Tag vor dem Auslaufen der Frist stimmten die im Frankfurter Airport-Hotel versammelten Asbachs dem Verkauf von 67,5 Prozent an die Briten zu. Preis: rund 300 Millionen Mark.



Parfümfabrikant Mülhens
Verlust mit Uralt-Produkten

Der Einstieg bei Asbach wird die Briten am Ende gewiß noch einiges kosten, Guinness muß mächtig investieren. Das einst florierende Unternehmen ist heruntergewirtschaftet, von einstmals 40 Millionen auf zuletzt bescheidene 11 Millionen Mark Gewinn.

Ähnlich düster sieht es bei der Duftwasser-Fabrik 4711 in Köln aus. Ferdinand Mülhens, 53, der in sechster Generation die Firma leitete, gab nach 28jähriger Amtszeit als Chefmanager auf, die Firma muß schrumpfen. Rund 200 Arbeitsplätze werden gestrichen.

Die Produkte der im Jahre 1792 gegründeten „Eau de Cologne- & Parfümerie-Fabrik Glockengasse No. 4711“ waren nicht mehr zeitgemäß, der Kölner Betrieb rutschte tief in die Verluste.

Asbach und 4711 sind keine Einzelfälle. Die Wirtschaft in der Alt-Bundesrepublik brummt, doch in vielen Familienunternehmen herrscht Aufregung.

Jede vierte Firma in Familienbesitz, ermittelte jetzt der Bonner Mittelstandsforscher Horst Albach nach einer Befragung von 422 Unternehmen, sei akut gefährdet. Der Führungsnachwuchs aus dem Clan sei zumeist überfordert. „Die Familiengesellschaft stirbt langsam aus“, prognostiziert der Wissenschaftler.

Diese These wird durch eine Aufstellung des Kartellamts bestätigt. Die Berliner Behörde registrierte 1990 insgesamt 1500 Fusionen. In vielen Fällen werden Familienbetriebe von Konzernen geschluckt.

Die Verkaufswelle ging über alle Branchen hinweg. In manchen Sparten, wie der Produktion von Armaturen, gaben die führenden Traditionsfirmen in Familienbesitz reihenweise auf. Die

Sempell AG in Korschenbroich ging an den Babcock-Konzern, der Mannheimer Konkurrent Bopp & Reuther an die Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg.

Viele Erben fühlen sich den neuen Herausforderungen nicht gewachsen und kassieren, solange die Firma noch ordentlich läuft. Die Investitionen in der ehemaligen DDR und der härtere Wettbewerb im vereinten Europa übersteigen die finanziellen Mittel und die Managerqualitäten der Privatfirmen.

Der gelernte Parfüm-Mixer Ferdinand Mülhens sah ein, daß der „Aufbruch in neue Dimensionen" (Mülhens) wohl besser ohne ihn läuft. Zu lange hatten die Kölner auf den Dauererfolg ihrer einstigen Marktrenner gesetzt, auf die Ältere-Damen-Parfüms „Tosca" und „4711 Echt Kölnisch Wasser".

Als Mülhens vor zwei Jahren das Parfüm „Gabriela Sabatini" auflegte, für das der argentinische Tennisstar mit Konterfei wirbt, war es fast zu spät. Der neue Renner im Sortiment kann die Verluste der Uralt-Produkte nicht ausgleichen.

Ähnlich war es bei den Asbachs, die sich viel zu lange auf die beiden Standard-Marken Asbach-Uralt und den Korn Fürst Bismarck verlassen hatten. Die Traditionsmarken wirkten verstaubt und waren zudem noch vergleichsweise teuer. Mancher Handelskonzern verbannte Asbach-Uralt aus den Regalen, in den Gaststätten verschwand Bismarck vom Tresen.

August von Finck, 60, wollte mit seiner Privatbank kein Risiko eingehen. Der verschroben wirkende Alt-Reiche traut keinem seiner Kinder zu, das Münchner Bankhaus Merck, Finck & Co. ungeschoren „nach Europa 1993" (Finck) zu bringen. Er verkaufte im September sein Geldhaus an den britischen Bankriesen Barclays.

Daß er einem neuen Eigentümer zu Diensten sein sollte, erfuhr Fincks familienfremder Mitmanager Adolf Kracht, 55, erst, als schon fast alles perfekt war. Verärgert zog sich Kracht aus dem Bankgeschäft zurück, er arbeitet seit Beginn des neuen Jahres für einen anderen Clan: Der Versicherungspatriarch Hans Gerling, 75, verpflichtete Kracht als seinen Nachfolger auf dem Chefposten des Konzerns. Gerlings Sohn Rolf, 36, darf nur im zweiten Glied arbeiten.

Gerling hat begriffen, daß Führungsfähigkeiten nicht zwangsläufig vererbt werden. Allzu zahlreich sind schließlich die Fälle von Junior-Chefs, die den hinterlassenen Unternehmen Schaden zufügten.



Manager Kracht, Eigentümer Finck: Kein Führungsnachwuchs in der Familie

Beim Büroartikelhersteller Pelikan, beim Flugzeugbauer Dornier oder beim Vergaserfabrikanten Pierburg schafften es ehrgeizige, aber heillos überforderte Nachfahren, große Teile ihrer Firmenvermögen zu verwirtschaften.

Einen lehrbuchhaften Fall für ungelenke Führung liefert die Firma Deckel. Das Münchner Maschinenbau-Unternehmen ist so übel dran, daß trotz emsiger Suche bis jetzt kein Käufer gefunden wurde.

Firmenerbe Hanns Michael Deckel, 49, und sein willfähriges Management hatten aus Deutschlands größtem Hersteller von Werkzeugmaschinen einen Technologiekonzern bauen wollen, einen Konkurrenten von Unternehmen wie Thyssen oder Mannesmann. Beim Streben nach Größe vernachlässigten sie dann aber das einträgliche Stammgeschäft mit Bohr- und Fräsmaschinen.

Mit dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Kajo Neukirchen, Chef des Kölner KHD-Konzerns, und einem neuen Vorstandsvorsitzenden sollte die Krise überwunden werden. Doch der lebenslustige Deckel mischt sich immer wieder in Management-Angelegenheiten ein, selbst von seinen Urlaubsdomizilen aus. Neukirchen dachte schon an Rücktritt.

Es sei, prophezeit der Düsseldorfer Firmenmakler Carl Zimmerer, oft nur eine Frage der Zeit, bis Firmen mit Familienmanagement in fremde Hände übergingen.

Bei der Werhahn-Gruppe in Neuss ist der Ausverkauf voll im Gange. Die erzkatholische Erbengemeinschaft zerstritt sich immer wieder über die Besetzung der Unternehmensleitungen und schaffte es nicht, das auf viele Sparten zersplitterte Firmenreich zu ordnen.

Im Dezember verkauften die Werhahns ihre Wicküler-Brauereigruppe an die niederländische Brauerei Grolsch. Die Familie war nicht bereit, 60 Millionen Mark in die Modernisierung der veralteten Anlagen zu investieren. Oben auf der Verkaufsliste steht nun die Beteiligung an dem Kölner Baukonzern Strabag.

Auch bei Voith dürfte es bald soweit sein. Bislang noch behindern zwei Mitinhaber-Stämme des Maschinenbau-Konzerns eine sinnvolle Unternehmensentscheidung. Die Firma soll nach den Plänen des Familienstammes Hanns Voith mit dem Schweizer Konkurrenten Sulzer verschmolzen werden.

Die Sippe Hermann Voith aber sperrt sich gegen den Verkauf. Die Fehde bekam dem Unternehmen schlecht, Auftragseingänge und Erlöse sind deutlich rückläufig.

Unter einer Familienfehde mit allen erdenklichen Zutaten litt jahrelang der Paderborner Röhrenhersteller Benteler. Streit herrschte nicht nur zwischen den Brüdern Helmut und Erich Benteler, die beiden fetzten sich auch noch mit ihren eigenen Söhnen um Erbsachen und Führungsansprüche vor Gericht.

Während sich der Clan noch bekriegte, mühten sich angestellte Manager und der ehemalige Thyssen-Finanzchef Klaus Kuhn als Aufsichtsratschef um das arg ramponierte Unternehmen. Mit Erfolg – Benteler machte zuletzt glänzende Geschäfte.

Inzwischen allerdings ist in der Familie Friede eingekehrt. Hubertus Benteler, 45, ist seit Jahresbeginn neuer Konzernchef. Der Sohn von Erich Benteler bekam auch die Zustimmung des anderen Stamms.

Die guten Zeiten für Benteler, so fürchten Firmenkenner, könnten bald wieder vorbei sein. ◄

Dauerhaft ist nur die Trennung

SPIEGEL-Redakteur Hans Joachim Schöps über den rapiden Zerfall stabiler Beziehungen

Das Kunststück, zu zweit miteinander auszukommen, gelingt immer seltener: Familie, Ehe und Paare zerbröseln in wachsende Millionen von Einzelgängern und Alleinlebenden. Gesellschaftsforscher melden „dramatische Auflösungstendenzen" in den privaten Beziehungen – und eine zügige Ausbreitung der Eigenliebe.

Die haben es drauf: Abends gehn sie auf die Rolle, und keinen kümmert es, wenn sie dann mal die Balance verlieren. Wochenends ist Treffen mit der Clique – raus zum Grillen oder rein in die Kneipe, und niemand will wissen, wo sie morgens wach werden. Die leben, und zwar, wie sie wollen.

So verjuxen die sogenannten Singles ihre Zeit in den Köpfen vieler Leute – ihr wahres Dasein sieht zwar oft anders aus. Aber eine Wucht sind sie schon.

An die zwölf Millionen gibt es derzeit davon in der alten Bundesrepublik, noch nicht gerechnet die neuen Länder, und diese Zahl wächst stetig. Um 58 Prozent ist der Anteil der Alleinlebenden in den letzten 17 Jahren gestiegen, und kaum ein Sommer verging ohne ausführliche Berichte darüber, wie es um sie steht. Kein Blatt, kein Sender hat die Singles in Ruhe gelassen, und die wissen nun alles über sich.

„Wer allein steht, ißt mehr Brot", hat zum Beispiel die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft ermittelt. Singles haben mehr Katzen als andere, und mehr Pikkolo-Sekt trinken sie auch. Über „die Freiheit der Single-Frauen" wußte *Bild am Sonntag* ganz aufregende Sachen: „Du kannst das letzte Bier im Kühlschrank trinken. Du kannst dir ein Poster von Götz George aufhängen. Du kannst deine Lieblingsschallplatte immer wieder spielen." Und wer möchte so etwas nicht?

Das Bedeutsame an den Singles hat sich allerdings noch nicht herumgesprochen. Denn diese Alleinlebenden spiegeln nur die populäre Seite eines weitgreifenden Prozesses, der das menschliche Miteinander umzukrempeln scheint.

Vom Zerfall heimgesucht sind praktisch sämtliche Grundstrukturen des privaten Zusammenlebens, ob Familie oder Ehe, Verwandtschaft oder Partnerschaft. „Singularisierung" heißt das Phänomen bei den Sozialforschern – ein Trend zur Vereinzelung und zu neuen, komplizierten Daseinsmustern, die mehr Freiheit, aber auch mehr Fremdheit bringen.

„Eine dramatische Entwicklung in Richtung fortschreitender Auflösungstendenzen" meldet der Wiener Bevölkerungswissenschaftler Professor Wolfgang Schulz. Und in Zürich fragt sich der Soziologieprofessor Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, „ob wir auf dem Wege zu einer autistischen Gesellschaft sind", deren Mitglieder „mehr und mehr zu Einzelgängern werden".

Wegweisend sind schon die Zahlen. Auf zwei Eheschließungen kommt inzwischen eine Scheidung, und parallel dazu wächst die Quote der unvollständigen Familien. Die Lust auf Wiederheirat ist rapide gesunken, ebenso der Drang nach einem ersten Versuch: Während zu Beginn der sechziger Jahre noch neun Zehntel aller heiratsfähigen Männer aufs Standesamt gingen, traut sich jetzt nur mehr gut die Hälfte. Ob nicht die alte Trauformel „bis daß der Tod euch scheidet" besser ersetzt werden sollte, überlegten Experten auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing – durch das unverbindliche Angebot „solange es gutgeht".

Der Entschluß, sich nicht einmal darauf einzulassen, kann die Auflösung offenbar nicht aufhalten: Die Anzahl der unverheiratet Zusammenlebenden hat sich nach den Berechnungen des Wiesbadener Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung bereits zwischen 1972 und 1982 um explosive 565 Prozent erhöht, und inzwischen leben so mehrere Millionen.

Lange gut geht es bei denen aber auch nicht oft. Das Kunststück, zu zweit miteinander auszukommen, fällt heute offenbar vielen noch schwerer als sonst, und das will ja etwas heißen. „Das große Problem der privaten Existenz ist für die Menschen unserer Epoche die Partnerschaft", sagt die Psychologin und Fachautorin Eva Jaeggi. An der Spitze des Problems befinden sich nach allem Anschein die Partnerinnen.

Es sei davon auszugehen, erklären die Wiesbadener Forscher, „daß die aktuellen familialen Veränderungen, zu denen der beobachtete Anstieg der Alleinstehenden in den letzten 15 Jahren gehört, schwerpunktmäßig von Frauen ausgelöst wurden".

Und die Hauptrollen in dem Auflösungsdrama haben die Städter. Von den 650 000 Münchner Wohnungen zum Beispiel sind 330 000 Einpersonenhaushalte, mehr als die Hälfte. In Hamburg sind 43 Prozent der Frauen und 59 Prozent der Männer zwischen 25 und 34 ledig. Aber die Deutschen werden mit ihrer Vereinzelung nicht allein gelassen.

Die Singularisierung macht sich bei den französischen Nachbarn breit


„Wie's im Büro war? Beschissen war's im Büro, Ingeborg!"

und ebenso in Italien, wo der um die Mama kreisende Familienverband doch in Sicherheit schien. In Zürich lebt schon die Hälfte aller Bürger allein daheim, und soviel sind es auch in Paris – wo jetzt jede zweite Ehe in die Brüche geht.

Solo sind in den USA 4,4 Millionen Männer zwischen 25 und 44, und offenbar wollen sie dabei bleiben. Schockwellen löste dort eine Studie der Harvard-Universität aus, die zu dem Schluß kam, „daß viele Frauen, die alles zu haben scheinen – gutes Aussehen und gute Jobs, höhere Bildungsabschlüsse und hohes Einkommen –, nie einen Mann haben werden".

Frauen mit College-Bildung, so hieß es, bleibe mit 35 nur noch eine fünfprozentige Chance zu heiraten. Und für eine 40jährige sei die statistische Aussicht, von einem Terroristen erschossen zu werden, größer, als einen Ehemann abzukriegen.

Binnen Tagen, so beschrieb das Nachrichtenmagazin *Newsweek* die Folgen dieser Botschaft, kam es zu „einer tiefen Vertrauenskrise unter Amerikas wachsendem Heer alleinstehender Frauen. Jahrelang hatten gescheite junge Frauen mit Single-Bewußtsein ihre Karrieren vorangetrieben – in der Annahme, daß sie dann, wenn es denn Zeit werde für einen Ehemann, sich einen greifen könnten. Sie lagen falsch".

Von einer „um sich greifenden Zerbröselung der Gesellschaft" spricht der französische Kommunikationsexperte Bernard Cathelat. Die alten Gleise, auf denen der Bürger bis vor kurzem noch zuverlässig durch die Jahrzehnte holperte, sind einem verwirrenden Netz gewichen, und dauernd kommen Weichen. „Pluralisierung der Lebensformen" heißt das bei den Wissenschaftlern: die Form des Singles, freiwillig und aus mancherlei Zwängen, oder unverheiratet unter einem Dach; Ehe ohne Kinder oder „living apart together", wie die Amerikaner die feste Beziehung mit getrennter Wohnung nennen; geschieden ohne Anhang oder alleinerziehender Elternteil und natürlich die überkommene Familie.

Und oft erlebt einer das alles nacheinander: „Es scheint fast so", sagt der Pariser Professor Louis Roussel, ein Familiensoziologe, „als verfüge ein immer größerer Teil der Bevölkerung nicht nur über eine einzige kontinuierliche Biographie, sondern über mehrere unabhängige Lebenssequenzen." Dauerhaft sind dann nur mehr Trennung und Wechsel – mit ständig neuen Rollen, sich wandelnden Milieus und immer anderen Beziehungen, die ohne Gewähr sind, markiert von Widerruf, Auflösung und Neubestimmung.

Dabei sieht es so aus, als passe den Leuten die ganze Richtung nicht. Immer dann, wenn die Demoskopen nach der Wertschätzung von Ehe und Familie fragen, sind Mehrheiten darauf gut zu sprechen: Das ist es, sagen sie, so sollte man leben. Aber sie leben oft anders.



Regierungsnahe Institutionen und auch manche Forscher haben dann ihre Freude an soviel Zustimmung für das Hergebrachte – so schlimm, wie die Rede sei, stehe es ja gar nicht um die gute Bürgerlichkeit. „Dieser Optimismus", rückt der Wissenschaftler Schulz zurecht, „steht immerhin im Gegensatz zu schwerwiegenden Veränderungen traditioneller Verhaltensweisen." Im übrigen ist den Experten das Phänomen vertraut: Ehrwürdige Richtwerte, an die man sich längst nicht mehr hält, werden gleichwohl noch laut beschworen.

„Die Leute denken, sie sehen Abweichungen von der Norm", beschreibt Peter Morrison, Bevölkerungsexperte bei der amerikanischen Rand-Corporation, den Zustand, „aber die Abweichungen betragen jetzt 75 Prozent von der Norm."

Diese Zerbröselung, der Zerfall großer Gruppen in lauter Einzelwesen, die zeitweilig einander begegnen – das begleitet, und hier ist sich die Fachwelt ziemlich einig, den kulturellen Umbruch, der die hochentwickelten Gesellschaften des Erdballs allenthalben aus dem Tritt bringt. „In vieler Hinsicht befinden wir uns schon in einem Wertechaos", sagt der Wiener Sozialforscher Leopold Rosenmayr, „wir wissen gar nicht mehr, was wir in welcher Situation von Mitmenschen erwarten dürfen, und das alles in einer von Orientierungsschwächen und von tiefen Zweifeln umstellten Zeitlandschaft."

Woran genau es nun aber liegt, daß die Familie so abbaut, Paare nicht mehr heiraten und die Singles sich vermehren, wird bislang nicht bündig beantwortet. „Zur Erklärung herangezogen", so resümieren die Wiesbadener Wissenschaftler den Stand der Erkenntnis, werden „der Wertewandel der letzten Jahrzehnte, insbesondere der mit der Ehe verknüpfter geschlechtsspezifischer Erwartungen, die Säkularisierung der Ehe und die Liberalisierung der Sexualmoral, der allgemein gestiegene Wohlstand, der ‚teure' Wohnformen in Einzelwohnungen erlaubt, die zunehmende Verstädterung und die steigenden beruflichen Anforderungen an Mobilität, zunehmende Individualisierung und ein allgemeiner politischer Institutionenprotest" – ein Sammelsurium also von sozialpsychologischen, moralischen, wirtschaftlichen und politischen Beweggründen oder Voraussetzungen.

Scharen von gradlinig und quer denkenden Autoren haben sich unterdessen über den Zeitgeist hergemacht. Diskutable Deutungen sind dabei herausgekommen und dicke Wolken. Frauen machten Männern den Prozeß, und mancher Mann verging sich am eigenen Geschlecht. Greifbar ist, was die Sozialwissenschaftler an Haltungs- und Handlungsmustern zutage förderten; sie können mit ihrer Arbeit noch nicht zufrieden sein, aber ein paar Wegmale in dem Durcheinander haben sie doch gesetzt.

Vielleicht ging alles zu schnell, denn die massenhafte Abkehr von der alten Bürgerlichkeit vollzog sich in nur knapp zwei Jahrzehnten, und das ist, gemessen an anderen kulturgeschichtlichen Prozessen, eine beispiellos kurze Zeit. Eine allmählich gewachsene Strömung – fort von Gemeinschaften und Abhängigkeiten, religiöser Bindung und unverrückbaren Weltbildern, hin zu einer individuellen und autonomen Daseinsgestaltung – mündete in einem jähen Absturz sozialer Normen. Mitte der sechziger Jahre, gleichsam über Nacht, war der Wertewandel da.

Er befiel die Deutschen in der längsten Aufwärtsbewegung ihrer Wirtschaftsgeschichte. Der Kampf ums Überleben war wohl gewonnen, und „zum ersten Mal", sagt die Münchner Professorin Elisabeth Beck-Gernsheim, konnten „für breite Gruppen Fragen aufkom-

men, die über die unmittelbare Existenzsicherung hinausreichten" – so schwere wie die: „Wer bin ich? Und wozu bin ich da?"

Zu allem Überfluß, der etwa das unabhängige Wohnen ebenso erlaubte wie die Teilhabe an einem wuchernden Dienstleistungssystem, kam die Bildungsexpansion. Immer mehr junge Leute und darunter auch immer mehr Frauen waren dem Zwang entronnen, früh Geld zu verdienen. Der Gebrauch des Verstandes auch zum Zwecke des Nachdenkens wurde zum schichtübergreifenden Phänomen. Und spätestens mit dem Aufbegehren der Studenten am Ende dieses Jahrzehnts kam es heraus, daß der Mensch bis dahin nur ein Produkt vielfältiger Einflüsse und zeitlebens fremdbestimmt war.

In den Spielräumen, die nun aufgemacht wurden, war Platz für mehr als Heiraten und Kinderkriegen. Im Leben, so war unter anderem zu hören, gehe es vor allem darum, sich selbst zu verwirklichen. Und da half es gar nichts, wenn Johannes Gross in der *Frankfurter Allgemeinen* zu bedenken gab, doch vorsichtshalber „das Selbst zu prüfen, ob es sich zu verwirklichen überhaupt lohne".

Sehr im Wege waren bei der Suche nach dem wahren Ich die sogenannten Pflicht- und Akzeptanzwerte, die das Tun und Lassen früherer Generationen bestimmt hatten: Disziplin und Fleiß, Autorität und Unterordnung und all das, ohne groß nachzufragen. Emanzipation sowie Selbstentfaltung besetzten nun die Gemüter, und Gefühle hatte man auszuleben.

Ob durch diesen Austausch die eigene Identität zum Vorschein kommt, steht noch immer nicht fest. Die Vielzahl der Vorschläge, die inzwischen zwecks Selbstfindung auf den Bücher- und Medienmarkt geworfen wurden, stimmt eher skeptisch. Langfristige Wirkungen auf die innere Verfassung aber sind offenbar damit verbunden.

Bei ihrer Standardumfrage nach dem Sinn des Lebens erkannten zum Beispiel die Demoskopen von Allensbach zwischen 1974 und 1986 eine „eindeutige Tendenz zu einem immer stärkeren Selbstbezug der Menschen (um nicht Egoismus zu sagen)" und einen „Trend zur Konzentration auf das eigene Glück". Harmonisch fügt sich in dieses Bild die Hinwendung zum Individualismus – eine Haltung, die beispielsweise den Erlebniswert einer Sache hoch veranschlagt, bei wirklich oder vermeintlich wesentlichen Fragen nur die eigene Antwort duldet und die wählerisch macht beim Knüpfen menschlicher Kontakte. Bindungen sind bei diesem Kreuzzug nach Autonomie nur noch angebracht und zu bewahren, wenn sie der eigenen Wohlfahrt entsprechen, nicht etwa irgendeiner Verantwortung.



Der Umsturz der Werte im Bunde mit neuen ökonomischen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten bescherte dem endlich entfesselten Zeitgenossen eine Inflation an Handlungsperspektiven, die von Bildungs- und Medienbetrieb zügig in Gang gehalten wird. In der alten Welt waren einer Gestaltung der eigenen Biographie meist enge Grenzen gesetzt. Oft bestimmte schon die Hausnummer, hinter der einer geboren wurde, den weiteren Lebensweg. Doch in der neuen Vielfalt der Optionen kann sich einer auch leicht verheddern.

Mühsamer noch als für den progressiven, unbeirrt zu sich selbst schreitenden Mitmenschen mag das für einen Typus sein, der dem Sozialforscher Helmut Klages begegnete. Zwar schließen sich die Pflicht- und Selbstentfaltungswerte im Prinzip aus, doch der Professor fand bei den Studien zu einem Standardwerk über den Wertewandel auch „beträchtliche Gruppen von Menschen vor, welche beide Werte-Gruppen in hohen oder auch in niedrigen Ausprägungen besaßen", und obendrein gebe es „die verschiedenartigsten Mischungsverhältnisse".

Anders gesagt: Viele Leute sind durcheinander, und zu den Folgen der dauernden Suche nach „handlungsleitenden Orientierungen" zählt der Konstanzer Sozialwissenschaftler Michael Wehrspaun, daß die Ergebnisse dann individuell sehr verschieden ausfallen – was gemeinsames Leben mit einem anderen schwieriger und manchmal unmöglich macht. Durch die ständige Korrektur sei „die Einrichtung und Aufrechterhaltung einigermaßen stabiler Lebensformen offenkundig zum großen praktischen Problem geworden".

Verschärft werden die Probleme zumeist in der Arbeitswelt der freien Wirtschaft. Denn die hat sich dem Wertewandel weitgehend widersetzt und baut unverändert auf Leistung und Pflichterfüllung. Und manch einen legt die Öffnung des privaten Daseinsbereichs – der nun aber auch persönlich auszufüllen ist – auf die Couch: Das „Leiden am sinnlosen Leben" hat der angesehene österreichische Psychotherapeut Viktor E. Frankl als eine Zeitkrankheit erkannt. Der typische Patient von heute schleppe „an einem abgründigen Sinnlosigkeitsgefühl, das mit einem Leeregefühl vergesellschaftet" sei.

Der Mischmasch von Normen zieht sich quer durch die Generationen. Wohl wurden unterdessen Wendezeiten ausgerufen, doch ob einer darauf hört, steht in seinem Belieben. Die Pflicht- und Akzeptanzwerte sind zu einer ganz privaten Angelegenheit geworden – geeignet für den Fall, daß es Spaß macht, und gewiß auch zum Geldverdienen. Da mag es denn Mode werden, enthaltsam zu leben oder wieder Kinder zu kriegen – wenn es nur ja der Entfaltung dient. Eine Wiederkehr der „ehemaligen Fraglosigkeit und Unbedingtheit der Wertgeltung" jedoch, so resümiert Klages, sei nicht zu erwarten.

Gewiß waren es nicht allein diese moralischen Verwerfungen, die jenen Auflösungsprozeß besorgten. Äußere Bedingungen haben diese Entwicklung begünstigt und oft erst zugelassen; diffuse Stimmungen mögen mitgeholfen haben, etwa diese „immer wieder offen zutage tretende Angst", wie Leopold Rosenmayr vermutet, „die die praktische Verläßlichkeit im Lebensalltag, die bejahten und kontinuierlich verfolgten Lebensziele, die Solidarität, die Verbindlichkeiten bedroht".

Aber er ist sich sicher, daß die Normenbrüche der sechziger Jahre „tiefer in das Selbstverständnis der Menschen und damit in ihre Liebes-, Intim- und Vertrauensbeziehungen in Partnerschaft und Familie" eingegriffen haben als im Jahrhundert davor die Industrialisierungs- und Verstädterungsphase. Weithin einig sind sich die Gesell-

Prachtstück, Bresso!



schaftsforscher in der Bewertung des Beitrags, den die Frauen in die neue Labilität des Zusammenlebens eingebracht haben – und der wohl unvermeidlich war. „Die Frauen", so sagt nun die Oldenburger Professorin Rosemarie Nave-Herz, „sind die Unzufriedeneren" in der Beziehungskiste, „das belegen alle Studien, auch in anderen Ländern".

Zur gleichen Zeit, da sich unter den hochentwickelten Völkern die Orientierungsmuster verformten, kündigten Frauen – und vor allem die jungen – in breiter Front ihre traditionelle Rolle auf: Es paßte wie die Faust aufs Auge. Ein weiteres, diesmal geschlechtsspezifisches Ich-Bewußtsein stellte sich ein. Für die Partnerschaft wurde die Durchsetzung „eigener Bedürfnisse" und des „persönlichen Glücks" proklamiert, und man hätte meinen können, die Selbstverwirklichung sei eigens für die Frau erfunden worden.

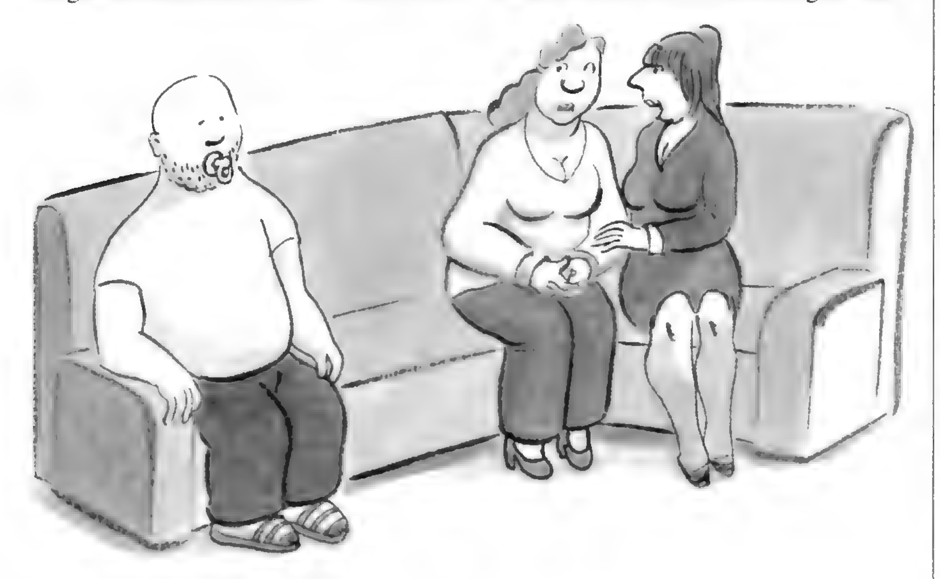
Eine Flut von Frauenliteratur und einschlägiger Medienbeiträge wies den Weg in die Befreiung, und die Titel mancher Bücher waren programmatisch: „Nun aber ich selbst . . ." Und an den extremen Rändern der Emanzipationsbewegung fand sich der Mann als ein Monstrum wieder, zum menschlichen Zusammenleben gänzlich ungeeignet. „Die Suche nach der eigenen Identität", beschreibt es Elisabeth Beck-Gernsheim, „führt in eine pauschale Abgrenzung gegen Männer hinein, und der Blick wird, den Gesetzen der Reaktionsbildung folgend, einseitig verengt auf die eigenen Rechte."

Gleichberechtigung geriet – jenseits der überfälligen in der Arbeitswelt und im gesellschaftlichen Leben – tief in die partnerschaftlichen Handlungsfelder und nahm dort zuweilen seltsame Gestalt an. Die überkommene Zuständigkeit für den emotionalen Teil der Beziehung zum Beispiel wurde umständehalber abgegeben. Einfühlsam und sanft, so wollte es das neue Verständnis, hatte nun auch mal der Herr Partner zu sein.

Andererseits durfte er sich nicht ganz vergessen, denn „die Vorstellung, der Mann solle überlegen sein, ist nach wie vor vorhanden", schloß 1975 die Sozialforscherin Elisabeth Pfeil aus einer Studie. Und auf derlei „normative Ambivalenzen" weist in ihren neueren Arbeiten auch die Kollegin Nave-Herz hin: So werde „zwar auf der Wertorientierungsebene gleiche allgemeine Entscheidungsmacht zwischen den Geschlechtern" gefordert, aber „gleichzeitig hält man vielfach an der ‚legitimen Autorität des Mannes' und – seitens der Frauen – an dem Prinzip des ‚Aufsehen-Könnens' zum Manne fest".

Bocksprünge, wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, auch in den Betten. Einerseits galt es, die weibliche Sexualität zu befreien, wurde das Recht auf Orgasmus eingeklagt. Die männliche Begierde wiederum war prinzipiell des Teufels und Ausdruck der schon immer betriebenen Ausbeutung der Frauen durch den Mann.

Es gab und gibt mehr davon, und natürlich: Ohne ihre Widersprüche und Provokationen hätte diese fundamentale Einforderung von Rechten gar nicht auskommen können. Den Umgang miteinander und die allseits kompliziert gewordene Interpretation des Alltags hat das aber sicher nicht leichter gemacht.



„Laß Dich nicht kirre machen, der Typ kommt gut allein zurecht!"

Zugewinn bekam der ja ohnehin reichliche Vorrat an Reibungsflächen in der Paarbeziehung, und Helmut Klages kam in seiner Werte-Untersuchung zu „Daten, die anzeigen, daß sich zunehmend viele Frauen in Partnerschafts- und Ehebeziehungen in einer permanenten Abwehrstellung gegenüber der männlichen Seite befanden".

Das Imperium schlug keineswegs zurück. „Daß jeder Mann", so maulte da mal einer im *Sonntagsblatt*, „der eine Frau verläßt, eine miese Type ist, wohingegen jede Frau, die einen Mann verläßt, den goldenen Pfad zur Selbstverwirklichung betreten hat, leuchtet mir nicht ganz ein." Im übrigen jedoch erlebten weite Teile der Männerwelt den Aufbruch der anderen Seite eher verdattert und allenfalls verdrossen.

Unverändert gilt auch für die „nichtehelichen Lebensgemeinschaften", was in einer Studie des Bonner Familienministeriums steht: daß „die weiblichen Partner sozusagen den ehefeindlichen ‚harten Kern' ausmachen". Der begründete Verdacht, eine allzu feste und womöglich amtlich bescheinigte Verbindung könne der eigenständigen Lebensplanung im Wege sein und schließlich am Herd enden, hat offenbar Bestand.

Die Fahndung nach dem geschlechtsspezifischen Selbst, mit unvermeidbaren Folgen für die Zweisamkeit, ist jedenfalls noch nicht abgeschlossen. Den Frauen, so erklärt die Professorin Nave-Herz jene Ambivalenzen, „fehlt es an Leitbildern". Und das Leitbild Familie, nach außen hin noch immer ein hohes Ziel, kommt dafür nicht mehr in Frage, denn es hat seine Anziehungskraft für einen zunehmenden Teil der hochentwickelten Mitbürger verloren.

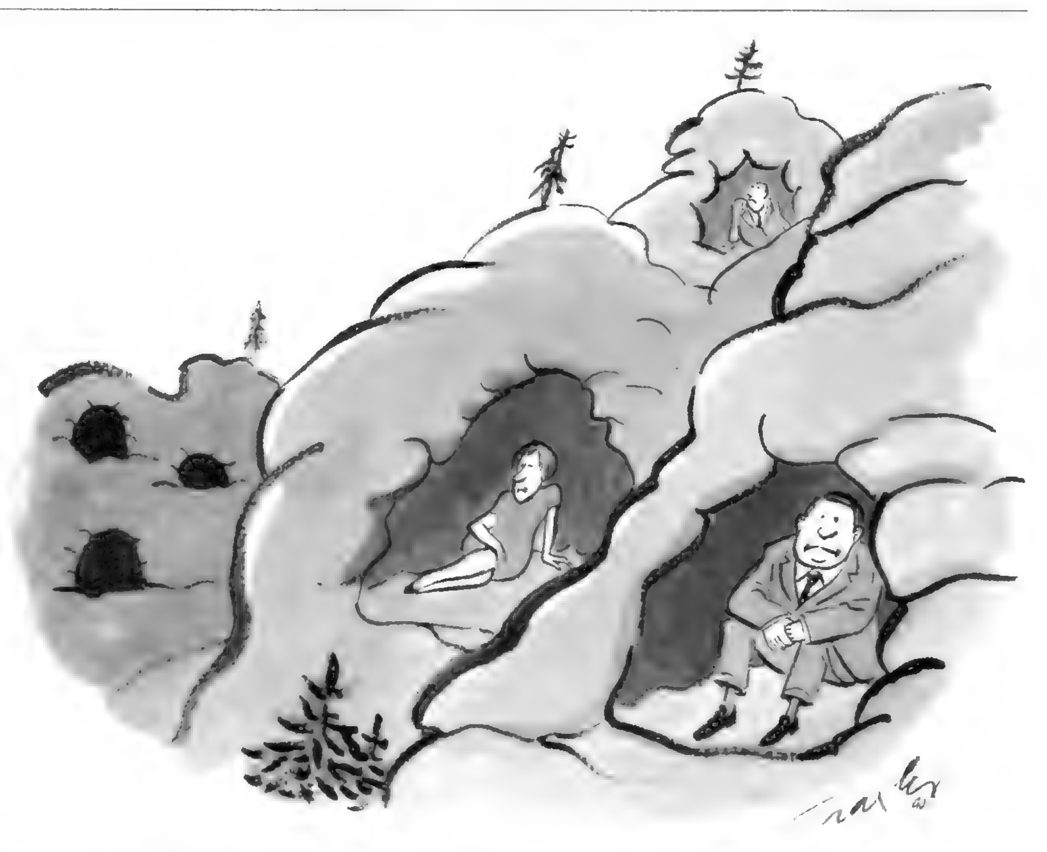
Schon zu Beginn der Auflehnung gegen die Institutionen, die den Normenprotest begleitete, stand das traute Heim im Feuer. Und die Jugendrevolte in den späten Sechzigern ließ wissen, daß die Familie zu den gräßlichsten Einrichtungen überhaupt gehört, von Natur aus reaktionär und repressiv.

Heutzutage ist Familie für manchen nur mehr ein Zwischenstopp, für viele kein Thema mehr. Sie leidet, sagt Professor Hans Bertram, Chef des Deutschen Jugendinstituts in München, „unter einer Schwächung sozialer Lebenszusammenhänge infolge zunehmender Individualisierung; die Einbindung in familiäre Netze nimmt ab, und immer mehr Menschen suchen nach außerfamiliären Lebensformen".

An gesellschaftlichem Stellenwert, als Kulturträger und Instanz für die Sozialisation allerdings hatte die Familie schon mächtig eingebüßt, bevor der Werte-Umbruch auch über sie herfiel.

Bereits im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung waren zahlrei-

che wirtschaftliche, rechtliche und soziale Leistungen des Familienverbands an die öffentliche Hand genommen worden. Unsere Gesellschaft, erklärt Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, habe „Strukturen entwickelt, die ‚Gemeinschaften‘ für die persönliche Lebensführung und -gestaltung entbehrlich erscheinen lassen“.



Von Zeit zu Zeit ist Gegenwind zu spüren, setzt es Appelle zu mehr Gemeinsinn und Selbsthilfe, etwa für Alte und Abhängige. Das gibt es auch noch, und zwar zum Wohle des Staates, dem dank privater Mühe ein paar Millionen sozialer Notfälle erspart bleiben. Doch schon die demographische Entwicklung – immer mehr Greise, weniger Kinder – nimmt dem die Zukunft, und der Titel, den der Soziologe Wolfgang Schulz einem Aufsatz voranstellte, trifft den ganzen Trend: „Von der Institution Familie zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind“.

Was die Teilung wohl vorantreiben könnte, untersuchte der Kölner Professor Henning Günther an einer Auswahl von 25- bis 45jährigen Bundesbürgern, verheiratet und mit Kind. Und wie diese Leute an ihre Ehe und den Nachwuchs gekommen sind, möchte man schon wissen: 86 Prozent strebten nach Freiheit und Unabhängigkeit, und für mehr als zwei Drittel war eine Selbstverwirklichung wichtiger als die Familie.

Kinder, so ermittelte Günther, wurden von vielen als Beschränkung empfunden; keine Frage zudem, daß sie nicht nur materielle Minderung bedeuten, sondern im derzeitigen Wertebild auch Selbstentfaltung und Emanzipation über den Beruf behindern. Weder die Arbeitswelt noch das öffentliche Betreuungssystem sind auf erwerbstätige Mütter eingerichtet.

Auf 1,7 Kinder pro Paar ist der Bundesdurchschnitt inzwischen gesunken – eine Mehrheit von Einzelkindern. Tanten und Onkel, Vettern und Cousinen zählen nun zu den bedrohten Arten der Gattung Familie, und Geschwister, deren Bedeutung für die Sozialisation von den Fachleuten hoch eingeschätzt wird, sind schon weithin unbekannte Wesen.

Spitze der Singularisierung: Wenn zwei Einzelkinder heiraten, deren Eltern auch Einzelkinder waren, dann haben die nach dem Tode ihrer Eltern keinen einzigen Verwandten mehr – vielleicht zu ihrem Glück, auf jeden Fall aber ist es eine Lebenslage, die sich häufen wird.

Fraglich ist allerdings, ob sie denn überhaupt noch heiraten wollen. „Die Institution Ehe“, schreiben die Wiesbadener Forscher, „erweist sich zunehmend als obsolet“ – und wenn geheiratet wird, so immer öfter nur dann, wenn ausdrücklich ein Kind erwünscht ist.

Schuld daran ist die Liebe. Denn der ist in den letzten Jahrzehnten eine Glanzrolle zugefallen, die sie vorher nur selten gehabt hat. Sicher war dieses große Gefühl, bei dem einem die Worte fehlen, oft mit dabei, wenn geheiratet wurde. Doch fast immer war es eingebettet in ein Koordinatensystem, an das Paare sich halten konnten und oft genug halten mußten – materielle Aspekte oder der gleiche Glaube, die soziale Zugehörigkeit und vor allem eine wechselseitige Abhängigkeit und Absicherung von Mann und Frau gegen die Forderungen des alltäglichen Daseins.

In der säkularisierten, liberalisierten und vom Wohlstand umgebenen Gesellschaft haben diese Stützpunkte weithin an Bedeutung verloren; verblieben ist die menschliche Zuwendung – die nun alles allein machen muß. „Die Ehe“, sagt Rosemarie Nave-Herz, „wird bei uns derart überfrachtet mit Erwartungen, mit immateriellen Leistungsansprüchen, daß es leicht in Überforderung umkippt.“

Zwar sind noch Rahmenbedingungen erwünscht: Treue und gegenseitige Achtung, glückliche sexuelle Beziehungen und gemeinsame Interessen gelten etlichen Untersuchungen zufolge als Grundlagen einer erfolgreichen Ehe. Langfristig aber geht es nicht ohne den inneren Kraftschluß.

„Dauerhafte Beziehungen allein auf der Basis von Emotionen aufzubauen“, sagt der Zürcher Hoffmann-Nowotny, „das hat es nie in der Geschichte der Menschheit gegeben.“ Stets und bis in die fünfziger Jahre hätten Normengerüst und gegenseitige Bedürftigkeit jene Gefühlsleere, die nicht selten der Herzenssache folgt, überbrücken können. „Man konnte zusammenbleiben, auch wenn es mit der Liebe vorbei war.“

Der wahren Liebe aber ist nun nicht nur deren wankelmütige Natur gefährlich, nicht minder auch das freiheitliche Menschenbild. Seit die Gestaltungsvielfalt herrsche, sagt Elisabeth Beck-Gernsheim, sei nicht allein „der einzelne auf immer mehr Ebenen mit Entscheidungen konfrontiert“, sondern auch der Zweierbund; „denn dann müssen bei allen Fragen, die direkt oder indirekt den Partner betreffen – vom Fernsehprogramm bis zum Urlaubsziel, von der Wohnungseinrichtung bis zur Erziehung der Kinder –, die Vorstellungen und Wünsche, Gewohnheiten und Normen gleich zweier Personen in den Entscheidungsprozeß eingespeist werden“. Die Folgen sind absehbar: „Je höher die Komplexität im Entscheidungsfeld, desto größer auch das Konfliktpotential in der Ehe.“

Für eine solche Mühsal aber braucht man nicht die Erlaubnis vom Standes-

amt, die auch nicht mehr nötig ist, um in Liebe zusammenzuwohnen. Und dieser Gedanke leitet offenbar immer mehr Paare in die nichteheliche Lebensgemeinschaft, auch wilde Ehe genannt. In Frankreich etwa hatte sich die Zahl der ungetraut in einem Haushalt Lebenden bereits zwischen 1972 und 1982 verdoppelt, in Westdeutschland sogar verdreifacht. Neuere Rechnungen gehen von rund drei Millionen Bundesbürgern aus, die wild beisammen sind.

Ehe sei eben schwerer geworden, sagt der Stuttgarter Familienforscher Professor Max Wingen, und mehr als früher komme es darauf an, „daß die Partner in ihren Eigenschaften und Vorstellungen zueinander passen“. Er vermutet allerdings auch noch andere Gründe, die der amtlichen Bescheinigung entgegenstehen: die Bestimmungen des Scheidungsrechts „über die nacheheliche Unterhaltsgewährung mit ihren nachhaltigen Auswirkungen auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse“.



„Am meisten, mein Lieber, schätze ich am Single-Dasein die persönlichen Freiräume!“

„Angst-Konkubinate“ nennen die Fachleute das, doch in den Scheidungsquoten scheinen sich die beiden Lebensweisen nicht viel zu geben. Sozialforscher gehen davon aus, daß Trennungen unter den Gesetzlosen eher noch häufiger vorkommen, und in diese Richtung weist auch eine Langzeitstudie der Universität von Wisconsin mit 13 000 Paaren. Danach ist bei Eheleuten, die vor der Heirat zusammengelebt haben, die Wahrscheinlichkeit einer Scheidung in den ersten zehn Jahren doppelt so hoch wie bei denen, die bis zur Trauung allein wohnten.

Was bleibt da noch für die freischwebende Partnerschaft, die nicht unter einem Dach stattfindet und doch aus irgendeinem Grunde und vielleicht auch der Liebe wegen entstanden ist? Unverbindlich ist schon das Wort. Partnerschaft, das bedeutet für Günter Graß nur noch „Umschreibungen eines Verhaltens zueinander, das bindungslos ist, jederzeit auflösbar, von Vorsicht diktiert. Nur nicht sich aufeinander einlassen“.

Am Anfang, wir kennen das, läßt die Himmelsmacht schweben: Ein „relativ hohes Maß an Zufriedenheit“ bei den jungen Paaren registriert eine Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts für die *Brigitte,* weist aber dann darauf hin, daß sich im Laufe der Zeit „Dissonanzen entwickeln“ und sich bei Studien mit Älteren „mehr Konflikte und Unzufriedenheit zeigen, besonders bei den Frauen“.

Die Schwelle, an der Paare sich wieder trennen, ist jedenfalls so niedrig wie nie – als sei das nach ein paar Versuchen mit Sicherheit zu schaffen: den absolut Richtigen oder die ganz und gar Passende zu finden. Schwer genug ist es ja schon, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, und sei es auch nur für eine Weile, was überhaupt richtig und passend sein könnte. Der Entzug der altbackenen Orientierungshilfen, so glaubt Jürg Willi, Schweizer Psychiater und Buchautor über die „Zweierbeziehung“, sorge eher für „eine hypothetische Freiheit“, die „oft mehr verunsichert als glücklich werden läßt“.

Wieviel Raum wohl bleibe in der selbstentworfenen Biographie mit all ihren Zwängen, fragt sich Elisabeth Beck-Gernsheim, „für einen Partner mit eigenen Lebensplänen und Zwängen? Muß der andere hier nicht zur ‚Fremderwartung‘, ja zum ‚Störfaktor‘ werden?“ Und wie oft „müssen Situationen enstehen, wo selbst bei bestem Willen auf beiden Seiten letztlich doch zwei Monaden miteinander verhandeln: die nicht ein gemeinsames Universum aufbauen, sondern ihre getrennten Universen verteidigen?“

Seltsamerweise begeben sich die Monaden oft mit höchsten Glückserwartungen in die einsame Zweierbeziehung, es geht um Qualität: „I'm okay you'd better be perfect“-Syndrom nennt das der Amerikaner William Novak, Autor des Bestsellers „The Great American Man Shortage“. Ein Mädchen hat einen Mann getroffen, beschreibt die Frauenzeitschrift *New Woman* mit sanfter Ironie diese Position, die neben der wahren Liebe noch andere Dinge in Betracht zieht – den hat sie schon immer gesucht. Aber sechs Wochen später, als jemand Betsy nach ihrem Traummann fragt, sagt sie verwundert: „Welcher denn? Ach der. Also . . .“ Wie sich herausstellt, war er „immer noch innerlich mit seiner letzten Liebe beschäftigt, befrachtet mit Unterhalt für ein Kind, schließlich doch nicht so gut im Bett, zu sehr mit seinem Beruf verwachsen, nicht erfolgreich genug – du sagst es“.

Leibhaftig erschien so jemand einer Mitarbeiterin der *Frankfurter Rundschau.* Mit Männern, die sie nur zu Dreivierteln mochte, so erläuterte da eine Psychologin in mittleren Jahren, habe sie schlechte Erfahrungen gemacht: „Ich bin eine interessante, erwachsene Frau, und so einen Partner möchte ich auch haben. Ich hab' da ein Bild im Kopf: ich bin eine Prinzessin und möchte auch einen Prinzen.“ Wie, so fragt da die Autorin Heide Soltau, der das nicht als Einzelfall erschien, „sollen eigentlich die Männer beschaffen sein, die sich diese Frauen erträumen?“

Prinz und Prinzessin müssen sich überdies in der Quadratur des Kreises auskennen. Bei der Untersuchung über die nichtehelich Zusammenlebenden für das Bonner Familienministerium stießen die Rechercheure dauernd auf zwei Wunschvorstellungen, „die im Alltag des Zusammenlebens oft schwer zu vereinbaren sind“. Einerseits legten die Paare, die sich da doch wenigstens halbwegs aufeinander eingelassen hat-

or. Mit ihm werden auch weite

Selbst wenn Sie zu jenen Fahrern gehören, die den Komfort einer großen Limousine bereits gewohnt sind, wird Sie der neue Audi 100 angenehm überraschen.

Bitte nehmen Sie nur einmal hinter dem Lenkrad Platz und sagen Sie ehrlich, wann Sie zuletzt so gut gesessen haben. Ergonomisch günstige Fahrerhaltung nennen das unsere Fachleute. Oder anders gesagt: Auch nach Hunderten von Kilometern werden Sie noch immer entspannt hinter dem Steuer sitzen.

Dazu trägt natürlich auch die hohe Laufruhe des neuen Audi 100 bei. Der hochmoderne V6 Motor mit 128 kW (174 PS) zum Beispiel arbeitet ausgesprochen leise. Und auch von anderen Fahrgeräuschen, die in vergleichbaren Wagen oft als Lärm empfunden werden, ist im neuen Audi 100 kaum etwas zu hören. Unsere Fachleute haben den Schall so aufwendig gedämpft, daß Sie auch bei höheren Geschwindigkeiten die Feinheiten eines Klavierkonzerts genießen können.

Wenn Sie also demnächst mit Ihrem Wagen verreisen möchten, empfehlen wir Ihnen vorher einen Besuch bei Ihrem Audi Partner. Wir sind sicher, daß bereits die Testfahrt für Sie zu einer Art Erholung wird.



amt, die auch nicht mehr nötig ist, um in Liebe zusammenzuwohnen. Und dieser Gedanke leitet offenbar immer mehr Paare in die nichteheliche Lebensgemeinschaft, auch wilde Ehe genannt. In Frankreich etwa hatte sich die Zahl der ungetraut in einem Haushalt Lebenden bereits zwischen 1972 und 1982 verdoppelt, in Westdeutschland sogar verdreifacht. Neuere Rechnungen gehen von rund drei Millionen Bundesbürgern aus, die wild beisammen sind.

Ehe sei eben schwerer geworden, sagt der Stuttgarter Familienforscher Professor Max Wingen, und mehr als früher komme es darauf an, „daß die Partner in ihren Eigenschaften und Vorstellungen zueinander passen". Er vermutet allerdings auch noch andere Gründe, die der amtlichen Bescheinigung entgegenstehen: die Bestimmungen des Scheidungsrechts „über die nacheheliche Unterhaltsgewährung mit ihren nachhaltigen Auswirkungen auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse".



„Am meisten, mein Lieber, schätze ich am Single-Dasein die persönlichen Freiräume!"

„Angst-Konkubinate" nennen die Fachleute das, doch in den Scheidungsquoten scheinen sich die beiden Lebensweisen nicht viel zu geben. Sozialforscher gehen davon aus, daß Trennungen unter den Gesetzlosen eher noch häufiger vorkommen, und in diese Richtung weist auch eine Langzeitstudie der Universität von Wisconsin mit 13 000 Paaren. Danach ist bei Eheleuten, die vor der Heirat zusammengelebt haben, die Wahrscheinlichkeit einer Scheidung in den ersten zehn Jahren doppelt so hoch wie bei denen, die bis zur Trauung allein wohnten.

Was bleibt da noch für die freischwebende Partnerschaft, die nicht unter einem Dach stattfindet und doch aus irgendeinem Grunde und vielleicht auch der Liebe wegen entstanden ist? Unverbindlich ist schon das Wort. Partnerschaft, das bedeutet für Günter Graß nur noch „Umschreibungen eines Verhaltens zueinander, das bindungslos ist, jederzeit auflösbar, von Vorsicht diktiert. Nur nicht sich aufeinander einlassen".

Am Anfang, wir kennen das, läßt die Himmelsmacht schweben: Ein „relativ hohes Maß an Zufriedenheit" bei den jungen Paaren registriert eine Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts für die *Brigitte*, weist aber dann darauf hin, daß sich im Laufe der Zeit „Dissonanzen entwickeln" und sich bei Studien mit Älteren „mehr Konflikte und Unzufriedenheit zeigen, besonders bei den Frauen".

Die Schwelle, an der Paare sich wieder trennen, ist jedenfalls so niedrig wie nie – als sei das nach ein paar Versuchen mit Sicherheit zu schaffen: den absolut Richtigen oder die ganz und gar Passende zu finden. Schwer genug ist es ja schon, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, und sei es auch nur für eine Weile, was überhaupt richtig und passend sein könnte. Der Entzug der altbackenen Orientierungshilfen, so glaubt Jürg Willi, Schweizer Psychiater und Buchautor über die „Zweierbeziehung", sorge eher für „eine hypothetische Freiheit", die „oft mehr verunsichert als glücklich werden läßt".

Wieviel Raum wohl bleibe in der selbstentworfenen Biographie mit all ihren Zwängen, fragt sich Elisabeth Beck-Gernsheim, „für einen Partner mit eigenen Lebensplänen und Zwängen? Muß der andere hier nicht zur ‚Fremderwartung', ja zum ‚Störfaktor' werden?" Und wie oft „müssen Situationen enstehen, wo selbst bei bestem Willen auf beiden Seiten letztlich doch zwei Monaden miteinander verhandeln: die nicht ein gemeinsames Universum aufbauen, sondern ihre getrennten Universen verteidigen?"

Seltsamerweise begeben sich die Monaden oft mit höchsten Glückserwartungen in die einsame Zweierbeziehung, es geht um Qualität: „I'm okay you'd better be perfect"-Syndrom nennt das der Amerikaner William Novak, Autor des Bestsellers „The Great American Man Shortage". Ein Mädchen hat einen Mann getroffen, beschreibt die Frauenzeitschrift *New Woman* mit sanfter Ironie diese Position, die neben der wahren Liebe noch andere Dinge in Betracht zieht – den hat sie schon immer gesucht. Aber sechs Wochen später, als jemand Betsy nach ihrem Traummann fragt, sagt sie verwundert: „Welcher denn? Ach der. Also . . ." Wie sich herausstellt, war er „immer noch innerlich mit seiner letzten Liebe beschäftigt, befrachtet mit Unterhalt für ein Kind, schließlich doch nicht so gut im Bett, zu sehr mit seinem Beruf verwachsen, nicht erfolgreich genug – du sagst es".

Leibhaftig erschien so jemand einer Mitarbeiterin der *Frankfurter Rundschau*. Mit Männern, die sie nur zu Dreivierteln mochte, so erläuterte da eine Psychologin in mittleren Jahren, habe sie schlechte Erfahrungen gemacht: „Ich bin eine interessante, erwachsene Frau, und so einen Partner möchte ich auch haben. Ich hab' da ein Bild im Kopf: ich bin eine Prinzessin und möchte auch einen Prinzen." Wie, so fragt da die Autorin Heide Soltau, der das nicht als Einzelfall erschien, „sollen eigentlich die Männer beschaffen sein, die sich diese Frauen erträumen?"

Prinz und Prinzessin müssen sich überdies in der Quadratur des Kreises auskennen. Bei der Untersuchung über die nichtehelich Zusammenlebenden für das Bonner Familienministerium stießen die Rechercheure dauernd auf zwei Wunschvorstellungen, „die im Alltag des Zusammenlebens oft schwer zu vereinbaren sind". Einerseits legten die Paare, die sich da doch wenigstens halbwegs aufeinander eingelassen hat-

ten, „größten Wert auf Gemeinsamkeiten im Tun, Fühlen und Denken“. Andererseits gehörte es „zu den zentralen Forderungen an die Partnerschaft, daß sie beiden Partnern einen größtmöglichen Freiraum gewährt“.

Das will erst gelernt sein, und weil die Fähigkeit zum Kompromiß in den dynamischen Zeitläufen immer seltener geworden ist, sollen deutliche Worte die Widersprüche klären. Ein weiterer Bereich, ermittelten die Bonner Forscher, „in dem partnerschaftliche Wertvorstellungen und die Realität des Zusammenlebens auseinanderfallen“, sei das Verlangen „nach offener Auseinandersetzung über anstehende Konflikte“.

Die „Verbalisierung von Emotionen“, so bestätigt die Oldenburger Professorin Nave-Herz, habe in den vergangenen Jahren enorm zugenommen, „bei Frauen noch mehr als bei Männern“, und besonders den Männern, so ist zu erfahren, fällt die endlose Sabbelei schwer. Sie neigen dazu, sagt die Ministeriumsstudie, „Unverträglichkeiten auszublenden und die Beziehung durch eine innere Haltung der Loyalität zu erhalten“.

Ob sich lose verbundene Einzelwesen durch die Verbalisierung tatsächlich näherkommen, ist weder den Fachschriften noch der populären Literatur eindeutig zu entnehmen. Der Frankfurter Psychoanalytiker Michael Lukas äußerte in dem Periodikum *Psychologie heute* dazu seine Zweifel – „weil ständig versucht wird, dem anderen klarzumachen, wie er eigentlich fühlt und wie er sein müßte“.

Die Chancen, vom Trend zur Singularisierung berührt zu werden, sind unterschiedlich: Stadtleben, höhere Bildung und eine günstige soziale Grundausstattung machen besonders anfällig für den unverbindlichen Umgang mit Menschen und Maßstäben und für das Risiko, auf eine Weile oder dauernd mit dem Ich unter sich zu sein. Im Arbeitermilieu des Ruhrgebiets hingegen und im ländlichen Südbaden trafen die Wiesbadener Bevölkerungsforscher in einer weiteren Untersuchung „noch häufig das traditionelle Muster“ an, wonach zum Beispiel „es selbstverständlich ist und keinerlei Begründung bedarf, daß man heiratet“.

Das Rollenverständnis von Mann und Frau hat dort nahezu ungebrochen den Umsturz überstanden, und darüber, wer nun was erledigt, wird nicht lange verhandelt. Seitensprünge etwa werden keinesfalls als kleine Unfälle oder unvermeidliche Geschehnisse im Zuge der Selbsterfahrung betrachtet.

„Ach nä“, sagt da im Kohlenpott eine Mutter von zwei Kindern über die modernen Zeiten, „wenn man jetzt so inner Ehe streitet, und man sächt mal, dat funktioniert nich mehr, muß man vorn Richter. So – im Endeffekt jetzt das Gröbste, wat et gibt, ne. Und so, wenn man eben so zusammenlebt, kann man eben sagen, hör mal, dat geht nich mehr, wir tun uns eben, wir trennen uns nur'n bißchen, mal kucken, ob wir Abstand gewinnen und ob dat dann wieder funktioniert. Dat kann man inner Ehe nich. Da kann man nich einfach sagen, hör mal, ich hör' jetz mal auf, ich spiel' jetz mal nich mehr Ehe, ich bin jetz mein eigener Mensch.“

Wer in Hamburg oder Frankfurt wohnt, kann sich über solche Antiquitäten nur wundern, und im Berliner Akademikermilieu oder unter den arrivierten Angestellten in Münchner Vorstädten trafen die Rechercheure so etwas kaum noch an. Dort „ist das Modell von ‚temporärer Partnerschaft‘ für viele zu einer praktizierbaren Vorstellung“ geworden, und der „wichtigste Trennungsgrund besteht in dem Auseinanderstreben der jeweiligen Lebenswege und -entwürfe“.

Jene Frau „inner Ehe“ und diese temporär Gestimmten – sie sind Teile eines komplizierten Puzzles, in das sich Privatleben binnen weniger Jahrzehnte zerlegt hat. Voraussetzung waren ein jäher Wandel des Sozialklimas von temperierter Bürgerlichkeit zu weitreichender Permissivität, die Abkehr von einengender Norm und die Hinwendung zur Autonomie. Die Ausbreitung des Wohlstands und der Anstieg des Bildungsstandes boten das Bedingungsgefüge für diese Wendung; Schubkraft verliehen ihr die Frauenbewegung und die Liberalisierung der Sexualmoral.

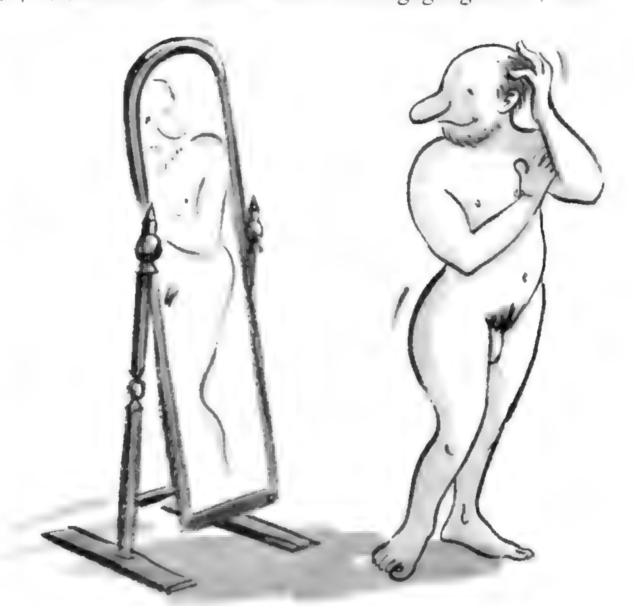
Die wissenschaftlichen Streifzüge durch diese gesellschaftliche Landschaft und sozialpsychologische Deutungen hinterlassen noch manchen weißen Flecken. Und selbstverständlich erfaßt die Draufsicht nicht alle Individualität, verwischen sich dabei leicht die Nuancen des mitmenschlichen Umgangs. Dem Raster entgehen Paare, die sich umeinander bemühen und auch den jeweils anderen finden möchten, ebenso wie die intakte Familie, die mit sich zufrieden ist und die es ja auch noch gibt, oder jene, die durchs Leben geschoben werden und am Ende nicht wissen, was mit ihnen geschehen ist.

Eine allgemeine Verbreitung neuer Handlungsmuster und Daseinsentwürfe aber ist unverkennbar, und nicht zu übersehen sind die Pluralisierung der Lebensformen und die Auflösung familiärer Verbände in Teilbeziehungen, zunehmende Vereinzelung und wachsende Distanz zueinander.

Auffälligste Folgeerscheinung ist vorerst der Single – ein untauglicher Sammelbegriff für eine überaus verschiedenartige Gruppierung. Da ist das Heer der Geschiedenen und Beziehungsgeschädigten jeglichen Alters, es sind Kontaktarme und Eigenbrötler, betagte Witwen und verbissene Workaholics, wohl viele, die den Partner einfach nicht finden, und welche, die aus Überzeugung allein bleiben. Und darunter ist mancher mit einer selbstgefertigten Single-Philosophie, weil das Solistenleben dann leichter zu tragen ist.

Mit dem lustigen Single-Leben ist es, wie etliche Untersuchungen zutage förderten, nicht so weit her. Nach allem, was man wisse, sagt Rosemarie Nave-Herz, „ist der Bekanntenkreis gar nicht derart groß“ und die muntere Clique keineswegs die Regel.

Und daß die Mehrheit der Singles aus freier Wahl hervorgegangen ist, darf



bezweifelt werden. Mehrheiten bekunden statt dessen, wenn sie befragt werden, daß sie gern einen festen Partner hätten. Klappt es dann anscheinend, stellt sich womöglich wieder das autonome Ich in den Weg und bereitet die Trennung vor – ein sich selbst fütternder Prozeß.

Natürlich gibt es den fidelen Single, der sich jeden Tag zum Alleinsein gratuliert und die Freiräume, die niemand sonst hat, auf das schönste ausstaffiert. Doch das Wohlbefinden des Solisten hängt ganz entschieden von der Kommunikation mit anderen ab – womit heutzutage nicht erst die Singles ihre Not haben. Wer sich niemandem mit-

teilen kann, dem fehlt es am Einfachsten: „Du hattest einen fabelhaften Tag bei der Arbeit“, zitiert *Newsweek* einen Betroffenen, „und das möchtest du loswerden, aber du hast niemanden, dem du es sagen kannst. Oder du hattest einen schlechten Tag, und alles, was du möchtest, ist jemand, der seine Arme um dich legt.“

Dann bleibt vielleicht nur noch der Griff zum Hörer. Weil „die Gesellschaft immer mehr versingelt“, erklärt ein leitender Mann der Berliner Telefon-Seelsorge, nähmen die fernmündlichen Hilferufe dramatisch zu. Das Gros seiner Anrufer ist zwischen 30 und 45, zu zwei Dritteln sind es Frauen, viele gehören zur Mittel- und Oberschicht, und so manch einer ist wohl bei der Entfaltung des Selbst einsam abgestürzt.

Am schlimmsten, dichtete Erich Kästner, ist die Einsamkeit zu zweit, aber so recht zu beneiden sind jene frei Umherschweifenden offenbar auch nicht. Singularität, das belegen vor allem amerikanische Untersuchungen, kann durchschlagen auf Leib und Seele. Alleinstehende, so heißt es, sind anfälliger für psychische wie körperliche Beschwerden. Unterstellt, der Mensch sei ein soziales Wesen, zieht Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny einen Strich darunter, „dann würde das heißen, daß wir von dieser anthropologischen Grundausstattung her doch auf etwas dauerhaftere Beziehungen angewiesen sind, um psychisch gesund zu sein“.

Überraschen kann das niemanden, und wer nicht schon selbst genug abgekriegt hat, muß sich nicht lange umblikken, um den Bruch aus all der Auflösung vor Augen zu haben. Und es gibt keinen Hinweis darauf, daß diese Singularisierung gebremst wird oder gar Ehe und Familie wieder die frühere Stabilität gewinnen könnten. Schon der demographische Trend zu immer weniger Geburten müßte der Vereinzelung entgegenkommen, nicht zu reden vom veränderten Menschenbild.

Die Familie von ehedem, prophezeit der kanadische Professor Edward Shorter, Verfasser etlicher Standardwerke, werde über kurz oder lang „durch das freischwebende Paar ersetzt“, das „dramatischen Spaltungen und Fusionen ausgesetzt ist und ohne die kreisenden Satelliten pubertärer Kinder, enger Freunde oder Nachbarn“ lebt. Einige seiner Kollegen rechnen mit einer weiteren Zunahme der Beziehungsexperimente, mit wechselnden und ziemlich labilen Lebensformen.

Die Zeit der „ewigen Wahrheiten“ einer bürgerlichen Gesellschaft, sagt der Wiener Rosenmayr, sei „für immer vorbei“, und er kann sich etwas Gutes dabei denken: eine bessere, nicht mehr von starren Normen begrenzte Qualität der Beziehungen, Kommunikation auf ausgesuchtem und daher adäquatem Niveau, die „Familie à la carte“ zum Beispiel. Und dann wären die Orientierungsschwächen, die das Leben und zumal das gemeinsame nun so mühsam machen, nur Merkmale eines Übergangs. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny in Zürich allerdings hält es für denkbar und meint das „durchaus nicht zynisch“, daß „die autistische Gesellschaft, in der ein hohes Maß an Freiheit und Individualität verwirklicht erscheint, den Höhepunkt und zugleich das Ende unserer Geschichte darstellt“ und sich einfach aussterben läßt.

Erst einmal sieht es so aus, als werde der Anstieg auf die Höhen vorrangig mit den Ellenbogen bestritten. „Selbstbehauptung und Selbstverwirklichung bilden das hervorstechendste Trendmerkmal“, beschreibt der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter den jüngsten Stand einer Langzeitstudie der Universität Gießen. „Egozentrische Züge prägen das neue Selbstbild“, ein „moderner Narzißmus“, und in dieser Eigenliebe unterscheiden sich die Älteren zwischen 35 und 60 gar nicht mehr so sehr von den Jüngeren – wie noch Mitte der siebziger Jahre.

„Wir können uns diese Lebensstile erlauben“, sagt Hoffmann-Nowotny, und er möchte, „kritisch betrachtet, von einer Art Verarmung im Wohlstand reden“. Zur kritischen Betrachtung gehört dann vielleicht die Frage, ob nicht auch Menschen, deren größter denkbarer Zusammenhang sie selber sind, sich in wechselseitiger sozialer Abhängigkeit voneinander befinden – so seltsam das manchem erscheinen mag.

Vor den Bedrohungen des Lebensraumes, die sich vor allem die hochentwickelten Bewohner des Globus zugezogen haben, macht der Kult um die eigene Person schon etwas nachdenklich. Und wenn nun, wie Konrad Lorenz glaubte, die Zeit ist, in der Noah Segel setzen würde, kommen Zweifel auf an der Mannschaft, die gemeinsam das Tuch hochbringen müßte. Ganz aussichtslos muß die Sache nicht sein: falls dieser Job richtig Spaß macht oder sich dabei nicht nur ein Segel, sondern auch noch das Ich entfalten läßt.

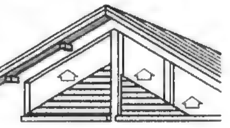
Aufs Spiel setzt Narziß jene Erlebniswerte, auf die das Individuum dem Vernehmen nach ziemlich angewiesen ist: die Freude am Genuß des anderen, die Spiegelung der eigenen Gestalt im Gegenüber. Vorerst nicht ausgeräumt ist schließlich die Vermutung, daß es tief im Verborgenen eine Sehnsucht nach verläßlichen Beziehungen gibt und der einzelne, wie der Schweizer Psychiatrieprofessor Jürg Willi einwirft, „nicht so einmalig und unabhängig“ ist, „wie das in den letzten Jahrzehnten gesehen werden wollte“: Sein Seelenleben sei „weit mehr mitmenschlich verflochten, als es viele wahrhaben möchten“.

Eine geradezu boshafte Idee hat jüngst der Konstanzer Sozialforscher Michael Wehrspaun vorgetragen. Da ja nun nicht mehr von vorgegebenen Maßstäben bestimmt werde, „was in der alltäglichen Praxis eine autonome Person ausmachen soll“, führe die Suche nach dem Selbst zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß dies nichts weiter sei als eine selbstgebastelte Figur.

So stehe denn „der in der Wendezeit lebende Mensch vor der Aufgabe, die Konstruktion seiner Identität in dem Bewußtsein voranzutreiben, daß er dabei an einer Konstruktion arbeitet“, und „keine einmal gefundene Lebensform ist vor der Infragestellung sicher“. Wo bleibt dann die Verwirklichung? ◀

„Willst Du, Hans-Rudolf, Dir die Treue halten in guten wie in schlechten Tagen…?“

Rolläden für schräge Fenster



Der nach Maß in schwäbischer Wertarbeit gefertigte Schrägrolladen **Studio Star** kann einfach und problemlos nachträglich in allen asymetrischen Fenstern, mit stumpfen oder spitzen Winkeln, mit schwachen oder starken Rundungen montiert werden. Der **Studio Star** aus hochwertigen Aluminium-Lamellen, reflektiert 98 % der Sonnenstrahlung, schließt lichtdicht, ist kombinierbar mit normalen Rolläden und kann in allen Farben geliefert werden. Der **Studio Star** macht Schluß mit Hitzesstau, trotzt Schnee, Hagel und Sturm und erschwert selbst Einbrechern das Handwerk.

Schanz GmbH · Schulstraße 80
W-7275 Simmersfeld
Tel.: 07484/1071 · Fax: 07484/1073

Für 2,50 DM Miete pro Tag elektronisch frankieren!

So wenig kostet dieses moderne Postamt im eigenen Büro. Und wer sich später zum Kauf entschließt, erhält noch einen so hohen Prozentsatz verrechnet, daß die tatsächliche Tagesmiete geringer war, als das Porto für einen einzigen Standardbrief. Prospektversand an:

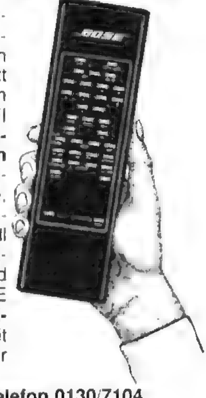


Stielow FR-35 · Postfach 2020
W-2000 Norderstedt · Tel.: 040/52301-337

OPTIK-AKUSTIK FASZINATION

Die HIFI-Anlage in einer Hand!

Die einzigartige Addition fortschrittlichste BOSE-Technologien in einem weltweit neuen Musiksystem machen den Schritt in die nächste Generation von Musiksystemen möglich: HIFI Stereo endlich **überall im ganzen Raum und im ganzen Wohnbereich**. HIFI-Klangqualität endlich bei **jeder** Lautstärke, einfachste Bedienung und Steuerung des Systems von überall nach überall, unsichtbare Plazierung in der Einrichtung und individuell ausbaufähig. BOSE präsentiert: **DAS BOSE' LIFESTYLE MUSIC SYSTEM.** Mit weniger werden Sie nie mehr zufrieden sein.



Gebührenfreie Infos unter Telefon 0130/7104

Auf den Punkt gebracht

Der LisaPen Laserpointer lenkt mit seinem brillanten Laserstrahl die Aufmerksamkeit immer auf das Wesentliche. Obwohl nur so groß wie ein Kugelschreiber, ist der Laserpointer das ideale Präsentationswerkzeug bei Ausstellungen, Besprechungen, Seminaren, Veranstaltungen und Vorträgen. Eingeschaltet wird der LisaPen, der durch sein exklusives Design besticht, über einen leicht erhobenen Microschalter, der auch im Dunkeln leicht zu finden ist. Hochwertige Qualitätskomponenten garantieren eine lange Lebensdauer des Laserpointers. Zwei handelsübliche Batterien reichen für einen kontinuierlichen Betrieb von mehr als acht Stunden. Informationen über den Laserpointer erhalten Sie bei

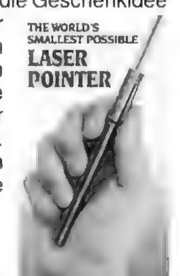


LISA laser products OHG
Max-Planck-Straße 1 · W-3411 Katlenburg-Lindau
Tel.: 05556/5032 · Fax: 05556/1815

Photokina '90 Köln

Exklusiv bei S3R: Laser-Pen Pointer

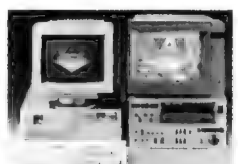
Der kleinste Laser Pointer der Welt wiegt nur 30 Gramm plus Batterien. Geeignet als Zeigestab bei Vorträgen und Seminaren, die Geschenkidee für Manager. Der Laser Pointer ist in Schwarz, Gold oder Titan lieferbar sowohl an Endkunden als auch Händler. Sogar die Gravur Ihres Firmenlogos oder Ihres Namens ist möglich. Bestellen Sie den kleinsten Laser Pointer der Welt heute bei:



S3R M. Reich
Sternstraße 10
W-8580 Bayreuth
Tel.: 0921/9556 · Fax: 0921/93577

Neue VGA-Videokarte von Oehlrich & Distler

Die VGA-Videokarte gestattet erstmals die flimmerfreie Übertragung von PC-Grafiken und Texten in ein Broadcast-RGB-Video-Signal. PC-Grafiken und Animationen können mit der Karte, die sich für alle Multimedia-Anwendungen von der Präsentation bis zur AV-Produktion eignet, auf einem normalen TV-Gerät betrachtet oder auf Videorecorder aufgezeichnet werden. Alle PC-Programme sind auf der VGA-Videokarte lauffähig. Nähere Informationen erhalten Sie:



Oehlrich & Distler
Tel.: 09131/54648
Fax: 09131/54648

Internationaler Medienmarkt '90 München

Computer Based Training von BIP INFO SA

"Ihr Unternehmen kann alle Herausforderungen meistern, denn Ihre Mitarbeiter können alle Probleme lösen. Vorausgesetzt, daß Sie eine gezielte, dynamische Ausbildung erhalten. Denn gut ausgebildete und regelmäßig trainierte Mitarbeiter sind die wichtigste Basis für die erfolgreiche Lösung zukünftiger Unternehmens-Aufgaben." Unter diesem Motto entwickelte BIP computerunterstützte Trainings-Programme (CBT). Diese moderne Ausbildungsmethode ermöglicht eine qualitativ und quantitativ hervorragende Ausbildung in kürzester Zeit. BIP stellt für Ihre Bedürfnisse die effizienteste Methode vor

BIP INFO SA, 2016 Cortaillod/Schweiz · Tel.: CH-038/424070 · Fax: 038/421258

SECURITY '90 Essen

DS Sicherheitsdraht-System

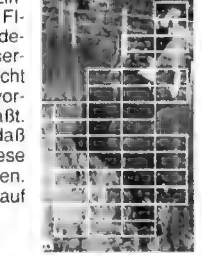
Das DS-Sicherheitsdrahtsystem ist eine durch Europa-Patent geschützte Spezialentwicklung. Der Verband der Sachversicherer e.V. Köln hat dieses System als Alarmdurchbruchmelder zur Überwachung von Tresorwänden, Fußböden, Decken und Lüftungskanälen zugelassen. Das System wird in Betrieb genommen und bleibt ständig eingeschaltet, ist fehlalarmfrei und unempfindlich gegen Erschütterungen und Witterungseinflüsse. Durch diese Eigenschaften wird das System auch als Zaunüberwachung mit Übersteig- und Unterkriechschutz eingesetzt. In zwei Fällen konnte es sogar auf den Polizei-Notruf geschaltet werden.



Schulz GmbH · W-3107 Hambühren
Tel.: 05084/57-0 · Fax: 05084/57109

DATACET - Sicherheit aus einer Hand

DATACET ist eine der wenigen Firmen, die Sicherheits-Komplett-Lösungen anbietet. Hausalarme werden erst dann ausgelöst, wenn sich der Einbrecher im Haus befindet. Mit FIBRE-TEC wurde ein Freigeländesicherungssystem auf Glasfaserdrahtbasis mit Laser/Infrarotlicht entwickelt, welches sich in alle (vorhandenen) Zäune integrieren läßt. Die Preise wurden gesenkt, so daß sich jetzt auch Privatleute diese Anlagen erstellen lassen können. Prospektmaterial erhalten Sie auf Anfrage.



DATACET W-4156 Willich 4
Tel.: 02156/3041 · Fax: 02156/40329

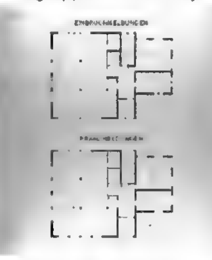
MBB mit PERKOS: Neuheit auf der Security

Mit grossem Erfolg präsentierte MBB auf der Security 90 das Perimeterkontrollsystem PERKOS. PERKOS bietet intelligente Zaunüberwachung neuester Technologie mit besonderen Leistungsmerkmalen luft- und raumfahrterprobte Sensorik in verdecktem Einbau, hohe Detektionssicherheit bei sehr niedriger Fehlalarmrate durch adaptive Signalbewertung, automatisch und manuell steuerbare Empfindlichkeitsstufen sowie zyklische Selbsttestfunktionen. Als Messeneuheit wurde die PERKOS-Sensorsäule mit integrierter Hochleistungskamera, Infrarotbeleuchtung und pyroelektrischer Sensorik vorgestellt.

MBB Energie- und Industrietechnik
Leit- und Datentechnik
Postfach 801180
W-8000 München 80

Neuheiten von Hübschmann

Neu zur Security '90 wurde von Hübschmann GmbH, Hersteller von Alarm- und Störmeldeanzeigen erstmalig ein Tableau mit verspiegelter Oberfläche vorgestellt, das nur im Alarmfall den dahinter liegenden Grundriß ausleuchtet. Die Ansteuerung des Tableaus erfolgt mit neuen, adernsparenden Baugruppen, die aus jeder beliebigen Zentrale mit V24 Schnittstelle erfolgen kann. Eine Überwachung auf Drahtbruch und Kurzschluß ist grundsätzlich vorhanden. Hiermit wird ebenso den hohen Sicherheitsbestimmungen in Bereichen mit Öffentlichkeitszugang sowie architektonischen Anpassungen Rechnung getragen.



Hübschmann Sicherheitstechnik GmbH
Maybachstr. 52, W-8500 Nürnberg 70
Tel.: 0911/422096 · Fax: 0911/417358

DST stellt neue, hochauflösende Nachtsichtgeräte für Polizei- und Sicherheitsdienste vor.

Die Bildverstärker-Brille BM 8028, ausgestattet mit Tragemaske, ist speziell für Beobachtungsaufgaben oder Arbeit in fast völliger Dunkelheit vorgesehen. Mit einem Sehfeldwinkel von 48°, Dioptrienanpassung, einem Focusbereich von 25 Zentimeter bis unendlich und hoher Bildauflösung ist das Gerät für alle Arten von Einsätzen geeignet. Beispielhaft können hier verdeckte Objekt- oder Personenobservationen bei Nacht, Fahrten auf unbeleuchteten Geländen oder Reparaturarbeiten bei schlechten Sichtverhältnissen genannt werden. Mit der Bildverstärker-CCD-Videokamera MXRi sind Anwendungen unter fast allen Lichtverhältnissen möglich. Das Gerät bietet integrierte Objektivregelung, elektronischen Kurzzeitverschluß (ca. 1 µs bis 20 ms), Überbelichtungsschutz sowie eine Auflösung von 604 x 576 Pixel und gestattet brauchbare Bilder bereits ab 1µ Lux. Als Messeneuheit wurde das Nachtsicht-Handglas UP 1040 mit autonomer Stromversorgung (Piezoqarz) vorgestellt, das eine Beobachtung mit erstaunlicher Bildqualität möglich macht. Informationen erhalten Sie bei



DST Deutsche System-Technik GmbH
W-2800 Bremen · Tel.: 0421/42870 · Fax: 0421/404660

„Wenn die Bomben fallen ...“

Während der Countdown am Golf weiterlief, drohte George Bush daheim in Washington ein bitterer Verfassungsstreit. Knapp zwei Wochen vor dem Ablaufen des Uno-Ultimatums versuchte der Kongreß, den Präsidenten am Losschlagen zu hindern: Die Parlamentarier verlangten Mitsprache über Krieg und Frieden.

Der Schock über die Gewißheit, George Bush werde Saddam Hussein notfalls mit Gewalt aus Kuweit vertreiben, stand dem demokratischen Senator Patrick Leahy ins Gesicht geschrieben. Mit bedrückter Miene entschlüsselte Leahy wartenden Journalisten vorigen Donnerstag, was führende Kongreßmitglieder aus einer Unterredung mit dem Präsidenten herausgehört zu haben glaubten: Die Frage sei nicht mehr, „*ob* es zum Krieg kommt, sondern *wann*“.

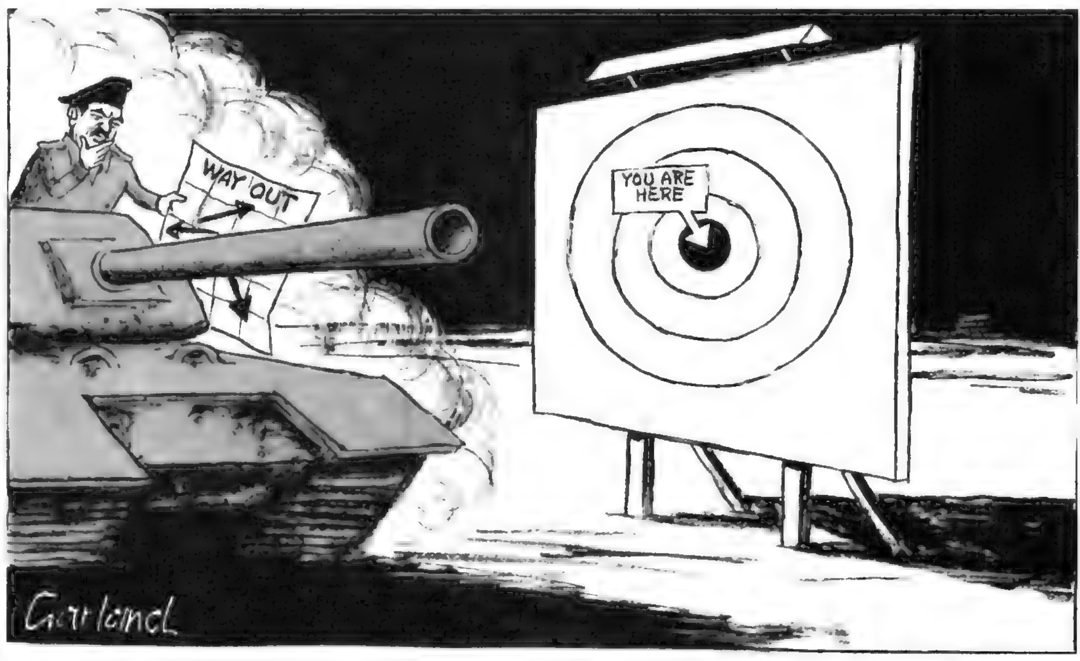
Gleichermaßen ernst beschrieb der demokratische Mehrheitsführer im Senat, George Mitchell, die tiefe Meinungskluft zwischen George Bush und der demokratischen Mehrheit im Kongreß. Nur die beiden Kammern des Parlaments, darauf bestand Mitchell, dürften einen Krieg erklären; Bush müsse sich daher vor der Eröffnung von Feindseligkeiten am Golf das Einverständnis der Abgeordneten und Senatoren geben lassen: „Es wäre verfassungswidrig und äußerst unangemessen, wenn der Präsident die Nation in einen Krieg führte, ohne sich auf mehr als seine eigene Autorität zu stützen.“

Doch der Präsident beharrte auf seinem Standpunkt, als Oberkommandierender der Streitkräfte notfalls auch ohne die Zustimmung der Volksvertreter losschlagen zu können. „Wir konnten ihn nicht von unserer Auffassung überzeugen, er uns nicht von seiner“, so Mitchell.

Knapp zwei Wochen vor Ablauf des Ultimatums am 15. Januar, während sich der Uno-Generalsekretär und die EG-Außenminister, sowjetische Parlamentarier und arabische Staatschefs noch einmal zu Friedensmissionen in letzter Minute aufrafften, tat sich für George Bush zu Hause in Washington ein gefährlicher Widerspruch zwischen Exekutive und Legislative auf.

Nach außen gab sich der Präsident ungebrochen in seinem Willen, die Iraker notfalls mit Gewalt aus Kuweit zu werfen. Zugleich aber mußte er einsehen, daß er sein Land in bitteren Streit, ja sogar in eine schwere Verfassungskrise stürzen würde, wenn er sich im Alleingang zum Krieg entschlösse.

Über die Feiertage hatten die Parlamentarier in ihren Heimatstaaten die Zweifel vieler Wähler an der Notwendigkeit einer schnellen militärischen Entscheidung zu hören bekommen, obwohl Umfragen noch immer eine Mehrheit für die Golfpolitik des Präsidenten zeigen. Bush, der mit martialischen Drohungen einen wochenlangen Nervenkrieg gegen Saddam Hussein geführt hatte, um den Iraker zu zermürben, hatte mit seiner Rhetorik paradoxerweise die eigenen Bürger mindestens genauso erschreckt wie den Gegner. Sogar sein wichtigster Verbündeter im Senat, der republikanische Minderheitsführer Robert Dole, warnte nach der Rückkehr vom Heimaturlaub plötzlich vor einem übereilten Angriff: Er habe „ein Gefühl im Bauch“, sagte er, daß die Amerikaner noch nicht vom Krieg überzeugt seien.



The Independent

So befand sich der Präsident in der schwierigen Lage, daß ihm zwar der Uno-Sicherheitsrat für die Zeit nach dem 15. Januar freie Hand für militärische Schläge gegen den Irak gewährt hat, der Kongreß ihm aber möglicherweise nicht folgen wird. Auch die Ankündigung, Außenminister James Baker sei zu einem Treffen mit dem iraki-



US-Präsident Bush (M.), Kongreßmitglieder*: „Wir konnten ihn nicht überzeugen"

und Beschränkungen zu verwässern, um dem Kriegsherrn Bush Fesseln anzulegen.

Besteht dagegen das Weiße Haus auf seiner bisherigen Meinung, daß Bush als Oberkommandierender der Streitkräfte auch ohne Einverständnis des Kongresses in den Krieg ziehen dürfe, scheint eine Verfassungskrise unausweichlich. Schon im Dezember hatte Verteidigungsminister Richard Cheney mächtige Kongreßmitglieder in Wut versetzt, als er den Streitkräfteausschuß des Senats belehrte, was immer Bush am Golf vorhabe, bedürfe „keiner zusätzlichen Ermächtigung durch den Kongreß".

Die überwiegende Mehrheit amerikanischer Verfassungsrechtler ist anderer Meinung. Anders als der englische König, der Kriege nach Gutdünken führen könne, fungiere der US-Präsident nur als Oberkommandierender, hatte US-Gründervater Alexander Hamilton 1788 den Verfassungsentwurf der Vereinigten Staaten erläutert; Kriege zu beschließen sei allein Sache des Kongresses.

Rund 200mal hätten die USA militärische Gewalt angewandt, nur fünfmal habe es eine Kriegserklärung gegeben, widersprach der Präsident. Doch dabei handelte es sich vornehmlich um kleinere Interventionen oder um Überraschungsschläge wie zuletzt in Panama. Vor einem umfassenden Krieg gegen den Irak aber bliebe in jedem Fall genug Zeit, um die Autorisierung des Kongresses einzuholen.

Statt den Kongreß zu umgehen, sollte sich Bush nach Meinung von Verfassungsexperten ein Beispiel am Präsidenten Dwight D. Eisenhower nehmen. Als er 1954 während des Indochinakriegs zum Eingreifen auf seiten Frankreichs gedrängt wurde, beschied Eisenhower die Falken: „Amerika wird in keinen Krieg verwickelt werden, solange diesem Krieg keine Kriegserklärung des Kongresses im Rahmen der Verfassung vorangeht."

Mit „Konsultationen", wie Bush sie den Parlamentariern versprochen hat, haben seine demokratischen Widersacher schlechte Erfahrungen gemacht: Nachdem der Präsident am 8. November beschlossen hatte, die Zahl der US-Soldaten am Golf zu verdoppeln, ließ Verteidigungsminister Richard

schen Außenminister Tarik Asis in der Schweiz bereit, vermochte die Kriegsangst vieler Parlamentarier nicht zu dämpfen.

Den Entschluß, nach dem 3. Januar nicht mehr zu direkten irakisch-amerikanischen Gesprächen bereitzustehen, hatte die Regierung Bush damit zwar aufgehoben, um, wie Präsidenten-Sprecher Marlin Fitzwater mit Blick auf den Kongreß meinte, dem Frieden „eine letzte Chance" zu geben. Von seiner harten Haltung aber wich der Präsident nicht ab: „Keine Verhandlungen, keine Kompromisse, keine Versuche, das Gesicht zu wahren, und keine Belohnungen für Aggression." So steht es auch in einem Brief Bushs an Saddam Hussein, den Baker seinem irakischen Kollegen nun am Mittwoch in Genf übergeben will.

Bei vielen Kongreßmitgliedern verstärkte Bush damit den Eindruck, dem Duell mit dem Feind geradezu entgegenzufiebern. Alarmiert hatte die demokratische Parteispitze schon vor ihrem Besuch im Weißen Haus im Fernsehen mit angesehen, wie Bush bei einem Interview mit dem britischen Journalisten David Frost in Kreuzzugsstimmung geriet. Saddam Hussein beschimpfte er als „Aggressor, Diktator und Vergewaltiger Kuweits", von einer Kriegsermächtigung durch den Kongreß hielt er nichts.

Doch ein Alleingang Bushs, konterte Mitchell, sei „nicht mit den demokratischen Prinzipien, auf denen unsere Gesellschaft basiert, zu vereinbaren". Schon bevor der neue, im November gewählte Kongreß am 3. Januar eingeschworen wurde, hatten die demokratischen Parlamentsführer vorgesorgt: Entgegen der Tradition vertagten sich die Repräsentanten und Senatoren nach der konstituierenden Sitzung nicht wieder bis Ende Januar; droht der Ausbruch eines Krieges, möchten Mitchell und der Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas Foley, ihre Gefolgsleute sofort zu Krisensitzungen einberufen können.

Vor Bakers Rückkehr aus Europa wollten Mitchell und Foley eine Debatte allerdings vermeiden: Sie befürchteten, vor aller Welt ein Bild amerikanischer Uneinigkeit zu bieten und Saddam Hussein dadurch in seinem Glauben zu bestärken, Amerika sei nicht willens, die Opfer eines Krieges auf sich zu nehmen. Die Opposition hätte dadurch den Vorwurf auf sich gezogen, Bush ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Krise einen Dolchstoß in den Rücken versetzt zu haben. Gegen den Willen demokratischer Senatskollegen würgte Mitchell deshalb vorigen Donnerstag eine Grundsatzdebatte vorsichtshalber ab.

Die Anregung des Präsidenten, der Kongreß möge doch einfach die Uno-Resolution vom 29. November bekräftigen, barg ebenfalls Gefahren: Demokratische Kriegsgegner wie die Senatoren Edward Kennedy und Bob Kerrey könnten die Gelegenheit nutzen, eine derartige Entschließung mit Zusätzen

* Demokraten Thomas Foley, George Mitchell am Donnerstag im Weißen Haus.

Cheney den Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat, Sam Nunn, in einem Restaurant ans Telefon holen und stellte ihn vor vollendete Tatsachen. So ähnlich könnten die Kongreßführer auch vom Kriegsausbruch erfahren. „Wenn die Bomben erst mal fallen, kriegen die wie gewöhnlich ihre Telefonanrufe", kündigte ein Bush-Mitarbeiter an.

Sogar Parteigänger des Präsidenten wittern angesichts solcher Unbekümmertheit politische Gefahren. Werde der Kongreß nicht gefragt und ziehe sich der Krieg gegen Saddam Hussein hin, „dann wird es schwere Nachbeben geben", prophezeite der republikanische Senator John McCain letzte Woche. Spätestens dann könnte eine aufgebrachte Mehrheit im Kongreß gar zum letzten Mittel greifen und, wie der demokratische Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus Richard Gephardt drohte, die Mittel für den Krieg sperren.

Doch auch für die Demokraten steht viel auf dem Spiel. Denn wenn Bush trotz Widerstands aus dem Kongreß schnell über Saddam Hussein triumphieren würde, „werden uns die Wähler nie mehr ins Weiße Haus lassen", gab der New Yorker Abgeordnete Stephen Solarz zu bedenken. Seinen Parteifreund Ernest Hollings ließ das kalt: „Kuweit ist nicht das Leben eines einzigen amerikanischen Soldaten wert."

„Nur seichtes Zeug ist erlaubt"

SPIEGEL-Interview mit dem amerikanischen TV-Moderator Ted Koppel über Golfkrise und Fernsehen

Koppel, 50, leitet das ABC-Fernsehmagazin „Nightline" und gilt als einer der angesehensten US-Journalisten.

SPIEGEL: Mr. Koppel, wird das Fernsehen einen Krieg am Persischen Golf mit all seinen Schrecken live in die amerikanischen Wohnzimmer übertragen, oder wird die Regierung versuchen, Kamerateams von den Schlachtfeldern fernzuhalten?

KOPPEL: Das hängt davon ab, ob es eine förmliche Kriegserklärung gibt oder nicht. Nur eine Kriegserklärung gäbe der Regierung ein Recht zur Zensur. Deshalb konnten die Präsidenten Johnson und Nixon während des Vietnamkriegs die Medien nicht so kontrollieren, wie das zum Beispiel während des Zweiten Weltkriegs geschah. In Vietnam wurde ein Krieg geführt, der niemals erklärt worden war.

SPIEGEL: Bei den Invasionen in Panama und Grenada gab es Zensur aber auch ohne Kriegserklärung.

KOPPEL: Richtig. Die Offiziere, die in Vietnam Hauptleute und Majore waren, sind heute Generale und Admirale. Bei vielen von ihnen sind die Ressentiments von damals gegen die Medien noch sehr wach. Sie werden alles versuchen, der Presse solche Freiheiten wie in Vietnam nicht mehr einzuräumen.

SPIEGEL: Weil zuviel Öffentlichkeit das Kriegführen erschwert?

KOPPEL: Ich war 1967 das ganze Jahr über in Vietnam. Wir hätten nie in dieser Weise über den Krieg berichten können, wenn das Militär uns nicht so ungewöhnlich unterstützt hätte. Wir wurden mit Hubschraubern in die Schlacht geflogen und wieder ausgeflogen, wir konnten sehen und filmen, was wir wollten. Am Golf wird es eine solche Zusammenarbeit zwischen Militär und Medien nicht geben.

SPIEGEL: Wird die Berichterstattung schon jetzt behindert?



Fernsehstar Koppel: „Hunger auf solide Nachrichten"

KOPPEL: Was Regierung und Militär uns vom Golf zu senden erlauben, ist seichtes Zeug. Die Moderatoren dürfen die GIs fragen: „Wie heißt du, wie alt bist du, wo kommst du her", und die Soldaten grüßen die Heimat: „He, Mama, mir geht es gut." Das ist alles. Aber wenn Journalisten, wie wir vor ein paar Wochen, zu den Kommandeuren gehen und sagen: „Wir haben Briefe bekommen, wonach die ärztliche Versorgung vollkommen unzureichend ist, wir würden uns das gern mal im Feld anschauen" – dann hört jede Bereitschaft auf.

SPIEGEL: Halten Sie als Fernsehmann die Zurückhaltung der Militärs für berechtigt?

KOPPEL: Die Motive kann ich verstehen, aber als Journalist lehne ich jeden Zensurversuch ab. Es ist in diesem Land sehr schwierig, Informationen über einen längeren Zeitraum zu unterdrücken, weil nicht nur die Presse, sondern auch die Bevölkerung traditionell von ihrem Recht auf freie Information ausgeht. Unweigerlich beginnt irgendwann etwas durchzusikkern. Die Soldaten schreiben nach Hause, und die Eltern geben die Berichte an die Presse weiter.

SPIEGEL: Aber in den ersten und vielleicht entscheidenden Kriegstagen könnte die Regierung die Amerikaner im dunkeln halten?

KOPPEL: In den ersten Kriegstagen und vielleicht sogar, je nach Kriegsverlauf, während der gesamten Dauer der einleitenden Luftangriffe werden die Fernsehzuschauer praktisch nichts zu sehen bekommen. Aber unsere Regierung und unsere Militärs sollten ihre Feinde nicht unterschätzen. Wenn ich Saddam Hussein wäre, würde ich amerikanische Fernsehteams nach Bagdad einladen und ihnen sagen: „Wenn eure Seite euch nicht zeigt, wie es hier aussieht, dann zeigen wir es euch". Und natürlich wird er versuchen,

sche Leben in dem Wüstenstaat abrupt zum Stillstand gekommen. Zwar wußte der Monarch aus der Dynastie der Haschemiten die Mehrheit des nicht aus Palästina stammenden Bevölkerungsteils hinter sich, doch das Massaker isolierte ihn gegenüber den arabischen Nachbarstaaten so sehr, daß im Land nur wenige Politiker bereit waren, sich mit dem Regime öffentlich zu identifizieren.

Nur die damals noch mitgliederschwache fundamentalistische Moslembruderschaft, ein Ableger der in Kairo beheimateten Mutterorganisation gleichen Namens, die den Sturz aller arabischen Regierungen und die Wiedererrichtung des sunnitisch-islamischen Kalifats auf ihre Fahnen geschrieben hatte, biederte sich bei dem ins Abseits geratenen König als Partner an. Und Hussein griff nach dem Strohhalm.

Der jordanische Staat ließ zu, daß Moslembrüder in Schulen und Universitäten missionierten und in der nächsten Phase unter Rechtsanwälten, Ärzten und Kaufleuten Anhänger warben. Nur die Armee war für die Eiferer tabu, das hatte sich der König ausbedungen.

Neuen Massenzulauf bekam die Korantruppe 1982, als im laizistischen Nachbarland Syrien die bloße Mitgliedschaft in der Organisation mit Todesstrafe geahndet wurde und die „Verteidigungsbrigaden" des Präsidentenbruders Rifaat el-Assad in der Stadt Hama 30 000 Gläubige niedermetzelten, die einen Aufstand gegen das Regime gewagt hatten.

Jeden Dienstag unterweisen seither Moslembrüder in Hunderten von Moscheen in allen Landesteilen Jordaniens Anhänger und Sympathisanten im rechten Umgang mit dem Koran. Mohammed Abd el-Rahman Chalifa, Chef der jordanischen Moslembruderschaft, war daher gut gerüstet, als König Hussein vor zwei Jahren – auf Druck seines unzufriedenen Volkes – eine allmähliche Liberalisierung einleitete, freie Wahlen ansetzte und politische Parteien zuließ. „Die haben einfach eine bessere Nase gehabt", ärgerte sich der linke Politschriftsteller Abd el-Dschawad Salih, „die Sozialisten und die Palästinenser nahmen die Wahlen nicht ernst, weil sie Hussein soviel Mut nicht zutrauten."





Hussein, Parlamentspräsident Arabijat: Triumph der Eiferer



So errangen die Moslembrüder im November 1989 bereits im ersten Anlauf 22 der 80 Parlamentssitze – die Mandate unabhängiger Sympathisanten noch gar nicht mitgezählt. Und am 18. November 1990 feierten die Frommen ihren bisher größten Triumph: Sie brachten einen prominenten Kampfgenossen ins Amt des Parlamentspräsidenten, den pensionierten Staatssekretär des Gesundheitsministeriums Abd el-Latif Arabijat.

Was die Wahl so brisant machte: Arabijat gilt als Mitglied des Führungsgremiums von „Hamas", jener radikalen islamischen Untergrundorganisation, die in den israelisch besetzten Gebieten, in letzter Zeit aber auch im israelischen Kernland selbst, einen blutigen Kampf gegen den Judenstaat führt – in Konkurrenz zur weltlichen PLO.

„Min el-bahr lil-nahr", „Vom (Mittel-)Meer zum (Jordan-)Fluß" lautet der Schlachtruf der ständig erstarkenden Hamas. Sie sieht das Konzept des PLO-Chefs Jassir Arafat, neben Israel einen Palästinenserstaat zu bilden, als „Verrat am Islam und am Blut unserer Märtyrer" an. Die Moslembruderschaft, den Hamas-Kämpfern artverwandt, will die „Befreiung des ganzen islamischen Palästina" und verdammt die westliche Militärpräsenz am Golf.

„Viele Scheichs sind nur Volksverführer und Terroristen", klagt der palästinensische Revolutionsdichter Mahmud Darwisch. „Sie benutzen die von ihnen bisher verschmähte Demokratie nur, um an die Macht zu kommen, um anschließend alle Andersdenkenden aus dem Weg zu räumen." Und: „Sieht denn der König nicht, daß er zum Zauberlehrling geworden ist?"

Doch unter dem Druck der öffentlichen Meinung scheute Arabiens dienstältester Staatschef die Konfrontation mit den Islam-Politikern und setzte auf Beschwichtigung. Sieben Ministerposten überließ er den Moslembrüdern und ihnen nahestehenden „unabhängigen Moslems", darunter die für Erziehung und Justiz. Ein für ihn gefährliches Spiel – gerade über das Erziehungsressort, so hoffen die jordanischen Zeloten, „werden wir kommende Generationen auf Allah statt auf den König einschwören". ◀

de von Menschenleben aufs Spiel setzen sollte. Wofür eigentlich? Weil sonst der Benzinpreis um 20 oder 50 Cent ansteigt?

SPIEGEL: Wie groß ist denn überhaupt die Chance, politische Überzeugungsarbeit per Fernsehen zu leisten?

KOPPEL: Der vorsätzliche Versuch führt meist den entgegengesetzten Effekt herbei. In der Teheraner Geiselkrise vor elf Jahren zum Beispiel schätzten beide Seiten die Wirkung des Fernsehens falsch ein: Präsident Carter glaubte, er könnte die Geiselfrage benutzen, um seinem damaligen innerparteilichen Herausforderer Ted Kennedy im Fernsehen die Schau zu stehlen. Ajatollah Chomeini glaubte, er könnte das Fernsehen benutzen, um in Amerika einen Volksaufstand gegen die Regierung zu entfachen.

SPIEGEL: Verkalkuliert sich Saddam Hussein jetzt auch, wenn er glaubt, die Amerikaner würden ihrem Präsidenten im entscheidenden Augenblick die Gefolgschaft verweigern?

KOPPEL: Auch Saddam Hussein kann keine Ängste manipulieren: Wie kam seine Show mit den Geiselfamilien an? Gewann er dabei, oder verlor er? Kurzfristig schadete er seinem Image eher, als er dem kleinen englischen Jungen die Wangen tätschelte. Langfristig bewirkte er mit seiner Inszenierung gar nichts.

SPIEGEL: Ist das Fernsehen als Medium nicht immer in Gefahr, das Unmittelbare mit dem Bedeutungsvollen zu verwechseln? Und trägt es damit nicht eher zur Verwirrung als zur Aufklärung bei?

KOPPEL: Ja. Das Fernsehen bläst auf. Mit einer Story der erste zu sein schmeichelt unserem journalistischen Selbstwertgefühl mehr, als die Story richtig einzuordnen. Es gibt aber einen Unterschied zwischen Tatsachen und Wahrheit. Wir befassen uns mit den Tatsachen, die Historiker versuchen, der Wahrheit auf den Grund zu kommen.

SPIEGEL: Die Politiker beschuldigen das amerikanische Fernsehen, jede inhaltliche Argumentation auf Schlagworte, die berüchtigten 10-Sekunden-Sound-bites, zu reduzieren.

KOPPEL: Es ist eine symbiotische Beziehung. Politiker und TV-Journalisten leben voneinander. Die Politiker haben recht, wenn sie das Fernsehen dafür tadeln, daß es nur die Sound-bites bringt. Aber wenn die Politiker sich untereinander darauf verständigen würden, substantielle Debatten zu versuchen, statt jeden Abend ein interessantes Foto oder ein wirkungsvolles Schlagwort in den Nachrichtensendungen zu plazieren, würde sich auch der Gehalt des Fernsehens ändern.

SPIEGEL: Nach seiner Niederlage im Präsidentschaftswahlkampf gegen Bush beklagte sich Michael Dukakis, er habe für die meisten seiner Argumente nicht mehr als acht Sekunden Zeit gehabt. Er machte das Fernsehen für sein Scheitern mitverantwortlich. Führt diese Art der Berichterstattung das US-Fernsehen nicht in eine Sackgasse?

KOPPEL: Wenn Sie 8-Sekunden-Aussagen weiter verkürzen, ist irgendwann der Punkt erreicht, wo die Zuschauer sagen: „Hört euch diesen Quatsch an, das ist nicht mehr zu ertragen.“ Sie haben genug Alternativen, um den Hunger auf solide Nachrichten zu stillen.

SPIEGEL: Man hat Sie einmal den „Kardinal der Medienkirche“ genannt. Fürchten Sie nicht manchmal, daß Ihre Kommentare ein Eigenleben annehmen, in dem aus Worten politische Wirklichkeit wird?

KOPPEL: Diese Gefahr besteht. Vielleicht läßt sich das Verhalten von George Bush in der Golfkrise auch als eine Reaktion auf eines der unsinnigen Etikette erklären, die ihm im Wahlkampf 1988 angeklebt wurden. Jedermann nannte ihn damals einen „Schwächling“. Das blieb an ihm haften und schmerzte ihn sehr, weil Bush in der Vorstellung groß geworden ist, ein Kriegsheld zu sein, ein Kämpfer, der sich nie um eine Auseinandersetzung gedrückt hat. Ist Bush deshalb entschlossen, vor aller Welt zu beweisen, daß Saddam Hussein ihm nicht ungestraft Dreck ins Gesicht werfen kann? Ich hoffe nicht, aber ich bin nicht so sicher. Solche Medienerfindungen haben manchmal eine dauerhafte Wirkung, die sich nicht immer absehen läßt.

SPIEGEL: Der Kongreß hat bisher die große Debatte über den amerikanischen Einsatz am Golf vermieden. Ist das Fernsehen zum Ersatz für parlamentarische Debatten geworden?

KOPPEL: Es wird zum Ersatz, wenn die Politik ihre Pflicht nicht erfüllt. Der Kongreß hat sich vor seiner Verantwortung gedrückt. Die Volksvertreter müssen sich aber damit auseinandersetzen, ob die Vereinigten Staaten in den Krieg ziehen sollen oder nicht – wir im Fernsehen können es nicht für sie tun.

Jordanien

Frühe Saat

Moslembrüder in der Regierung – König Hussein ging eine gefährliche Allianz ein.

Allahs Wort hat euch den Sieg beschert“, frohlockte der Greis auf der hölzernen Kanzel. Die Gläubigen in der Großen Moschee im winkligen Stadtkern der jordanischen Hauptstadt Amman knieten nieder und dankten dem Schöpfer für den Erfolg.

Im nordwestjordanischen Irbid erfreute der prominente Islam-Aktivist Hamam Saïd Hunderte von Studenten mit der Verheißung: „Die Befreiung Jerusalems ist wieder ein Stückchen näher gerückt.“ Da stimmten einige der von der frohen Botschaft ergriffenen Zuhörer eine islamische Dankeshymne an, die nach ein paar Takten zu einem drohenden Crescendo schwoll.

Die Predigt in Amman und der Gesang in Irbid waren Ausdruck des neuen Selbstwertgefühls militanter Moslems, die im Jordanien des vom Golfkonflikt in seinem Überleben bedrohten Königs Hussein mittlerweile zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen sind. Gelingt es Hussein nicht, den Vormarsch der Koran-Strategen zu stoppen, könnte das für eine nahöstliche Friedensregelung wegen seiner Schlüssellage zwischen Israel und dem Irak so wichtige Jordanien ins Lager der radikalen Israel-Gegner driften – mit unabsehbaren Konsequenzen für die Völker der nahöstlichen Krisenregion.

Nach wochenlangem Tauziehen beugten sich der König und sein Ministerpräsident Mudar Badran dem Druck der Fundamentalisten: Seit Jahresanfang hat Jordanien als einziger Araberstaat Moslembrüder als Minister in der Regierung. „Die Saat wurde früh ausgestreut“, klagte ein jordanischer Regierungsvertreter, „doch wer weiß schon, wann aus einem Setzling eine Palme wird?“

Nach dem „Schwarzen September“ 1970, als König Husseins Beduinenarmee die palästinensischen Kampfverbände zusammenschoß, die Jordanien für sich haben wollten, war das politi-

Moslemische Gläubige in Amman, König





McDonald's-Imbiß in Moskau: „Ansturm der konservativen Welle"

neue Volksdeputierte ihrem Unmut Luft machen konnten, mußten die Direktübertragungen der Debatten rasch eingestellt werden – weil die Arbeiter in ihren Betrieben nicht von Fernseh- und Radiogeräten wegzubringen waren.

Beim letzten Volksdeputierten-Kongreß Ende Dezember war auch dieses Strohfeuer erloschen. Eine Umfrage der Zeitung *Gudok* erbrachte nur noch Antworten wie: „Ich will gar nicht wissen, worum es da geht" oder „Ich werde sofort den Fernseher abstellen". Die Parlamente, gerade erst mit Macht und Widerspruchsgeist ausgestattet, stellen sich dem Volk nur noch als entbehrliche Schwatzbuden dar, deren aufdringliche Selbstdarstellung auf allen Kanälen den TV-Abend ruiniert.

Als der Kongreß die Seilschaften und Gruppierungen durchzählen ließ, die sich mangels organisierter Parteien und entsprechender Parlamentsfraktionen innerhalb der letzten anderthalb Jahre konstituiert haben, kamen die Statistiker neben der nach wie vor stärksten Gruppe KPdSU (730 Mitglieder) auf 18 Abgeordneten-Kartelle: vom mächtigen Konservativen-Bündnis „Sojus" (561 Mitglieder) bis zum kleinen Häuflein eingeschriebener Sozialdemokraten (19). Die Anträge auf Zulassung von 22 Parteien wurden vom Justizministerium insgesamt abgelehnt.

Zuwenig hat die Revolution von oben zu verändern vermocht, um die Masse der Lohnempfänger und Konsumenten zu ihren entschiedenen Parteigängern zu machen. Zuviel jedoch hat sie bereits ins Pendeln und Trudeln gebracht, als daß die Nutznießer der Nomenklatur noch länger hätten darauf vertrauen dürfen, der Modernisierungsschub würde ausgerechnet um ihre Pfründe einen Bogen machen.

Mit der allgemeinen Desillusionierung wuchs das ambivalente Gefühl von ohnmächtiger Wut und beklommener Resignation. Das hoffnungslose Auseinanderklaffen von Worten und Taten, die Heillosigkeit einer einst als heil gepriesenen Gesellschaft sind zwar dank Gorbatschow nun öffentlich eingestandene Wahrheiten geworden. Doch statt reformerische Energien freizusetzen, provoziert die neue Einsicht inzwischen nur noch neue Variationen der bereits vor Lenin berühmten russischen Lebensfrage: „Was tun?"

Während die nichtrussischen Sowjetrepubliken auf Distanz zu den Moskauer Modernisatoren gingen, erst einmal lange unterdrückte Nationalismen auslebten und damit den anhaltenden Glauben erzeugten, jenseits der Union liege die Erlösung auch von allen ökonomischen Übeln, fehlte Rußland, dem Kernstaat, zunächst eine solche konsensstiftende Kraft.

Unter den Trümmern der zerbrechenden Zwangssolidarität kam erstaunlich unversehrt der alltägliche Anarchismus dieses Volkes hervor, dem die Angst zwar nicht mehr im Nacken, aber noch in den Knochen sitzt.

Auf das rauhere sozialpolitische Klima in Rußland reagierten in dieser Gemengelage von alter Furcht und neuen Freiheiten nichtrussische Minderheiten als erste: Juden und Sowjetdeutsche etwa mit forcierter, fast panikartiger Auswanderung; andere kleine Völker mit Sündenbock-Erfahrung wie Krimtataren, Karatschaier und Osseten mit entschiedenen Autonomie-Forderungen.

Die in den kaukasischen und baltischen Republiken um sich greifen-



Pamjat-Kundgebung in Moskau: „Kampf gegen Tel Aviv"

„Umstellen auf Wasser und Brot“

Soziale Not, Wirtschaftskrise und politische Flügelkämpfe bescherten der Sowjetunion „Weimarer Verhältnisse“: Michail Gorbatschows Predigten haben ihre Überzeugungskraft verloren, seine Sondervollmachten greifen nicht. Schlägt jetzt die Stunde der Rechten, mit denen er sich zu einer „Allianz der Vernunft“ verbündete?

Die schwadronierenden Waschmittelverkäufer der Düsseldorfer Firma Henkel hatten dem Bier der holländischen Brauerei Heineken eifrig zugesprochen. Das trübte den Blick auf die sowjetische Realität. In einem Moskauer Hotel ließen sie ein übers andere Mal den „Sieg des Kapitalismus in Rußland“ hochleben.

Das ist eine Fehleinschätzung, der nicht nur die deutschen Saubermänner erlagen. Während die Sowjetunion jeden Tag einem Staatsbankrott näherzutreiben scheint, zieht es immer neue Scharen potentieller Konkursgewinnler aus dem Westen mit magnetischer Kraft nach Moskau.

Südkoreanische Konzerne wollen Mütterchen Rußland rasch noch verkabeln, amerikanische Unternehmer millionenfach Satelliten-TV und „Reader's Digest“ in jede Hütte schaffen, Computerhersteller aus Japan das Rechenbrett endgültig aus den Buchhaltungen verbannen. Der US-Konzern General Electric spendete die Glühbirnen für eine geschmückte Tanne im Staatswarenhaus Gum, unter dessen Glaskuppel sich immer mehr Devisen-Lädchen einnisten – und rühmte sich einer bedeutenden „Rolle bei der Rückkehr des Weihnachtsfestes nach Moskau“.

Ämter, die Ausländer mit Büro- und Wohnraum versorgen, melden schier endlose Warteschlangen. Rund 60 ausländische Banken, fast doppelt so viele wie vor Perestroika-Beginn, geben Moskau durch ihre Repräsentanzen den Anschein eines blühenden Finanzplatzes. „Alle warten wie die Geier auf die besseren Teile vom sozialistischen Aas“, spottete ein Moskauer Ökonom.



Diktator Gorbatschow: „Was tun?“

Doch fette Beute wird kaum abfallen. In der Sowjetunion „funktioniert überhaupt nichts mehr“, zürnte Rußland-Freund Friedrich Wilhelm Christians von der Deutschen Bank nach seiner jüngsten Moskau-Reise: „Das Land lebt von der Hand in den Mund.“

Oft gelingt seinen Bürgern nicht einmal mehr das: „Schon bisher haben meine Kinder nichts Zusätzliches gesehen“, schrieb die 23jährige Ljudmila aus Borissow an die *Komsomolskaja prawda*, aber wenn „nun das Leben zu Marktpreisen übergeht“, werde man „sich wohl auf Wasser und Brot umstellen müssen“. Die Briefschreiberin „haßt dieses Leben“ und denkt, von Tag zu Tag intensiver, an Selbstmord.

60 000 Sowjetmenschen haben sich im vergangenen Jahr auf diese Weise von der tristen Wirklichkeit verabschiedet. Die Suizid-Zahlen, 20 pro 100 000 Einwohner, haben fast wieder jenen Rekordgipfel erklommen, von dem sie 1984 sanft ins Tal der Perestroika-Hoffnungen abgestiegen waren.

Der wortreiche Aufbruch der sowjetischen Gesellschaft ist im Sumpf von Apparat-Interessen, bürokratischer Unbeweglichkeit, wild wuchernder Kriminalität und allgemeiner Lethargie steckengeblieben. Die Umgestaltungsvision der „Gorbatschow-Gruppe“, wie die Perestroikisten inzwischen immer häufiger vom rechten KPdSU-Flügel, aber auch von vielen Bürgern genannt werden, ist als Hoffnungsschimmer erloschen.

Die politischen Predigten des Präsidenten Gorbatschow, die seit mindestens drei Jahren über alle Probleme als angeblich gerade besonders „kritische“ oder „entscheidende“ Periode hinwegzutrösten suchten, verloren ihre Überzeugungskraft. Bloße Erneuerungsrhetorik, die des Zentrums ebenso wie der wild aufeinander schlagenden politischen Flügel im Lande, verbrauchte den letzten Rest russischer Reformbegeisterung.

Das Desinteresse an Politik erreicht nach Einschätzung sowjetischer Sozialwissenschaftler allmählich wieder das Ausmaß der depressiven Breschnew-Ära. Noch vor anderthalb Jahren, als nach erstmals halbwegs freien Wahlen



McDonald's-Imbiß in Moskau: „Ansturm der konservativen Welle"

neue Volksdeputierte ihrem Unmut Luft machen konnten, mußten die Direktübertragungen der Debatten rasch eingestellt werden – weil die Arbeiter in ihren Betrieben nicht von Fernseh- und Radiogeräten wegzubringen waren.

Beim letzten Volksdeputierten-Kongreß Ende Dezember war auch dieses Strohfeuer erloschen. Eine Umfrage der Zeitung *Gudok* erbrachte nur noch Antworten wie: „Ich will gar nicht wissen, worum es da geht" oder „Ich werde sofort den Fernseher abstellen". Die Parlamente, gerade erst mit Macht und Widerspruchsgeist ausgestattet, stellen sich dem Volk nur noch als entbehrliche Schwatzbuden dar, deren aufdringliche Selbstdarstellung auf allen Kanälen den TV-Abend ruiniert.

Als der Kongreß die Seilschaften und Gruppierungen durchzählen ließ, die sich mangels organisierter Parteien und entsprechender Parlamentsfraktionen innerhalb der letzten anderthalb Jahre konstituiert haben, kamen die Statistiker neben der nach wie vor stärksten Gruppe KPdSU (730 Mitglieder) auf 18 Abgeordneten-Kartelle: vom mächtigen Konservativen-Bündnis „Sojus" (561 Mitglieder) bis zum kleinen Häuflein eingeschriebener Sozialdemokraten (19). Die Anträge auf Zulassung von 22 Parteien wurden vom Justizministerium insgesamt abgelehnt.

Zuwenig hat die Revolution von oben zu verändern vermocht, um die Masse der Lohnempfänger und Konsumenten zu ihren entschiedenen Parteigängern zu machen. Zuviel jedoch hat sie bereits ins Pendeln und Trudeln gebracht, als daß die Nutznießer der Nomenklatur noch länger hätten darauf vertrauen dürfen, der Modernisierungsschub würde ausgerechnet um ihre Pfründe einen Bogen machen.

Mit der allgemeinen Desillusionierung wuchs das ambivalente Gefühl von ohnmächtiger Wut und beklommener Resignation. Das hoffnungslose Auseinanderklaffen von Worten und Taten, die Heillosigkeit einer einst als heil gepriesenen Gesellschaft sind zwar dank Gorbatschow nun öffentlich eingestandene Wahrheiten geworden. Doch statt reformerische Energien freizusetzen, provoziert die neue Einsicht inzwischen nur noch neue Variationen der bereits vor Lenin berühmten russischen Lebensfrage: „Was tun?"

Während die nichtrussischen Sowjetrepubliken auf Distanz zu den Moskauer Modernisatoren gingen, erst einmal lange unterdrückte Nationalismen auslebten und damit den anhaltenden Glauben erzeugten, jenseits der Union liege die Erlösung auch von allen ökonomischen Übeln, fehlte Rußland, dem Kernstaat, zunächst eine solche konsensstiftende Kraft.

Unter den Trümmern der zerbrechenden Zwangssolidarität kam erstaunlich unversehrt der alltägliche Anarchismus dieses Volkes hervor, dem die Angst zwar nicht mehr im Nacken, aber noch in den Knochen sitzt.

Auf das rauhere sozialpolitische Klima in Rußland reagierten in dieser Gemengelage von alter Furcht und neuen Freiheiten nichtrussische Minderheiten als erste: Juden und Sowjetdeutsche etwa mit forcierter, fast panikartiger Auswanderung; andere kleine Völker mit Sündenbock-Erfahrung wie Krimtataren, Karatschaier und Osseten mit entschiedenen Autonomie-Forderungen.

Die in den kaukasischen und baltischen Republiken um sich greifen-



Pamjat-Kundgebung in Moskau: „Kampf gegen Tel Aviv"



Sowjetische Kadetten bei der Revolutionsparade am 7. November 1990: „Ohne uns geht von nun an nichts mehr"

den antirussischen Stimmungen wirkten zwar immer stärker als Herausforderung eines rechten Patriotismus auf die riesige Russische Föderation. Aber dies leite nur zusätzlich Wasser auf die Mühlen der russischen Nationalisten, „die schließlich auch von der Perestroika aus ihrem Dissidenten-Dasein erlöst worden sind", gibt ein Leningrader Philosophie-Professor zu bedenken: „Das ist im Westen oft übersehen worden, und damit auch die Tatsache, daß ‚Demokraten' und ‚Westler' im antikommunistischen Lager Rußlands immer eine Minderheit waren und dies auch bis auf den heutigen Tag geblieben sind."

Jewgenij Proschetschkin, 33, der vor anderthalb Jahren in Moskau ein „Antifaschistisches Zentrum" gründete, urteilt über die Polarisierung noch schärfer: „Es gibt hierzulande nur rot oder schwarz, links oder rechts, jedoch keine Mitte. Was gestern in Rußland heilig war, wird heute schon verdammt."

Zweistellige Inflationsraten, Mangel an Konsumgütern und Lebensmitteln, drohende Arbeitslosigkeit, politische Zerstrittenheit und Koalitionsunfähigkeit aller politischen Kräfte schafften ein Krisenmuster, das nicht nur den jungen Proschetschkin an „Weimarer Verhältnisse" in Deutschland erinnert.

Als Retter aus der Not empfehlen sich zunehmend finstere Kräfte: von der antisemitisch-faschistischen Rabauken-Organisation „Pamjat" (Gedächtnis), deren militante Kader sich mit Vorliebe schwarz uniformieren und jüdisch-russischen Intellektuellen als Vorboten künftiger Pogrome schon mal Prügel anbieten, bis zu den von den Liberalen weit mehr gefürchteten „schwarzen Obristen" Nikolai Petruschenko und Wiktor Alksnis, die im rechten Parlamentarier-Verein „Sojus" den vaterländischen Ton angeben und stets in Uniform und ordenbehängt ans Rednerpult eilen, wenn es gilt, einem aus der Gorbatschow-Riege vermeintlichen Verrat und Verzicht anzukreiden.

Das außerparlamentarische Zusammenspiel von Sojus und Pamjat findet inzwischen ganz offen statt – beispielsweise im Moskauer Offiziersklub, wo sich Mitte Dezember Anhänger beider Organisationen zu Ehren des südossetischen Volksführers Dschordschija versammelten, der die Unabhängigkeit seiner Landsleute von Georgien und einen Zusammenschluß mit Nordossetien innerhalb der Russischen Föderation anstrebt.

Während der stellvertretende Sojus-Chef Anatolij Tschechojew „unsere Demokratie" für die „unaufhaltsame Desintegration des Landes" und den „Ruin der Union" verantwortlich machte, rief Pamjat-Führer Dmitrij Wassiljew die konservative Gemeinde zum gemeinsamen Kampf „gegen Tel Aviv" und eine „weltweite Freimaurer-Verschwörung" auf.

Vor dieser chauvinistischen Kulisse und angesichts einer rumorenden Mehrheit, die endlich konsumieren möchte wie die Nachbarn im Westen, sich zugleich aber weder vom Arbeitstrott der Breschnew-Zeit noch den stalinistischen Vorstellungen von Ruhe und Ordnung zu lösen vermag, vollzog sich Gorbatschows jüngster Rechtsschwenk. „Endlich hat er begriffen, daß unsere Völker eine harte Hand brauchen", freute sich ein Moskauer Etappen-General beim traditionellen Neujahrs-Besäufnis mit Kameraden: „Ohne uns geht von nun an nichts mehr."

Der Präsident hingegen wollte sein neues innenpolitisches Bündnis im engeren Mitarbeiterkreis nur harmlos als „Allianz der Vernunft" herunterspielen: Wenn die Sowjetunion überhaupt noch „international respektiert" werden und „für sich etwas durchsetzen" wolle, müsse „der Kreml handlungsfähig bleiben". Halb ironisch, halb besorgt erklärte Gorbatschow den Genossen, er habe jedenfalls nicht die Absicht, zu einer „Handpuppe" zu werden, „deren unterer Teil aus einem Uniformärmel besteht".

Wem die alten und neuen Präsidentenvollmachten – Wirtschaftspolitik per Dekret, direkte Regierungsgewalt in Moskau und notfalls auch in widerspenstigen Republiken – am Ende mehr nutzen werden, dem Amtsinhaber oder seinen rechten Prätorianern, ist noch nicht auszumachen.

Sicher scheint nur: So notwendig für einen Aufschwung die von Gorbatschow als defizitär beklagten Tugenden Disziplin, harte Arbeit, Verantwortungsgefühl und „humaner Umgang miteinander" als Massenerscheinungen wären, so unwahrscheinlich ist zugleich, daß sie sich mit Gewalt von oben entwickeln lassen.

Bereits die erste Ordnungsaktion der postdemokratischen Perestroika machte den Rückgriff auf alte Metho-

den deutlich: Zwei Tage vor Jahresende, in bester Polizeistaat-Tradition um halb drei Uhr morgens, räumte ein Miliz-Großaufgebot jene provisorische Hüttensiedlung, die seit dem 28. KPdSU-Parteitag im Juli 1990 zwischen Rotem Platz und Rossija-Hotel von Bittstellern, Obdachlosen, Protestlern, Bettlern und wahnhaften Wahrheitssuchern errichtet worden war. Alle wurden festgenommen.

„Es ging ganz schnell", erzählte später ein Augenzeuge, „wer sich wehrte, bekam eins mit dem Demokratisator." So nennt der Moskauer Volksmund die Gummiknüppel der Polizei.

Der Vorgang hatte Symbolkraft: Vom Rechtsstaat, den der Jurist Gorbatschow für Russen und Nicht-Russen bauen wollte, wird es bestenfalls flüchtige Spurenelemente geben, solange Bulldozer und „Demokratisatoren" die wesentlichen Instrumente im Umgang des Staates mit seinen aufbegehrenden Bürgern bleiben – ob sie nun, wie im Baltikum, vor den Kasernen gegen die Anwesenheit einer „Okkupationsarmee" demonstrieren oder nur, wie im sibirischen Tschita, revoltierend ihren Neujahrs-Wodka einfordern.

Doch längst ist nicht mehr sicher, ob die herkömmliche Repression von oben Auflösung und Gewaltausbrüche noch verhindern kann. Die staatliche Macht greift nicht mehr: Ihre verzweifelten Organisationsversuche in immer neuen Institutionen, die mitunter wie Gorbatschows Präsidialrat schon nach neun Monaten wieder ausrangiert werden, erinnern auffällig an die wirren Monate zwischen Februar- und Oktoberrevolution des Jahres 1917.

Gorbatschow mag sich nicht gern in der Rolle des damaligen sozialistischen Premiers Kerenski sehen, der vor den radikalen Bolschewiki schließlich die Flucht ergriff. Auf entsprechende Anspielungen in der Presse reagierte er mit tiefer Verärgerung.

Die allabendlichen Erfolgsmeldungen des KGB über ausgehobene Hamsterlager können kaum noch verhüllen, daß es fast immer Staats- und Parteifunktionäre sind, die beim Schieben, Stehlen und Durchstechen ertappt werden – jener Teil des Apparats also, mit dem sich Gorbatschow gerade wieder auf Gedeih und Verderb verbündet hat.

Kommandeure verscherbeln die Ausrüstung ihrer Truppe, Archivleiter bieten Dokumente gegen Devisen feil, Polizeioffiziere verdienen sich ihr Zubrot mit Tauglichkeitsbescheinigungen für schrottreife Kraftfahrzeuge. Handels-Mafiosi erkaufen sich innerhalb weniger Stunden ihren Reisepaß, auf den Normalbürger bis zu zwei Monate warten müssen.

Gestandene Staatsfunktionäre und Geheimnisträger sehen sich unverhohlen nach Einnahmequellen für Westgeld um – oder doch wenigstens nach beständiger Versorgung mit Westzigaretten durch Ausländer. Ihre Gehälter, selbst dann, wenn sie 600 Rubel im Monat und damit mehr als das Doppelte des statistischen Durchschnitts betragen, sind auf den Gegenwert von drei Flaschen Whisky verfallen.

Die sozialen Netze reißen schneller, als die Parlamente Nachschläge für die Ärmsten der Armen billigen und die Druckerpressen Rubel ausspeien können. Über Moskau schwebt die Drohung eines unbefristeten U-Bahn-Streiks, weil fürs nächste Gehalt der Fahrer das Geld fehlt.

Die Zeitungen veröffentlichen Lebensmittelkarten des Nachkriegsjahres 1947 zum Beweis für die Nachgeborenen, daß damals die Grundversorgung des einzelnen um das Acht- bis Zehnfache besser gewesen sei als heute. Selbst ein erklärter Marktwirtschaftler wie der Moskauer Bürgermeister Gawriil Popow ist längst wieder in die administrativen Torheiten seiner Vorgänger zurückgefallen: Um die murrenden Massen bei Laune zu halten, verbot er den fixen Händlern auf den Bauernmärkten, für ihr Fleisch zu nehmen, was der Markt zuläßt – zuletzt 35 Rubel fürs Kilo. Seitdem gilt dort ein amtlicher Einheitspreis von 15 Rubel, dafür aber gibt es kein Fleisch mehr.

Wer kann, begibt sich auf den Strich des Kapitalismus. Der reicht von der Kaufmannslehre, die ein ehemaliger Ideologie-Professor anbietet, über die Schlangen vor den amerikanischen Eß-Tempeln McDonald's und Pizza Hut bis zum sonntäglichen Kinderprogramm, in dem nun Walt Disneys trickreicher Millionärserpel Dagobert Duck den Urenkeln Lenins erklärt, daß „die Beschäftigung mit Geld eine seriöse Sache ist".

Wo die Wirklichkeit unkorrigierbar erscheint, entsann sich auch Gorbatschow alter Rezepte, um wenigstens ihre Darstellung zu schönen. Er ernannte den Medien-Hardliner Leonid Krawtschenko zum Oberaufseher von Rundfunk und Fernsehen, der einigen kritischen Sendungen prompt das „Aus" für die allernächste Zukunft ankündigte: Die Menschen, so weiß er, wollten am Abend nicht mehr mit Problemen behelligt, sondern „unterhalten werden".

Die Spitzenbürokraten versuchten, den Widerspruch zwischen angestrebtem Rechtsstaat und faktischem Rechtsruck dialektisch aufzulösen: In



Abräumen der Hüttensiedlung in Moskau*: „Unsere Völker brauchen eine harte Hand"

* Nahe dem Roten Platz am 30. Dezember 1990.

Zeiten wirtschaftlicher Not und großer sozialer Transformationen sei die „harte Hand“ vonnöten, die ja auch ein anderer russischer Reformer, der große Zar Peter I., unerbittlich eingesetzt habe.

Der Westen möge „auch bei überraschenden Entwicklungen ganz ruhig sein“, beschwichtigten sie nach dem Schewardnadse-Rücktritt, die Re-Monopolisierung der Macht „sei nur im Sinne seiner wirtschaftlichen Interessen“. Schließlich gebe es „von Chile bis Südkorea“ viele Beispiele, daß „absolute Präsidialregime mit absoluter wirtschaftlicher Liberalität durchaus vereinbar“ seien.



Reformer Jakowlew
„Müdigkeit der Demokraten“

Doch auch die gewieftesten Propagandisten wissen keine Antwort auf die Frage, warum Armee und KGB unter Gorbatschows absolutem Präsidialregime, dem die sowjetischen Volksvertreter zum Jahresende ihre Zustimmung gaben, soviel besser funktionieren sollen als bisher, wo sie durch parlamentarische Kontrolle doch nie gehemmt waren.

Ein Machtvakuum sei die Ursache des Rechtsrucks, räumen diejenigen ein, die eine Demokratie nach westlichem Vorbild anstreben. Den Autoritätsverfall ausgelöst hätten zu rasche und zu oberflächliche Umbau-Versuche einer totalitär strukturierten Gesellschaft, deren Bürger sanfte, auf Selbstregulierung setzende Staatsgewalt leicht für schwach hielten (zumal dann, wenn sie die Bäuche nicht zu füllen vermag).

Verzicht auf staatliche Härte habe die Sowjetunion an den Rand des Ruins gebracht, argumentieren dagegen jene, die das alte Kommandosystem wohl reformieren, aber nicht abschaffen wollen. Alle Veränderungen, die an die Besitzstände von Partei, Armee und Staatssicherheit rührten, seien nicht nur konterrevolutionär, sondern auch antirussisch, weil das russische Wesen seit altersher ein kollektives sei, das nicht kommerzielle, sondern moralische Kräfte entfalte.



Reformer Schewardnadse: Warnung vor Gewalt

Solche Neuauflagen der alten These vom historischen Sonderweg der Russen fördern die Angst vor fremdländischen Verschwörungen. Seit Ende des Sommers häuften sich in rechten Blättern Verdächtigungen, Gorbatschow selbst sei womöglich ein langfristig angesetzter CIA-Einflußagent. Zur Revolutions-Jubelfeier im November ließen die Sojus-Regisseure ihre Jungstalinisten von der „Vereinigten Arbeiterfront“ am Präsidenten mit Transparenten vorbeimarschieren, die seinen Ausschluß aus der Partei verlangten.

Alexander Jakowlew, langjähriger Gorbatschow-Freund und -Berater, resignierte vor den Betonköpfen der russischen KP und des russischen Schriftsteller-Verbandes, die ihn auf Versammlungen als „Juden-Knecht“ und „heimlichen Freimaurer“ angriffen. Vor Vertrauten begründete er seinen stillen Abschied vom politischen Zentrum damit, daß „Michail Sergejewitsch vor schweren Stürmen steht, in denen meine Nähe ihn nur belasten würde“.

Seitdem verfolgt er wie versteinert von seinem Sitz im Parlament aus die Tiraden der Obristen, die dem verlorenen Reich nachtrauern. Er ist für einen Botschafter-Posten in England im Gespräch – auch dies wäre eine Form der Emigration.

Für die Rücktrittserklärung des Außenministers Eduard Schewardnadse zeigte Jakowlew Verständnis: Der „Ansturm der konservativen Welle“ zeichne sich durch „Rachsucht und Unbarmherzigkeit“ aus, während die „demokratischen Kräfte bisweilen Müdigkeit und Gleichgültigkeit“ zeigten. Schewardnadse wiederholte vorigen Donnerstag seine Warnung vor Gewalt und Diktatur.

Tatsächlich warf Gorbatschow immer mehr aufklärerischen Ballast ab, während sich die radikaleren Reformer auf Boris Jelzin konzentrierten. Der Präsident igelte sich in eine Personalpolitik ein, die auf Langzeit-Vertraute und Ja-Sager setzte. Neue Gesichter wurden kaum noch in die unmittelbare Umgebung Gorbatschows vorgelassen – außer jenem Gennadij Janajew, welcher beruflich jahrelang den Funktionären das Privileg einer Auslandsreise zuzuteilen hatte, jetzt zu Gorbatschows Vize aufstieg und künftig höchstens zehn Prozent der Volkswirtschaft privatisieren möchte.

Politbüro-Mitglied Jegor Ligatschow aber versicherte schon im Sommer letzten Jahres, als er hinter die Kulissen treten mußte, seine Stunde schlage erst noch: „Ohne uns sogenannte Konservative kann es nirgendwo auf der Welt eine Umgestaltung geben, ohne die Demokratie-Schreihälse mit ihrem Spekulanten-Gefolge dagegen schon. Wir müssen nur warten, bis das Volk uns ruft.“

Die Stunde scheint da zu sein. Wer schon unter Breschnew den Aufstieg in die Nomenklatura geschafft hat, kann wieder zufrieden sein: „Konservative Positionen haben triumphiert“, kommentierte der Rechtsprofessor Wladimir Kudrjawzew die jüngste Entwicklung, „konservativ im richtigen Sinne des Wortes.“

Die Militärs, wie immer sie zu Gorbatschow stehen, sehen das offenbar ähnlich: Oberst Petruschenko erzählte jetzt einem Moskauer Rundfunkreporter, wie er unlängst zum Verteidigungsminister Dmitrij Jasow zitiert worden sei und der ihn gebeten habe, Gorbatschow doch nicht so massiv unter Beschuß zu nehmen:

„Dabei hat der Minister gelächelt und gesagt, einen Staatsstreich von Militärs wird es nicht geben, die Demokraten bringen uns die Macht auf einem goldenen Teller und sagen: Nun nehmt sie doch, wir können nicht mehr.“

Als der Journalist den Rechtsaußen um ein Autogramm bat, zeichnete der als Markenzeichen einen Panzer.

Iraks Opposition plant die Zukunft

Der Irak nach Saddam Hussein soll eine pluralistische Gesellschaft westlichen Zuschnitts werden. Darauf einigten sich 19 Oppositionsgruppen aus dem Exil im syrischen Damaskus. Die irakischen Saddam-Feinde bildeten eine Koalition aus schiitischen und sunnitischen Gruppen, Kurden, Sozialisten und Kommunisten. Sie wollen nach Saddams Fall politische Parteien „wie in Frankreich“ bilden, um „spätestens ein halbes Jahr nach der Befreiung“ allgemeine Wahlen abhalten zu können. An die Landsleute zu Hause richteten die Exil-Iraker den Aufruf: Erhebt euch gegen Saddam.

Keine Gnade für Putschisten

Griechenlands konservativer Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis mußte seinen Plan fallenlassen, die Junta-Oberen des Putsches von 1967 zum Jahreswechsel „aus Gründen der Menschlichkeit“ freizulassen. Hintergrund: Die Oppositionsparteien protestierten heftig, als der Verdacht aufkam, daß der Regierungschef einen fälligen Wechsel einlösen wollte. Mitsotakis soll mit dem Versprechen, die Obristen alsbald freizulassen, die Junta-Sympathisanten der rechtsradikalen Nationalen Politischen Union dazu bewogen haben, an den letzten zwei Parlamentswahlkämpfen nicht teilzunehmen. Junta-Anhänger stimmten daraufhin für Mitsotakis' konservative Partei und verhalfen ihr womöglich zu entscheidenden Prozentpunkten. Nun scheiterte die Initiative des Regierungschefs, 13 Putsch- und Folteroffiziere, darunter den Ex-Diktator Georgeos Papadopoulos, vorzeitig aus dem Gefängnis freizulassen. Die 1975 verurteilten Putschisten wollten von sich aus keine Gnadengesuche stellen, weil das einem Schuldbekenntnis gleichgekommen wäre.



Ex-Diktator Papadopoulos



Demonstration gegen erzwungene Arabisierung in Algier

Protest gegen Zwangsarabisierung

Mit einer Arabisierungskampagne will Algeriens Regierung den islamischen Fundamentalisten entgegenkommen, die bei den Lokalwahlen im vergangenen Juni über 54 Prozent der Stimmen gewannen und bei den bevorstehenden Parlamentswahlen ihren Erfolg wiederholen könnten: Bis 1997, so ein neues Gesetz, soll in allen Schulen allein in arabischer und nicht – wie bisher – auch in französischer Sprache unterrichtet werden, obwohl das Bildungssystem für die Umstellung gar nicht gerüstet sei. Gegen Zwangsarabisierung und religiöse Intoleranz protestierten in den vergangenen Tagen in algerischen Städten Hunderttausende. Das ehemalige Mutterland Frankreich rechnet mit einem Massenzustrom von Algeriern aus den liberalen Bevölkerungsschichten, die oft rein frankophon erzogen sind.

Militär hilft Drogen-Mafia

Perus Militär sabotiert die Zusammenarbeit des Landes mit der US-Drogenbehörde DEA. Nach Erkenntnissen der peruanischen Polizei verkauften hohe Offiziere Drogenhändlern Informationen über DEA-Operationen. Soldaten behinderten gemeinsame Razzien von amerikanischen und peruanischen Drogenfahndern und zwangen DEA-Agenten, ihre Arbeit in Peru einzustellen. Die Allianz zwischen Militär und Drogenmafia soll im November bei einem Treffen zwischen Offizieren und Rauschgift-Bossen in Uchiza beschlossen worden sein. Die US-Regierung droht nun, die US-Wirtschaftshilfe für den zerrütteten Andenstaat einzustellen. Außerdem könnte Washington ein Veto gegen weitere Kredite des Weltwährungsfonds für Lima einlegen. Peru ist der größte Coca-Produzent der Welt.



Prostituierte in Bombay

Indien: Kulturerbe gegen Aids-Gefahr

Indiens Rat für medizinische Forschung ermuntert die Prostituierten des Landes, ihre Preise zu vervierfachen, weil das „sowohl Kunden abschrecken als auch den Prostituierten ein gesünderes Leben ermöglichen“ würde. Die Behörden sorgen sich über die alarmierende Ausbreitung der Aids-Seuche: So haben sich schon 20 Prozent der 100 000 Prostituierten von Bombay infiziert. Eine Katastrophe ist nach Ansicht des Forschungsrates letztlich nur vermeidbar, wenn sich die Bürger auf die Bhagawadgita, die Bibel der Hindus, besinnen, die „Abstinenz und Mäßigung lehrt“.

„Sie täten morgen kommen wolle“

SPIEGEL-Redakteur Olaf Ihlau über Kaliningrad und die Deutschen

Gelegentlich wünscht sich der Gebietsparteichef Jurij Nikolajewitsch Semjonow, 52, es würde in seiner Domäne Kaliningrad, dem früheren preußischen Königsberg, noch weit mehr Werktätige mit jenem properen Arbeitsethos geben, wie es die „fleißigen und ehrlichen Deutschen auszeichnet“. Denn allzu viele seiner russischen Landsleute, diese Erkenntnis schöpft der gelernte Agronom aus den trüben Erfahrungen seiner Zeit als Leiter einer Sowchose, halten es mit der gemächlichen Lebensmaxime: „Die Arbeit ist kein Wolf, der in den Wald davonläuft.“

Bei den Deutschen, auch ihren russisch verfremdeten Vettern, den Sowjetdeutschen, hätte wohl selbst der Wolf Mühe, das rettende Dickicht zu erreichen. Dieser Eindruck jedenfalls hat sich bei Jurij Semjonow festgesetzt. Aber solche Bewunderung schlägt bisweilen um in moroses Unbehagen. Denn was geschieht, wenn die Deutschen in ihrem obsessiven Ehrgeiz zu tüchtig sind?

Darauf weiß der Apparatschik der alten Breschnew-Schule nur eine Antwort: Man darf eben nicht zu vielen von ihnen Gelegenheit geben, tüchtig zu sein, muß ihren Zuzug zumal zu einem Flecken dosieren, der einmal 700 Jahre lang deutscher Siedlungsraum gewesen war.

Noch vor drei Jahren lebten in der militärischen Sperrzone Kaliningrad kaum 200 Deutschstämmige. Aber die Sturmwoge der aus ihren mittelasiatischen Siedlungssprengeln nach Westen brandenden Sowjetdeutschen hat unterdessen gut 4000 von ihnen in das sowjetische Ostpreußen gespült. Auftakt zu einer Masseneinwanderung, gar zur kalten Re-Germanisierung? Erschreckt weist Jurij Semjonow derartige Gedanken zurück: „Das würde die Atmosphäre hier aufheizen, und wir schätzen die Stabilität unserer zwischennationalen Beziehungen.“

Nirgendwo im europäischen Teil des zerberstenden Sowjetimperiums gibt es eine reichere ethnische Vielfalt als in seinem westlichsten Winkel: Auf 106 Nationalitäten verteilen sich die 930 000 Bewohner des „Gebiets Kaliningrad“, das – ohne Landverbindung, getrennt durch Litauen – administrativ der Russischen Sowjetrepublik angeschlossen ist. Das Gros, gut 70 Prozent, stellen Russen, Ukrainer, Weißrussen. Sie alle sind Pioniere hier, ins Land gekommen nach der Vertreibung jener 1,2 Millionen Deutschen, die einst in diesem nördlichen Teil Ostpreußens, einer Kornkammer des Reichs, gelebt hatten.

Als die Rote Armee im April 1945 zum Sturm auf Königsberg ansetzte, lag der historische Kern der Preußen-Zitadelle schon in Schutt und Asche: Er war bei den Luftangriffen der Briten im Feuerball der Phosphorbomben verglüht.

Nach der Kapitulation – „Festungskommandant“ General Otto Lasch streckte die Waffen erst, als es auch um seine eigene Haut ging – vegetierten in den Ruinen der Stadt noch 110 000 Deutsche. Bis 1949 waren sie verschwunden – verschleppt, umgekommen, in den Westen umgesiedelt. Den Siegern diente das vormalige sowjetische Staatsoberhaupt Kalinin als Namenspatron für eine im gesichtslosen Einheitsstil neu aufgebaute „Stadt ohne Vergangenheit und Seele“ (Lew Kopelew).

So sehen das unterdessen auch Kaliningrads heutige Regenten. Der agile Bürgermeister Nikolai Chromenko, 55, würde am liebsten das widerwärtigste Monster sozialistischer Stadterneuerung in die Luft jagen, das Haus der Räte. Der Betonkoloß dräut dort, wo auf Geheiß Moskaus 1966 die Ruine des alten



Chromenko



Semjonow



Stadtchefs von Kaliningrad, Zentrum mit Domruine und Haus der Räte: „Ohne Vergangenheit und Seele“



Königsberg nach dem Luftangriff 1944: Im Feuerball verglüht

Königsschlosses als vermeintliches „Symbol des Neonazismus und Revanchismus“ weggesprengt worden war – trotz erstaunlich mutiger Proteste der Kaliningrader Neubürger, wie soeben eine Dokumentation der *Moskauer Nachrichten* belegte.

Den Traum, das Betonmonster mit Dynamit zu erledigen, wird sich Chromenko, ein Mann aus Stawropol wie der große Gorbatschow, schwerlich erfüllen können. Statt dessen werden in der Sowjetfeste wohl jene Firmen und Bankfilialen mit ihren Büros einquartiert, die Kaliningrad aus Westeuropa und Skandinavien anzulocken hofft, wenn die Stadt am Pregel nach 45 Jahren hinter Militärzäunen aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt wird, um sich zu einer Wirtschaftssonderzone zu mutieren.

Den erlösenden Kuß sollen kapitalistische Prinzen applizieren: Touristen, Wirtschaftsmanager, Bankiers. Es hat verbissener Kämpfe bedurft, ehe die Militärs sich die alleinige Verfügungsgewalt über diese Sperrzone entwinden ließen, in der 200 000 Sowjetarmisten stationiert sind – mit Blick nach Westen wie auf das Baltikum.

Immerhin ließ Moskau jetzt eine teilweise Öffnung des Sperrgebiets für ausländische Besucher zu. Bürgermeister Chromenko ist froh, wenigstens diesen Erfolg erstritten zu haben. Der Stadtchef, „ein Kind der Perestroika“, weiß nur zu gut, daß in dieser Militärprovinz „der dogmatische Wind noch verdammt kräftig weht“.

So kräftig, daß sich Zweifel auftürmen, ob aus den Plänen, die bisherige Sperrzone als Freihandelszone in eine Drehscheibe an der Ostsee zu verwandeln, so bald was werden kann. Den Beschluß, diese abgeschottete Militärenklave, mit dem Kriegshafen Baltijsk (Pillau) wichtigster Marinestützpunkt der Sowjets am Bernsteinmeer, zum „Wirtschaftssondergebiet“ umzurüsten, hatte im vergangenen Juli das Parlament der Russischen Sowjetrepublik unter Boris Jelzin getroffen.

Doch viel mehr als dieser hehre Beschluß kam bisher nicht zustande. Denn wie das ambitiöse Projekt finanziert werden soll, welche ausländischen Firmen etwa für Joint-ventures im „Industriepark Kaliningrad“ mit besonderen Steueranreizen gewonnen werden könnten, darüber gibt es kaum konkrete Vorstellungen. Und hier sind dann auf einmal die Deutschen wieder mit im Spiel, als gesuchte Berater und vermutlich auch potente Kooperationspartner.

Friedrich Wilhelm Christians zum Beispiel, der Ost-Experte unter den deutschen Spitzen-Bankiers. Während der letzten Kriegswochen war der gebürtige Westfale als Chef einer Panzer-Aufklärungskompanie durch das Samland bei Königsberg gekurvt.

Heute ficht Christians, 68, als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank für die Vision, das nunmehr sowjetische Königsberg unter gesamteuropäischen Vorzeichen gleichsam zum Scharnierstück eines neuen Verständnisses zwischen Deutschen und Russen auszuformen. Eine erbetene Expertise über die Bedürfnisse einer Freihandelszone hat Christians unlängst der Moskauer Zentralregierung vorgelegt. Und er hat sich dafür bei der *Financial Times* die bissige Schlagzeile eingehandelt, die Deutsche Bank ziehe nunmehr „in die Schlacht um Königsberg“.

Ähnliche Besorgnisse, wen wundert's, sind nun freilich auch in Kaliningrad selbst zu registrieren. Da mag es unter den 465 000 Einwohnern der Stadt nicht wenige geben, für die der Wiedereinmarsch deutschen Kapitals der Start zu einem Horrortrip wäre. „Viele fragen sich: Was wird dann in zehn Jahren sein?“ sagt die russische Architektin Ljudmila Schelepowa, die den Deutschen und ihrer Kultur ausgesprochen aufgeschlossen gegenübersteht.

So hat denn, ein wenig das Geschäft der Vergiftung von Seelen betreibend, Parteivize Alexander Sawkin jetzt vor Volksdeputierten in Moskau auf die „große Unruhe“ in Kaliningrad hingewiesen. Man befürchte, zum „Wechselgeld“ in den deutsch-russischen Beziehungen abgewertet und irgendwann einmal vom Westen „geschluckt“ zu werden. Später hat Sawkin ein Referendum über den Zuzug von Sowjetdeutschen verlangt, denn die seien „plötzlich schon alle da“.

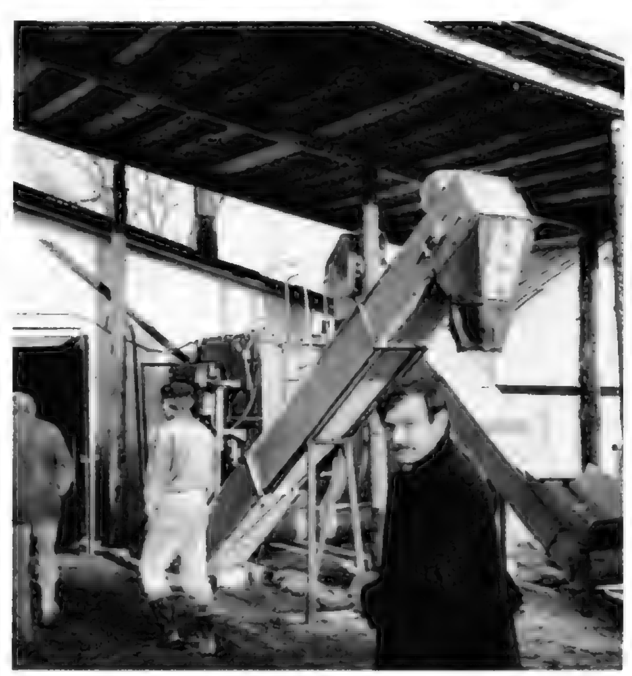
Für Bürgermeister Chromenko ist die Forderung nach einem Referendum

„diskriminierender Unsinn“. Die zwei Millionen Sowjetdeutschen seien schließlich Sowjetbürger. Damit könnten sie umziehen, wohin es ihnen beliebt. Das hört sich schön an, entspricht hingegen nicht so ganz der Realität. Der Nomenklatura von Parteiapparat und Administration stehen noch immer subtile Mechanismen der Repression zur Verfügung.

„Die Mehrheit will uns hier nicht haben“, spürt Viktor Harbach, 41, seit er mit einer Handvoll Sowjetdeutscher bei Kaliningrad eine Schweinezucht-Kooperative aufgebaut hat. Bisweilen schlägt ihm geifernder Haß entgegen.



Kulturfonds-Vorsitzender Iwanow
„Eine eigene baltische Republik“



Schweinezüchter Harbach: „Deutsche weggejagt“



Kassiererin in Museumsbunker: Preußische Wimpel

„Kulak, deutscher Kapitalist“, haben sie hinter ihm hergerufen in Romanowo, früher Pobethen, das heute ein verrottendes Dorf ist um eine Kirchenruine.

Doch der kleine, schnauzbärtige Sowjetdeutsche mit den tiefen Kerben um die Augenwinkel in einem verschmitzten Gesicht hat sich nicht kirre machen lassen. Anfeindungen ist Viktor Harbach gewöhnt: „Man will uns wirtschaftlich zusammenpressen wie überall in der Sowjetunion.“ In Duschanbe, der Hauptstadt Tadschikistans, hat Harbach mit 20 Deutschen noch eine Auto-Kooperative laufen. Die Eltern, Wolgadeutsche, waren im Krieg von Stalins Deportationsbefehl in die asiatische Steppenzone getrieben worden.

Lange Zeit hatte man mit den Tadschiken problemlos zusammengelebt. Doch seit das Fieber des Nationalismus und islamischen Fundamentalismus die Regionen des vormaligen Turkestan erfaßte, sei kein Auskommen mehr möglich, sagt Harbach: „Die Russen und auch wir Deutschen werden weggejagt.“

Der große Exodus aus dem russischen Asien führt die meisten Sowjetdeutschen bis in die Heimat ihrer Vorväter zurück: an Main, Rhein und Donau. Andere, vor allem jene in gemischten Ehen, suchen irgendwo im europäischen Teil des unruhigen Sowjetstaates Fuß zu fassen. Und da es mit der Wiederbelebung einer Deutschen Wolgarepublik offenbar nichts wird, setzen viele ihre Hoffnung nunmehr auf die „Kaliningrader Variante“.

Daß man im samländischen Romanowo auf Viktor Harbach nicht unbedingt gut zu sprechen ist, hat seine Gründe. Der sowjetdeutsche „Kulak“ setzte, kaum war der Pachtvertrag mit der Sowchose abgeschlossen, in seiner Schweinefarm nahezu die Hälfte der Belegschaft vor die Tür. Den Verbliebenen aber wurden die Gehälter um 40 Prozent auf 240 Rubel monatlich erhöht mit der Aussicht auf Gewinnbeteiligung. Harbachs Crew schaffte aus Duschanbe Lastwagen und einen Traktor herbei, kaufte Generatoren und eine neue Futteranlage. Der Tierbestand wurde aufgefrischt, er hat sich in einem halben Jahr auf 2400 Schweine verdoppelt.

„Bis jetzt haben wir 50 000 Rubel Verlust gemacht“, läßt Harbach die Risiken seines Unternehmens ahnen, das sich zudem auf keinerlei solides Gesetzesfundament stützen kann. Laut Pachtvertrag, der für die sechs Hektar Land mit Stallungen auf 50 Jahre läuft und im Falle der Einführung des Privateigentums ein Vorkaufsrecht zusichert, muß die Kooperative 120 Tonnen Schweinefleisch jährlich an die Sowchose abliefern. Harbachs Rentabilitätsschwelle liegt bei der Produktion von wenigstens 30 Tonnen zusätzlich. Denn für eine Tonne Schweinefleisch lassen sich auf dem freien Markt derzeit 20 000 Rubel herausschlagen.

Viktor Harbach neigt nicht zum Prahlen. Er sieht sich selber in einer „unklaren Situation“, würde gern aus Duschanbe seine 20 sowjetdeutschen Kumpels ebenfalls nach Kaliningrad lotsen. Aber die Behörden blocken. Sie stellen keine Wohnungen zur Verfügung, obwohl doch das Umland vollgestopft ist mit verfallenden deutschen Bauernhäusern, die sich restaurieren ließen.

„Im Land ist Platz genug, aber se lasse uns nit nei“, zürnt Viktor Hoffmann, 38, im atavistischen Dialekt seiner Vorfahren. Die hatten sich 1768 aus dem Hessischen auf den großen Treck nach Osten begeben, und ihre Nachkommen waren dann um 1900 nach Kasachstan gelangt. Hoffmann, Absolvent der Leningrader Kulturhochschule und ein streitbarer Beunruhiger, leitet in Kaliningrad einen Freizeitklub.

Als Vorsitzender der unlängst gegründeten und bereits 2000 Mitglieder zählenden „Deutschen Kulturgemeinschaft Eintracht“ sind Hoffmann unzählige Anfragen von Sowjetdeutschen vor allem aus Mittelasien zugegangen.

„Sie täten morgen kommen wolle", weiß Hoffmann. Gerade erst mußte er einen Besucher aus Alma-Ata vertrösten, der eine ganze Dorfgemeinschaft mit 800 Familien an die Ostsee führen will. Vorsichtiges Sondieren bei Kaliningrader Parteistellen stieß indes auf brüske Reaktionen. Hoffmann: „Se kreischn alle: Das gibt kei Deutschland hier."

Gleichwohl ist das Interesse an Deutschland unter Kaliningrads Bürgern immens gewachsen, finden sich erstaunliche Zeugnisse eines unbefangenen Umgangs mit der preußischen Historie dieser Stadt. „Die neue Generation ist offen und lechzt nach Kontakt mit den Deutschen", sagt Chromenko.

An den Schulen verdrängt Deutsch das Englische als erste Fremdsprache. An Zeitungskiosken, selbst an der Museumskasse im einstigen Festungsbunker des Generals Lasch, werden Anstecknadeln, Wappenschilde und Wimpel angeboten von „Prussia" und „Königsberg". Sie zeigen preußische Embleme oder die Silhouetten der Domruine und des geschleiften Königsschlosses.



Sowjetdeutsches Ehepaar Jansen: „Hier wird sich nie was ändern"

Kein Tabu mehr ist auch die Frage, ob Kaliningrad nicht wieder Königsberg heißen soll. Stadtchef Chromenko, zur Rückbenennung wohl neigend, hält eine Entscheidung jetzt für verfrüht, da sie „in der älteren Generation Negativreaktionen auslösen könnte". Doch Jurij Iwanow, 62, Vorsitzender des Sowjetischen Kulturfonds von Kaliningrad, ist da ganz anderer Meinung. Die Verquickung des Namenspatrons Kalinin mit dem stalinistischen Unrechtssystem werde ohnehin die baldige Umtaufe notwendig machen: „Die Stadt muß ihren historischen Namen wiederbekommen."

Iwanow, eine Erscheinung von geistvoller Lebendigkeit und mit weißhaarigem Löwenhaupt, sucht durch Verbindungen nach Deutschland soviel wie möglich vom Kulturerbe Königsbergs zu bewahren oder zu reimportieren. Ein Museum wird entstehen mit Werken von Simon Dach, Julius Rupp, Käthe Kollwitz. Im Herbst soll der größte Sohn der Stadt, der Philosoph Immanuel Kant, als Denkmal wieder auf seinem alten Sockel postiert werden, ein auf Initiative der *Zeit*-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff gefertigter Neuguß der Statue.

Für den Wiederaufbau der Kathedrale, den die Russisch-orthodoxe Kirche und Deutschlands Protestanten gemeinsam anstreben, werden noch 22 Millionen Mark gesucht. Da wäre es schon günstig, wenn Jurij Iwanow bald als Schatzsucher fündig würde – etwa bei der Suche nach dem legendären, in den letzten Kriegstagen verschwundenen Bernstein-Zimmer. Der Kulturbundchef ist sicher, daß die Kisten mit dem Kunstwerk noch immer in der Umgebung der Stadt verborgen ruhen.

„Irgendwann einmal", so träumt der russische Schöngeist Jurij Iwanow, „werden wir mit Königsberg eine eigene baltische Republik gründen." Deren Spezifik solle es dann sein, „daß hier alle leben können, die das wollen: Russen, Ukrainer, Balten, Deutsche".

Zumindest mit den Deutschen aber wird das noch eine schwierige Partie werden, und wie sie endet, ist schwer vorauszusagen. 140 Kilometer östlich von Kaliningrad, schon nahe der litauischen Grenze bei Nesterow (Stallupönen), sind vor einigen Monaten die Jansens mit 27 sowjetdeutschen Familien aus Kirgisien eingetroffen. Dem Vorauskommando der Umsiedler hatte die Rinder-Sowchose „Kuibyschew" im Frühsommer Privatland, Stallungen, alte Bauernhäuser versprochen.

„Nichts davon wurde eingehalten", zieht Alexander Jansen, 27, eine deprimierende Zwischenbilanz, „man will uns hier nur als gute Kolchosearbeiter haben, nicht aber als konkurrierende Privatfarmer." Hinzu kommt, daß der Monatslohn mit 160 Rubel ein sattes Drittel unter den Bezügen liegt, den die Sowjetdeutschen bei ihrer kirgisischen Kolchose „Roter Sonnenaufgang" erhielten, daß die verwohnten Unterkünfte besseren Hundehütten gleichen.

Noch will Alexander Jansen nicht aufstecken. „Irgendwann muß sich doch auch in der Landwirtschaft das Privateigentum durchsetzen", glaubt er. Doch Jansens Frau Ella, 30, eine abgehärmte Kindergärtnerin mit rotbraunem Lockenkopf, hält diese Hoffnungen für Gaukelei.

„In diesem Land wird sich nie was ändern", sagt sie. Und sie plädiert dafür, wie die meisten ihrer Freunde schon mal die erforderlichen Papiere vorzubereiten – für die Weiterreise nach Deutschland.

Albanien

Erde der Väter

Tirana ermuntert die griechische Minderheit zur Flucht, Athen wird mit dem Ansturm nicht fertig.

Am Neujahrstag rief Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis zur Krisensitzung. Generalstabschef Ioannis Veryvakis erhielt den Befehl, sofort das Kommando an der nordwestlichen Grenze zu übernehmen.

Die Armee sollte den Flüchtlingen helfen, die zu Tausenden Albanien verließen. Über 3000 Menschen kehrten allein zwischen dem 29. Dezember und Silvesterabend dem Land der Skipetaren panikartig den Rücken.

Fast alle Flüchtlinge sind ethnische Griechen, die seit Jahrhunderten in Südalbanien leben und nun aus Furcht vor einem Pogrom im Mutterland Zuflucht suchen; sie erwarten, daß die von Staats- und Parteichef Ramiz Alia eingeleitete Demokratisierung scheitern und in einen Bürgerkrieg ausarten könnte.

Die christlich-orthodoxen Griechen bilden die größte Minderheit unter den 3,2 Millionen Albanern, von denen 73 Prozent Moslems sind. Athen schätzt die Zahl der Volksgriechen im Nachbarland auf 400 000, die offizielle albanische Statistik weist nur 59 000 aus.

Um die Bevölkerungsstruktur der überwiegend von Griechen bewohnten

südlichen Region des Landes zu ändern, hatte Tirana jahrzehntelang eine Politik der Zwangsumsiedlung in den Norden getrieben. Die unterdrückten Griechen betrachteten sich als die „einzigen Sklaven in Europa“. Fluchtversuche endeten oft tödlich. Elektrisch geladener Stacheldraht erschwerte den Grenzübertritt zu Lande. Patrouillenboote sperrten die Seewege, Suchscheinwerfer tasteten nachts von der Hafenstadt Saranda aus die Meerenge zur nahen griechischen Insel Korfu ab.

Athen wurde nicht müde, die Repression anzuprangern und auf Reisefreiheit zu drängen. Völlig überraschend gab Staatschef Alia nach: Vom 18. Dezember an ließen die albanischen Soldaten ihre griechischen Landsleute ungehindert nach Süden passieren. Folge einer neuen Liberalisierung war die Grenzöffnung wohl kaum, eher sah das albanische Regime eine Gelegenheit, sich der ungeliebten Minderheit ein für allemal zu entledigen.

Von Tirana aus schwärmten Spitzel aus und heizten die Fluchtabsichten an. Griechenland werde schon bald seine Grenzen schließen, verbreiteten sie. Im Demokratisierungsprozeß, so hieß es, werde für die Minderheit kein Platz mehr sein. Oder aber Tiranas Emissäre suchten mit einer goldenen Zukunft zu locken: Griechenland teile den Flüchtlingen Ackerland, Wohnungen, Autos und Fernsehgeräte zu.

Auf den Flüchtlingszustrom war die griechische Regierung kaum vorbereitet. Schulen, Internate und Hotels in der Grenzregion waren schnell überfüllt, der Nachschub an Verpflegung stockte.

Für Athen hat sich die Einwanderung ohnehin zu einem schwierigen Problem entwickelt. „Griechenland, das früher ein Arbeiter-Ausfuhrland war, hat sich zu einem Aufnahmeland entwickelt“, stellte die Athener *Eleftherotypia* fest. Mehr als 300 000 Gastarbeiter halten sich im Lande auf, nur jeder sechste legal. Etwa 100 000 Flüchtlinge, meist Iraner und Iraker, warten in türkischen Lagern nahe der Grenze auf die von Schleppern organisierte Einreise.

Seit den Umwälzungen in Osteuropa und auf dem Balkan kommen auch Polen, Rumänen und Bulgaren. Etwa 50 000 Polen reisten als Touristen ein – und blieben. Mitte November konnten hungernde Bulgaren nur mit Mühe an der Grenze abgewiesen werden. Gegen den Zuzug der Auslandsgriechen aber kann Athen sich kaum sperren.

Um die Landsleute in Albanien von der Flucht abzuhalten, strahlten Radio und Fernsehen vorige Woche abschreckende Bilder von den Lebens- und Wohnverhältnissen in Griechenland aus. Die Albanien-Griechen, so die Botschaft, sollten „moralischen und psychologischen Widerstand“ zeigen und zu Hause bleiben.

Ministerpräsident Mitsotakis möchte den Strom jetzt durch persönliches Eingreifen stoppen. Nach einem Besuch bei Alia am kommenden Wochenende in Tirana will er den Griechen in Südalbanien Geduld predigen und sie zum Ausharren auf der „Erde ihrer Väter“ bewegen.



Albanische Flüchtlinge in Griechenland: „Die einzigen Sklaven in Europa“

USA

Nase abgeschossen

Hinter Aids-Epidemie und Drogen-Welle vermuten schwarze Amerikaner einen Genozidversuch durch die weiße Mehrheit.

Interessant“ fand der schwarze TV-Talkmaster Arsenio Hall die These, die sein Gast, der ebenfalls schwarze Rap-Musiker Kool Moe Dee, gerade erläutert hatte. Die kühne Behauptung des Popstars, daß die Seuche Aids Teil einer gegen Schwarze gerichteten „Kampagne zur Säuberung Amerikas“ sei und wirksame Medikamente, obwohl längst entwickelt, deshalb nicht zugelassen würden, reizte Hall nicht einmal zur Nachfrage, woher diese Weisheit stamme.

Warum auch? Kool Moe Dee hatte schließlich nur wiederholt, was Millionen Schwarzer ohnehin glauben: Amerikas weiße Mehrheit habe sich gegen Schwarzamerika verschworen; sowohl die Aids-Epidemie als auch die Welle von Drogen und Gewalt in den Gettos seien Teile eines lange geplanten Völkermords.

Der schwarze Publizist William Raspberry berichtet, auf Vortragsreisen durchs Land komme unweigerlich der Augenblick, in dem seine schwarzen Zuhörer die Frage stellten, ob „ich an eine Verschwörung gegen das schwarze Amerika glaube“. Der New Yorker Aids-Experte Ronald Johnson bestätigt, daß nicht nur „Schwarze mit bescheidenem Einkommen, sondern die Mittelklasse, die Bessergestellten – alle“ den Verdacht hegen, die afroamerikanische Minderheit sei gezielt mit dem Immunschwäche-Virus infiziert worden.

„*Sie* haben alles getan, um uns zur Strecke zu bringen, indem *sie* unsere Männer zur Strecke bringen“, klagte etwa die schwarze Professorin Vivian Gordon bei einem New Yorker Symposium über die Lage der schwarzen Männer in New York. „*Sie*“ steht in den Wahnvorstellungen für alle Gegner: die von weißen Wertvorstellungen geprägte US-Gesellschaft, die Washingtoner Regierung, die CIA, das FBI.

Es sei „gefährlich für Amerika“, wenn eine „große Gruppe Bürger überzeugt ist, die Regierung habe sich verschworen, ihr den Garaus zu machen“, warnt Andrew Cooper, Herausgeber des schwarzen New Yorker Wochenblattes *City Sun*. Jetzt rächt sich, daß Amerikas weiße Mehrheit der Verelendung städtischer Gettos



Drogen-Razzia im New Yorker Getto Harlem: „Verschwörung gegen das schwarze Amerika"

seit Jahrzehnten tatenlos zugesehen hat.

Niemals seit dem Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren sind die Rassenbeziehungen in den USA so gespannt gewesen wie derzeit, niemals haben so viele Schwarze Sinn und Zweck der Rassenintegration so lautstark angezweifelt wie heute. Drei Jahrzehnte nachdem Bürgerrechtler wie Martin Luther King das Heil der schwarzen Minderheit in einer integrierten und rechtlich farbenblinden Gesellschaft suchten, wenden sich immer mehr Schwarze von Kings Traum ab.

Das Vordringen der kollektiven Paranoia und die wachsende Anziehungskraft für Verkünder eines schwarzen Nationalismus sind nicht verwunderlich. Seit fünf Jahren sinkt die durchschnittliche Lebenserwartung amerikanischer Schwarzer. Für Männer im New Yorker Stadtteil Harlem, einst eine Hochburg schwarzer Kultur, liegt sie niedriger als in der Elendsnation Bangladesch. Ob Arbeitslosigkeit, Mordrate oder Aids: Jede Bedrohung trifft schwarze Männer am heftigsten.

Da dürfe sich doch keiner wundern, sagt Mike McGee, ein schwarzer Stadtrat in der Großstadt Milwaukee, „wenn schwarze Männer in irgendeinem Einkaufszentrum durchdrehen und Weiße umlegen". Dem radikalen Stadtrat zufolge „befinden wir uns im Kriegszustand" mit der weißen Mehrheit.

McGee steht mit seiner Ansicht keineswegs allein. In einer Umfrage der *New York Times* mochten 29 Prozent der schwarzen Befragten nicht ausschließen, das Aids-Virus HIV sei „in einem Labor vorsätzlich geschaffen worden, um Schwarze zu infizieren". 60 Prozent hielten gar für möglich, daß die Regierung hinter der Drogenwelle stekke, deren Opfer vornehmlich Schwarze sind.

Vor allem schwarze Medien haben sich mit Begeisterung die modischen Verschwörungstheorien zu eigen gemacht. „Schwarze vorsätzlich angesteckt", schrie es etwa von der Titelseite des wichtigsten schwarzen Wochenblatts in Los Angeles. Wer die Zeitung aufschlug, erfuhr, daß der Aids-Erreger in den Labors der US-Armee gezüchtet worden sei – neues Leben für ein altes Gerücht, das sowjetische Propagandisten vor Jahren in die Welt gesetzt hatten.

Schwarzen-Führer Farrakhan
Kampf für eine eigene Nation

So ganz von der Hand weisen wollen viele Schwarze die Vernichtungstheorie schon deshalb nicht, weil sie sich nur zu gut an einen Präzedenzfall erinnern: Zwischen 1932 und 1973 hatten Gesundheitsbehörden im Städtchen Tuskegee im Südstaat Alabama 399 an Syphilis erkrankte schwarze Männer nicht behandelt, um den Verlauf der Krankheit beobachten zu können.

Hinter allem Übel, das die schwarze Gesellschaft befalle, verberge sich „The Plan", der von den Weißen entworfene Feldzug gegen ihre schwarzen Mitbürger. Mit solchen Horrorszenarien verschaffen sich die Verschwörungstheoretiker neue Anhänger. Ohne großen Widerspruch hervorzurufen, können Agitatoren in der Hauptstadt Washington behaupten, die weiße Minderheit der Stadt verfolge mit dem „Plan" die Schwächung der schwarzen Mehrheit und damit ihres politischen Einflusses.

Weiße Washingtoner, so der Vorwurf, griffen nach heruntergekommenen schwarzen Wohngebieten in bester Lage und vertrieben die Einwohner. Sobald die Gettos entvölkert seien, rückten Sanierungstrupps und Yuppies nach.

Der bedrohliche „Plan" ist längst zur Waffe in den Händen schwarzer Lokalpolitiker geworden: der Glaube daran zwingt zu Rassensolidarität, zu steter Wachsamkeit gegenüber weißer List. Dem „Plan", verkünden die Verschwörungsgläubigen, sei auch der crackrauchende Bürgermeister Marion Barry zum Opfer gefallen.

Barry sei nur der bislang letzte in einer langen Reihe schwarzer Politiker, die ihre Posten verloren, weil sie es gewagt hätten, dem weißen Amerika zu trotzen. Wann immer sich einer der Ihren auflehne und das Spiel der Rassisten durchkreuze, stehe das Bundeskriminalamt FBI bereit, um die Karriere


Popstar Kool Moe Dee: Angst vor dem „Plan"

des unbotmäßigen Schwarzen zu beenden.

77 Prozent der von der *New York Times* befragten Schwarzen hielten für „wahr" oder „möglicherweise wahr", daß die Regierung „schwarze Amtsträger herausgreift und Ermittlungen mit dem Ziel aufnimmt, sie zu diskreditieren". Berühmtestes und oft zitiertes Beispiel hierfür ist der skrupellose Feldzug des FBI-Direktors J. Edgar Hoover gegen Martin Luther King. Mit Gerüchten und fingierten Briefen hatte das FBI jahrelang versucht, den Ruf des Friedensnobelpreisträgers zu ramponieren.

Amerikas schwarzen Nationalisten kommt die Explosion der Verschwörungstheorien gerade recht. Wer, wie der Führer der Schwarzen Muslims, Louis Farrakhan, überzeugt ist, „daß es eine vorsätzliche Zerstörung der schwarzen Gemeinschaft gibt", hat längst schon alle Hoffnung auf ein multikulturelles Amerika fahrenlassen; ihm liefert die wachsende schwarze Paranoia Munition für die Forderung nach einer afroamerikanischen Nation.

Auf dem Weg dorthin, so fordern schwarze Nationalisten, müßte auch ein Stück schwarzer Geschichte zurückerobert werden, das die Euroamerikaner gestohlen hätten. Das klassische Griechenland, so dozierte etwa der schwarze Nationalist Wade Nobles vor begeisterten Zuhörern auf einem Kongreß afrozentrischer Enthusiasten in Atlanta, habe nur „ausgekotzt", was eigentlich aus Afrika überliefert worden sei.

Die Europäer, heißt es in einem Essayband, der in mehreren US-Städten als Vorlage für einen multikulturellen Geschichtsunterricht dient, „erfanden die Theorie von ‚weißen' Ägyptern, deren Haut nur von der Sonne gebräunt worden sei". Die systematische Leugnung afrikanischer Geschichte sei so weit gegangen, daß Napoleon der Sphinx absichtlich die Nase abgeschossen hätte, „damit sie niemand mehr für eine Afrikanerin halten konnte", behauptete Pat Browne, Direktorin für multikulturelle Bildung im mittelwestlichen Indianapolis.

Überwältigt vom tiefen Mißtrauen der Verschwörungstheoretiker, fürchten weiße Liberale und integrationswillige Schwarze, die Verständigung zwischen den Rassen werde immer schwieriger, das Festhalten am Ziel der Rassenintegration zunehmend unmöglich – mit unabsehbaren Folgen für die USA.

Einige schwarze Intellektuelle wie der Literaturprofessor Shelby Steele von der San Jose State University in Kalifornien sehen in den Komplott-Theorien eine selbsterrichtete Barrikade gegen die Eingliederung der schwarzen Minderheit in die amerikanische Gesellschaft: „Wer wirklich glaubt, die Gesellschaft, in der er lebt, verseuche ihn mit Aids oder Drogen, wird in dieser Gesellschaft keinen Platz für sich finden", klagt Steele, ein Anhänger der Rassenintegration.

Konfrontiert mit den Komplottängsten seiner schwarzen Mitbürger, fragte sich der Psychiater Alvin Poussaint von der Harvard-Universität, was wohl in deren Köpfen vorgehe: „Glauben die wirklich, wir hätten ein Naziregime hier?"

Namibia

Auf Kante

Swapo-Kinder, die in der DDR aufwuchsen, kehrten in ihre Heimat zurück – zu deutschen Gastfamilien.

Olaf Jensen, 63, ist typischer Südwester – deutschstämmig, erdverbunden, konservativ. Bisher kannte er Schwarze nur als Hausangestellte oder Landarbeiter. Noch nie hatte der Mann, der vor 37 Jahren aus Norddeutschland nach Südwestafrika ausgewandert war, Afrikaner als Gäste auf seiner Rinderfarm 70 Kilometer östlich von Windhuk.

Doch seit Mitte Dezember räkeln sich bei den Jensens zwei schwarze Halbwüchsige im Wohnzimmer, sitzen mit der Familie am Eßtisch, gehen mit dem Hausherrn zur Jagd. „Mutti, wann gibt es Mittag?" fragt Andreas, 16, in fehlerfreiem Deutsch. „Vati, spielen wir heute abend ‚Mensch ärgere dich nicht'?" will der gleichaltrige Paulus wissen.

Andreas und Paulus sind im vergangenen August zusammen mit über 400 schwarzen Kindern im Alter zwischen 5 und 17 aus der DDR in ihr Geburtsland Namibia zurückgekehrt. Jahrelang hatte der SED-Staat Kinder von kämpfenden und gefallenen Angehörigen der Unabhängigkeitsbewegung Swapo aufgenommen – bis im vorigen Jahr in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest das unabhängige Namibia entstand und in Windhuk eine von der Swapo geführte Regierung an die Macht kam.


DDR-Zöglinge Paulus, Andreas, Gastvater Jensen: „Rein deutsch"

Die Swapo-Kinder – viele von ihnen Waisen oder Halbwaisen – sind alle Opfer des Unabhängigkeitskrieges, der vor allem im Norden des Landes tobte. So hatte die Luftwaffe der damaligen Besatzungsmacht Südafrika im Mai 1978 sechs Stunden lang ein Flüchtlingslager der Swapo bei Cassinga im Süden Angolas bombardiert, fast tausend Menschen kamen dabei um. Danach holte die DDR die ersten Kinder, die den Angriff überlebt hatten, ins Mecklenburger Heim Schloß Bellin. Die älteren besuchten später eine extra für Afrika-Flüchtlinge erbaute Schule in Staßfurt bei Magdeburg.

Obwohl sie Unterricht in ihrer Heimatsprache Oshivambo erhielten, wurden die Flüchtlingskinder zu echten deutschen Jungpionieren erzogen – mit Fahnenappell und Märchenstunde. In den Schränken, so berichtete eine DDR-Zeitung, lagen die Kleidungsstücke Kante auf Kante, die Betten wurden sauber gebaut.

Kein Wunder, daß die Afrikaner nun als Fremde in ihre Heimat zurückkamen. Etwa 300 schlüpften bei Verwandten unter, etwa 100 leben in Heimen und Internaten. Doch auch die Rückkehr in ihre Familien brachte für viele Kinder nicht das Happy-End, sondern einen Kulturschock. Ein zwölfjähriges Mädchen bat nach dem ersten Besuch in ihrem Dorf im Ovamboland, wo es weder elektrisches Licht noch fließendes Wasser gibt: „Schickt mich nach Deutschland zurück.“

„Es sind rein deutsche Kinder“, sagt Karin Herrigel, die Frau des deutschstämmigen Finanzministers in der Swapo-Regierung, die sich zusammen mit anderen um die jungen Heimkehrer kümmert, „ihre Muttersprache ist Deutsch. Das einzige, was sie unterscheidet, ist ihre Hautfarbe.“

Deshalb appellierte Karin Herrigel an deutsche Familien, die Swapo-Kinder über Weihnachten und Neujahr aufzunehmen. Unter dem Motto „Ein Herz für Kinder“ warb die deutschsprachige Wochenzeitung *Namibia Nachrichten* für Ferienplätze: „Helfen Sie den kleinen schwarzen deutschen Namibiern.“

Das Echo war, so Karin Herrigel, „überwältigend“. Besonders deutsche Farmer, vor der Unabhängigkeit im März 1990 für ihren Rassismus (und ihren Haß auf die Swapo) bekannt, reagierten warmherzig: 50 Kinder wurden zwischen Tsumeb und Keetmanshop, zwischen Swakopmund und Gobabis von Deutschen aufgenommen – zunächst für die sechswöchigen großen Ferien.

Karin Herrigel hofft auf andauernde Patenschaften, vielleicht sogar auf Adoptionen. „Die deutschsprachige Gemeinschaft“, so sagt sie, „hat nun eine schwarze Komponente bekommen. Ich glaube, das ist gut für unser Land.“ ◀

„Ich bin kein Babysitter“

SPIEGEL-Gespräch mit Tennistrainer Bob Brett über seine Arbeit mit Boris Becker



Becker-Trainer Brett: „Keine Dankbarkeit erwarten“

SPIEGEL: Herr Brett, stellen Sie sich doch mal vor, Ihnen säße jetzt Boris Becker gegenüber und morgen fände das Finale der Australian Open statt. Welche Ratschläge gäben Sie ihm?

BRETT: Ich bin froh, daß Sie nicht Boris Becker sind.

SPIEGEL: Warum?

BRETT: Die Beziehung zwischen einem Trainer und einem Tennisspieler ist bei weitem nicht so simpel, wie Sie sich das vorstellen.

SPIEGEL: Klären Sie uns darüber doch bitte auf.

BRETT: Vor einem Finale sollte man alles, was mit Technik zu tun hat, vergessen. Viel wichtiger ist, aus den Erfahrungen, die man in anderen Spielen mit seinem Endspielgegner gemacht hat, Nutzen zu ziehen. Man muß einen klaren Kopf behalten, sich auf das konzentrieren, was nötig ist, um zu gewinnen. Und dafür gebe ich meine Ratschläge.

SPIEGEL: Für gewöhnlich ist ein Trainer doch mehr als nur Ratgeber: Er ist vor allem Autorität.

BRETT: Wenn ein Trainer den Diktator spielt, geht es schief. Das funktioniert genausowenig wie jene Gesellschaftsformen, in denen die Menschen keine Gedankenfreiheit haben. Wenn ich jemandem genau vorgebe, was er zu tun hat, ersticke ich seine Kreativität. Ich entwickle meine Vorstellungen lieber mit dem Spieler gemeinsam.

SPIEGEL: Aber Becker ist die dominante Figur in Ihrer Beziehung?

BRETT: Sie glauben gar nicht, wie egal mir das ist. Wenn eine Beziehung so eng ist wie zwischen Becker und mir, stellt sich die Frage nach Dominanz überhaupt nicht mehr. Wichtig ist nur, daß ich mit dem anderen kommunizieren

Bob Brett

wurde im November 1987 Trainer von Boris Becker. Unter dem Australier, der zuvor Tennisprofis wie Andres Gomez, Guy Forget und John Lloyd in die Weltklasse geführt hatte, gewann Becker unter anderem in Wimbledon und bei den US Open. Als aktiver Tennisspieler eher mäßig erfolgreich, studierte Brett, 37, zunächst am Institute of Technology in Melbourne Buchhaltung und Steuerwesen, ehe er beim legendären australischen Daviscup-Coach Harry Hopman den Trainerberuf erlernte. Das Ziel des Gespanns Brett/Becker, die Nummer eins der Weltrangliste zu werden, erhielt am Neujahrstag einen Dämpfer – beim Turnier in Adelaide, wo sich der Deutsche auf die in der kommenden Woche beginnenden Meisterschaften von Australien vorbereiten wollte, schied Becker in der ersten Runde aus.



Tennisstar Becker, Partner Brett: „Riskieren, Fehler zu machen“

kann und ihn dahin bringe, das zu tun, was ich möchte. Wenn bei den Leuten der Eindruck entsteht, Boris sei der Chef, dann sollen sie es eben glauben, dann ist es gut so. Ich habe damit keine Probleme. Es kommt nur auf das Resultat an. Verliert mein Spieler, bin ich dafür verantwortlich. Gewinnt er, dann hat eben er gewonnen. So sehe ich das Ganze. Denn als Trainer darf man nie Dankbarkeit erwarten.

SPIEGEL: Sie reisen fast 40 Wochen im Jahr mit einem 23jährigen durch die Welt, von einem Tennisturnier zum nächsten. Was ist eigentlich so reizvoll an diesem Job?

BRETT: Der Reiz besteht zunächst in der Herausforderung, täglich das Maximum aus einem Spieler herauszuholen. Und genau das bringt dann auch mich selbst, meine Fähigkeiten als Coach, ständig ein Stück weiter.

SPIEGEL: Wenn Becker Wimbledon gewinnt, dann haben auch Sie ein bißchen mitgewonnen?

BRETT: Die Frage ist, wie er gewonnen hat. Wenn jemand ein Turnier gewinnt, ohne dabei sein bestes Tennis geboten und wirklich alles aus sich herausgeholt zu haben, dann hinterläßt das einen schalen Geschmack.

SPIEGEL: Die Hauptsache ist doch wohl, daß Ihr Spieler seinen Pokal kriegt.

BRETT: Letztlich haben Sie natürlich recht. Aber ich will auch sehen, daß er gelernt hat, woran ich gerade mit ihm gearbeitet habe. Das können Kleinigkeiten sein, und es spielt auch keine Rolle, ob es im Finale von Wimbledon oder in der ersten Runde eines kleinen Turniers ist. Überall kann es sehr bewegende Augenblicke geben. Um immer dieses Maximum zu erreichen, muß ich mit meinem Spieler im reinen sein. Ich muß eine besondere Beziehung zu ihm aufbauen.

SPIEGEL: Jetzt reden Sie fast so daher wie Beckers vormaliger Trainer Günther Bosch, der sich immer als eine Art Ersatzvater verstanden hat. Fühlen Sie zuweilen ähnlich?

BRETT: Ganz bestimmt nicht.

SPIEGEL: Sie sind also weder Ersatzvater noch Sklaventreiber . . .

BRETT: . . . ich bin kein Sklaventreiber, aber ich habe hohe Erwartungen an jeden Spieler, den ich trainiere. Er muß bereit sein, über sich hinauswachsen zu wollen. Wie oft passiert es, daß er glaubt, alles gegeben zu haben, und dann sage ich: Noch mal! Und danach ist eine weitere Grenze überschritten.

SPIEGEL: Sie selbst waren kein besonders guter Tennisspieler. Wie viele Punkte gewinnen Sie denn, wenn Sie gegen Becker spielen?

BRETT: Gegen Becker würde ich höchstens zum Wettkampf antreten, wenn es um Schach, Golf oder Marathon geht.

SPIEGEL: Haben Sie noch nie einen Satz gegen ihn gespielt?

BRETT: Nein. Das wäre lächerlich.

SPIEGEL: Kommt es denn schon mal vor, daß Sie das Training unterbrechen und Boris zeigen, wie er die Vorhand spielen soll?

BRETT: Warum reden Sie permanent von Boris? Ich arbeite mit ihm genauso wie mit allen Spielern auch, die ich vor ihm trainiert habe. Es ist egal, ob der Spieler nun Boris Becker, Andres Gomez oder John Lloyd heißt.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht doch, daß Becker ein besonderer Fall ist? Im Gegensatz zu früher arbeiten Sie jetzt mit einem Star zusammen.

BRETT: Das ist absolut richtig. Aber die Arbeitsweise eines Tennistrainers hängt nicht von einer einzelnen Person ab, sie ist eine Philosophie.

SPIEGEL: Sie haben einmal erklärt, Tennis sei dem Schach durchaus verwandt. Was meinen Sie damit?

BRETT: Schach ist ein Spiel, bei dem es Angriff und Verteidigung gibt. Das ist so ähnlich wie in Ihrem oder meinem Leben: Man zieht die Figuren so, daß der König geschützt ist. Und dann zieht man nach vorne zur Mittellinie des Schachbretts, die einem Fluß ähnelt. Hier gibt es eine Brücke, und man macht sich daran, diese Brücke zu überqueren. Es gibt eine Menge Brücken – aber ich will jetzt wirklich nicht zu philosophisch werden. Ich würde mir nur eine Menge Probleme an den Hals laden, wenn ich mich zum Sigmund Freud der Tennisbranche hochstilisieren wollte.

SPIEGEL: Sie sollten uns aber schon erklären, was das mit Tennis zu tun hat.

BRETT: Wenn man beim Schach zu defensiv spielt und nur darauf wartet, daß der Gegner angreift, wird es schwer. Die Kunst besteht in der Kombination aus Verteidigung und gleichzeitigem Angriff. Und genauso spielt man Tennis. Durch Schach kann ich eine Menge lernen für mein Tennis und mein Leben, denn das alles ist ein Spiel.

SPIEGEL: Wenn Becker verliert, glaubt die deutsche Fangemeinde stets, er habe mal wieder zuviel Spaß gehabt.

BRETT: Jemand, der permanent in der Zeitung lesen muß, was andere von ihm halten oder ihm raten, muß schon gute Nerven haben. Deshalb gebe ich auch nicht gern öffentliche Urteile über andere ab. Eines ist allerdings klar: Um seinen Weg im Leben zu finden, muß man herumprobieren und dabei auch riskieren, Fehler zu machen, aus denen man lernt.

SPIEGEL: Glauben Sie denn, daß Becker auf dem richtigen Weg ist?

BRETT: Er ist ganz bestimmt nicht auf dem Holzweg.

SPIEGEL: Aber er schert zu oft nach links oder rechts aus?

BRETT: Ich muß einem Menschen doch die Freiheit geben, Erfahrungen zu machen und zu beobachten, wie er damit fertig wird. Worauf ich zu achten habe, ist lediglich, daß er sich dabei nicht selbst zerstört. Es wäre vollkommen falsch, wenn ich einen Tennisprofi permanent beschützen und in einen Glaskäfig sperren würde. Denn was passiert dann mit ihm am Ende seiner Karriere? Plötzlich steht er da und muß lernen zu leben.

SPIEGEL: Becker glaubt, in Ihnen den idealen Partner gefunden zu haben: Bis zehn Uhr abends hätten Sie dieselben Interessen, danach gingen Sie ins Bett – und er auf die Piste.

BRETT: Ich bin kein Babysitter. Das würde sich Boris ganz bestimmt auch nicht wünschen. Ich erwarte nur, daß sich derjenige, mit dem ich zusammenarbeite, genauso anstrengt, wie ich mich anstrenge. Wenn er dazu nicht bereit ist, ist unsere Beziehung belastet.

SPIEGEL: Wie reagieren Sie, wenn Boris nach einer durchzechten Nacht mit dickem Kopf auf dem Platz erscheint?

BRETT: In solchen Situationen gibt es Momente, in denen man dem Spieler eigentlich etwas sagen möchte, aber man läßt es dann doch und treibt ihn einfach an. Ist es eine Ausnahme, dann kann man darüber hinwegsehen. Passiert so etwas häufiger, muß man etwas dagegen unternehmen. Dann muß ich meinem Spieler Dinge sagen, die er nicht gern hört, und manchmal muß auch ich mir Dinge sagen lassen, die ich wirklich nicht gern höre.

SPIEGEL: Aber Sie haben es schon erlebt, daß er verkatert zum Training erschienen ist?

BRETT: Nein, so etwas hat er sich noch nie geleistet. Boris ist schon mal müde auf dem Platz erschienen, aber nie mit einem Kater.

SPIEGEL: Entspricht er eigentlich Ihrer Vorstellung vom typischen Deutschen: diszipliniert, ordentlich, obendrein noch blond, blauäugig und kräftig?

BRETT: Was bedeutet heute schon typisch deutsch oder typisch amerikanisch? Bei der weltweiten Modernisierung ist so etwas nicht mehr als ein Etikett. Ich meine vielmehr, Boris ist eine internationale Persönlichkeit, die dem deutschen Tennis zu seinem hohen Ansehen verholfen hat. Einen, der zum Beispiel drei Daviscup-Spiele gewinnt, finden Sie nicht jeden Tag, der ist eine außergewöhnliche Erscheinung. Er hat diesen Hunger, immer besser werden zu wollen, und ich hoffe, daß er ihn nie verliert. Denn der Tag, an dem man auf-

Je nach Versicherung kann man seine Fassung verlieren.



Oder bekommen.



Bei der Krankenversicherung müssen Sie sich keineswegs mit dem zufriedengeben, was Standard ist.
Sie können sich durchaus Leistungen sichern, die Ihren Ansprüchen individuell zu Gesicht stehen. Wie im Rahmen einer IDUNA/NOVA Privatversicherung.

Was die private Krankenversicherung der IDUNA/NOVA im Einzelfall zu bieten hat, kann sich nicht nur sehen, sondern vor allem zeigen lassen! Wie zum Beispiel in jenen Fällen, wo die Fassung zählt. Schließlich will man nicht nur gut sehen. Sondern auch gut aussehen.



Aktiv im Rahmen Ihrer Ziele.

Versicherungen Altersvorsorge Bausparen Investment

Heye & Partner

hört, sich Herausforderungen zu stellen, ist der Tag, an dem man stirbt.

SPIEGEL: Immer nur auf Tennis fixiert zu sein ist auf Dauer aber auch ziemlich monoton.

BRETT: Glauben Sie denn, ein Trainer würde mit dem Spieler ausschließlich über Tennis reden? Wenn man dermaßen viel Zeit gemeinsam verbringt, bleibt es gar nicht aus, über andere Dinge zu reden.

SPIEGEL: Über Politik zum Beispiel?

BRETT: Ja, zum Beispiel. Es ist wichtig, den Kontakt zum normalen Leben nicht zu verlieren. Dabei ist es egal, ob man nun ein Instrument erlernen oder etwas über Außenpolitik erfahren will. Das Ergebnis auf dem Tennisplatz ist auch das Resultat dessen, was auf anderen Gebieten des Lebens geschieht.

SPIEGEL: Sind Sie eigentlich überrascht, wenn Sie aus der Zeitung Bekkers Ansichten zur Weltlage erfahren?

BRETT: Diese Ansichten kenne ich lange, bevor sie veröffentlicht werden.

SPIEGEL: Ein ähnliches Vertrauensverhältnis hatte Becker auch zu Ihrem Vorgänger Günther Bosch. Worin unterscheiden Sie sich von ihm?

BRETT: Wir sind beide Profis, wir wollen dasselbe Ergebnis erzielen. Daß Becker mit Bosch zweimal Wimbledon gewonnen hat, zeigt, daß sie gut zusammengearbeitet haben. Und offensichtlich war es für einen gewissen Zeitraum eine exzellente Beziehung. Aber es sind nun mal zwei völlig verschiedene Entwicklungsstadien, wenn ein Spieler 15 bis 18 oder 19 bis 23 Jahre alt ist.

SPIEGEL: Jedenfalls treten Sie im Gegensatz zu Bosch öffentlich überhaupt nicht in Erscheinung. In einer Branche, die vornehmlich von der Selbstdarstellung lebt, ist das ziemlich merkwürdig.

BRETT: Merkwürdig oder vielleicht nur eine Ausnahme?

SPIEGEL: Merkwürdig. Aber womöglich gefallen Sie sich ja auch in der Rolle des unnahbaren Startrainers?

BRETT: Ich habe einen Job, an dem ich sehr hänge, und den will ich ohne viel Show ausüben. So und nicht anders möchte ich mich am liebsten zeigen. Ich mache das seit zwölf Jahren nicht anders und finde es interessant, Kollegen wie Nick Bollettieri, Günther Bosch oder Tony Pickard zu beobachten. Ich ziehe es aber vor, ich selber zu sein. Ich muß nicht dem Menschen entsprechen, den andere in mir sehen wollen. Denn ich denke, daß die Qualität, die ich anzubieten habe, ausreicht. Und ich bin nun mal nicht der Typ, der in der Gegend rumrennt und mit den Armen wedelt.

Trainer Bosch, Schützling Becker (1986): „Entscheidungen selber treffen"

SPIEGEL: Ihren ersten Kontakt zu Bekker hatten Sie 1984, bevor er Wimbledonsieger wurde. Er war in Australien sang- und klanglos ausgeschieden, und Sie haben ihn zum Golfspielen eingeladen. Warum?

BRETT: Es war eine Situation, die sich einfach so ergeben hat. Man sieht jemanden, der in der Klemme steckt, und dann versucht man, ihm ein Erlebnis zu verschaffen, daß er genießen kann. Da bietet sich Golf geradezu an.

SPIEGEL: Was machen Sie eigentlich heute, wenn Becker in der Klemme steckt? Geben Sie ihm auch irgendwelche Zeichen wie Bosch, der sich ans Ohr faßte oder mit einem Auge zwinkerte, damit Boris wußte, was er zu tun hatte?

BRETT: Nein, so etwas mache ich nicht. Es gibt natürlich Momente, in denen man einem Spieler über eine schwierige Situation hinweghelfen möchte. Aber für seine Entwicklung ist es besser, sich da rauszuhalten. In solchen Situationen sollte er den Ausweg selber finden.

SPIEGEL: Glauben Sie, Becker würde es bemerken, wenn Sie nicht auf der Tribüne sitzen?

BRETT: Wenn man mit jemandem so lange zusammen ist, würde er sicherlich bemerken, wenn ich nicht da bin. Aber ich hoffe, daß sich das nicht negativ auf sein Spiel auswirken würde.

SPIEGEL: Vor Beckers zweitem Wimbledonsieg wurde Bosch gefragt, was denn passieren würde, wenn er jetzt plötzlich ins Krankenhaus müsse und sein Schützling ohne ihn auszukommen hätte. Bosch antwortete: „Dann müßten wir beten . . ."

BRETT: Fragen Sie mich danach, wenn ich wirklich mal im Krankenhaus liege.

SPIEGEL: Was denken Sie, wenn Becker in einer mißlichen Situation zu schimpfen beginnt oder offenkundig den Tränen nahe ist?

BRETT: Man kann ja nicht auf den Platz gehen und sagen: „Nun beruhige dich doch endlich." Also sitzt man da und hofft, daß die Situation nicht in Selbstzerstörung endet. Man muß auf die Details achten, bei denen so etwas beginnt. Manchmal kann das für den Spieler ein Augenblick der Inspiration sein, manchmal ein Augenblick der Zerstörung.

SPIEGEL: Weil Sie in solchen Momenten keinerlei Regung zeigen, wurden Sie schon mit einem Leguan verglichen. Fällt es Ihnen eigentlich schwer, Gefühle zu unterdrücken?

BRETT: Nein. Was aber nicht heißt, daß in mir während eines Matches keine Emotionen hochkommen. Im Gegenteil.

SPIEGEL: So still scheint es nicht immer zuzugehen zwischen Ihnen und Becker. Bei einer Spielunterbrechung in Wimbledon etwa haben Sie ihm erklärt, daß er „einen Scheiß" zusammenspielt, und er meinte nur: „Hau ab, du Sack."

BRETT: Die Ereignisse während dieses Spiels sind hier falsch interpretiert worden. Ich habe eine Bemerkung gemacht und wollte damit lediglich dem Spiel noch eine Wende geben. Es waren harte Worte, aber ich glaube bis heute, daß es richtig war. Boris selbst sagte überhaupt nichts dazu, aber durch sein späteres Auftreten auf dem Platz hat er mir gezeigt, daß meine Worte bei ihm angekommen sind.

SPIEGEL: Verlieren Sie häufiger die Beherrschung?



Manager Tiriac, Coach Brett
„Wer hat eigentlich Boris Becker entdeckt?"

BRETT: Manchmal passiert es eben, das ist doch klar. Das bedeutet aber nicht, daß man sich auf einem niedrigen Niveau gegenseitig fertigmacht. Ich hoffe, daß mein Spieler dann merkt, wie es gemeint war, daß er die Ehrlichkeit spürt, die dahintersteckte. Denn es gibt genug Leute in dieser Branche, die nicht aus Ehrlichkeit handeln, sondern für das eigene Ego.

SPIEGEL: Die meisten Tennisprofis scheinen das nicht zu begreifen. Sie reisen mit einem Clan um die Welt und umgeben sich so zwangsläufig mit Schmarotzern.

BRETT: Es ist ja durchaus angenehm, wenn die Leute um einen herum sagen: „Guck mal, da ist das Problem", und der Spieler sagt: „Ja, stimmt, das ist richtig", und alles scheint in bester Ordnung. Ein Tennisprofi kann sich schnell daran gewöhnen, daß sich die Leute fast liebedienerisch verhalten. Wenn andere für ihn Entscheidungen treffen, kann das gefährlich werden. Denn schließlich muß sich ein Tennisspieler auf dem Platz total auf sich selbst verlassen.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt eigentlich Manager Ion Tiriac noch für Boris Becker? Er gilt immer noch als der Mann, der ihn entdeckt hat.

BRETT: Wer hat eigentlich Boris Becker entdeckt? Bosch zum Beispiel hatte Einfluß auf ihn, noch bevor Tiriac Manager wurde. Und sein erster Trainer Boris Breskvar hat ihm die Grundlagen beigebracht. Deshalb haben viele Leute eine wichtige Rolle für ihn gespielt.

SPIEGEL: Wie wichtig ist der Hochspringer Carlo Thränhardt?

BRETT: Carlo ist ein guter Freund von Boris.

SPIEGEL: Sein bester Freund?

BRETT: Das weiß ich nicht.

SPIEGEL: Haben Sie Thränhardt denn schon mal gebeten, auf einen Kneipengang mit Boris zu verzichten?

BRETT: Was hat Thränhardt damit zu tun?

SPIEGEL: Die beiden sind doch oft unterwegs.

BRETT: Na und? Ich meine, jeder sollte seine Entscheidungen selber treffen. Gewiß gebe ich meine Empfehlungen, aber ich verlasse mich auch auf den gesunden Menschenverstand der anderen.

SPIEGEL: Und wenn Thränhardt nun meint, Ihr Trainingsprogramm sei Unsinn, und Becker läßt sich davon mal beeinflussen, was machen Sie dann?

BRETT: Ich habe nichts dagegen einzuwenden. Ich kann zuhören, und wenn es etwas ist, was Boris nützt, dann hat es sich gelohnt. Womöglich führt der Vorschlag eines anderen zum selben oder sogar zu einem besseren Ergebnis. Wichtig ist nur, daß man am Ziel ankommt.

SPIEGEL: Für Becker kann das nur heißen, die Nummer eins der Weltrangliste zu werden. Daß er das bis heute nicht ist, hat er mal mit dem Hinweis begründet, er habe „Angst" davor. Hat Sie das überrascht?

BRETT: Jeder durchlebt Phasen der Angst, es kommt nur darauf an, wie man damit umgeht.

SPIEGEL: Ist er denn jetzt fähig dazu?

BRETT: Gute Form kann man nicht anknipsen wie ein Licht. Um den Gipfel zu erreichen, braucht man Beharrlichkeit.

SPIEGEL: Kann es nicht zu einer Besessenheit ausarten, wenn man – wie Bekker – diesem Ziel nun schon ein paar Jahre vergebens hinterherrennt?

BRETT: Wenn ich das Wort Besessenheit im Sinne von Herausforderung, Obsession interpretiere – ganz sicher. Ein Spieler darf sich nur nicht von den Leuten um ihn herum anstecken lassen, die regelrecht deprimiert sind, wenn er nicht erreicht, was sie von ihm erwartet

Computern, die zu kompliziert sind, wird jetzt leider gekündigt.



Die bedienerfreundlichen PCs von EPSON sind da.

PC EPSON

Wie schnell sich ein Personal Computer für Sie und Ihre Produktivität bezahlt macht, hängt entscheidend davon ab, wie leicht Ihnen seine Bedienung fällt. EPSON PCs sind hier vorbildlich: angefangen bei den neuen Kompakt-PCs EPSON EL2 und EPSON EL3s über die ausbaufähigeren PC AX2e und PC AX3s bis hin zum schnellen 386er, dem PC AX3/25. Mit EPSON können Sie ohne Komplikationen loslegen; schon bei der Installation dank vielgelobter Handbücher und Setup-Hilfen.

Durch leicht verständliche, unproblematische Bedienung bringen EPSON PCs mehr Lust als Frust.

Im täglichen Betrieb stellen ergonomische Tastaturen und Bildschirme einen auf Dauer komfortablen Kontakt her. Freie Steckplätze und Schnittstellen, darunter auch eine für die Maus, lassen Sie das volle Potential Ihres EPSON ausschöpfen. Denn einfache Bedienung heißt auch mehr Spaß am Computer. Und für den sorgen bestimmt alle EPSON PCs, ob Desktop oder Laptop.

Je eher Sie zu Ihrem EPSON Fachhändler gehen, desto schneller erleben Sie, was wir meinen.



EPSON Deutschland GmbH · Zülpicher Straße 6
4000 Düsseldorf 11 · Direkt-Beratung: 0211/5603-110

haben. Ich beurteile einen Menschen doch nicht nach seiner Position in einer Rangliste. Möglicherweise halte ich sogar von einem, der die Nummer fünf ist, mehr als von einem, der die Nummer eins ist.

SPIEGEL: Sie haben also nicht versagt, wenn Boris Becker niemals die Nummer eins wird?

BRETT: Nein. Warum auch? Boris hat vier Grand-Slam-Titel gewonnen, und deshalb ist er ein wahrer Champion, in Höchstform ist er einer der größten Spieler überhaupt. Und wenn er sich seine momentane Einstellung bewahrt, wird er sogar noch besser werden. Enttäuscht wäre ich nur, wenn einer meiner Spieler – egal wer – nicht das erreicht hätte, was in seinen Möglichkeiten steckt. Oder wenn er sich am Ende der Karriere in seinem Leben ohne das Tennis zerstören würde.

SPIEGEL: Herr Brett, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Fußball

In der Sackgasse

Real Madrid, Europas ruhmreichster Klub, steckt in der Krise. Der selbstherrliche Präsident Mendoza soll zurücktreten.

Für die Tageszeitung *El Mundo* war es eine „Erniedrigung zum Jahresende“, *El Sol* sah den Klub „der Lächerlichkeit“ preisgegeben, erboste Fans reagierten sich ab, indem sie Autos und ein Café demolierten: Real Madrid hatte sich – vorläufiger Höhepunkt der Krise – vor eigenem Publikum mit 0:4 gegen die Provinzelf des FC Osasuna blamiert.

Frust, Ratlosigkeit und Resignation lähmen den königlichen Klub, der noch im vergangenen Frühjahr die fünfte Meisterschaft in Serie gefeiert hatte. Jetzt scheint die spanische Fußball-Liga schon vor Ende der Hinrunde entschieden – der FC Barcelona, der katalanische Erzrivale, ist im „konkurrenzlosesten Championat des Kontinents“ (*El País*) enteilt, Real zog abgeschlagen auf Rang vier ins neue Jahr.

Die spanische Fußball-Gemeinde ist irritiert. Das große Real, Stolz einer ganzen Nation, 25mal Landesmeister, 6mal Europapokalsieger und damit ruhmreichster Klub des Kontinents, liegt am Boden. Sogar in der eigenen Stadt haben „die Königlichen“ ihre Vorherrschaft eingebüßt.

Ball paradox in Madrid. Real, der Klub der Oberschicht, der seine Profis



Ausgemusterter Real-Profi Schuster*: Comeback bei Atlético

in feinen weißen Seidentrikots aufs Feld schickt und dessen ehrwürdiges Stadion Santiago Bernabéu in der besten Wohnlage steht, ist von Atlético, dem Arbeiterklub aus dem Süden der Metropole, überholt worden. Real, notierte die Presse, sei „in einer Sackgasse".

Die sportliche Malaise hat auch die Rivalität der beiden Madrider Vereinspräsidenten neu aufleben lassen. Denn der lokale Konkurrenzkampf gipfelt in einem offenen Krieg zweier ungleicher Klubfürsten, die nur ihr Machtinstinkt und der diktatorische Führungsstil verbindet.

Das feine Real wird von Ramón Mendoza geführt, einem eitlen Kaufmann, der in der Präsidentschaft vor allem gesellschaftliche Anerkennung sucht. Beim bodenständigen Atlético gebietet Jesús Gil y Gil, ein zwielichtiger Bauunternehmer, der sich mit Vorliebe verbale Entgleisungen leistet.

Während sich Gil y Gil im jüngsten Erfolg seiner Mannschaft sonnt, haben die Medien Mendoza zum Schuldigen für den Niedergang Reals erklärt. Der Klubchef, der die Pleite gegen Osasuna versäumte, weil er, wie die Gazetten spitz bemerkten, „in der Karibik segelte", habe „die Mannschaft kaputtgemacht" (*El Mundo*). Das Blatt fordert den Rücktritt.

Doch so schnell wird Mendoza nicht aufgeben. Denn der Funktionärsposten, der ihn nach eigenem Bekunden mit der „ganzen spanischen Gesellschaft zusammenführt", ist ihm „wichtiger als ein Ministeramt". Oder anders: Er garantiert ihm „vor allem Macht".

* Vor der Trophäensammlung von Real Madrid.

Und die gilt es fest im Griff zu halten – erst recht, wenn man wie sich Mendoza aus dem Nichts an die Spitze gekämpft hat. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, kam Mendoza als Im- und Export-Partner des Ostblocks zu Wohlstand. Ohne Berührungsängste mit der vom Diktator Franco verpönten Sowjetunion baute Mendoza in den späten fünfziger Jahren, begleitet von Gerüchten über angebliche KGB-Kontakte, ein florierendes Unternehmen auf.

Der Aufsteiger, der sich als „Verkäufer von Illusionen" versteht, beschreibt seinen Vereinsjob emphatisch als „ultimativen Wunsch eines Menschen". Stolz berichtet er davon, daß Spitzenspiele seiner Mannschaft von 300 Millionen Menschen gesehen werden: „Eine Rede von Gorbatschow oder dem Papst schafft das, bei allem Respekt, nicht."

Kritiker wie der populäre Rundfunkjournalist José María García werfen dem Autokraten Mendoza jedoch vor, er mache den Klub „zu einem Vergnügungspark für sich und seine Freunde". So gehören dem Vorstand fast ausschließlich ihm wohlgesonnene Leute an, die der örtlichen Schickeria zugerechnet werden.

Auch unter den Fans ist Mendoza umstritten. Sie halten ihm verfehlte Personalpolitik vor. Nationalspieler Martín Vázquez ließ er nach Turin ziehen, die Neuverpflichtungen, ein staksiger Jugoslawe mit schütterem Haar namens Predrag Spasic und Gheorghe Hagi, ein ballverliebter Rumäne, fielen beim Publikum durch.

Auch Torjäger Hugo Sánchez gerät immer öfter außer Kontrolle: Bei einem Pokalspiel gegen den FC Barcelona pro-



vozierte der Mexikaner das Publikum mit obszönen Gesten, die der spanische Verband mit einer Sperre für zwei Meisterschaftsspiele ahndete.

Jahrelang konnte sich Mendoza darauf verlassen, daß der Erzfeind aus dem Süden der Stadt noch chaotischer und noch selbstherrlicher geführt würde als die Königlichen. Doch unvermittelt rangiert der ewige Zweite der kastilischen Metropole *vor* Real. Und dessen Krise versteht Atléticos Oberhaupt Gil nun als willkommenen Anlaß, selbstbewußter denn je aufzutreten.



Real-Präsident Mendoza
„Wichtiger als ein Ministeramt"

„Supergil" nennen die Fans ihren zwei Zentner schweren Präsidenten, dessen grober Habitus ideal ins skandalträchtige Vereinsmilieu paßt. 10 Trainer und 20 Fußballprofis schaßte er in nur vier Jahren, über 42 Millionen Mark gab er für Spielertransfers aus.

Im vergangenen Herbst erwarb er den bei Real ausgemusterten Deutschen Bernd Schuster. Obwohl der blonde Mittelfeldstratege seinen Zenit lange überschritten hat, gewann die Elf seit Schusters Comeback sieben von acht Spielen. Was macht es da, wenn der gefeuerte Trainer César Luis Menotti den Vereinsdiktator „eine schlechte Kopie von Al Capone" nennt. Gil habe „keinen Fußballverstand, aber viel Machtinstinkt". Doch dem Gescholtenen kommt es nicht auf den Inhalt, sondern auf die Lautstärke an. Hauptsache, kontert der Präsident, Atlético „bleibt im Gespräch".

Und für schlechte Nachrichten ist Gil immer gut. Den französischen Schiedsrichter Michel Vautrot nannte er „einen Schwulen", der mit „einem hübschen blonden Jungen bestochen" worden sei. Real-Oberhaupt Mendoza beschimpfte er als „Idi Amin", die spanische Presse verunglimpft er nach Belieben als „Geier", „Hurensöhne" oder „Terroristen".

So ist Atlético für *El Mundo* eher „ein Straßenfest als ein Fußballklub". Kein Verein im notorisch defizitären spanischen Fußball hat höhere Schulden – doch Gil bürgt derzeit für 40 bis 50 Millionen Mark. Stars wie den Portugiesen Paulo Futre kaufte er für sechseinhalb Millionen Mark aus der eigenen Brieftasche.

Vor 20 Jahren war Gils berufliche Karriere schon einmal zu Ende gewesen, nachdem einer seiner Bauten eingestürzt war und 58 Menschen zu Tode gekommen waren. Gil wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, von Franco jedoch nach 18 Monaten Haft begnadigt.

Undeutlich ist die Grenze zwischen Vereinskasse und dem privaten Vermögen Gils, die Buchhaltung des Klubs wickelt seine eigene Firma ab. Unverhohlen sagt er aus, daß „Schwarzgeld in den Fußball" fließe. Wenn er „das Geheimnis lüften" würde, ginge die Mehrheit der Klubvorsitzenden ins Gefängnis – „und ich als erster".

Doch daß Reals Mendoza seinen aufstrebenden Konkurrenten alsbald lossein wird, hält Gil y Gil im fußballverrückten Spanien für unmöglich: „Ich bin der Wohltäter der Regierung, denn ich gebe dem Volk das Opium, mit dem es seine Sorgen vergißt."



Atlético-Präsident Gil y Gil
„Ich gebe dem Volk das Opium"

FRANKFURT – SEOUL NONSTOP: SECHS STUNDEN SCHNELLER ALS BISHER.





Korean Air ist die einzige Fluggesellschaft, die zwischen Deutschland und Korea nonstop fliegt. Damit sind wir schneller als alle anderen. Sie gewinnen 6 Stunden Zeit, sowohl auf dem Hin- als auch auf dem Rückflug.

Pro Woche fliegen wir 3mal ab Frankfurt, 4mal ab Paris und 2mal ab London nonstop nach Seoul, dem neuen Dreh- und Angelpunkt in Fernost.

Natürlich bieten wir Ihnen dort direkte Anschlussverbindungen in die Wirtschaftsmetropolen Japans und Südost-Asiens.

Nutzen Sie unseren Vorsprung.



FRANKFURT 069-239201/2/3 · MUNCHEN 089-530379/0
DÜSSELDORF 0211-370491/2 · HAMBURG 040-343843/4

Schau mir in die Augen, Kleiner

SPIEGEL-Redakteurin Ariane Barth über die Emanzipation der weiblichen Lust

Sie wagte, die Weltordnung zu verdrehen. Da stand nicht er, der Herr der Lüste, über sich hinausgewachsen – nein, sie war es, die begehrte, sie, die ihn besang, sie, die flehte, seinen Mund küssen zu dürfen. Doch er wies sie ab: „Zurück, Tochter Sodoms."

Aus der außerordentlichen Rolle des begehrenden Subjekts fiel sie zurück in das ewig weibliche Bild vom Objekt, dazu da, mit Raffinement Begehren zu erwecken. Tanz auf nackten Füßen, sieben Schleier ließ sie fallen vor ihrem Stiefvater. Animiert gab ihr der Mann der Macht einen Wunsch frei, und sei es sein halbes Reich. Sie wollte nicht mehr als den Mann, der sie abwies, Jochanaan, und nicht weniger als von ihm das Haupt in silberner Schüssel. Besessen nahm sie sich blutige Küsse. Der Tetrarch wandte sich ab mit Grausen: „Man töte dieses Weib."



Männliche Angstfigur Salome*: Sie geistert durch die kollektive Phantasie

Man hat es wer weiß wie oft auf der Bühne getan. Doch die Salome (aus Richard Strauss' Oper nach einem Text von Oscar Wilde) ist nicht totzukriegen, sie geistert fort durch die kollektive Phantasie.

Das Opfer Mann, gejagt von der Begierde einer Frau, die durch jede Zurückweisung gefährlicher wurde, kehrte immer wieder, zuletzt im Hollywood-Thriller „Eine verhängnisvolle Affäre". Am Ende kam der Familienvater Dan von der Heimsuchung los: Die weibliche Furie mit dem männlichen Namen Alex wurde ersäuft und erschossen zugleich.

Der Exorzismus elektrisierte die Gemüter, aber er hat nichts genützt. Rickeracke, unerschütterlich wie ein Räderwerk wälzt die Emanzipation die Formen um: Als post-feministische Figur erscheint die begehrende Frau, in Praxis und Theorie.

Sie ist die Vollendung jener Kulturrevolutionärin, die in einem Jahrhundertprozeß in die Männerwelt einbrach und ihren Anteil forderte. Sie bekam ihn wenigstens als gleichwertige Person des Rechts, während sie auf ökonomischem Terrain noch zu kämpfen hat. Zu der Herausforderin auf allen gesellschaftlichen Sektoren paßt das weibliche Rollendiktat nicht mehr, immer nur zu zeigen, daß sie bereit ist, sich begehren zu lassen. Als letzte Konsequenz und höchste Finesse will sie in der Sexualität auch das

* Gemälde von Franz von Stuck.

haben, was bislang der Inbegriff der männlichen Rolle ist.

Er muß es sein, der begehrt, sein aufgerichtetes Geschlecht ist das Symbol des Begehrens schlechthin, transzendiert zum Phallus, der von spitzen Dingen wie Kirchtürmen oder Raketen symbolisiert werden kann. Doch die Umkehrung ist unmöglich, weil er in der Welt der Zeichen das Urbild ist. Oder welcher Mann hätte je gedacht, er habe eine Banane stehen?

Zwei Jahrzehnte wurde aus der Frauenbewegung ideologisch auf die Phallokraten geschossen. Als Zeichen einer Abwendung vom Mann stieg aus der Niederung gesellschaftlicher Verdrängung ein ganz anderes Thema auf: das weibliche Begehren nach der Frau. Im Verhältnis zwischen den Geschlechtern dagegen fand eine gigantische Enterotisierung statt, wodurch ein Freiraum entstand, den Frauen zu ihrer Emanzipation nutzen konnten. Wäre das weibliche Knie wie in wilhelminischen Zeiten ein Stimulus, dessen öffentliche Entblößung ein Skandalon provozierte, dann könnten Männer und Frauen wohl nicht so locker desinteressiert miteinander umgehen, wie es im Berufsleben üblich geworden ist.



Verlangen aus der Frauen-Perspektive*: „Ich animiere es"

Entgegengesetzt zur Alltagsrealität wälzt die Kulturmaschinerie ungeheure Mengen von Material um, das eine Hypersexualisierung signalisiert – ein Widerspruch, den die Frankfurter Soziologieprofessorin Margrit Brückner bildlich formuliert: „Wir leben in einer Zeit, die Sexualität so zugerichtet hat, daß sie zwar in aller Munde ist, dafür aber die Herzen und den Schoß als lebendiger Eros verlassen hat."

Nun artikuliert sich in Kreisen der Frauenbewegung, zu der sich die Soziologin zählt, Sehnsucht nach einer „Re-Erotisierung" des Geschlechterverhältnisses.

Marielouise Janssen-Jurreit, in München lebende Feministin der ersten Stunde, die den Klassiker „Sexismus" schrieb, ärgerte sich über Alice Schwarzers PorNo-Kampagne derart, daß ihr die „ganze Opfer-Diskussion zum Hals heraushing". Was ist, so fragte sie sich, das Gegenteil vom Sexualobjekt Frau? Ihre Antwort „die begehrende Frau" wird derzeit in der frauenbewegten Subkultur diskutiert: „Die Frauen sind gebannt von diesem Thema. Sie begreifen, daß der ewig potente, nimmersatte vergewaltigende Mann eine weibliche Angstfigur ist, hinter der Frauen das eigene, mit Schuldgefühlen verbundene Begehren verstecken."

Läßt sich ein Mann, so ein neuer, doppeldeutiger Jargon, „weichbegehren"? Was hat Salome falsch gemacht? Fragen dieses Kalibers beschäftigen radikale Analytikerinnen von Psycho- und Gesellschaftsphänomenen, Literatur, Kunst und Kino transatlantisch.

US-Avantgardistinnen spüren „The Desire to Desire", ein Schlagwort, das die Filmtheoretikerin Mary Ann Doane, Brown University, Providence, prägte. Die Psychoanalytikerin Jessica Benjamin, New York University, Adorno-Schülerin, Marcuse-Enthusiastin und Feministin, sieht ein „Gefühl sexueller Subjektivität" im Frauengeschlecht „wie Venus aus dem Meer" aufsteigen. Die Soziologin Brückner spricht von „der gesellschaftlichen Geburt des weiblichen Begehrens" und stöhnt, sie sei „schwierig".

Nie zuvor in der Weltgeschichte war das weibliche Geschlecht so frei wie in unserer Epoche, Sexualität und Fortpflanzung einigermaßen sicher zu trennen. Erst die Frauengeneration, die sich in diesem Menschheitstraum mit großer Selbstverständlichkeit bewegt, kann es sich leisten, auf die Suche nach ihren elementaren Wünschen zu gehen.

* Foto „Die Hand" von Tuija Lindström.

Seit Beginn der Zivilisation, als der die Erkenntnis gilt, daß zwischen Koitus und Kind ein Zusammenhang besteht, war für Frauen vernünftig, was nun nicht mehr erforderlich ist: vom Mann die Schutzfunktion, seinen Status und all das Drumherum zu wollen, anstatt ihn selbst in seinem Trieb.

Sicherlich hat es zu allen Zeiten Frauen gegeben, die vom Blitzschlag des Begehrens getroffen wurden und zielgenau den ansteuerten, den sie leidenschaftlich wollten.

Das aber direkt, aktiv in der ersten Person zu tun, war tabu, und so ging das Verlangen historisch ein in das weibliche Raffinement des Umgarnens – eine Technik, die aus der Mode ist.

Was sich Frauen früherer Generationen unter der Bettdecke der Passivität an Lust nahmen, blieb ihr Geheimnis. Die für ihre Zeit recht moderne Psychoanalytikerin Lillian Rotter schilderte zu Beginn der dreißiger Jahre den herrschenden Sex-Appeal von Frauen, die sich gegenüber Männern klein machten: „Schau, ich bin ja die Schwache, ich fliehe dich; du bist der Starke, der Verführer – fürchte mich nicht! Das ist auch die beste Art, um die Furcht des Mannes vor der Frau zu beschwichtigen."

Wütend seziert die Berliner Feministin Barbara Sichtermann die Geschichte verlorener Objekte und verwechselter Subjekte: „Das weibliche Begehren ist ein gebrochener, zerstückelter, verbogener, entstellter Trieb. Schon während er sein Objekt noch sucht, wird er gehemmt, umgeleitet, zum Schweigen, zur Flucht genötigt." In ihrem Essay-Band „Weiblichkeit – Zur Politik des Privaten" schreibt sie: „Begehren heißt objektivieren, heißt es sogar auf radikale Weise. Wie sollen Frauen, belastet von ihrem drückenden, jahrhundertealten Defizit, von heute auf morgen dazu imstande sein?"

Sie üben. Seit es die Pille gibt und als ihr Überbau die Anti-Empfängnis-Ideologie erschien, seit alle anderen Möglichkeiten gegeben sind bis hin zur Abtreibung, experimentieren Frauen zunehmend mit sexuellen Verhaltensweisen, die sich traditionell Männer, vor allem der Spielart Doppelmoralisten geleistet hatten. In der Ordnung der Paare

tauchte als Störfaktor, gesellschaftlich halb verborgen gehalten, doch als Phänomen bekannt, die verheiratete Frau mit Geliebtem auf. Je eigenständiger im Beruf, so eine US-Untersuchung, desto wahrscheinlicher brach sie aus dem Ehebett und der Gewohnheit aus.

Arrivierte Frauen, die sich mit sehr viel jüngeren Partnern über die Konvention hinwegsetzten, erzeugten ungewollt ein Angstbild vom neuen Sexualobjekt Mann. Die Metropolen-Lady trat mit seriellen Affären in Erscheinung, Singles machten sich mit dem Kennzeichen Swinging bekannt. Als Steigerung des Konsumverhaltens ergab sich auch im weiblichen Repertoire der One-night-stand, auch Sex-and-hopp genannt, kürzer noch der „Zipless fuck", der ohne Reißverschluß. Die US-Schriftstellerin Erica Jong erfand ihn als Wunsch nach spontaner Sexualität, aber in ihrem Buch „Angst vorm Fliegen" kam es gerade dazu nie.

Während es männliche Sehnsüchte zuhauf nach Osten, in das unergründliche Asien zur Demut der Frau trieb, zielten weibliche Abenteuerlüste westwärts zu den Latino-Gefilden oder auch auf den dunklen Kontinent des schwarzen Mannes. Manche kamen dabei um, wie die New Yorker Intellektuelle Maryse Holder, die ihre Briefe hinterließ („Ich atme mit dem Herzen"). Wie eine Amazone machte sie Jagd auf Mexiko-Machos, um sich ihnen hinzuwerfen als der letzte Dreck, bis sie ihren Mörder fand – die Tragödie einer Zwittergestalt, die halb in der emanzipierten Frauenzeit und halb in der alten Opfergeschichte angesiedelt war.

So wie die züchtig niedergeschlagenen Augen eine versunkene Epoche charakterisierten, ist für die aufgehende Ära erotischer Eigenmacht des weiblichen Geschlechts ein gewisser Blick symptomatisch, direkt bis aggressiv, als penetriere die Frau: „Schau mir in die Augen, Kleiner." Zur verbreiteten männlichen Unsitte der Busengrapscherei entwickelte sich das Gegenbild der weiblichen Übergreiferin, die allerdings sehr viel seltener vorkommt.

Ist ein Mann zu vergewaltigen? Wie, das malte der britische Schriftsteller Anthony Burgess in seinem Roman „Rom im Regen" aus. Vier entgrenzte Frauen mit „Unfrisur" klingelten an der Tür seines Helden Beard, drangen in sein Appartement ein, zogen sich nackt aus, rissen auch ihm allen Stoff vom Leib und warfen die Fetzen aus dem Fenster.

„Acht Brustwarzen, nach der kurzen Aufregung des Entkleidens zur Ruhe gekommen, starrten Beard entgegen . . . ‚Ah, nein!' sagte Beard. ‚Es gibt doch manches, wozu kein Mann sich zwingen läßt.' . . . Aber diese verdammten Kreaturen kannten alle Bor-


Psychoanalytikerin Poluda-Korte

delltricks der Stimulierung, von einer gewissen Madrider Spezialität bis hin zu einem, von dem er bisher geglaubt hatte, daß er nur unter den Tamilen geläufig sei."

Alles ist möglich geworden im Geschlechterspiel, Verheißung und Bedrohung zugleich. Die Zertrümmerung der Formen ist weit genug fortgeschritten, daß Lücken für eine Vielfalt von Verhaltensweisen entstanden. Doch wie ein monolithischer Block lastet trotz aller Spalten und Nischen die alte Ordnung auf dem Geschlechterverhältnis. Dem Gesellschaftsbild der neuen Frau tritt permanent die alte Frau als Opfer entgegen.

Genug weibliche Individuen haben im Verlauf der Frauenbewegung ihre subjektive Wahrheit herausgeschrien, so daß sie als verbreitete Befindlichkeit gelten muß: Sexualobjekte halten massenhaft ihr Geschlecht hin, von Begehren keine Spur, dafür jede Menge Rauchzeichen von Mißhandlung und Mißbrauch.

Gehalten wie ein „Haustier", benutzt als „Klomuschel" für das männliche Ejakulat, so stilisierte Elfriede Jelinek in ihrem Roman „Lust" eine Art Opferideal, das alle möglichen Chiffren aus dem Anklagenkonvolut der Frauenbewegung trägt: Sie „hat nicht das Herz, sich abzuschlagen". Der Gatte Herrmann „melkt" Frau Gerti die Brüste und reißt ihr die Schenkel auseinander: „Er spaltet ihr den Schädel über seinem Schwanz, verschwindet in ihr und zwickt sie als Hilfslieferung noch fest in den Hintern. Er drückt ihre Stirn nach hinten, daß ihr Genick ungeschickt knackt." Die Frau kommt nur als orale, genitale oder anale Öffnung vor: „Die


Psychoanalytikerin Benjamin


Literaturwissenschaftlerin Hilmes

Frau ist weniger als überhaupt nichts mehr."

Ideologiekonform sprach die Schriftstellerin Jelinek der *Emma*-Herausgeberin Schwarzer ihr Credo auf Band: „Sexualität ist Gewalt. Aber das wissen nur die Frauen, das wissen die Männer nicht." Was anderes kann nach ihrer Ansicht nicht sein: „Die Frau ist nicht das Subjekt der Begierde, sondern immer das Objekt." Tief schürfte sie in ihren eigenen leidvollen Erfahrungen:

> In dem Augenblick, wo man seine Sexualität entdeckt und sich sozusagen auf dem Markt der anbietenden und angebotenen Körper bewirbt und versucht, einen Käufer für sich zu finden, begreift man. Die Frau darf nicht wählen, die Frau muß gewählt werden. Und um gewählt zu werden, muß sie eben bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Da war nicht mehr ge-



Malerin Breitling (vor Selbstbildnis)

Autorin Sichtermann



Soziologie-Professorin Brückner



Autorin Janssen-Jurreit

Intellektuelle Frauen-Avantgarde: Welcher Mann hätte je gedacht, er habe eine Banane stehen?

fragt, wie gut ich Geige oder Klavier oder Orgel spielen konnte.

Für die Frau dagegen, die wählen will, statt sich anzubieten, ist ein Dilemma vorgezeichnet, das die Gießener Psychoanalytikerin Eva S. Poluda-Korte im neuen „Konkursbuch" über das „Geschlechter-Verhältnis" beschreibt: „Da eine Frau als erwachsene sexuell begehrende Frau in der traditionellen Kultur nicht vorgesehen ist, gab und gibt es wenig Orientierung für sie. Überall stößt sie noch heute eher auf Entmutigung, Ablehnung und Warnungen als auf moralischen Rückhalt und kulturelle Bestätigung." Die kollektive Geschichte bietet ihr bloß Mythen, die nicht nur „untauglich", sondern auch noch „niederziehend" seien, sie könne „keine Bilder und Vorbilder" finden.

Die Frankfurter Literaturwissenschaftlerin Carola Hilmes prüfte genauer, ob nicht wenigstens die Femme fatale – von ihren biblischen Anfängen bis zu ihrer bizarren Blüte als Kleists Penthesilea und Hebbels Judith, Wildes Salome und Wedekinds Lulu – zur „Rekonstruktion der Sinnlichkeit als weibliche Macht" dienen könnte. Das Fazit ihrer Studie: Im Gegensatz zur Femme fragile komme der Femme fatale zwar ein „gewisses subversives Potential" zu, aber sie tauge nicht als „weibliche Freiheitsphantasie".

Die aufregende Gestalt sei vielmehr Ausgeburt männlicher Angst- und Rachephantasien. Erst würde ihr eine dämonische Macht untergeschoben, dann würde sie vernichtet: „Eine doppelte Denunziation der Frauen."

Die Berliner Malerin Gisela Breitling sah sich in der Kunstgeschichte um, und sah durch die Jahrhunderte, wie sie in ihrem neuen Buch „Der verborgene Eros" beschreibt, immer wieder dasselbe bis hin zu den „rosigen Ärschen bei Renoir". Die Frau ist bloß „stumme Folie" in der gemalten Welt: „Die Bilder reden über sie." Monoton erweist sich das Bild der erotischen Frau als ein männlicher Entwurf „für den Gebrauch, den Männer zwecks Entfaltung ihrer Erotik vom weiblichen Körper machen". Frauen dagegen wird signalisiert, wie sie zu sein und welche Fetische sie zu benutzen haben, um begehrt zu werden. „Das Beiwerk, das sie in den Augen der Männer ‚sexy' macht, markiert zugleich ihren Status als ‚seconde sexe'. Will sie begehrt sein, so muß sie dem männlichen Ego schmeicheln", analysierte die Künstlerin: „Sich-anbieten ist daher für die Frau eine erotische Tat."

Bis heute seien Frauen ausstaffiert mit einer „Kunstnatur oder zweiten Natur", klagt die Malerin, die sich in einer „fremden" Kultur fühlt, gespiegelt als weiblich, wie Männer Frauen „haben wollen oder zu haben befürchten", doch nicht als authentische Frau: „Was befreite weibliche Sexualität ist, wissen wir noch nicht."

Das gängige Kino, so analysierte die US-Cineastin Laura Mulvey, schreibt die „sexuelle Ungleichheit" auf subtile Weise fort. Während „die Frau als Bild" vorkommt, wirkt „der Mann als Träger des Blicks": Er hat die Macht, die sexuelle Filmphantasie zu kontrollieren, indem er die Zuschauer, gleich welchen Geschlechts, auf das lohnende Objekt verweist, während der weibliche Star, programmiert auf Angesehen-werden-Wollen, nur den Blick zu halten, mehr noch auszuhalten hat.

So wie die Außenwelt sieht die Innenwelt der Geschlechter aus, wenn man der klassischen Psychoanalyse glauben mag. „Was will das Weib"? fragte der alte Patriarch Freud so ziemlich am Ende seiner Tage ratlos vor dem „dunklen Kontinent" der weiblichen Sexualität. Die längste Zeit konnte er sich das Weib nicht anders vorstellen, als daß es unterworfen sein will: ein natürliches Objekt mit dem schweren Schicksal seiner Anatomie, neidisch auf das herrlich phallische Begehren und den fleischlichen Signifikanten. Wollte es den „Penisneid" überwinden, konnte es nur

schlimmer kommen: „Das Weib akzeptiert die Tatsache seiner Kastration und damit die Überlegenheit des Mannes und seine eigene Minderwertigkeit. Aber es sträubt sich auch gegen diesen unliebsamen Sachverhalt.“ Sollte es sich weiter sträuben, zahlte es nach Freuds Vorstellung mit einem Verlust an Sexualität. Wenn aber nicht, wurde es belohnt mit der „Endlust“, die er dem weiblichen Geschlecht, revolutionär für seine Zeit, wenigstens zugestand.

Mit moderner Sicht der Enkelin machte sich die französische Psychoanalytikerin Christiane Olivier heran an den Ödipuskomplex aus der Perspektive seiner Mutter Jokaste. Nicht ihr Kleiner, sie, die erwachsene Frau sei es, die beim Sohn das Feuer des Verlangens lege und schüre. Ihre Beziehung zu ihm sei derart intensiv von „der Farbe des Begehrens“ geprägt, daß er „nach der zärtlichsten aller Lieben den längsten aller Kriege“ um seine Loslösung führen müsse und fortan einen „Sicherheitsabstand“ zum weiblichen Geschlecht halte. So fühlten sich Männer unter Männern am wohlsten, Frauen dagegen dann, wenn sie, fein ausstaffiert mit Weiblichkeits-Attributen, die Blicke von Männern auf sich ziehen.



Femme fatale Lulu*: Subversives Potential

Denn komplementär zu dem männlichen Drama fehlte nach der Olivier-These Jokastes Tochter in der Kindheit der begehrliche Blick des Vaters als unmittelbare Anerkennung ihrer sexuellen Identität, so daß sie für den Rest ihrer Tage zur Süchtigen nach diesem Blick werde. „Bei der Frau“, so Frau Olivier, „findet ein hemmungsloser Wettlauf hin zum männlichen Begehren statt, eine Haltung, die sie zur Sklavin unter dem Gesetz des Mannes machen wird.“ Fortan müsse sie sich vergewissern: „Ich gefalle, also bin ich“; oder deprimierender noch: „Wenn man mich begehrt, dann bin ich nicht nichts.“

Oje.

Wie nackt im Regen, ohne kulturellen Überbau, ohne psychischen Unterbau steht sie da, die post-feministisch begehrende Frau. Damit sie dennoch zu Bette kommt, braucht sie eine Psycho-Utopie. Die Psychoanalytikerin Jessica Benjamin hat so etwas entworfen. Aus derselben ideologischen Position, aus der die „Männerphantasien“ von Klaus Theweleit entstanden, zerfetzte sie in ihrem Buch „Die Fesseln der Liebe“** das klassische psychoanalytische Denken, aber sie erhielt sich die Psychoanalyse als theoretisches Handwerkszeug.

Herrschaft und Unterwerfung begreift sie nicht als „gewachsenen Fels“, wie Freud es tat. Sie akzeptiert aber auch nicht die feministische Unterdrückungs-These, sondern spürt der Frage nach, warum Frauen ihre Unterwerfung lustvoll begehren können bis hin zum Genuß von Schmerz. Sprachdonnernd beschreibt sie, wie „hinter den faszinierenden Sensationen von Macht und Ohnmacht sich die Sehnsucht nach Anerkennung versteckt, daß die entstellten Formen, die unser Begehren oft annimmt, die Folge eines komplizierten, aber letztlich verstehbaren Prozesses sind, eines Prozesses, der erklärt, wie unsere tiefsten Wünsche nach Freiheit und Gemeinsamkeit in Kontrolle und Unterwerfung eingebunden werden. Aus solchen Wünschen sind die Fesseln der Liebe geschmiedet“.

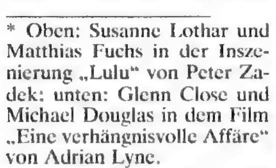
Aber diese Fesseln sind nach ihrer Ansicht auflösbar, ohne daß sich auch die Liebe auflösen muß. Durch ihr Anspannen dagegen ergibt sich das Schicksal des hegelianischen Herrn, der von seinem Knecht, im Geschlechterverhältnis von seiner Knechtin abhängig wird, während sie „die Fähigkeit verliert, den Sieger auf eine Weise anzuerkennen, die diesen befriedigen könnte“. Der erregende Charakter einer Herrscher-und-seine-Sklavin-Beziehung verliert sich, wenn die Unterwerfung vollbracht ist. Diese destruktive Unterströmung ist nach Benjamin weitverbreitet in den Bettbeziehungen oder vielmehr in ihrer Öde.

Statt auf das sich selbstzerstörende Dominanz-Spiel kann nach ihrer Vorstellung im Eros auf ein anderes Muster zurückgegriffen werden. Bei der Erforschung der Kindheit zeigte sich, daß schon das Baby nicht als passives Objekt zu verstehen ist, sondern von Geburt an als „aktives Selbst“. Es strukturiert, wie minuziöse filmische Beobachtungen ergaben, das Verhalten seiner Mama ebenso wie sie das seine, manchmal als Crash-Kurs, manchmal als „Tanz der Interaktion, bei dem beide Partner so fein aufeinander eingestimmt sind, daß sie sich ganz im Einklang bewegen“. Solch frühe Erfahrung dürfte die „emotionale Basis“ für Gefühle des „Einsseins“ und „das Liebesspiel der Erwachsenen“ sein.



Femme fatale Alex*: Exorzismus gegen die Emanzipation

Benjamins „intersubjektive Theorie“ hämmert ein, daß es „von Anfang an immer (zumindest) zwei Subjekte



* Oben: Susanne Lothar und Matthias Fuchs in der Inszenierung „Lulu“ von Peter Zadek; unten: Glenn Close und Michael Douglas in dem Film „Eine verhängnisvolle Affäre“ von Adrian Lyne.

** Jessica Benjamin: „Die Fesseln der Liebe“. Stroemfeld/Roter Stern-Verlag, Frankfurt; 352 Seiten; 38 Mark.

gibt“ – eine, wie sie meint, „Herausforderung“ an die traditionelle Logik von Subjekt und Objekt, ein Psychomuster, das Frauen bestärken soll bei der Entwicklung „ihres selbständigen Begehrens“.

Damit es gesellschaftlich eingebettet wird, braucht es Bestätigung in Literatur, Film und Kunst. Als beste Waffe gegen die niederziehenden Mythen der Vergangenheit muß, so die Filmtheoretikerin Doane, ein „künstlicher Mythos“ her. Aber nicht aus dem Orkus von Women's Lib, sondern aus dem französischen Wabern von Strukturalismus, Psychoanalyse und Feminismus kam des Mythos' erster Teil. Im Alter von 68 Jahren verfaßte die Literaturwissenschaftlerin Benoîte Groult, die auch am Hofe Mitterrands verkehrt, ein Hymnus auf ein kristallines Verlangen, das Zeit und Raum ebenso überwindet wie soziale Schranken.

Literarisch nicht der Rede wert, rührt die Geschichte offenbar verdrängte Sehnsüchte an: Jeder könnte die normative Kraft des Faktischen überwinden und in seiner Erotik Höhepunkte des Lebens inszenieren, aber jeder arbeitet auch gegen die Erfüllung seiner geheimsten Wünsche. In diesem Spannungsfeld bewegt sich Groults Heldin.

Gespeist aus einem Kindheitsmuster, als einer piekfeinen kleinen Pariserin in der Sommerfrische am Meer von einem bretonischen Bauernlümmel rüde Sprüche hinterhergeschickt wurden, verbindet die „Magie des Hineinsteckspiels“ Gauvain und George ohne s (so genannt nach George Sand): Er, ein Seemann, sie, eine Intellektuelle, die von ihrer inneren „Anstandsdame“ zwar immer wieder getadelt wurde, weil sie ihren geistigen „Neandertaler“ so rasend begehrte, aber alle inneren und gesellschaftlichen Beschränkungen immer wieder triumphierend beiseite schob.

Schon beim ersten Tanz überflutete sie „das Gefühl, daß sich unsere Körper erkannten und unsere Seelen – denn unsere Hirne waren es nicht“. Ihre erste Nacht wurde zu einer von „jenen Nächten ohne Dauer, wie sie einem nur ganz selten im Leben widerfahren“, denn „die Lust an der Lust erschöpfte sich nicht durch die Befriedigung der Lust“. Beide heirateten in ihrem Milieu, überwanden aber Kontinente, um sich immer wieder zu treffen und den „Sinn für das Heilige in der Wollust“ zu schärfen, über 30 Jahre lang, bis er starb und ihr zumute war, als ob ihre „Haut um ihn trauerte“.

Mit ihrem Roman „Salz auf unserer Haut“, zwei Jahre hintereinander an der Spitze der deutschen Bestsellerliste und bislang eine halbe Million mal verkauft, hat die Literatin „anscheinend einen Nerv getroffen“, wie sie selber sagt. Das Buch wurde in 14 Sprachen übersetzt, vom Finnischen bis ins Hebräische. Das „Hineinsteckspiel“ mag ja hier und da ein wenig muffig beschrieben sein (*Pflasterstrand*: „Aus den Zeilen heraus riecht es nach 30 Jahre alter Steppdecke“), aber die alte Dame, die sich „total feministisch“ fühlt, hat das noch nicht dagewesene Kunststück fertiggebracht, einen weiblichen Porno für die Masse hinzulegen.

So einen Durchbruch möchte die kalifornische Professorin für Filmstudien, Linda Williams, auch im Kino sehen. In einem theoretischen Wälzer auf hohem philosophischen Niveau namens „Hard Core“ erklärt sie die Pornographie als dienlich für die weibliche Emanzipation der Sinnlichkeit. Je mehr Diskurs es über Sexualität gebe, desto mehr würden die „Hierarchien der Gegensätze wie männlich/weiblich, sadistisch/masochistisch, aktiv/passiv und Subjekt/Objekt“ zusammenbrechen. Nach ihrer These entsteht dadurch Raum für andere Definitionen: „Möglich ist jetzt eine pornographische Spekulation über die Lust, die am anderen Ende, nämlich im weiblichen Begehren beginnt, sich eine Vorstellung macht über das unbekannte Mysterium des männlichen Begehrens und sich erkundend vorwärtsschiebt zu der Lust des männlichen Anderen.“



Männerbild Vagina dentata*
„Doppelte Denunziation“



Männerbild vom weiblichen Körper*: „Rosige Ärsche“

„Thinking through the body“ heißt eine in der weiblichen US-Avantgarde zirkulierende Devise, ausgegeben von Jane Gallop, die an der University of Wisconsin ein Konvolut aus Feminismus, Literaturtheorie und Psychoanaly-

* Oben: „Siesta“ von Tomi Ungerer; unten: „Schlafende Badende am Strand“ von Auguste Renoir.



Frauenbild vom weiblichen Körper*: „Gesellschaftliche Geburt"

Vielleicht klappt schon der nächste Versuch: Durch wiederholte Regelbrüche bilden sich neue Muster aus. Bis sich allerdings im Vorspiel mit den Augen die Gleichberechtigung durchgesetzt haben wird, werden noch Heerscharen von Männern dem gewissen Blick von Frauenaugen zutiefst verwirrt ausweichen, im Lokal scheinbar gelangweilt aus dem Fenster stieren oder fluchtartig vom Tresen verschwinden. Mancher mag auch, wie schon vorgekommen, anfangen zu singen: „Lieber guter Weihnachtsmann, schau mich nicht so böse an."

se lehrt. So ein Denken solle entgegengerichtet sein der „grausamen" Spaltung von Körper und Geist, solle die „Rätsel" erkunden, was der Körper überhaupt will, und die „niederen Teile" sprechen lassen: „Vulvologisch – es fließt."

Die körperliche Wahrnehmung gilt in hohem Maß als kulturelles Phänomen. Ob sich eine Frau als schön, schlank, groß et cetera empfindet, ist weitgehend eine Reaktion auf Codes, die in der Gesellschaft zirkulieren. Jede Frau hat aber nach Jane Gallops These einen Rest von körperlicher Authentizität, der nicht von Codes bestimmt ist. Auf den solle sie sich besinnen und ein eigenes Bild von sich entwickeln: einen neuen Körper, der sich souverän erhebt über die abendländische Ein-Körper-Philosophie, wonach das beschwänzte Geschlecht das Maß aller Dinge war (wie lange vor Freud, bei Freud und vielen Denkern nach ihm), während die Frau nur als Ableitung und Mangelwesen vorkam, als Körper, dem etwas fehlt, als Hohlform bloß für das eine.

Diesen kulturellen Minderwertigkeitskomplex versuchten Kreise der Frauenbewegung jahrelang zu bewältigen, indem sie beim männlichen Geschlecht Neid auf Busen und Gebärmutter beschworen, den Penis ab- und die weiblichen Organe aufwerteten, bis hin zum Erscheinen von Klitoris- und Vulva-Bildern in der Malerei und der Fotografie. Die Präsentation weiblicher Körper durch weibliche Künstlerinnen ist ein gesellschaftliches Signal. Frauen demonstrieren damit, daß sie ihre Erotik selber definieren und dem phallischen Begehren das ihre entgegenzusetzen vermögen. Die Kunst spiegelt einen Prozeß psychischer Veränderung wieder. „Solange der weibliche Körper von den Frauen nicht angeeignet werden kann und Frauen sich scheuen, ihren Körper positiv zu besetzen, sind dem weiblichen Begehren enge Schranken gesetzt", schreibt die Soziologin Brückner in der *Zeitschrift für Sexualforschung*: „Voraussetzung zum Begehren ist eine positive Besetzung des eigenen Körpers."

Jenseits aller Neidtheorien wird aus selbstbewußter, postfeministischer Warte die Tatsache, daß es zwei Geschlechter gibt (was in der Weltgeschichte stets mit Deutungen versehen wurde), als faszinierende Differenz begriffen, die zu überwinden sich in manchen Stunden lohnt: als zwei Teile eines Ganzen.

Bei der neuen Frau mit neuem Körperbild wird theoretisch ein autonomer Blick gefördert, der sich freigemacht hat aus dem Schatten historisch vorgegebener Sehgewohnheiten. Als Ideal propagiert Jane Gallop eine Schaulust, die nicht träge konsumiert, sondern im Hirn aufgeladen wird durch eine Imagination des Begehrens: „Ich animiere es, und es animiert mich."

Einen offensiv erotischen Blick, o ja, den wünscht sich auch die Berliner Malerin Breitling für ihr Geschlecht. Aber können Männer solchen Frauenaugen standhalten? Kann das Geschlecht, das die voyeuristische Power seit Jahrtausenden hält, überhaupt ertragen, Anblick zu sein? Ein Geschlecht, das gewöhnt ist, auf seine Leistung, gegebenenfalls auch auf seine Geistigkeit anzuspielen, aber nicht auf seine Körperlichkeit, sonst kämen nicht viele seiner Vertreter so grau, so spannungslos, so verschlunzt oder gar verdickt daher. Die Künstlerin bezweifelt, ein „Gegenüber" zu finden.

* Oben: „Earth birth" von Judy Chicago; unten: Teller „Georgia O'Keeffe" für „The dinner party" von Judy Chicago.



Frauenbild Vagina*: „Vulvologisch – es fließt"

Angst bleibt die Begleiterscheinung des Begehrens, um so mehr, wenn Frauen sich in das Wagnis stürzen. Doppelt verletzlich stehen sie da. Sie verließen die Sicherheit der kulturellen Kleiderordnung, und in ihrem Fieber nach dem anderen verloren sie ihre psychische Sicherheit. Wenn es schlimm kommt, sind sie gespannt bis zum Exzeß seelischer Schmerzen: Sie erwarten ein Zeichen, mit dem ihr Begehren anerkannt wird. „Dieser Gefährdung des eigenen Ichs wußten patriarchale Gesellschaften durch einseitig legitimierte Rechte des Mannes auf den Körper der Frau vorzubeugen", so die Soziologin Brückner: „Im freien Spiel der Kräfte scheint diese begehrliche Bloßstellung der Bedürfnisse des eigenen Leibes – der Triebhaftigkeit – beide Geschlechter gleichermaßen zu ängstigen."

Daß Frauen in panischem Erschrekken ihr Verlangen abwehren und statt dessen eine Hysterie der Vermeidung entwickeln, ist der Sexualforschung



Weiblicher Akt*: Antwort auf den Phallus

sie den kulturellen Taktstock des Begehrens und der Herrschaft aus der Hand geben. Sie sind die großen Bestätiger der kollektiven Frauenphantasie: „Die Männer wollen sich nicht begehren lassen"; oder: „Sie wollen vielleicht schon, aber sie können selten. Hier haben sie jahrhundertelang nicht gelernt", wie die Soziologin Sichtermann feststellt.

Die Psychoanalytikerin Poluda-Korte begegnet „der Angst vor einer Überlegenheit der Frau als zentrales Thema besonders in Analysen mit narzißtisch gestörten Männern". Frauen hingegen hätten Schwierigkeiten, Männer zu „ihrer sexuellen Lust benutzen und mit sexueller Gier angreifen" zu können. Sie schützten zum Preis eigener Lustunfähigkeit den Mann vor ihren sexuellen Aggressionen, um seine Idealisierung aufrechtzuerhalten.

Es rächt sich auf subtile Weise in den eigenen Reihen, daß die Frauenbewegung den aggressiven Part dem Männergeschlecht zugeschoben hat. Zu Recht wurde die körperliche Gewalt gegen Frauen angeprangert, doch wie in einem Atemzug bekam auch die Sexualität als solche das Stigma „Gewalt" verpaßt. Im „mädchenschulhaften Klima", wie die Politologin Ulrike Heider in *Psychologie heute* höhnte, wurde ein „infantiler Kuschelsex" propagiert, von dem frau inzwischen mit „lautstarker Distanzierung" nichts mehr wissen will.

Indessen hinterließ die ständige Wiederholung der sexuellen Version, daß weibliche Verletzlichkeit der männlichen Aggression zum Opfer fällt, im Geschlecht der Kerle Spuren. Man distanzierte sich vom „Gewohnheitsverbrecher" Mann, und stiekum ging auch die Kraft verloren, die einst den Eroberer trieb. Der Zeitgeist hat ihn jahrelang heruntergeholt zu zärtlicher Dienstleistung, die schließlich passen sollte zu den Anforderungen der Frau aus dem Shere-Hite-Katalog.

Die attraktive Amerikanerin animierte ihr Geschlecht publicitywirksam, dem Heterosex weibliche Masturbations-Praktiken überzustülpen: „Der weibliche Orgasmus ist kein großes Mysterium. Er stellt sich ein durch die richtige Stimulation, schnell, angenehm und wiederholbar." Shere Hite leitete zwar einen gesellschaftlichen Paradigmawechsel hin zum weiblichen Begehren ein, aber ihr technischer Orgasmus blieb ein unbefriedigendes Konzept. Einer mit einer erregenden Geschichte muß nun her.

Soll Sex nicht Gymnastik, sondern Eros werden, so müsse, wie die Analytikerin Benjamin bekannt. Um das schönste aller Spiele zu riskieren, bedarf es weiblicher Kühnheit, die zu stimulieren ja nun der letzte Schrei im Feminismus ist. „Wir brauchen Mut zu begehren", sagt die Soziologin Brückner. „Das weibliche Begehren traut sich nicht, es greift zu kurz", kritisiert die Feministin Sichtermann die „historische Schwäche" und animiert, „daß wir es proben, es lernen", denn: „Wir können, objektivierend, nur gewinnen."

Als Geschlecht schon, aber das weibliche Individuum kann sehr wohl verlieren und mit erotischer Wucht den begehrten Typ in die Flucht schlagen. Der kulturelle Wandel, den Frauen so lange proben, bis er endlich klappt, wird mit Tränen der Enttäuschung begleitet.

Söhne, die von der Liebesmacht ihrer Mutter eingeschnürt waren, fühlen sich als erwachsene Männer wie vergewaltigt, wenn sie auf eine verlangende Frau stoßen. Mit hohem Gefühlsaufwand verzichten sie lieber gerade auf die Frau, die sie ganz besonders interessiert, als daß



Weibliches Foto-Objekt Frau*: Triumph der Sinnlichkeit

* Oben: von Lynn Davis; unten: von Marlo Broekmans.

erläutert, auf der Psychoebene ein Spiel von „Zerstörung und Überleben" sein – auch das ein frühes Kindheitsmuster. Jeder kleine Mensch erprobte besinnungslos seine Aggressionen und erfuhr dabei als Kriterium des anderen schlechthin, daß dieser überraschend seine Zerstörungswut überlebte. Das Nachspiel, so Jessica Benjamin, ist aufregend:

> Gewiß ist der Eros nicht frei von allem, was man mit Aggression, Selbstbehauptung, Kontrolle und Herrschaft assoziiert. Aber was Sexualität zu Erotik werden läßt, ist das Überleben des anderen in der Zerstörung und trotz der Zerstörung. Eros unterscheidet sich nicht etwa dadurch von Perversion, daß er frei von Macht- und Unterwerfungsphantasien wäre, denn Eros reinigt die sexuellen Phantasien nicht, er spielt mit ihnen. Der Begriff der Zerstörung erinnert uns daran, daß ein Stück Aggression im Liebesleben notwendig ist. Doch erst das Überleben, der Unterschied, den der andere setzt, unterscheidet die erotische Vereinigung, die mit der Dominanzphantasie spielt, von realer Herrschaft. In der erotischen Beziehung ist es möglich, sich zu verlieren und gleichzeitig ganz da zu sein: sozusagen ohne Widerspruch.



Körper aus der Frauen-Perspektive*: Offensiver erotischer Blick

Wenn sich in dem spanischen Kultfilm „Matador" der Stierkämpfer Diego und die Anwältin Maria im Akt umbringen, werden Eros und Aggression ein und dasselbe. Im Leben aber bleiben beide, selbst wenn sie zusammenwirken im „kleinen Tod", die großen Antagonisten: „Zum Glück", so Jessica Benjamin, „trifft die Aggression auf ihren unsterblichen Gegner, Eros, den Lebenstrieb."

Nun also kommt der ungeheure Pendelschlag, nach der gesellschaftlichen Abwertung der männlichen Aggression die weibliche Aggression herauszukitzeln und ideologisch abzustützen. Auch die sei schließlich „nützlich", beschwichtigt die Feministin Sichtermann. Unter dem Gesetz der Sexualität „dient die Aggression unmittelbar dem Frieden (der Befriedigung)".

Je mehr sich aber Männer gezähmt haben, je vollkommener sie den zivilisatorischen Verzicht leisteten, bei jeder Erektion das Objekt ihrer Begierde einfach anzufallen, desto verwirrender muß auf sie der kulturelle Erwartungen sprengende Angriff einer Frau wirken. Was passiert, muß sie ausprobieren:

Der eine kann gar nicht anders als sich einfach hinzulegen – in weiblicher Hand ein williges Objekt, das die Verkehrung der Weltordnung hinnimmt wie ein gütiges Geschick, um einmal herausgerissen zu werden aus der Ermattung der Triebe. Falsch. Der andere macht sich auf Teufel komm raus davon, bedroht durch eine Unfaßlichkeit, die schon in archaischen Bildern von der zerfleischenden Amazone bis zur Vagina dentata zum Ausdruck kam. Erst recht falsch.

Das weibliche Begehren endet am factum brutum der Geschlechteranatomie. Wenn sie will und er nicht, geht gar nichts, während der umgekehrte Fall sattsam bekannt ist als Vergewaltigung. „Du sollst nicht begehren" hat sich in das weibliche Bewußtsein als Furcht eingeschrieben, kontraproduktiv kastrierend zu wirken.

Wie Salome. Die Kopf-ab-Mythen erzählen auf der symbolischen Ebene, wie in der Interaktion der Geschlechter die männliche Potenz zusammenfallen kann. Der Schlappschwanz, der sich verkriecht als Produkt weiblicher Überwältigungsstrategien, ist nicht erwünscht.

Was nun hat die Salome falsch gemacht? „Sie kennt im Augenblick, da sie sich den Propheten in den Kopf oder besser in die Sinne gesetzt hat, nur noch ihn, sie isoliert ihn und sich selbst in ihrem Begehren vom Rest der Welt. Und sie zerlegt ihn in Teilobjekte": Das konnte, wie sich die Feministin Sichtermann sagte, gar nicht gutgehen.

Die Literaturwissenschaftlerin Hilmes erkennt, daß so „blind" im Begehren wie Salome, die sich ausgerechnet auf einen Asketen schmeißt, eine Frau eben nicht sein dürfe. Sie täte gut daran, das Haupt Jochanaans „einfach wegzuwerfen, sich also von den Bildern uneinlösbarer Liebe zu lösen und sich auf bessere, auf wirkliche Genüsse zu besinnen". Hüten müsse sie sich jedoch, den Mann „zum Fetisch" zu machen, aber als Individuum zu negieren.

Nicht gewollt wird „die genaue Umkehrung der derzeitigen Verhältnisse, in denen nun der Mann zum Sexualtier, zum unterlegenen Objekt gemacht werden soll", stellt die Erotik-Theoretikerin Breitling klar: „Ich glaube nicht, daß Frauen Erfüllung in solchen Relationen finden, ich glaube nicht, daß Frauen sich unterlegene Männer wünschen."

Der Paar-Therapeutin Poluda-Korte gilt als A und O, den „kulturellen Wandel gemeinsam zu vollziehen und eine Dimension zu realisieren, die zu finden möglich scheint". Die Suprafeministin Frankreichs, Luce Irigaray, auch sie Psychoanalytikerin, träumt von „zwei Subjekten, die auf irreduzible Weise verschieden sind", aber doch fähig werden zu einer nie dagewesenen „Intelligenz und einer Kunst in der Beziehung zwischen den Geschlechtern". Wie ihre Pariser Kollegin befördert auch die New Yorker Psychoanalytikerin Benjamin die „Vision einer Balance".

Wenn sich nicht länger der Herrscher und seine Beherrschte finden, sondern sich der Kampf zweier Begehren wie der von ihr als Urmuster zwischenmenschlicher Beziehung begriffene „Tanz" vollzieht, in dem sich beide „ganz im Einklang bewegen" – dann wird es in gewissen Nächten und an manchen Tagen zum Sterben schön: Angreifer trifft auf Angreiferin. ◀

* Von Ernestine Ruben.

Hollywoods wunschloses Unglück

Ruhm, Geld und Karriere – Carrie Fisher hatte alles, was eine Filmschauspielerin sich nur wünschen kann. Trotzdem wurde sie drogensüchtig und starb fast an einer Überdosis. Als Therapie schrieb sie den Roman ihres Lebens. Jetzt hat Hollywood ein großes Drama daraus gemacht: „Grüße aus Hollywood" mit Superstar Meryl Streep.

In Hollywood tut sich täglich der Himmel auf – doch kaum jemand kann darüber noch staunen. Erst ist da nur ein schmaler Riß am Horizont, dann klafft schon ein großes Loch in der Welt, und schließlich steht die Tür ganz offen. Und aus dem gemalten Studio-Hintergrund kommt der Regieassistent angerannt und brüllt in sein Megaphon: „Okay, Leute, ihr wart ganz fabelhaft, aber laßt uns die Sache noch einmal drehen!"

Wer solche Szenen ständig erlebt, wem der Himmel immer einen zweiten oder dritten oder zwölften Versuch gewährt, der kann irgendwann ohne jene Tür nicht mehr leben. Der erwartet dann, daß das Leben genaue Regieanweisungen gibt, bevor es ernst macht. Und wenn etwas schiefläuft mit der Liebe und der Karriere und dem Rest, dann hat er sich für seine Biographie nur den falschen Drehbuchautor gesucht. Allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz sind die Leute in Hollywood weder gottlos noch oberflächlich, und daß es metaphysische Dinge gibt, eine Wirklichkeit hinter der sichtbaren Welt, das erfahren sie an jedem Arbeitstag. Die Götter Hollywoods thronen auf Regiestühlen, in Produzentenbüros, hinter Schreibmaschinen. Es sind heidnische Götter voller Fehler und Grausamkeit.



Filmstar Fisher: Karriere als Krankheitsprotokoll

Als Carrie Fisher ein Kind war, sah alles so aus, als hätte ein gutgelaunter und überbezahlter Gott sich diese Kindheit im Champagnerrausch ausgedacht. Und als sie heranwuchs, erlebte sie eine Erfolgsstory, die auch als Seifenoper im Fernsehen hätte laufen können. Ihre Mutter ist die Diva Debbie Reynolds (der weibliche Star aus „Singin' in the Rain"), ihr Vater ist der Sänger Eddie Fisher (der einst „Oh My Pa Pa" so ergreifend wie kein zweiter sang), und für ein paar Jahre galten die beiden als das Traumpaar Hollywoods. Die kleine Carrie aber kannte, noch ehe sie lesen und schreiben lernte, schon die Bedeutung solcher gefährlichen Wörter wie „Glamour", „Show-Business" und „Cocktailparty".

Sie war 13, da stand sie neben ihrer Mutter auf der Bühne. Sie war 18, da durfte sie, in der Filmkomödie „Shampoo", Warren Beatty verführen. Mit 20 spielte sie die Hauptrolle in einem der erfolgreichsten Filme aller Zeiten. Und weil es von jenem Film noch zwei Fortsetzungen gab, brauchte sie sich niemals Sorgen darüber zu machen, wer die Miete zahlt und die Kreditkartenrechnungen und all die anderen Dinge, die das Leben in Beverly Hills so teuer machen.

Trotzdem begann ihre Midlife-Crisis schon bald nach dem 20. Geburtstag, und daß die Krise niemals wirklich vorüber ging, liegt wohl gerade an diesen frühen Erfolgen. Carrie Fisher spielte die Weltraumprinzessin Leia Organa im „Krieg der Sterne", sie raste in eleganten Raumgleitern durch die Galaxis, rettete mehrmals das Universum vor den Mächten des Bösen und ließ sich auch dann nicht aus ihrer kosmischen Ruhe bringen, wenn irgendwo ein Planet explodierte. So verlor Carrie Fisher den Kontakt zum Boden.

Denn die eigentlichen Stars in der „Star Wars"-Trilogie waren die Spezialeffekte, all die Raumschiffe und Explosionen und der ganze Lichtjahrmarkt – und weil solche Bilder sehr kompliziert zu inszenieren sind, klappten die wenigsten Szenen schon bei der ersten Klappe. Nach Drehschluß aber gab es niemanden, der für Carrie Fisher die Klappe schlug, ins Megaphon brüllte und eine Szene abbrach, wenn die zu entgleisen drohte.

Kein Regisseur inszenierte die Happy-Endings für ihre Männergeschichten; kein Agent sorgte dafür, daß die Nebenrollen in ihrem Leben richtig besetzt wurden; kein Autor strich das viele Kokain, die Schlaf- und Aufputschtabletten aus dem Szenario ihrer Jugend. Eines Morgens wachte Carrie Fisher in einem Krankenzimmer auf, ihr Magen schmerzte, weil er ausgepumpt worden war, und eine Krankenschwester erzählte der Patientin, daß sie sich in einer Drogenklinik befand. Die Diagnose hieß: Überdosis.

Für Carrie Fisher, das Geschöpf aus Hollywood, war dieses Erlebnis ebenso bedeutsam wie einst für Juri Gagarin die Erfahrung, daß er mit seiner Rakete durch den Himmel kurvte und keine Spur von Gott erkennen konnte. Sie war allein, war frei, war die Heldin ihres eigenen Films – aber niemand half ihr, diesen Film zu inszenieren.

Sie begann zu schreiben, um die Angst vor dieser Einsamkeit zu bannen, sie führte Tagebuch in der harten Zeit des Drogenentzugs, und auch nach der Entlassung aus der Klinik hörte sie mit dem Schreiben nicht auf. So machte sie sich im nachhinein zur Autorin ihres Lebens, so erfand sie sich eine Geschichte, die erst durchs Schreiben ihre eigene wurde: die Schauspiel-Karriere als Krankheitsprotokoll, die Schriftsteller-Laufbahn als Therapie.

„Postcards from the Edge" heißt das Werk im Original, Postkarten vom Rand, vom Grat, von des Messers Schneide – und gemeint ist damit jene Grenze, welche zwischen der Illusion vom wahren Leben und den anderen Illusionen liegt.

Denn das wahre Leben, das wirkliche und absolut authentische, das gibt es in Hollywood längst nicht mehr. Suzanne

Vale, im Buch Carrie Fishers Alter ego, hat das erfahren, als sie endlich einmal ihr Leben spüren wollte, als sie – so wie andere Leute sich in den Arm zwicken – sich mit Kokain und starken Pillen aus jenem Traum befreien wollte, von dem sie glaubte, daß ihn irgendein anderer für sie träumte.

Aber sie überbrückte nur die Zeit zwischen den Filmen, in denen sie nicht sie selber war, mit Räuschen und Illusionen, in denen sie sich selber nicht wiedererkannte. Und als Suzanne Vale ihre Rauschgiftsucht und die Schmerzen des Entzugs überwunden hat, als sie wieder ganz klar ist im Kopf und nicht mehr ganz so unglücklich, als sie mit einem interessanten Mann eine interessante Affäre hat – da empfindet sie ihre Tage und Nächte nur wie das Remake eines eleganten Großstadtfilms.

Carrie Fisher ist nicht die kleine Schwester von Burroughs und Bukowski, sie erbricht ihr Leiden nicht in die Schreibmaschine, und wenn sie den Drogenrausch und den Kater beschreibt, dann schwingt nichts Magisches und nichts Dämonisches durch die Sätze. Ihr Roman handelt von der Verzweiflung und der Verlassenheit, aber Carrie Fisher macht kein Drama daraus. Sie schildert einfach das wunschlose Unglück einer Frau, die eine volle Woche im Bett liegenbleibt und mit ihrer Fernbedienung spielt, weil es in der wirklichen Welt nichts zu erleben gibt, was nicht in Spielfilmen und in TV-Serien größer und ergreifender wäre.



„Grüße"-Darsteller MacLaine, Streep: Neurosenkrieg

„Grüße aus Hollywood" (so der deutsche Titel) ist kein großer Roman, nur ein Fragment, eine Sammlung von Episoden, Gesprächen, Reflexionen*. Carrie Fisher beherrscht die kleine Form viel besser als den großen Wurf – was bei diesem Thema kein Mangel ist. Wer Hollywood beschreiben will, darf keinen Hollywoodfilm schreiben.



Eltern Fisher, Reynolds
Das Traumpaar Hollywoods

Es ist das Porträt einer Schauspielerin, die so viele und so genaue Regieanweisungen bekommen hat, daß eine Existenz ohne Regisseur ihr so sinnlos erscheint wie dem gläubigen Christen eine Existenz ohne Gott. Es ist das Porträt einer Welt, die nur aus Illusionen und Inszenierungen besteht, und nirgendwo gibt es eine Tür, durch die man hinaustreten könnte an die frische Luft, in die Wirklichkeit.

Und es ist eine kluge, zynische und durchaus ernstgemeinte Variation über die alte Frage nach dem Sinn des Lebens und des Kinos: Warum gibt jener Große Drehbuchautor, der das Storyboard des Schicksals entwirft, seinen Geschöpfen die Drehbuchseiten nicht schon ein paar Wochen vor dem Ernstfall? Man könnte dann üben und nachdenken und vielleicht erkennen, worum es bei der ganzen Sache geht.

Die ganze Welt sucht ihren Autor in „Grüße aus Hollywood" – doch als der Regisseur Mike Nichols beschloß, den Roman zu verfilmen, da war der Autor schnell gefunden. Nichols engagierte Carrie Fisher, und die machte sich ans Schreiben, und als sie ihren ersten Entwurf vorlegte, fand Mike Nichols die Story ganz fabelhaft. Natürlich mußte Carrie Fisher trotzdem alles noch einmal schreiben.

Mike Nichols hat ihr dabei geholfen, er hat wenig übriggelassen vom ersten Entwurf, und nun erzählt der Film eine völlig andere Geschichte. Die Heldin heißt zwar Suzanne Vale wie im Roman, sie ist Schauspielerin, hat ein Drogenproblem und schafft nur selten eine Szene bei der ersten Klappe. Doch das schlimmste Problem dieser Kinoheldin wird im Roman nur am Rande erwähnt: Suzanne Vale hat eine Mutter. Ein Hollywoodfilm, so befand Mike Nichols, brauche einen Konflikt – die Probleme einer Frau mit sich selbst sind nicht abendfüllend.

Meryl Streep spielt Suzanne Vale, Shirley MacLaine spielt die Mutter, und Regisseur Mike Nichols spielt jenes Thema durch, das ihm seit Jahren das liebste ist: „Die Waffen der Frauen" hieß sein letzter Film, und mit den Waffen der Frauen kämpfen jetzt Meryl Streep und Shirley MacLaine gegeneinander.

Die Mutter kämpft um die verlorene Jugend, sie fühlt sich alt und gibt sich jung und kann nicht glauben, daß die Tochter längst erwachsen ist. Sie hat verdrängt, daß ihre beste Zeit seit Jah-

* Carrie Fisher: „Grüße aus Hollywood". Goldmann Verlag, München; 256 Seiten; 9,80 Mark.

ren vorüber ist, und ständig stiehlt sie der Tochter die Show. Suzanne wehrt sich, auch sie muß kämpfen, doch heimlich ist sie froh darüber, daß sie alle Schuld für ihr verkokstes Leben auf die verkorkste Mutter schieben kann. Beide Frauen bewohnen ein Haus, sie können dem Konflikt nicht ausweichen, und weil solche Konflikte sich nicht mit Revolvern lösen lassen, wird der Showdown mit Worten, Witzen, Wutanfällen ausgetragen.

Das fiktive Duell der beiden erfundenen Stars kommt in Schwung durch das reale Duell der Schauspielerinnen Streep und MacLaine, die sich und einander zu großen Auftritten und gewaltigen Ausbrüchen anstacheln. Es ist ein Neurosenkrieg, ein doppelter Seelen-Striptease, manchmal explodiert die Miene von Shirley MacLaine, meistens antwortet Meryl Streep mit einem Sperrfeuer aus ihren Augen, und immer sieht das sehr groß und dramatisch aus: wie „Star Wars“ für Freunde der gehobenen Schauspielkunst.

Nur einmal, in einer beiläufigen Szene, erzählt auch Nichols' Film von dieser kleinen, schäbigen Verzweiflung, die Carrie Fisher so genau geschildert hat: Da hockt Suzanne Vale in ihrer winzigen Garderobe, es ist der erste Drehtag eines neuen Films, und schon nach wenigen Minuten klopft es an der Tür. Ein dicker Mann zwängt sich in den engen Raum, stellt sich vor als Produzent und kommt schon beim zweiten Satz ins Stammeln: Er schätze Suzannes Können, er freue sich, daß sie ihre Drogensucht überwunden habe, aber es gebe da leider ein kleines Problem. Die Versicherung sei mißtrauisch, er bedauere das sehr, doch es lasse sich wirklich nicht vermeiden, daß Suzanne, na ja, sich einem Urintest unterziehe. Und die Schauspielerin verliert für einen kurzen Moment die Kontrolle über ihr Gesicht, und man kann sehen, daß sie niemals schlimmer gedemütigt wurde.

Carrie Fisher hat inzwischen ihren zweiten Roman veröffentlicht, der heißt „Surrender the Pink*“ und handelt von der Erotik unter Neurotikern. Es ist kein großartiges Werk, die amerikanischen Kritiker haben es hämisch verrissen, aber es eignet sich gut als Vorlage für einen prächtigen Hollywoodfilm. Das Drehbuch schreibt Carrie Fisher. Sie hat die Schauspielerei nicht ganz aufgegeben – in Carl Reiners neuer Komödie „Eine fast anständige Frau“ spielt sie eine Nebenrolle –, doch ihr Hauptberuf ist das Schreiben. Recht hat sie: Schriftsteller sind niemandem eine Urinprobe schuldig.

Claudius Seidl

* Carrie Fisher: „Surrender the Pink“. Simon and Schuster, New York; 288 Seiten; 18,95 Dollar.

Aus der Heimat

SPIEGEL-Redakteurin Annette Meyhöfer über „Rama dama“

Der Sepp hat es geschafft. An diesem Abend kurz vor Weihnachten, bei einer Party in den Bavaria-Studios, ist er der Star. Vielleicht wird „Rama dama“ ein noch größerer Erfolg als „Herbstmilch“. Im bläulichen Licht der vielen kleinen Halogen-Strahler, das die Gesichter zu Masken bleicht, balancieren, zwischen Direktoren, Abteilungsleitern, Filmverleihern, ein paar Bunnies ihre Champagnertabletts. Mit ihren roten Korsetts, den roten Hasenohren und dem wattigen Stummelschwänzchen scheinen sie übriggeblieben von irgendeiner Herren-Veranstaltung aus den sechziger oder siebziger Jahren, Statistinnen einer Frivolität, die es nie gab. Joseph Vilsmaier hebt sein Bierglas, auf seinen Erfolg, auf den neuen Film und auf die Bavaria.



Regisseur Vilsmaier, Familie: „Das Gefühl ist das Wichtigste“

Auch das „Playmate des Monats“ soll auf der Party sein, allerdings im Abendkleid, und der Reporter irgendeines Münchner Privatsenders fragt die Gäste, was Luxus für sie bedeute: Urlaub vielleicht oder ein Lied von Herbert Grönemeyer. Ein bißchen erschrocken ist Joseph Vilsmaier ob des schulterklopfenden Optimismus seiner einstigen Kollegen und Chefs. Fast 30 Jahre hat er für die Bavaria gearbeitet, über 15 Jahre als Kameramann für alle namhaften Fernsehregisseure, die besseren Filme und Serien, „Rote Erde“ und immer mal wieder einen „Tatort“.

Nicht daß er an seinem Erfolg zweifelte: Bei einer Voraufführung von „Rama dama“ waren die Leute begeistert, und nicht nur die Älteren, die sich an ihre eigene Vergangenheit erinnerten, haben geweint über die Geschichte von der Trümmerfrau mit den zwei kleinen Kindern, deren Mann in Rußland verschollen ist. Aber damals, vor ein paar Jahren, als er „Herbstmilch“ drehen wollte, da hat keiner bei der Bavaria an den Regisseur Vilsmaier geglaubt. Der Sepp ist nicht nachtragend, er schüttelt Hände und umarmt die Freunde, und manchmal wirft er seiner Frau einen Kuß zu, der Tschechin Dana Vavrova, die schon ein deutscher Fernsehstar war, das jüdische Mädchen Janina aus „Ein Stück Himmel“, bevor sie die Hauptrolle in seinen beiden Filmen spielte.

„Herbstmilch“, Vilsmaiers Spielfilmdebüt, nach den Lebenserinnerungen der Bäuerin Anna Wimschneider, war mit 2,5 Millionen Zuschauern ein Erfolg, wie ihn sonst nur Otto, Ödipussi oder der beinharte Werner erzielen, und Regisseur und Darsteller wurden mit Auszeichnungen überschüttet. Die Pokale und Trophäen, Bundesfilmpreise in Gold und Silber, den Bayerischen Filmpreis, den Chaplin-Schuh, hat Vilsmaier, ganz ohne kokette Zurückhaltung, in seiner Produktionsfirma, der Perathon Film, ausgestellt, hinter Glas, in einer großen Vitrine. Ganz unten stehen, Platzhaltern gleich, ein paar Holzfigürchen, naive Schnitzereien, Kamele und Ähnliches, aus „Rama dama“.



Vilsmaier-Film „Rama dama“: Märchen vom Wiederaufbau

Es war, mehr noch als der Bestseller-Ruhm der Vorlage, der Reiz des Authentischen, der „Herbstmilch“ so erfolgreich machte: ein Heimatfilm, schrecklich-schön und ein bißchen exotisch, ohne die Idyllik der fünfziger Jahre und fern den aufklärerischen Düsternissen der gealterten Jungfilmer. „Herbstmilch“ war für den fast 50jährigen Regiedebütanten auch ein Glückstreffer; der neue Film „Rama dama“ – so war die Schutträumaktion im Nachkriegs-München benannt: „Räumen tun wir“ – ist im Grunde eine Fortsetzung des ersten, „ein Auftrag des Publikums“. Die Idee, sagt Vilsmaier, hatte er schon länger, und nach den Vorführungen von „Herbstmilch“ kamen immer wieder Zuschauer zu ihm, die ihm von ihrem Leben erzählten, von den Kriegsjahren und den Jahren des Wiederaufbaus.

Er hat dann eben begonnen, zu recherchieren über die „Trümmerfrauen“, Geschichten gesammelt und sogar „Statistiken“ angelegt. Ein möglichst „authentisches Porträt“ wollte er gewinnen von jener Zeit, an die er sich selber, bei Kriegsende ein Sechsjähriger, noch so gut erinnern konnte, die Nächte in den Luftschutzkellern, das Geschrei der Kinder, die jungen Frauen, die sich auf dem Weg zurück in ihre zerstörten Häuser schnell noch einmal die Lippen schminkten: „Es hätte ja sein können, daß der Mann plötzlich wieder da war.“

„Rama dama“ ist, mit denselben Hauptdarstellern wie „Herbstmilch“ und einem großen Teil des früheren Teams, wieder ein Vilsmaiersches Familienunternehmen, der Regisseur dabei zugleich Produzent, Co-Autor und Kameramann, ein sanfter Patriarch oder ein poltriger Hausvater, vor dem die Regieassistentin manchmal am liebsten „niederknien“ möchte. Er will die Kosten gering halten – „statt der Gage für die Dana und mich haben wir dann lieber einen besseren Ton“ – und vor allem die Kontrolle nicht verlieren.

In der Vilsmaierschen Wohnung in Harlaching, einer mit holzumrahmten Fenstern folkloristisch herausgeputzten Doppelhaushälfte, drängen sich in Regalen und Vitrinen, auf den Ablagen der Schränke und auf den Kommoden die Porzellanengel, Schnupftabakdosen, Bierseidel, bayerische Paraphernalien und moderne Kunst. Ein alter Kinderwagen, mit Spielzeug randvoll gefüllt, ist ein Geschenk von Dana Vavrovas Mutter. Bei den Dreharbeiten zur zweiten Staffel von „Ein Stück Himmel“ hat er die Schauspielerin kennengelernt, geheiratet haben sie im Krankenhaus, unmittelbar vor der Geburt der ersten Tochter, Janina. Die zweite, Theresa, wurde bei Drehbeginn von „Rama dama“ geboren, und beide spielen sie in dem Film mit.

Dana Vavrova, das einstige Lieblingskind des deutschen Fernsehens, 28 Jahre jünger als er, schmal, zierlich, von gut trainiertem Selbstbewußtsein, unterbricht gern, wenn der Sepp wieder einmal in seinen Erzählungen ausschweift, versucht, in ordentlichere Kanäle zu lenken, was doch immerzu aus ihm hervorzuquellen scheint, diese Geschichte seines Erfolgs, vom bayerischen Buben, dem Kind einfacher Leute, dem sich mit 50 Jahren sein Lebenstraum erfüllte. Dabei hält der stämmige Mann mit dem stoppeligen Backenbart im runden Gesicht gar nichts von Worten, ein „wahnsinniger Gefühlsmensch“ sei er, ein Beobachter und einer, der in Bildern denkt. „Das Gefühl ist das Wichtigste“, auch im Kino, die Leute wollten, sagt Vilsmaier, endlich wieder Gefühle sehen, Geschichten von einfachen Leuten. Und Dana Vavrova sekundiert: „Wie im Eisschrank“ habe man sich befunden in den letzten Jahren, in deutschen Filmen.

Die Friseursfrau Kati Zeiler in „Rama dama“ ist so eine, die wenig Worte macht, die, nachdem ihr Haus von den Bomben zerstört ist, einfach anfängt aufzuräumen, die, ohne viel Aufhebens, ihr zweites Kind kriegt, just in dem Moment, als die Amerikaner einmarschieren. Später steht sie dann auf dem Bahnhof, wie all die anderen Frauen, ein Bild ihres Mannes in der Hand, klopft Steine und arbeitet als Trambahnschaffnerin, und wenn sie sich am Ende doch verliebt in den charmanten Taugenichts Hans (Werner Stocker), dann ist das auch eine Art Befreiung, aber ihre Pflicht könnte sie darüber nicht vergessen.

Die Leute sehnten sich ja nach Märchen, wie „Pretty Woman“, sagt Dana Vavrova, und Vilsmaier ergänzt, sie wollten wieder eigene, vertraute Geschichten sehen, deutsche Themen. Es ist schwer, von Vilsmaiers Bildern nicht überwältigt zu sein, von den tausend Kinderwagen vor dem Luftschutzbunker, im Schein der brennenden Häuser, schwer, Gefühl und Sentimentalität auseinanderzuhalten, wenn Kati und Hans zum ersten Mal miteinander schlafen, auf einer grünen Wiese; und dabei ist der Himmel über der bayerischen Hochebene so hoch und blau, wie er nur in „Herbstmilch“ war.

Vielleicht wären diese suggestiven Bilder und Szenen, diese Schauspieler, die

so unangestrengt wirken, leichter erträglich, käme die Geschichte aus Hollywood: ein Märchen, schön, fern, fremd. Es sind auch nicht die Klischees, die in Vilsmaiers Geschichte stören, die zu oft gesehenen Szenen vom deutschen Fräulein, das in Ami-Klubs tanzt, vom alten Mann im Keller, der Schreckliches, Unaussprechliches erlebt hat. Nein, Vilsmaier erzählt – und das ist das Ärgerliche – eben nicht, wie es wirklich war, sondern wie es gewesen sein soll, in den vom Wirtschaftswunder berauschten Köpfen der Zeitgenossen, der meisten wenigstens. Er erzählt das Märchen vom Wiederaufbau, und er tut dies so rührend, so geradlinig, mit dem Bauch kalkuliert, daß seine Geschichten aus der Heimat nicht einmal unwahr erscheinen. Sie sind so wahr wie Abziehbilder aus den Poesiealben der fünfziger Jahre.

Aber, meint er, war es nicht doch so, damals, als der Schutt weggeräumt werden mußte und die Leute „hungrig nach Romantik“ waren und danach, „sich zu befreien“, innerlich, emotional? Er zitiert einen Satz, den er irgendwo gelesen hat: „Heimat ist das Biotop eines jeden Menschen.“ Daß die Umstände, der Geist der Zeit ihm recht geben: ein Zufall. Schließlich hatte er das Projekt ja schon lange vor dem nationalen Taumel im Kopf. Bei der Berlinale wurde „Rama dama“ übrigens abgelehnt, aber das, so der Regisseur, ist ja wohl eher ein „gutes Omen“: Kaum einer der deutschen Filme, die dort in den letzten Jahren liefen, wurde ein Publikumserfolg.

Die Party in der Bavaria geht früh zu Ende, zum Abschied gibt es den neuesten „Playboy“. Im „Kaffee Giesing“, das dem Sänger Konstantin Wecker gehört, wird weitergefeiert, das Jubiläum einer in der Bavaria produzierten Vorabendserie, fünf Jahre „Fahnder“, und diesmal sind alle gekommen, die Stars des deutschen Films, Doris Dörries „Männer“, die „Tatort“-Kommissare und „Traumschiff“-Passagiere. Bernd Eichinger, wird erzählt, hat in Hollywood bei einer Wette einen Porsche gewonnen, und Bruno Ganz spielt jetzt im Fernsehen einen Detektiv, und alle drücken dem Vilsmaier die Daumen.

Auf dem Bildschirm über der Theke umarmen sich, zum Seriengeburtstag, der Fahnder und Schimanski. Einer wie Vilsmaier möchte am liebsten alle überwältigen: durch seine Umarmungen. Und manchmal, da kann er doch gar nicht begreifen, daß „sein Traum sich erfüllt hat“, ist selber ganz überwältigt davon, von der Dana, den Kindern, dem Film und von seinem großen Gefühl. In dieser Nacht, im „Kaffee Giesing“, als die Erfolgsgeschichten im Alkohol verdunstet sind, da scharen sich die Gäste wieder um den Sepp: wie um einen Glücksbringer.

Kino-Reise durch Italien

Ein alter Sizilianer macht sich auf den Weg in den italienischen Norden, über Neapel, Rom, Bologna,



Mastroianni

Mailand bis nach Turin: Er hat fünf erwachsene Kinder, lauter Prachtexemplare, wie er meint, keines ist in der Heimat geblieben, und so will er sie Stück für Stück mit einem Besuch überraschen. Die Sache geht schief, denn keines der fünf hat sein Lebensglück gefunden. Die Reise des Alten führt in Kummer, Desillusion, Verzweiflung, und er muß viel übersehen, um seine Lebenslüge „Allen geht's gut" in die südliche Heimat zurückzuretten. „Allen geht's gut", der neue Film des sizilianischen Regisseurs Giuseppe Tornatore („Cinema Paradiso"), macht sich den Blick des Hinterwäldlers zu eigen, um die Überdrehtheit des Großstadtlebens satirisch zu zeichnen: Er tut das etwas aufdringlich, triumphierend, doch Marcello Mastroianni mit melancholischem Charme bringt diese italienische Selbst-Besichtigung sicher über die Runden.

Neues Licht auf Crespis Capricen

Zeitgenossen mochten das: den „kapriziösen Einfallsreichtum", die „wohlgefälligen Themen", den „grillenhaften, etwas befremdenden Humor". „Selbst in der Physiognomie dieses Mannes", schrieb sein Biograph mit Sympathie, „scheint sich das Pittoreske Ausdruck verschaffen zu wollen." Bilder von Giuseppe Maria Crespi (1665 bis 1747) aus Bologna waren in ganz Europa gefragt. Einer antikisch gesinnten Nachwelt freilich mißfielen sie, erst im 20. Jahrhundert wuchs Crespis Ruhm wieder an. Einen Gipfel erklimmt er jetzt mit einer großen Ausstellung, die zunächst in Bologna zu sehen war, bis 17. Februar in der Staatsgalerie Stuttgart gezeigt wird und dann nach Moskau geht. Auf rund 90 Gemälden entfaltet sich eine Kunst der leichten Hand, der satten Farben und schwankenden Lichter, der nüchtern-neuen Weltsicht mit Reflexen von barockem Pathos. Crespi schildert



Crespi-Gemälde

Heilige und Heroen in dramatischer Aktion, Frauen bei der Morgentoilette inklusive Flohjagd, und auf zwei Schranktüren hat er, als Stilleben, klassische Schwarten der Musikliteratur hingemalt.

Zur Lage der Nation

Vier Jahre vor Hitlers Antritt hatten Kurt Tucholsky und John Heartfield einen Bild-Bericht zur Lage der Nation geliefert, ein Buch mit pointierten Texten und Fotodokumenten, ironisch betitelt: „Deutschland, Deutschland über alles". Mit der Wende reifte die Zeit für eine neuerliche Doppel-Belichtung: „Dies schöner Land" (Verlag Antje Kunstmann) nennt Herausgeber Klaus Blanc seine Kollektion, in der 62 Autoren – von Pieke Biermann bis Gerhard Zwerenz – ein Foto ihrer Wahl kommentieren, „kriminalistisch entziffern". Der Unterhaltungswert ist verblüffend. „Daß er auch das beherrscht", stöhnt etwa Claus Heinrich Meyer ob des fußballernden Kanzlers, und Martin Roda Becher sieht im geknickten Sozialdemokraten Ibrahim Böhme einen Mann, der „nicht mitgekommen ist" und das Unbewußte mit Händen greift: Das Waschmittel signalisiere das „Bedürfnis, mit sich ins reine zu kommen".



Böhme



Kohl

Erotische Träume

Schöne Bescherung für Erotomanen: Eine auf 30 Bände angelegte „Erotische Bibliothek" hat – im Schneekluth-Verlag – mit ihrem Erscheinen angehoben, vier Bände sind zum Jahreswechsel bereits auf dem Tisch; darunter die „Josefine Mutzenbacher" und die nicht minder berühmte „Thérèse philosophe" mit ihrer „erotischen Beichte". Der Herausgeber, der Münchner Literaturwissenschaftler Michael Farin, will in seiner „Choreographie erotischer Träume" Weltliteratur wie Raritäten auftreten lassen, Julchen und Jettchens „Liebesabenteuer auf der Leipziger Messe" (1850) wie die „Huldigungen an eine Kurtisane" der Herren Flaubert, Baudelaire und Feydeau („Die weiße Venus"). Der fachkundig kommentierte und dokumentierte, zum Teil zeitgenössisch illustrierte Sittenbild-Reigen wird von Spezial-Bänden zu Spezial-Neigungen flankiert; mit Büchern über Fetischismus, Flagellantismus und Zensur.

„Ich denke, also bin ich nicht"

Peter Hamm über Paul Valéry und seine *Cahiers*

Der Schriftsteller und Kritiker Peter Hamm, 53, lebt in Tutzing am Starnberger See.

Als Paul Valéry im Juli 1945 mit einem von Charles de Gaulle verordneten Staatsbegräbnis die letzte Ehre zuteil wurde, da schien es vielen, als trage man den letzten Statthalter des europäischen Geistes zu Grabe. Wenn es nach Goethe und Victor Hugo überhaupt noch einen Klassiker zu Lebzeiten gegeben hat, dann war das Paul Valéry, der einmal klagte: „Was gäbe ich dafür, wenn mir mein Ruhm dazu verhülfe, ohne ihn auszukommen!"

Als 1921 über 3000 von der Zeitschrift *La Connaissance* ausgewählte Geistesgrößen Valéry zum „größten Dichter der Zeit" kürten, mokierte sich darüber niemand – außer Valéry selber, der an einen Freund schrieb: „Sie haben mich mit 3145 Stimmen zum größten Dichter gewählt ... Nun bin ich aber weder groß noch Dichter, und sie sind auch nicht 3000, sondern wohl 4 in irgendeinem Café."

Freilich huldigten Valéry uneingeschränkt auch jene unter seinen schreibenden Zeitgenossen, die alles andere als Caféhausliteraten waren und mit Lob sonst eher knauserten. Selbst der strenge Musil konnte Neidgefühle gegenüber dem französischen Kollegen nicht verhehlen. Auf T. S. Eliots Schreibtisch stand die Fotografie Valérys, und W. H. Auden, der doch geradezu als Antipode Valérys wirken könnte, bekannte noch im Alter, er habe Valéry „öfter als jeden anderen Dichter um Hilfe angerufen".

Daß Paul Valéry für den Nobelpreis zu groß war, versteht sich fast von selber. Dafür machte ihn Frankreich, obwohl er nur zur Hälfte Franzose war – Valérys Mutter stammte aus einem alten Genueser Geschlecht, der Vater war Korse –, früh zum Ritter der Ehrenlegion und nahm ihn noch früher in die Académie der Unsterblichen auf, wo er in seiner Antrittsrede das Kunststück fertigbrachte, den Namen Anatole France, dessen Nachfolger er doch war, nicht ein einziges Mal zu erwähnen.

Nicht nur die Statur zum Repräsentanten und die verwirrende Vielseitigkeit der geistigen Interessen hatte Paul Valéry mit Goethe gemein, sondern auch die Zugehörigkeit zu zwei einander sehr fremden Jahrhunderten. Als der im Jahr der Niederlage und der Kommune 1871 in Sète an der französischen Mittelmeerküste geborene Valéry seine geistige Geburt erlebte, da malte noch Degas seine Tänzerinnen, Flaubert und Zola waren die führenden Romanciers, und in der Poesie beherrschten das Feld Baudelaire, Verlaine, Rimbaud und der von Valéry abgöttisch verehrte Mallarmé, dem der 19jährige seine frühen und bereits unerklärlich vollkommenen Verse vorlegte.



Schriftsteller Valéry (1927)
„Sie haben mich zum größten Dichter gewählt"

Als Valéry starb, da las und diskutierte man Céline, Sartre, Camus, hörte Arnold Schönbergs „Überlebenden aus Warschau", in den Galerien wurden Fautrier, Dubuffet und Wols ausgestellt, der Surrealismus war bereits passé – und passé war auch jede ungebrochene Geistgläubigkeit, hatte sich doch der Ungeist als unendlich überlegener Sieger in den Kämpfen und Katastrophen der Epoche erwiesen.

1896 hatte Valéry in seiner Schrift „Eine methodische Eroberung" im disziplinierten und generalstabsmäßig durchorganisierten Deutschland, das er als ein einziges großes Laboratorium bewunderte, die mächtigste Tendenz des Zeitgeistes am Werk gesehen. In seinen letzten Lebensjahren mußte Valéry nicht nur mit ansehen, wie diese Tendenz seine Heimat Frankreich versklavte, sondern wie sie ganz Europa verwüstete und schließlich zu den Gaskammern von Auschwitz führte.

Derselbe Valéry, der einmal gemeint hatte, es fehle ihm nur „ein Deutscher, der meine Gedanken zu Ende denken würde", dachte nun als Greis ein berühmtes deutsches Werk weiter und kam in seinem „Faust", den er auch verwegen „Mon Faust" nannte, zu dem Schluß, daß in unserer modernen Welt nicht nur der Teufel völlig harmlos und also überflüssig geworden sei, sondern auch der Geist gründlich ausgespielt habe – jener Geist, dem Valéry ein Leben lang bedingungslos gedient hatte, ja, der sein einziger Gott gewesen war, dem er früh sogar die Gabe seiner Dichtung zum Opfer gebracht hatte.

Bereits im Spätherbst 1892, in der berühmten Gewitternacht von Genua, die er dann als die Hauptzäsur in seinem Leben bezeichnen sollte, beschloß Paul Valéry nämlich, nicht nur die Liebe, sondern auch die Literatur zu „guillotinieren“. Sowohl in der Liebe wie in der Literatur glaubte er, seiner Gefühle nicht vollkommen Herr werden zu können. Gefühle aber galten ihm als vulgär: „Ihretwegen werden wir von Männern, von Frauen, von Umständen beherrscht.“


Dichter Goethe: Nie über das Denken nachgedacht

In der Sphäre des Geistes, wie sie ihm vorschwebte, sollten Gefühle nur bis zu dem Grade ihrer Vermessungsmöglichkeit zugelassen sein, diese Sphäre sollte von allem Irrationalen befreit sein. Der junge Paul Valéry, der „im Grunde wütend darüber (war), ein Mensch zu sein, in diese Affäre des Daseins verwickelt zu sein“, verkündete: „Weder das Neue noch das Geniale verlocken mich, sondern die Herrschaft über sich selbst“, und als das Wesentliche betrachtete er nicht länger „das Werk“, sondern „die Erziehung des Urhebers“.

Entsprechend galten ihm nicht seine Gedichte, Dialoge und diversen anderen literarischen Produkte als sein „wahres Œuvre“, sondern seine *Cahiers*, in denen er von 1894 an bis zu seinem Tode nahezu täglich im Morgengrauen diese Erziehung des Urhebers betrieb. In insgesamt 261 Heften, die faksimiliert 28 000 Folioseiten umfassen, machte sich Valéry zu Goethe und Eckermann in einer Person: „Mein ewiges Heft ist mein Eckermann (Man braucht nicht Goethe zu sein, um sich einen treuen Gesprächspartner zu leisten).“

Man hat Valéry in Deutschland allzu lange nur als den Dichter – und auch noch durch die Brille seines allzu preziösen und dazu noch unpräzisen Übersetzers Rilke – wahrgenommen. In Wahrheit nahm Valéry, selbst als er nach jahrzehntelanger poetischer Abstinenz wieder Ausflüge in die Poesie unternahm, eine an Verachtung grenzende Distanz zu seinen eigenen literarischen Produkten wie zur Literatur überhaupt ein. War Valéry vielleicht einfach zu intelligent, um auf die Dauer Dichten nicht zu dumm zu finden?

Die Romanfabrikation kam für ihn ohnehin nie in Betracht, er glaubte, dieses ganze Genre erledigt zu haben mit seinem ironischen Diktum, er brächte es nicht über sich, einen Satz niederzuschreiben wie: „Die Marquise ging um 5 Uhr aus“; erstaunlicherweise überlebte der Roman diesen Giftpfeil aber ziemlich mühelos und schickt bis zum heutigen Tag immer neue und doch altbekannte Helden aus ihren Häusern.

Einen Helden hat allerdings auch der junge Valéry geschaffen, genauer: den ersten Anti-Helden der modernen Literatur, denn wir erfahren nichts über seine Herkunft oder seine Gefühle, und Valérys Bericht über ihn beginnt mit einem Satz wie einem Fanfarenstoß: „Dummheit ist nicht meine Stärke.“ Dieser selbstbewußte Anti-Held namens „Monsieur Teste“, der auf dem Kampfplatz des Kopfes gegen den Rest des Leibes und gegen alles zu Felde zieht, was ihn daran hindern könnte, die perfekte Personifizierung des Denkens zu sein, verwandelt sich in den *Cahiers* wieder in jenen Helden, der ihn schuf: in Paul Valéry.

Er ist, bezeichnenderweise, ein Held der Frühe. Nicht in der Mittagsschwüle, nicht in der Dämmerung, erst recht nicht in der Nacht ist der Kopf so unangefochten vom übrigen Körper wie in der Frühe. Ein solches Bollwerk gegen das Leben, wie die *Cahiers* es darstellen, läßt sich nur errichten, solange das Leben noch nicht zu sich erwacht ist, solange noch Ereignislosigkeit herrscht: Ereignisse, hat Valéry einmal gesagt, langweilten ihn, sie seien nur der Schaum der Dinge, ihn aber interessiere das Meer.

Was passierte nun auf diesem Meer der Möglichkeiten, das Paul Valéry allmorgendlich in seinen *Cahiers* befuhr, wo waren dessen Tiefen und Untiefen, welche Meeresungeheuer mußte Valéry bezwingen, welche Sirenen lagen ihm in den Ohren? Die Klatsch- und Meinungsmonster, von denen es sonst in den Aufzeichnungen diverser Dichter und Denker nur so wimmelt, tummeln sich in den *Cahiers* nirgends; vor Meinungen, politischen oder moralischen, grauste es Valéry, dessen Urteil über Politik entsprechend scharf ausfiel: „Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht.“


Dichter Hugo: Klassiker zu Lebzeiten

Valéry war, wie Max Rychner formuliert hat, „nicht sittlicher, sondern geistiger Moralist, nicht gegen das Böse gewandt, sondern gegen das Dumme“. Nicht einmal die beiden Gegner, die er ausdrücklich als seine beiden Hauptfeinde bezeichnet, nämlich das Herz und der Körper, vermochten es, ihn zu Bekenntnissen oder gar Geständnissen zu verführen – oder nur so ausnahmsweise, daß man wie über den berühmten Blitz aus heiterem Himmel er-

schrickt, wenn einmal plötzlich ungeheuer nackt der Satz dasteht: „Ich liebe mich nicht."

Dabei ist dies zum Verständnis Valérys zweifelsohne ein Schlüsselsatz, der überhaupt erst zu erklären vermag, warum sich Valéry so entschieden weigert, den Blick aufs eigene Ich freizugeben oder, genauer, warum er so strikt wie nur noch der ihm in so vielem verwandte Portugiese Fernando Pessoa darauf besteht, nicht der zu sein, der er ist: „Welcher ich auch sei, ich weise ihn zurück", notiert Valéry in den *Cahiers*, was ihn nicht daran hindert, sich gleich darauf wieder narzißtisch über das eigene Spiegelbild zu beugen, um sich als intellektuelle Hydra, wenn schon nicht zu bewundern, so doch zu studieren.

„Sich daran gewöhnen, als Schlange zu denken, die sich selbst verschlingt", so könnte ein Motto dieses unentwegten Selbststudiums lauten, das so völlig ohne Seelendramen abzugehen scheint und sich nur in Ideendramen abspielt, in intellektuellen Kämpfen, die freilich den Vorzug haben, daß es dabei weit weniger Verwundungen gibt als bei den verachteten Gefühlskriegen, wie sie etwa in den Tagebüchern André Gides ausgetragen werden.

André Gide, mit dem Valéry eine lebenslange Freundschaft verband, die – wie der 50 Jahre währende Briefwechsel zwischen beiden zeigt – im wesentlichen aus Irritationen übereinander bestand, Gide war in Wahrheit wohl der absolute Antipode Valérys*. Da es leider viel leichter ist zu sagen, was Valérys *Cahiers* nicht sind, als was sie sind, so ließe sich zumindest dies mit Sicherheit sagen, daß sie in allem das Gegenteil von Gides Tagebüchern sind.

Nach deren Lektüre stellte Valéry Anfang der vierziger Jahre mit gut gespieltem Entsetzen fest, daß Gide „keine Ahnung" von ihm habe: „Er lebt in einer ganz anderen Welt – einer Welt, in der die emotionalen Fragen beinahe die einzigen sind, die es gibt, und in der der Wille zur Macht nur jene Macht meint, die Gefühle der anderen zu erschüttern, und nicht Macht, zu dem zu finden, was man vor sich selbst sein möchte . . ."

Gide war neugierig auf Individuen, also auf alle Arten von Abweichungen, Valéry aber war versessen auf die Gesetzmäßigkeiten der Gattung, und für ihn zählten nur die Spezialisten, zu denen er merkwürdigerweise die Frauen rechnete (was Gide auch nicht gerade begeistert haben dürfte). Gide wollte erregen und selber erregt werden, er mußte deshalb gefallen, was ihn in Valérys Augen zur „Kokotte" machte. Valéry aber wollte erkennen und selber nicht erkannt werden, er hatte das „Bedürfnis, inkommensurabel zu sein und mich so zu erhalten", und er verbarg sich deshalb unter dem Dach eines Denkens, dessen Ziel nicht – wie bei Gide – absolute Aufrichtigkeit, ja Entblößung war, sondern gerade das Gegenteil, Sich-Verbergen, Askese, Abstand – jene Art von Abstand, den Si-

* „André Gide – Paul Valéry. Briefwechsel 1890 – 1942". Aus dem Französischen von Hella und Paul Noack. S. Fischer Verlag, Frankfurt; 740 Seiten; 98 Mark.

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Simmel: Im Frühling singt zum letztenmal die Lerche** Droemer; 44 Mark	(1)
2	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(2)
3	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(3)
4	**Kundera: Die Unsterblichkeit** Hanser; 45 Mark	(5)
5	**Lenz: Die Klangprobe** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(4)
6	**Danella: Meine Freundin Elaine** Knaus; 39,80 Mark	(6)
7	**Allende: Geschichten der Eva Luna** Suhrkamp; 38 Mark	(10)
8	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 39,80 Mark	(11)
9	**Konsalik: Das Regenwald-Komplott** Hestia; 39,80 Mark	(12)
10	**Kirchhoff: Infanta** Suhrkamp; 39,80 Mark	(8)
11	**Irving: Owen Meany** Diogenes; 44 Mark	(7)
12	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(13)
13	**King: Langoliers** Heyne; 24,80 Mark	(9)
14	**Ende: Der satanarchäolügenialkohöllische Wunschpunsch** Thienemann; 22 Mark	(15)
15	**Doctorow: Billy Bathgate** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich

mone Weil einmal „die Seele des Schönen“ genannt hat, der aber für Gide vor allem Ausdruck für Hochmut war.

Bereits 1901 notierte er in seinem „Journal“ mit Blick auf den Freund Valéry: „Der Verstand scheint mir nicht mehr die teure Perle zu sein, für die man alles übrige verkauft. Die Eitelkeit, alles zu verstehen, ist ebenso lächerlich wie jede andere Eitelkeit und gefährlicher als jede andere. Nach kurzer Zeit versteht man sich selbst am wenigsten.“ Genau 40 Jahre später aber gab Gide sich geschlagen und seufzte: „Wenn man Valéry liest, erwirbt man jene Weisheit, sich ein wenig dümmer zu fühlen als zuvor.“ Als Gide dies 1941 schrieb, konnte er die *Cahiers* noch nicht kennen, in denen Valérys Intelligenz erst ihre wahren Triumphe feierte.

Der junge Valéry stellt die Poetik über die Poesie: Nicht die Produkte, sondern die inneren Gesetze der Dichtung interessieren ihn, das Wie des Denkens eher als das Was steht zunächst im Zentrum der *Cahiers*. Im Bemühen, die Bedingungen des Denkens, das Bewußtsein des Bewußtseins zu ergründen, stößt er dabei rasch an die Grenzen jenes Mediums, dessen er sich als Dichter doch so sicher war, an die Grenzen der Sprache. Valéry wird zum Sprachkritiker, der streng deklariert: „Die Sprache hat das Denken nie zu Gesicht bekommen.“ Valérys Fazit: „Es ist wichtig, sich im Denken ohne Sprache zu üben!“ Doch wie macht man das?

Die Antworten darauf fallen bei Valéry kaum weniger widersprüchlich aus als später bei Wittgenstein, dessen Einsichten der Franzose freilich in vielem vorwegnahm. Doch die Differenz zwischen dem Denken und der Sprache, die Differenz zwischen dem Denken und dem Denkenden vermag auch Valéry nicht auszuloten, selbst wenn er Hilfe sucht bei der Mathematik und den Naturwissenschaften, die ihm so viel verläßlicher als die Sprache scheinen, wobei man den Verdacht nicht los wird, daß er sie vor allem deshalb so sehr bewunderte, weil er von ihnen nichts oder doch weit weniger als von der Sprache verstand.

Über die eher triviale Erkenntnis, daß ein Mensch „komplizierter – unendlich komplizierter – als sein Denken“ ist, landet Valéry bei dem, was ihn selbst vor allem auszeichnet, bei der Sensibilität: „Die Sensibilität ist das wichtigste Faktum von allem – es umfaßt alle anderen, ist allgegenwärtig und allkonstituierend. Das, was man Erkenntnis nennt, ist nur eine Komplikation dieses Faktums.“ Woher aber kommt die Sensibilität? Darauf weiß auch Valéry nichts Verläßlicheres zu sagen als: „Ihre Rolle ist ebenso wunderbar wie die des Blutes auf der unteren Ebene der Lebensordnung.“

Auf der Suche nach dem Wesen des Denkens, dem Wesen der Intelligenz stößt Valéry also sehr bald wieder auf einen seiner beiden erklärten Hauptfeinde, den Körper, der offensichtlich alles Denken dominiert: „Der Geist ist *ein* Moment der Antwort des Körpers auf die Welt.“ Wie peinlich aber für den Geist, daß er von den geringsten Störungen des Körpers, etwa von ein

SACHBÜCHER

1	**Schmidt: Die Deutschen und ihre Nachbarn** Siedler; 58 Mark	(1)
2	**Ruge: Michail Gorbatschow** S. Fischer; 39,80 Mark	(7)
3	**Magnani: Eine italienische Familie** Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	(4)
4	**Alt: Jesus – der erste neue Mann** Piper; 19,80 Mark	(2)
5	**Hillrichs: Terra-X** C. Bertelsmann; 44 Mark	(3)
6	**Ziegler: Die Schweiz wäscht weißer** Piper; 29,80 Mark	(5)
7	**Apel: Der Abstieg** DVA; 39,80 Mark	(6)
8	**Valérien (Hrsg.): Fußball-WM '90 Italien** Südwest; 39,80 Mark	(11)
9	**Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** Schweizer Verlagshaus; 44 Mark	(8)
10	**Bürger: Mann, bist du gut** P. Erd; 33 Mark	(10)
11	**Messner: Antarktis – Himmel und Hölle zugleich** Piper; 58 Mark	(14)
12	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(9)
13	**von Krockow: Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890-1990** Rowohlt; 46 Mark	
14	**Benard/Schlaffer: Laßt endlich die Männer in Ruhe** Rowohlt; 28 Mark	(12)
15	**Dönhoff: Gestalten unserer Zeit** DVA; 36 Mark	

ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

bißchen Husten – Valéry litt zeitlebens unter nervösem Reizhusten – oder von Zahnweh so gräßlich blamiert werden kann: „Es sieht ganz so aus, als sei ein heftiger Zahnschmerz das Wichtigste von der Welt. Er bringt das Universum zum Verschwinden, die Leidenschaften – man könnte sich umbringen, man ruft nach der Zerstörung seiner selbst und alles anderen.“

Daß dieses ewige Mißverhältnis von Empfinden und Intelligenz die Intelligenz des Autors der *Cahiers* beleidigen mußte, versteht sich; es bringt ihn aber auch zu der überraschenden Einsicht, daß „alles Intensive, das wir über uns ergehen lassen müssen . . . keinerlei universelle Bedeutung“ hat, und veranlaßt ihn, auch die Bedeutung der Intelligenz entsprechend zu relativieren: „Die Aufgabe der Intelligenz . . . ist die Relativierung dessen, was Sinne und Körper für absolut erklären.“ Daß die Intelligenz auch bei dieser Aufgabe zumeist versagt und die Differenz zwischen Geist und Körper letztlich unaufhebbar ist, erhellen zwei Sätze, die wie Grabsprüche für den fehlkonstruierten Menschen in den *Cahiers* stehen: „Manchmal denke ich, und manchmal *bin* ich“, lautet der eine Satz, und der andere, ihn ergänzende, der Descartes' Cogito ergo sum kühn auf den Kopf stellt: „Ich denke, also *bin* ich *nicht*!“

Eine Schlußfolgerung wie diese, die des Tragischen wahrlich nicht entbehrt, hätte einen anderen als Valéry vielleicht nach Gott rufen lassen. Doch Valéry, der Metaphysikern gern das Etikett „unpräzise“ verpaßt, ging nie in die Gottesfalle. Gegen Pascal, der für ihn offenbar alles das verkörperte, was seinen Intellekt bis zur Weißglut provozierte, führt Valéry sein geistiges Idol Leonardo da Vinci ins Feld, einen Leonardo, der allerdings so gut wie nichts mit dem wirklichen Leonardo zu tun hat, sondern ein von Valéry konstruierter Übermensch ist; wo Pascals metaphysische Angst schaudernd den Abgrund wahrnahm, hätte Leonardo – laut Valéry – eine Brücke gebaut oder versucht, „mit einem großen mechanischen Vogel“ diesen Abgrund zu überwinden.

Valérys Leonardo fragt nicht: Was *ist* der Mensch? sondern: Was *kann* der Mensch? Wenn es gegen Pascal und die Metaphysiker geht, versinkt selbst ein Valéry, der sich doch immer als Gegner des Common sense gerierte, gelegentlich im Abgrund eines allzu gesunden Menschenverstandes. Dann nennt er das Evangelium „Tausendundeine moralische Nacht“, Glaube ein „Sich-die-Augen-Ausstechen, um klarer zu sehen“, und den Christen-Gott verwirft er nicht nur, weil er „einen Gott, der möchte, daß ich ihn



Schriftsteller Gide
Kapitulation vor der Intelligenz

lobe“, ein bißchen lächerlich findet, sondern auch, weil dieser Christus ihm zuwenig denkt und zuviel leidet – und noch dazu freiwillig. Der Christen-Gott provoziert Valéry zu Ausfällen, die geradezu von dem Krakeeler Céline stammen könnten: „Was ist das für ein Gott, der imstande ist, für dieses Sauvolk von Menschen seinen Sohn zu opfern?“

Ob seine Irreligiosität vielleicht gerade daher rühre, daß er den Menschen und sich selber verachte, fragt Valéry in den *Cahiers* einmal, ohne Antwort darauf zu geben. Man wird allerdings den Eindruck nicht los, daß auch Valéry im Grunde ein Homo religiosus war, der mit Novalis wußte, daß „jede absolute Empfindung religiös“ ist. Seinen Doppelgänger „Monsieur Teste“ hat Valéry wohl nicht von ungefähr einen „Mystiker ohne Gott“ genannt. „Man glaubt immer an etwas. Wer zweifelt, glaubt an sich, den Zweifelnden“, verkünden die *Cahiers* – und verstärken nur noch die Vermutung, daß auch Valérys Fixierung auf den reinen Geist bloß ein Glaube an den Geist war, ein Glaube, der endlich ja auch nachhaltig erschüttert wurde.

„Die Liebe der Zeit um 92 – ist vergangen. Die Formel jedoch, wie sie mittels des Intellekts auszutreiben sei, hat sich gehalten und ist zu einem Hauptwerkzeug meiner Denkweise geworden – ich halte mich seit nunmehr 50 Jahren daran“: Als Valéry sich 1942 in seinen *Cahiers* so geistessicher gab, war in Wahrheit sein intellektuelles Hauptwerkzeug längst ziemlich stumpf geworden, war ihm schon zum zweitenmal aus der Hand geschlagen worden – von einer Frau. War es zwischen 1920 und 1928 die ebenso exzentrische wie intelligente Schriftstellerin Cathérine Pozzi, in der nicht nur Valérys Geist seine Meisterin fand, so war es von 1937 an eine junge Rechtsanwältin, Jean Voilier, die seinem Geist gewaltig zusetzte.

In den mehr als tausend Briefen, die Valéry ihr zwischen 1937 und 1945 schrieb, läßt sich verfolgen, wie die Liebe auch einen so scharfsinnigen Geisteshelden wie Valéry allmählich zum Schwachsinnigen – und zum Menschen macht: „Je weiter ich komme, desto größer wird mein Bedürfnis nach Zärtlichkeit. Im Grunde gibt es nur noch das auf der Welt. Wie scheußlich, würdelos, dumm und nichtig ist alles andere. Selbst der Geist . . .“, so bekennt Valéry in einem der letzten dieser Briefe.

Aber hatte er nicht schon in dem 1941 verfaßten „Faust“-Fragment eigentlich alles das zurückgenommen, was er einst propagiert und was ihn überhaupt erst dazu bewegt hatte, das gewaltige Werk der *Cahiers* zu beginnen? In Valérys „Mon Faust“ baut ja nur noch Fausts Sekretärin, Fräulein Lust, auf die Macht des Geistes. Faust selber aber erklärt: „Alles was wirklich und wesentlich ist, wird durch das Denken beeinträchtigt, ja zerstört; wenn aus dem Sinnlosen durch Zufall zuweilen das Vollkommene geboren wird, so geschieht dies ohne Zutun des Verstandes, der sich umsonst bemüht, eine Erklärung für dieses Wunder zu finden. Wenn das Herz Verstand hätte, wäre es tot.“

Daß Valérys Herz, vor dem er sich so sehr fürchtete, nie tot war, und diesen Propagandisten eines hellwachen Bewußtseins immer auch die Ungeheuer des Unbewußten ritten, davon zeugt auch die verräterische Metaphorik, mit der er sich in den *Cahiers* zu jenen Mächten bekennt, die ihn doch gerade vor den Gefühlen und dem Herzen schützen sollten. Derselbe Valéry, der Liebe und Erotik gern als Trunkenheit und Flucht vor der Klarsicht des Geistes denunzierte, bekennt hier, „trunken, berauscht von Physik“ zu sein, er nennt Ideen sein Laster, die Mathematik sein Opium, Reinheit seinen Dämon und Sensibilität gar seine Stute!

Sowenig nachteilig Valérys Immunität gegen jede Art von Tiefsinn gerade hierzulande erscheint, wo die Denker gern vor Tiefsinn triefen, sosehr auch Valérys von Cioran beklagte „Untauglichkeit zur Utopie“ im Lichte der jüngsten geschichtlichen Erfahrungen eher als ein Plus seines Denkens zu Buche schlägt – und sosehr Valérys Stil in seiner vollkommen unverschwitzten Klarheit zu begeistern vermag, so we-

nig läßt sich doch auch ganz übersehen, was Valérys Freund Paul Léautaud einmal „die Langeweile, die von der Vollkommenheit ausgeht", genannt hat.

Valéry fehlt das Vermögen, aus der Rolle zu fallen, die Kontrolle über sich auch einmal zu verlieren. Im Gegensatz etwa zum Denken Nietzsches (den Valéry verächtlich einen „philosophierenden Zigeuner" nannte) oder auch dem eines Bataille oder eines Cioran entbehrt das Denken Valérys ganz des Skandalösen. Seine *Cahiers* wirken insgesamt auf eine Weise wohltemperiert, die verständlich macht, warum Valéry sich einmal „das Temperament eines Berufssoldaten" attestierte. Zur heiligmäßigen Raserei war ihm der Weg ebenso versperrt wie zu jener Art heiligmäßiger Weisheit, die jenseits des Intellekts angesiedelt ist.

Der alte Goethe rühmte sich einmal, er habe es deshalb so weit gebracht, weil er nie über das Denken nachgedacht habe. Vielleicht berührt dieser Satz erst das eigentliche Defizit Valérys, der lebenslang über das Denken nachdachte und dabei doch nie jene Weltfrömmigkeit besaß, die Goethe erst dazu befähigte, Kopf und Herz miteinander zu versöhnen.

Die auf sechs Bände geplante deutsche *Cahiers*-Ausgabe, von der bisher vier vorbildlich kommentierte Bände erschienen sind, stellt wohl das ehrgeizigste Buchprojekt dieser Jahre dar*. Wie die französische *Cahiers*-Ausgabe, die Valérys Schwiegertochter Judith Robinson in der berühmten Bibliothèque de la Pléiade herausgebracht hat, wird sie letztlich nur elf Prozent der Faksimile-Ausgabe umfassen, doch auch das ist immer noch des Guten fast zu viel.

Zumal die deutschen Herausgeber Hartmut Köhler und Jürgen Schmidt-Radefeldt von der Pléiade-Ausgabe auch die Einteilung in Rubriken übernommen haben; auch wenn sie sich dabei auf Valéry selber berufen können, der schon einige Sekretäre verbrauchte, die seine Notate einzelnen Rubriken wie Ego, Sprache, Philosophie, Psychologie, Sensibilität, Gedächtnis, Körper etc. zuordnen mußten, so hat solche Rubrizierung doch zur fatalen Folge, daß Gedanken, die in den *Cahiers* im Laufe vieler Jahre immer neu wiederaufgenommen wurden, jetzt in manchmal ermüdender Weise aufeinanderfolgen. Es entsteht dadurch auch der Eindruck eines angestrebten geschlossenen Systems, wo in Wahrheit doch das Gegenteil der Fall war und Valéry in Fragmenten und betont antithetisch dachte. Er selber sprach einmal von seinem „Instinkt, der sich nur im ewigen Provisorium wohl fühlt".

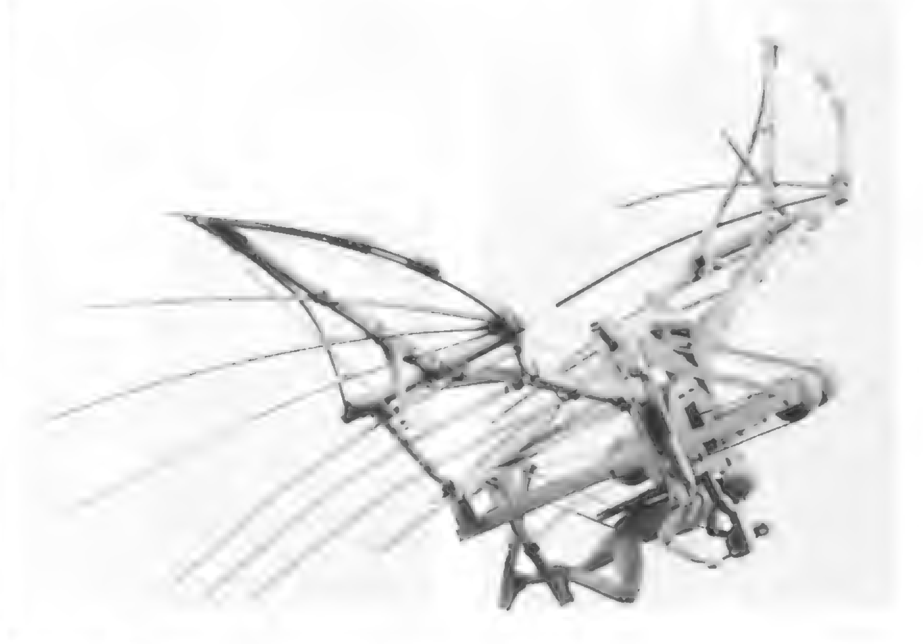
Wer sich dort nicht so wohl fühlt und auch nicht bereit ist, einige Monate seines Lebens einer Lektüre zu opfern, die ihm nichts als das Schauspiel einer „großen unangewandten Intelligenz" (Jacques Rivière) bietet, sollte besser die Finger von Valérys *Cahiers* lassen. Valéry, der einmal von der Paradoxie sprach, die darin liege, daß es weit mehr Intelligenz erfordere, drei als drei Millionen Menschen zu fesseln, rechnete selber ohnehin nicht mit mehr als diesen paar Lesern.



Philosoph Pascal
Metaphysischer Lieblingsfeind des Kopf-Dichters

* Paul Valéry: „Cahiers/Hefte". Sechs Bände. Herausgegeben und kommentiert von Hartmut Köhler und Jürgen Schmidt-Radefeldt. Fischer Verlag, Frankfurt/Main. Bisher erschienen: Band 1: 592 Seiten; 78 Mark. Band 2: 712 Seiten; 88 Mark. Band 3: 504 Seiten; 78 Mark. Band 4: 648 Seiten; 88 Mark.





Universalkünstler da Vinci, Da-Vinci-Flugapparat (Modell): Abgrund überwinden

Erziehung

Verdammtes Einzelschwein

Nichts als Vorurteile: Zu Unrecht gelten Kinder ohne Geschwister als egoistischer, unsozialer, klüger oder ehrgeiziger.

Mit fünf Jahren konnte Jean-Paul Sartre bereits lesen. Die Bibliothek daheim war sein Kosmos, den abenteuerliche Gestalten bevölkerten. Im Schlepptau des unerschrockenen Kapitäns Vasco da Gama beispielsweise segelte er über sturmdurchtoste Ozeane, trotzte furchterregenden Exoten und verschmolz beim Lesen mit dem portugiesischen Eroberer zu einer einzigen, heroischen Person.

Ungleich komplizierter waren seine Ausflüge in die Labyrinthe wissenschaftlicher Schriften. Begriffsungetüme wie „Heautontimoroumenos“ oder „Idiosynkrasie“ versperrten hier den Weg. Dennoch förderte der ehrgeizige Großvater, Pädagoge in achter Generation, den Wissenseifer seines frühreifen und altklugen Enkels. Daß der beim Spielen mit Gleichaltrigen nur eine klägliche Außenseiterrolle einnahm, deutete die Familie Sartre als unvermeidliches Schicksal ihres Wunderkindes. Jean-Paul war schließlich genial – und, wie Psychologen hinzufügen würden, ein typisches Einzelkind.

Mußte ein solcher Solitär nicht zwangsläufig mit einem ganzen Arsenal ungewöhnlicher Eigenschaften ausgestattet sein, die im Positiven wie im Negativen vom Normalmaß abwichen? Sind Kinder ohne Geschwister nicht generell tyrannischer, egoistischer und unsozialer, aber auch klüger, ehrgeiziger und eine Spur brillanter als der Rest der Menschheit? Vom rastlosen Außenminister Hans-Dietrich Genscher bis zum begabten Muttersöhnchen Erich Kästner reichen die Beispiele.

Zahlreiche Autobiographien prominenter Einzelkinder, literarische Bekenntnisse von Sartres „Die Wörter“ bis zu Elfriede Jelineks „Klavierspielerin“, hat jetzt die Hamburger Journalistin Marion Rollin, 45, ausgewertet. Zusätzlich führte sie mehr als hundert Interviews mit Schülern und deren Eltern. „Einzelkinder sind nicht anders als Geschwisterkinder“, lautet das Fazit ihrer Recherchen*, „mit dem Unterschied, daß sie anders aufwachsen.“

„Nirgends, auch nicht in der Geschwisterforschung“, fand sie eine ausreichende Begründung für die gängige Lehrmeinung, die Einzelkindern charakterliche Besonderheiten bescheinigt. Hingegen stieß sie, einigermaßen überrascht, beim Quellenstudium auf durchweg oberflächliche und von Vorurteilen befrachtete Untersuchungen.

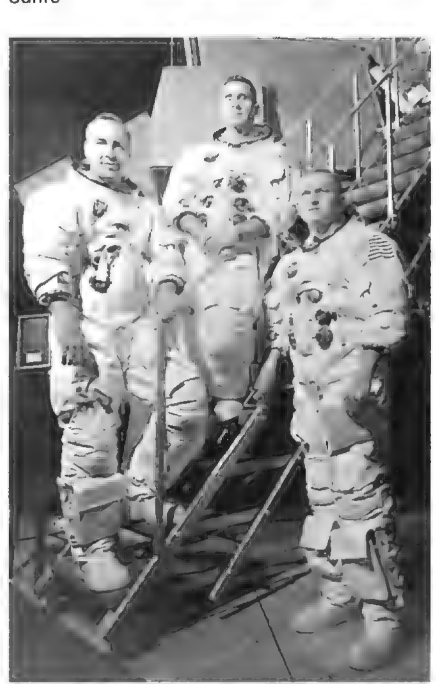
Die Glaubenssätze der Wissenschaftler paßten sich dem jeweiligen Zeitgeist an. Zu Beginn dieses Jahrhunderts verkündete etwa der US-Psychologe Stanley Hall das Lob der damals üblichen Großfamilie: „Ein einziges Kind zu sein ist eine Krankheit an sich.“ Solche Personen seien „egoistisch, abhängig, aggressiv, dominierend, zänkisch“, weil ihnen von klein auf „maßlose Beach-

* Marion Rollin: „Typisch Einzelkind – Das Ende eines Vorurteils“. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1990; 248 Seiten; 28 Mark.



Sartre

Genscher



Apollo-8-Astronauten



Kästner

Berühmte Einzelkinder: „Nach oben orientieren, weil in der Familie seitwärts keiner da ist“

tung“ zuteil werde. Ähnlich dachte sein Wiener Kollege Alfred Adler, der geschwisterlose Kinder für schicksalsgebeutelte Unglücksraben hielt: „Unsere Aufgabe beschränkt sich darauf, die Schwierigkeiten des Einzelkindes bestmöglich zu bekämpfen.“

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre erwies sich vielköpfiger Nachwuchs plötzlich als unliebsamer Kostenfaktor – aufmunternd lobte daraufhin die Wissenschaft die vermeintlich größere Geselligkeit und Disziplin der Einzelkinder.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kippte dieser Trend wieder. Prompt galten, in den USA, nur mehr gebärfreudige Familien als glücklich. Mütter einer einzelnen Tochter oder eines einzelnen Sohnes gerieten hingegen in den bösen Verdacht, Karriereweiber zu sein.

Als im Zuge der Studenten- und der Frauenbewegung erneut Einzelkinder en vogue waren, deutete man ohne Bedenken sogar den Umstand, daß 21 der 23 Apollo-Astronauten allein aufwuchsen, als Beweis für die Überlegenheit dieser Erziehungsform. Die dreiköpfige Apollo-8-Besatzung wurde 1968 zu „Männern des Jahres“ gekürt – „Jeder Astronaut ist ein Einzelkind“, schrieb die *New York Times*.

Den Methodenfehler der meisten Psychologen, Einzelkinder von vornherein als besondere Spezies zu begreifen und deswegen je nach Bedarf und Fragestellung einen Überhang positiver oder negativer Eigenschaften zu konstatieren, wollte Rollin vermeiden. Statt dessen erkundete sie das Milieu, in dem solche Kinder aufwachsen: „Ich wollte zum Gegenschlag ausholen.“

27 Prozent der bundesdeutschen Eltern haben nur ein Kind. Nach den Zwei-Kind-Familien ist dies bereits die häufigste und laut Statistik am schnellsten zunehmende demographische Einheit.

Doch immer noch haftet am Einzelkind ein Makel. Bei Umfragen an zwei Hamburger Schulen bekam die Autorin aus Kindermund „die ganze Palette gesellschaftlicher Vorurteile“ serviert. Obwohl niemand zuverlässig Einzelkinder anhand ihres Verhaltens identifizieren kann, glaubt fast jeder, Bescheid zu wissen: „Ein Einzelkind ist blaß, ängstlich, hat Kummer, wagt sich nicht vor beim Spielen, ist eine doofe Tüte“, äußerte etwa ein 13jähriger Gymnasiast.

Auf diese Weise, schreibt Rollin, die gemeinsam mit einem Bruder aufwuchs und selbst zwei Kinder hat, entstehe ein oft fataler Zirkel. „Das Einzelkind nimmt allmählich die Rolle an, die man ihm zuschreibt. Es identifiziert sich also mit dem, was ihm vorgeworfen wird.“

Bezeichnenderweise planen Eltern, die mit einem Kind eigentlich zufrieden sind, ein weiteres, damit dem Stamm-

halter nur nichts Entscheidendes fehle. „Die negative Bewertung der Einzelkindsituation ist der häufige Grund für ein weiteres Kind", bestätigen die Soziologinnen Andrejs Urdze und Maria Rerrich.

Daß Einzelkinder zu einem ganz besonderen Erwachsenen-Typus heranreifen, ist indes reine Spekulation. Rollin ermittelte als wichtigste Sozialisationsfaktoren die Harmonie der elterlichen Ehe, den Erziehungsstil, den Einfluß von Verwandten, das Aufwachsen in der Stadt oder auf dem Lande und nicht zuletzt die finanzielle Situation der Familien. Selbst wenn man ausschließlich Kinder mit annähernd gleichen Lebensumständen betrachten würde, wären später „sehr unterschiedliche Lebensmuster" zu erwarten.

Dies bestätigt eine Analyse des Mannheimer Zentralinstituts für Seelische Gesundheit. Zweimal, im Abstand von fünf Jahren, wurde eine Gruppe von 399 Kindern befragt. Es ergab sich „weder in der seelischen Entwicklung noch im Sozialverhalten" eine Differenz zwischen Einzel- und Geschwisterkindern. Allein bei Intelligenztests schnitten Einzelkinder besser ab.

„Lesen und Argumentieren sind die Stärken vieler Einzelkinder", schreibt Marion Rollin. Sie müßten sich „nach oben orientieren, weil innerhalb der Familie seitwärts keiner da ist". Einsamkeit wird von Einzelkindern entsprechend häufig beklagt: „Ohne meinen Hund wäre ich ein verdammtes Einzelschwein", sagt der zwölfjährige Alexander.

Veränderte Sozialstrukturen erschweren den Kontakt zu Alterskameraden. „Die durch und durch pädagogisierte und inszenierte Kindheit" (Rollin), der überfüllte Terminkalender selbst von Vorschülern „fegt die Straßen auch dort leer, wo eigentlich noch Freundschaften zu knüpfen wären" – ein Vorteil für Geschwisterkinder, die die hohe Fluktuation in den Großstädten weniger zu spüren bekommen.

Doch auch die Eltern leiden an zunehmender Isolation, ihr Umfeld ist so instabil wie nie zuvor. Im Falle einer Trennung bedeuten Einzelkinder deswegen weniger Ballast als Geschwister und verheißen dem Sorgeberechtigten zugleich dauerhafte Geborgenheit. Dies belastet sie doppelt. Sie sind, so Rollin, „die einzige Beziehung, die nicht kündbar, sondern stabil ist".

Entsprechend schwer fällt nicht nur allein aufwachsenden Scheidungskindern die Ablösung vom Elternhaus. Die fatale „Nähe, die sich Eltern und Kind heute zumuten", schreibt Rollin, „ist längst kein persönliches Problem mehr. Es ist nur noch politisch zu lösen".

Tote leben ewig

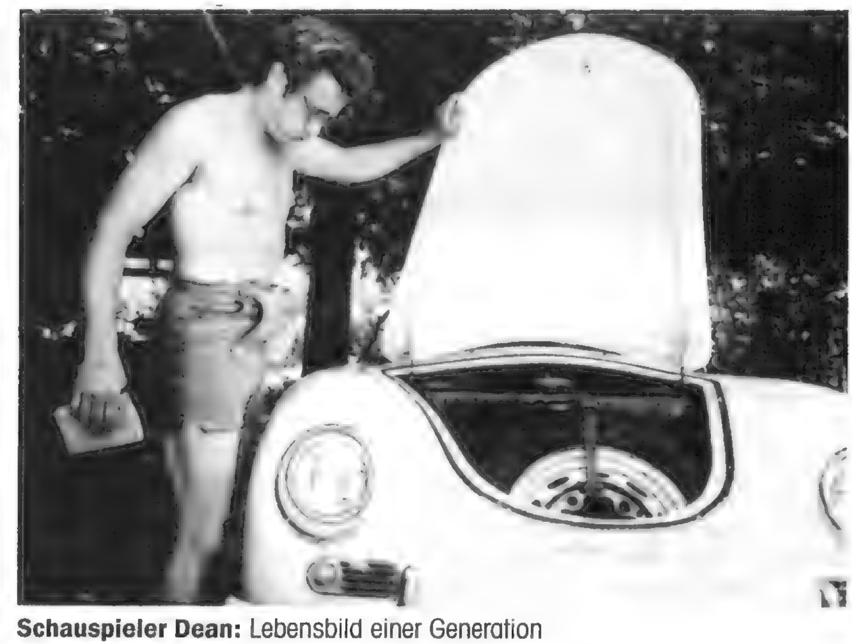
Sein Tod wirkte wie das folgerichtige Ende der Legende, die sich um ihn entspann: James Dean, der 1955 mit seinem Porsche in den Tod raste, erlitt für viele seiner Bewunderer der rebellierenden Generation einen Stellvertretertod. Ein Ende, dessen Sinnlosigkeit den Sinn darstellte, den seine Anhänger begehrten. Der von Elia Kazan Entdeckte hat in seinem kurzen Starleben stets das Gefühl von Lebensekel und Todessehnsucht um sich verbreitet, sich kantig und eckig dem stromlinienförmigen Way of Life der Fünfziger widersetzt. Aus dem New Yorker Actors' Studio mehr durch Zufall nach Hollywood verschlagen und stets von einer filmwirksamen Aura von Trotz, Einsamkeit und Verweigerung umgeben, hat er in drei Filmen, „East of Eden", „Rebel Without a Cause" und „Giants", alle von 1955, das Lebensbild einer Generation geprägt, die sich ihren Vätern scheinbar verweigerte – um sie doch in trotziger, fast sentimentaler Liebe zu bestätigen. Durch den Tod wurde James Dean entrückt, zu ewiger Jugendlichkeit verklärt. Auch zum 60. Geburtstag, zu dem jetzt rechtzeitig Neuauflagen vieler Bildbände erscheinen, bleibt er der schlaksige Großstadt-Cowboy, dem das Alter erspart wurde. Und dem trotz seiner jähen Hollywood-Laufbahn die Gnade widerfuhr, als Außenseiter, unberührt von den Verderbnissen, seine Unschuld zu bewahren – als unverwüstlichen Ruhm.











Schauspieler Dean: Lebensbild einer Generation

Pornos sind Sondermüll

Den Einkauf ihrer Lieblingslektüre können Pornofreunde ungehindert tätigen. Schwieriger ist es offenbar, die Schmuddelhefte nach Gebrauch wieder loszuwerden: Wer seine Pornomagazine einfach in die Mülltonne schmeißt, kann sich ebenso strafbar machen wie der umweltbewußte Entsorger, der sie im Altpapier-Container loswerden will. In beiden Fällen, so kritisieren Jugendschutzbeauftragte, bestehe die Gefahr, daß Kinder und Jugendliche die Hefte in die Finger bekommen. Damit sei – auch wenn dem Pornoliebhaber nichts ferner liege – bereits der Straftatbestand der Verbreitung pornographischer Schriften erfüllt. Um solches Fehlverhalten zu vermeiden, empfiehlt Rudolf Stefen, der Vorsitzende der Bonner Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, die Sexhefte mit Kartons, dikken Plastiktüten oder Packpapier schamhaft zu verhüllen.





Hochfrisur-Trägerinnen Hepburn, Trump, Schiffer

Haare hoch hinaus

Vogelnest, Pillenschachtel, Bienenstock – keine zweite Haartracht hat die Phantasie so bewegt, bildhafte Namen zu ersinnen, wie jener kunstvoll verschlungene Aufbau, den modebewußte Frauen jetzt wieder über Laufstege, in Discos und durch die Ballsaison balancieren. Wieder, denn die filigranen Toupettürme erfahren nun schon ihre dritte Renaissance. „Entwarnungsfrisur" nannten junge Damen in den fünfziger Jahren ihre Lieblingshaartracht. Nach Zwischenhochs auf den prominenten Häuptern der eleganten Audrey Hepburn und der Kindfrau Brigitte Bardot krönen die Gebilde aus eigenem und fremdem Haar, aufgeplustert mit Luft und reichlich Spray, nun erneut modische Trendsetterinnen, wie die hauptberufliche Ex-Gattin Ivana Trump und Deutschlands derzeitiges Fräuleinwunder Claudia Schiffer. Fachleute können die aktuelle Version der Hochfrisur jedoch eindeutig von alten Zöpfen unterscheiden: Nicht mehr Strähne für Strähne ordentlich plaziert, sondern künstlich in Unordnung gezupft, soll der Dutt der neunziger Jahre eher bequem denn königlich auf der Frau von heute ruhen.

Großdeutsche Heimatkunde

Im vereinten Deutschland wächst das Interesse an Heimatkunde – nicht nur Architekten, wissenschaftliche Institute und Bibliotheken fahnden nach historischen Stadtplänen, sondern in zunehmendem Maße auch Privatpersonen. Das Münsteraner Institut für vergleichende Städtegeschichte dokumentiert Ursprung und Entwicklung von 80 Orten in Ost und West in einem „Deutschen Städteatlas". 45 Mappen (zwischen 30 und 48 Mark) über Orte wie das heute polnische Küstrin, das sächsische Bautzen oder das oberpfälzische Regensburg sind bereits erschienen. Das Nachschlagewerk, das im Altenbekener GSV Städteatlas Verlag erscheint, enthält farbige Nachdrucke der ältesten exakt vermessenen Stadtpläne. Ungewollt kommt die Sammlung nun auch Spekulanten zupaß: Die ebenfalls ausgewerteten Flurbücher über die „eingetragene Grundstücksnutzung" bieten Anhaltspunkte für die Landsuche in den Gebieten jenseits der Elbe.



Marjanov-Objekt

Museum für die Tsetsefliege

Spielerische Häuser- und Möbelmodelle, Objekte zwischen Skulptur und Architektur sind die Spezialität des Düsseldorfer Künstlers Wasa Marjanov, 43. „Anarchitektur-Hommage à Prinz Charles" heißt eine Ausstellung des gebürtigen Jugoslawen in der Freiburger Galerie blau (19. Januar bis 10. März). „Tangotanzender Elfenbeinturm" oder auch „Clubhaus der Betonköpfe" nennt er die Skulpturen, die bizarren Kulissenteilen gleich die hintergründige Gedankenwelt des Künstlers symbolisieren. Industrieprodukte wie Wellpappe, Schaumstoff, Drahtglas oder Kacheln verwendet Marjanov, der Maschinenbauschlosser gelernt hat, bevor er an der Düsseldorfer Kunstakademie zu studieren begann. 1984 entstand sein „Museum für die Tsetsefliege", zentrales Objekt der Freiburger Exposition: ein schräges Architekturgebilde in Form des ungeliebten Insekts, das auf den Zusammenhang zwischen der Schlafkrankheit und dem abendländischen Kulturbetrieb verweisen soll.

Rebhühner

Tödliche Wege

Jäger und Naturschützer streiten, ob das Rebhuhn, „Vogel des Jahres 1991", bejagt werden soll oder nicht.

Der „Vogel des Jahres 1991" hat seidenweiches, grau-braun gesprenkeltes Gefieder, und er wiegt, ob Hahn oder Henne, kaum mehr als 300 bis 400 Gramm. Wie schmeckt er?

Exzellent, in welcher Zubereitung er auch auf den Tisch kommt: nach „Jägerart", mit Speck umwickelt und ruck, zuck gebraten, oder nach aufwendigen Rezepten, etwa „burgundisch" mit blauen Weintrauben, Wacholderbeeren, Cognac, Speck und Öl, serviert mit Kartoffelpüree und Champagnerkraut.

Fraglich ist nur, ob er überhaupt noch auf den Tisch kommt – der Knackpunkt eines Streits, wie er wieder mal zwischen Naturschützern und Jägern (die sich freilich auch als Naturschützer begreifen) entbrannt ist. Der „Naturschutzbund Deutschland" hat das Rebhuhn zum „Vogel des Jahres" erkoren und damit ein Signal gesetzt, das den Jägersmännern nicht gefällt.

Denn zugleich mit der Verleihung des Prädikats an den gefiederten Feldbewohner, der schon seit Jahren als vom Artentod bedroht gilt, haben die Naturschützer gefordert, die Jagd auf Rebhühner deutscher Fluren künftig gesetzlich zu untersagen.

Mit diesem Ansinnen kamen sie den Jägern ins Gehege, die zwar die Tatsache nicht leugnen, daß die Rebhuhn-Bestände ihrer Reviere dramatisch geschrumpft sind, im Gegensatz zu den Naturschützern jedoch für das Rebhuhn eine einigermaßen glückliche Zukunft sehen. An deren Gestaltung wollen sich die Jäger gern, wie in früheren Zeiten, mit Pulver und Blei beteiligen.

„Das Rebhuhn", jammerte die *Deutsche Jagd-Zeitung* in ihrer Dezember-Ausgabe über den Streit, „wird mehr und mehr zu einem Politikum." Für die Jäger geht es um einen klassischen Beutevogel, der ihnen seit Hunderten von Jahren jagdliche Freuden eintrug und ihnen in Mengen anheimfiel wie sonst eigentlich nur die Stockente.

Rebhühner paaren sich im März und April, wenn der Hahn seinen kecken Lockruf „Zirapp" besonders zärtlich, die Henne ihr ermunterndes „Kirrit" ertönen läßt. Die Vögel leben über mehrere Jahre in trauter Einehe. Ihrem Gelege entstammen gewöhnlich 8 bis 18 Küken, zusammen mit den Eltern „Kette" oder „Volk" genannt.

Im Herbst vereinigen sich bei ausreichend zahlreichem Vorkommen mitunter mehrere Ketten zu einer bis zu 50 Vögel starken Schar. Als reine Bodenvögel meiden die Feldhühner das Geäst von Bäumen und Sträuchern.

Die Jagd auf Rebhühner ist spannend, wenngleich – wegen des meist flachen Abflugwinkels der Vögel – auch für die Jäger nicht ganz ungefährlich. Angehenden Jägersmännern wird durch ihre Ausbilder eingeschärft, bei der Hühnerjagd niemals das zuerst auffliegende Federtier eines Verbandes zu beschießen, denn meist handelt es sich um das „Althuhn", die „führende" Henne. Fiele sie, wäre das Hühnervolk ohne Leitvogel und Schutz.



Rebhuhn: „Dieser Vogel kommt nie wieder hoch"

Für deutsche Jäger-Eleven ist solche Belehrung seit wenigstens zehn Jahren beinahe überflüssig, weil es auch in deutschen Revieren kaum noch Rebhühner zu bejagen gibt. Als höchste Jahresstrecke der letzten 25 Jahre hatten die bundesdeutschen Flugwildschützen 445 564 erlegte Rebhühner im Jahre 1970 gemeldet. Danach ging es beunruhigend steil abwärts: 139 398 Hühner 1979, ein Jahr darauf mit 46 403 Stück weniger als die Hälfte; nach weiterer Abnahme (1985: 28 016 Vögel) schrumpfte die Strecke vor zwei Jahren auf den bisherigen Tiefstand: Nur mehr 16 501 totgeschossene Rebhühner gab es im Jahre 1988.

Obwohl die meisten deutschen Jagdpächter schon Jahre zuvor die (trotz aller Rückgänge nach dem Jagdgesetz bis heute erlaubte) Hühnerjagd freiwillig eingestellt hatten, um den Beständen aufzuhelfen, wurden der Hühner allerorten immer weniger. Zum Kummer der Jäger verschwanden die Feldhühnchen sogar dort, wo ihnen die Grünröcke mit ihren Flinten und Hunden Jahre hindurch überhaupt nicht nachgestellt hatten.

Wildbiologen und Ökologen kennen längst die wahre Ursache des Dilemmas: Der Tod kommt nur im Ausnahmefall aus Flintenläufen, vielmehr in aller Regel aus den Chemiekanistern der auf großflächig intensivierte Bewirtschaftung erpichten Landwirte. Die Sprühmittel bedrohen den Lebensraum der Hühner zwiefach:

- ▷ Sie vernichten Insekten, Kerbtiere und Schnecken, eiweißreiche Nahrung der Küken in den ersten Lebenswochen, und verhindern das Gedeihen jener rund 50 Kräuter, von deren Knospen, Blattspitzen und Sämereien sich die ausgewachsenen Hühner ernähren.
- ▷ Weil die Vegetation unterdrückt wird, finden die Hühner nicht mehr ausreichend Deckung – Beutegreifer wie Habicht, Bussard, Fuchs, Iltis, Marder und Wiesel haben leichtes Spiel.

Wie arg gerade die Greifvögel den Rebhühnern zusetzen, erwies eine großangelegte Untersuchung der nordrhein-westfälischen Hegegemeinschaft Zülpich. Auf einem aus 23 Revieren gebildeten Areal von rund 7500 Hektar, das von jeher üppige Rebhuhn-Populationen hatte, zählten die Jäger 1986 nur noch kümmerliche 400 Stück. Gleichzeitig kreisten über diesem Gebiet nach fachmännischen Schätzungen mehr als 400 Habichte und Bussarde, die schon seit längerem nicht bejagt werden dürfen.

Die Jäger dieser Region brachten von 1986 bis 1989 durch (erlaubte) Lebendfänge 216 Habichte und 217 Bussarde in ihre Gewalt, beringten die Räuber und verbannten sie in weit entfernt gelegene Landstriche. Daraufhin hat sich der Rebhuhnbesatz immerhin auf 700 Vögel (1990) erhöht.

Mit Hilfe winziger Peilsender, die sie eingefangenen Angehörigen etlicher Hühnervölker unter die Federn praktiziert hatten, fanden britische Wildbiolo-

gen heraus, wie den wilden Hühnern am besten zu helfen wäre. Die größten Überlebenschancen, so lehrten die Experimente, haben Rebhühner, insbesondere ihre Küken, wenn sie sich auf der Nahrungssuche nicht weit von ihren Schlafgebieten entfernen müssen – lange Wege sind tödlich.

Die Forscher empfahlen die Ansaat ungespritzter, wenigstens sechs Meter breiter Randstreifen an den Feldern. Schon in diesen schmalen Reservaten, die den Hühnern die Futtersuche erleichtern, gedeihen in ausreichender Menge jene Kleinlebewesen, sprießen jene Kräuter, die für Feldhühner lebenswichtige Delikatessen bedeuten.

Ähnliche Hegemaßnahmen, ergänzt noch durch die Erhaltung bestehender Hecken oder die Anpflanzung neuer Gebüschstreifen, ließen sich auch deutsche Jäger in den letzten Jahren viel Zeit und Geld kosten. Außerdem bemühten sich die Jäger um „baum- und weitestgehend buschfreie Brachen" vom Umfang eines halben Hektars, wie etwa die Hamburger Umweltbehörde in einem umfänglichen „Wildschutzbericht" empfohlen hatte.

Daß 1989 in deutschen Revieren wieder mehr Rebhühner (24 099 Stück) dem Flintenschrot erlagen, werten die Jäger als ermutigenden Nachweis für die Richtigkeit ihres Hegestils. Auf „mindestens 100 000 Rebhühner" schätzte Hessens Landesjagdverband seinen Bestand im letzten Herbst und sah die Viecher vielerorts „wieder im Aufwind".

Die Jagdverbände in Hessen, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein regten prompt ihre Jäger an, gebietsweise wieder das Feuer auf die Rebhühner zu eröffnen, falls die Bestände es zuließen. Die Hühnerjagd, empfahl das Fachblatt *Die Pirsch*, dürfe jedoch „nur maßvoll" ausgeübt werden: „Auch die herrlichsten Rebhuhnbiotope lassen sich nur von lebendigen Rebhühnern besiedeln, nicht von toten!"

Die Naturschützer bezweifeln, ob die Jäger bei ihren Bestandsschätzungen die richtigen Methoden anwendeten. Für sie gilt nach wie vor: „Wir halten es für unmoralisch", so Hessens Naturschutzbund-Geschäftsführer Hartmut Mai, „Jagd auf ein Tier zu machen, dessen Bestand sinkt."

Der Schaden, den die Veränderung der Landschaft den Rebhühnern zugefügt hat, ist nach Ansicht des Ökologen Eugeniusz Nowak von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in Bonn allerdings so oder so irreparabel.

„Dieser Vogel", so Nowaks resignierendes Urteil, „kommt nie wieder hoch."

Abenteuerserie

Rasender Ritter

Eine US-Serie um einen Helden und sein Wunderauto avancierte zum Hit im deutschen Kinderzimmer – Medienforscher suchen nach Erklärungen.

Der Mann ist knapp zwei Meter groß, braungebrannt und trägt meist männlich-schwarze Lederblousons; aus dem Freizeithemd quillt das Brusthaar hervor. Löckchen kräuseln sich auf seinem Kopf, und der Blick aus blauen Augen bürgt für gute Gesinnung, wenn auch nicht für Intelligenz. Doch das macht nichts. Das Denken besorgt sein Partner – ein Automobil.



Serienhelden K.I.T.T., Hasselhoff: Intelligenz und Charakter

„K.I.T.T." („Knight Industries Two Thousand") heißt dieses Gefährt, ein schwarzer Sportwagen mit Computergehirn, und sein Chauffeur ist Michael Knight. Beide zusammen treiben Kinder zur Raserei. Sie sind die Helden der US-Fernsehserie „Knight Rider" und als solche Teil des deutschen Familienlebens – sofern der Privatsender RTL zu empfangen und der Nachwuchs minderjährig ist.

Seit gut fünf Jahren stellt sich dem schnellen Duo das Böse dieser Welt in den Weg, und eine wachsende Zahl von Bundesbürgern sieht dabei zu. Mehr als zwei Millionen Zuschauer sind es mittlerweile, und für die ist die Wiederholung Teil des Rituals: Nur 88 synchronisierte Folgen nämlich liegen dem Kölner Kommerzsender vor, und so erleben K.I.T.T. & Co. ihre Abenteuer bereits zum fünftenmal.

Michael Knight, bürgerlich David Hasselhoff, hat sich als Kinderfreund im deutschsprachigen Fernsehen etabliert; Medienkritiker sehen es mit Verblüffung. Den Leistungen des Mimen verdankt das Asphalt-Epos seinen Erfolg jedenfalls nicht. In den USA, wo der Sender NBC die Seicht-Serie bereits 1986 aus dem Programm kippte, hatte beispielsweise die *Washington Post* nur Häme für ihn übrig: Man habe wohl einen Helden gesucht, „bei dem keine Gefahr besteht, daß er ein Auto an die Wand spielt".

Zweitklassige Akteure, schlichte Dramaturgie: Das deutsche Publikum stören solche Mängel offenbar nicht. Wie Sebastian, 11, aus Hamburg erkennen zwar die meisten „Knight Rider"-Fans, daß „der Aufbau immer gleich" ist und daß Darsteller Hasselhoff zwar „ganz gut erstaunt kucken" kann, andere Gefühle, „Trauer und so, aber nicht drauf hat"; trotzdem schalten sie ein.

Eine „regelrechte Abhängigkeit", so etwas wie ein „Suchtverhalten" gar hat Dirk Bergmann, Zuschauer-Betreuer bei RTL, bei Kindern erlebt. „Wie die Junkies", weiß er, hängt ein Teil der deutschen Jugend am Dienstagabend vor dem Bildschirm: Stammkunden, die „schier ausrasten, wenn sie mal eine Folge verpassen".

Nun hat gar die Wissenschaft den rasenden Ritter als Studienobjekt entdeckt. Zunächst eher zufällig stießen Forscher des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen beim Bayerischen Rundfunk auf die US-Serie. „Was wünschen sich Kinder und Eltern vom Fernsehen?" hatten die Wissenschaftler 250 Kinder, 6 bis 13 Jahre alt, und deren Eltern gefragt.

Das Votum der Kleinen war eindeutig. Didaktisches wie die „Sesamstra-



Serienheld Hasselhoff*
Arglos-treuer Blick

ße", Putziges wie die „Schlümpfe" läßt sie relativ kalt. Schon in einem Alter, wo die Eltern ihren Sprößlingen allenfalls die „Augsburger Puppenkiste" zumuten möchten, ist für einen großen Teil der Jung-Zuschauer völlig klar: Sie wollen Action und Abenteuer.

Tiefer gegraben hat eine Studie des Münchner Instituts Jugend, Film, Fernsehen. Dort hat man zu ergründen versucht, welche Wirkung die Serie auf das jugendliche Gemüt ausübt**.

Mädchen, konstatierten die Forscher, sind vor allem vom schönen David fasziniert. Sie schätzen es, daß der Hüne mit dem arglos-treuen Blick sich immer wieder verlieben darf und identifizieren sich häufig mit der Dame, die er begehrt.

Doch der wahre Held der Serie heißt K.I.T.T. Wie einst Flipper, Lassie oder Fury steht der treue Freund des Menschen im Zentrum der Geschichte, wobei das Wunderauto den Haus-, Huf- und Wassertieren gegenüber einen ungeheuren Vorteil hat: Es ist zeitgemäß. Besser als die netten Vierbeiner paßt es in die moderne Welt, in der dem durchschnittlichen Kind weit häufiger ein Zwölfzylinder begegnet als ein Pferd.

Der kluge Sportwagen verkörpert gleichzeitig High-Tech und Gefühl. Er ist schnell, clever und artistisch, er dient als Fotolabor, Telefonzentrale oder Infrarot-Überwachungssystem; so etwas freut den jugendlichen Technikfreak. Darüber hinaus hat das Fahrzeug einen edlen Charakter und ist allzeit treu. So freundlich, so menschlich wirkt das Auto mit der warmen Computerstimme, daß es manchem Kind liebenswerter erscheint als die leibliche Familie – jenem Achtjährigen etwa, der K.I.T.T. gern gegen seinen Bruder eintauschen wollte und RTL um Vermittlung bat, „weil, der kreischt immer soviel".

„Knight Rider" basiert auf einer raffinierten Balance zwischen Märchenwelt und Realität. Die Verbrecher, mit denen sich die Akteure herumschlagen, sind dem mediengewohnten Kind von heute aus den Nachrichten vertraut: Bankräuber, Drogenbanden, Militär-Putschisten und Waffenschieber. Halb Dick Tracy, halb Prinz Eisenherz, fährt Nothelfer Knight mit seinem schwarzen Vehikel dazwischen und schafft Ordnung – tröstlich vor allem für die Kleinen, daß es anscheinend doch Märchenhelden gibt, die Kriege verhindern, Unschuldige schützen und Übeltäter bestrafen.

Der Held Hasselhoff ist dank des stimmigen Konzepts zur Kultfigur im deutschen Kinderzimmer avanciert. Geschicktes Marketing beflügelt den Erfolg. Eigens für die hiesigen Verehrer gibt es Fanbücher, „Posterbooks" und Vierfarb-Porträtkalender. Der US-Sonnyboy hat eine zweite Serie („Baywatch") in der ARD untergebracht und will eigens für ein Spektakel wie das Bremer Sechstagerennen, das diese Woche beginnt, aus Los Angeles anreisen.

In Europa hat Hasselhoff auch sein Coming-out als Schlagersänger erlebt. Rechtzeitig zum Mauerfall erschien sein Hit „Looking for freedom" in den Charts, seitdem gilt der Mime auch als Popstar und kassiert Medienpreise zuhauf: vom Burda-Bambi über den *Bravo*-Otto und den RTL-Löwen bis hin zu Schallplatten in Platin. Und allein aus dem deutschsprachigen Raum erhält er rund 600 Verehrerbriefe pro Tag: Von kleinen Mädchen vor allem, wie etwa von Nina, 10, die um „fileicht 3 Autograme" bittet, „weil ich schwerme von dir", oder von Conny, 11, die ihn zu ihrem Geburtstag einlädt, „dann mache ich mit dir einen sparziergang durch Hof".

Ohne sein Wunderauto aber wäre Hasselhoff nichts, und das weiß er. Deshalb hat er bei Bühnenauftritten gern einen schwarzen Sportwagen dabei; der Popsänger braucht die Garnitur mit PS. Warum? Da hegt ein Gymnasiast aus Bayern einen finsteren Verdacht. Dieser Typ, glaubt der frühreife Kritiker, der da „jung, dynamisch, machomäßig" auf dem Bildschirm herumkurvt, habe wohl ein Problem: „Der ist sicher impotent und muß das mit dem Auto kompensieren." ◄

* Bei der Bambiverleihung 1990 in Leipzig.
** Bernd Schorb, Günter Anfang: „Was machen Airwolf und Knight Rider mit ihren jugendlichen Zuschauern?" In: Schriftenreihe der Landesmedienanstalten, 1/90.

PERSONALIEN

Dan Quayle, 43, wegen seiner Tolpatschigkeit gefürchteter US-Vizepräsident, spielte im falschen Klub Golf (Foto, l.). Kurz vor seinem Besuch der amerikanischen Golftruppen, in denen über 25 Prozent Farbige Dienst versehen, puttete der Vize auf dem Gelände des Cypress Point Club. Dieser Klub war vom amerikanischen Verband der Profi-Golfer erst im September vergangenen Jahres für unwürdig befunden worden, 1991 das Pebble Beach National Pro-Am-Turnier auszurichten. Grund: In diesem Klub sind nur Weiße zugelassen. Ein Viertel aller amerikanischen Golfsoldaten hätten, rügten Kritiker jetzt, wegen der praktizierten Rassendiskriminierung auf dem Golf-Kurs gar nicht gegen Quayle antreten können. Doch auch die Frauen der Golftruppe (Anteil: elf Prozent) haben keine Chance bei dem leidenschaftlichen Golfer Quayle. Der Vize ist Ehrenmitglied des Washingtoner Burning Tree Club: Dort werden nur Männer aufgenommen.

Helmut Thoma, 51, Intendant des TV-Privatsenders RTL plus, verstand keinen Spaß. In der Wiener *Presse* war er vorgestellt worden als „Chef des Strip-Pokersenders RTL plus, von Branchenkennern liebevoll ‚die Puffmutter des deutschen Fernsehens' genannt". Der Herr über den blanken Unsinn à la „Tutti Frutti" und „Alles Nichts Oder?!" reichte Klage ein beim Landesgericht Wien und ließ über seinen Anwalt feststellen: Es „gibt keinen Branchenkenner", dem „die Bezeichnung ‚Puffmutter des deutschen Fernsehens' als allgemein verwendete Bezeichnung für den Kläger geläufig wäre". Zur Stützung seiner Klage interpretierte Thoma studienrätlich: „Der Begriff ‚Puffmutter'" sei „inhaltlich determinierbar, nämlich im Sinne einer vom Erwerb von Prostituierten lebenden Betreiberin eines Bordells". Damit aber, so schloß messerscharf der RTL-plus-Chef, sei der Eindruck erweckt worden, daß „Branchenkenner den Erfolg", den er habe, nicht in erster Linie seinen „unternehmerischen Fähigkeiten", sondern dem „Umstand" zuschreiben, daß er „nur von der via Fernsehen ausgeübten Prostitution anderer zu leben braucht".

Marta Sanchez, 24, spanischer Popstar mit mäßiger Stimme, bekam für ihre gesangliche Truppenbetreuung am Golf nicht nur Applaus. Zwar waren die Seeleute der drei zur Blockadeüberwachung abgestellten spanischen Schiffe von der knapp geschürzten Sängerin (Foto) angetan. Schließlich hatte sie, nach eigenen Worten in einem TV-Interview, vom Verteidigungsminister den Auftrag erhalten, „die Moral – oder was auch immer

Francine Demichel, 52, Präsidentin der Universität Paris VIII, hat die Gegenkultur des französischen Jugendprotestes akademisch geadelt. Als im vergangenen Herbst Tausende von Jugendlichen aus den Pariser Vorstadt-Gettos auf die Straße gingen, richtete sie – mit Duldung des sozialistischen Erziehungsministers Lionel Jospin – an ihrer mitten im Arbeitervorort Saint-Denis gelegenen Hochschule ein Seminar über die künstlerischen Ausdrucksformen der Protestwelle ein: „Rap"-Musik und die auf öffentliche Wände und Baudenkmäler gesprühten „Tags" sind nun Studiengegenstand. Einen Lehrauftrag erhielten unter anderem auch „Shuck" und „Banga", Mitglieder einer „Hip-Hop"-Gruppe aus dem Pariser Vorstadt-Milieu mit einschlägiger Sprüh-Erfahrung. Sie sollen ihre Seminar-Teilnehmer (Foto), die dabei einen Schein erwerben können, in die Geheimnisse der hieroglyphenartigen „Tags" einweihen. Die Professorin für Englisch, Desdémone Bardin, versucht derweil, ihre Studenten an die Protest-Kultur heranzuführen, indem sie Shakespeare-Texte „rappen" läßt: Der „Rap"-Rhythmus helfe den Studenten, versichert die französische Akademikerin, englische Vokabeln und Sätze richtig auszusprechen und zu betonen.





– der Truppe aufzurichten“. Auch die begleitenden Chormädchen fanden bei den Soldaten Gefallen. Doch die rechte Stimmung kam bei ihrem Gesang nicht auf, denn böse hatte vorher schon und weithin beachtet die linke Parlamentsabgeordnete Cristina Almeida geunkt: „Marta Sanchez an den Golf zu schicken wirkt so, als werde die Letzte Ölung erteilt, denn die Leiden sind durch Lieder nicht schön zu machen.“

Willem-Alexander, 23 (Foto, r., mit Brüdern), Prinz von Oranien und niederländischer Thronfolger, bereitet seinen Sicherheitsbeamten schlaflose Nächte. Der Prinz, mit 1,3 Millionen Gulden Apanage Hollands begehrter Junggeselle, hält mehr von nächtlichen Disco-Besuchen und studentischen Gelagen als vom Studieren. Jetzt beschwerte sich der Vorsitzende des „Allgemeinen Christlichen Polizeibundes“, Mike Blijleven, mit einem „Brandbrief“ beim holländischen Königshaus: „Die Arbeitsumstände sind eine enorme Belastung und für meine Männer unzumutbar.“ Doch den Prinzen und Geschichtsstudenten der Leidener Universität kümmert die Polizeiklage bisher ebensowenig wie Volkes Stimme, die ihn „Willem de Domme“ (Wilhelm der Dumme) nennt, seitdem die Leidener Universität mit der Tradition gebrochen hat, die Zensuren des königlichen Studenten öffentlich bekanntzugeben.



Peter Bartels, 47, bis Ende vergangenen Jahres Chefredakteur der *Bild*-Zeitung, gab an seinem letzten Arbeitstag seinen Lesern Nachdenkliches mit ins neue Jahr. Bartels hatte dem monatelangen Druck der Springer-Konzernspitze nachgegeben und der Auflösung seines Chefredakteur-Vertrages zugestimmt. Eine kleine Rache konnte sich der in der Redaktion nicht übermäßig geschätzte Chef jedoch nicht verkneifen. Auf die Titelseite der Silvester-Ausgabe von *Bild* ließ der Geschaßte einen Vers der deutschsprachigen Erzählerin Marie von Ebner-Eschenbach einrücken: „Der Gescheitere gibt nach! Eine traurige Wahrheit; sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit.“

Kurt Biedenkopf, 60, Ministerpräsident von Sachsen, ist mit seinen Stasi-Leuten vollauf zufrieden. Der CDU-Politiker läßt sich rund um die Uhr von ehemaligen Genossen der aufgelösten MfS-Hauptabteilung „Personenschutz“ bewachen. „Der Premier“, berichtet ein Biedenkopf-Beschützer, „spricht sich sehr lobend über unsere Arbeit aus.“ Die Stasi-Kämpfer beschützten bereits erfolgreich das Kabinett von Lothar de Maizière, begleiteten Biedenkopf und Anke Fuchs vor der Landtagswahl durch Sachsen und unterstehen seit dem 3. Oktober dem Bonner Innenministerium. Alle übernommenen ehemaligen MfS-Mitarbeiter seien überprüft worden, so Sachsens ranghöchster Polizist, Hans-Ulrich Herzberg: „Das sind vorwiegend junge Leute, die hatten mit dem System nichts im Kopf.“

Diego Maradona, 30, argentinischer Fußballstar beim SSC Neapel, erhielt nicht nur von Lesern der italienischen Zeitung *La Repubblica* schlechte Noten („meistgehaßter Mann des Jahres“). Auch der Vatikan reihte sich ein in die Schar der Maradona-Kritiker. Der *Osservatore Romano*, die Zeitung des Vatikan, schalt den Fußballer, er sei eine widerwärtige Person und gebe ein schlechtes Beispiel für die Jugend mit seiner „schamlosen Prunksucht“, welche von „schlechtem Geschmack“ zeuge und jene „beleidige, die wenig oder nichts haben“. Beispiel für das lasterhafte Tun Maradonas war den frommen Journalisten die Maradona-Hochzeit im Jahre 1989 – Diamantringe waren in die Torte eingebacken worden – und die Lust des Kickers auf teure Autos. Selbst sein Trainer vom SSC Neapel wollte da nicht zurückstehen: „Ich stimme dem aus vollem Herzen zu.“

Jassir Arafat, 61, Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), ist nicht nachtragend, solange es um Zeitungskarikaturen geht. Der Karikaturist der französischen Tageszeitung *Le Monde*, **Plantu,** 39 (Foto), hatte dieser Tage eine Einladung des PLO-Führers zum Gespräch erhalten. Plantu war überrascht. Schließlich hatte er Arafat mit Ceauşescu verglichen, ihn ein anderes Mal mit der Entführung des italienischen Schiffs „Achille Lauro“ in Verbindung gebracht. Arafat beruhigte den Künstler: „Ich schätze selbst solche Karikaturen, die mich attackieren.“



Jaime Paz Zamora, 51, Präsident von Bolivien, stieß mit einer scheinbar großherzigen Geste auf Ablehnung. Der Staatschef wollte gemeinnützige bolivianische Organisationen mit einer 300 000-Dollar-Spende unterstützen. Doch die Journalistengewerkschaften, die zu den bedachten Institutionen gehören sollten, verschmähten die milde Gabe „aus Gründen der Berufsethik“. Und die katholische Tageszeitung *Presencia* verlangte von den karitativen Einrichtungen, die „aus Naivität oder Vorschnelligkeit“ bereits das Geld angenommen hatten, die Spende zurückzugeben. Das Geld, so war ruchbar geworden, stammte aus Drogengeschäften und war bei einer Razzia beschlagnahmt worden. Der bolivianische Innenminister Guillermo Capobianco wiegelte ab: Die Schenkung sei eine „Weißwaschaktion im guten Sinne des Wortes“.

REGISTER

GESTORBEN

Ernst von Siemens, 87. Bis zuletzt gebot er über ein Büro in der Siemens-Zentrale am Wittelsbacherplatz in München, die Möbel aus dem Barock, das Bild des Vaters im Rücken, das des Großvaters und Siemens-Gründers vor Augen. Ernst von Siemens formte den Konzern in der Nachkriegszeit, zunächst als Vorstandsvorsitzender (1949 bis 1956) und Aufsichtsratschef (1956 bis 1971), danach als einer der Familiensprecher. Er sorgte dafür, daß sich der Elektro-Riese nicht in andere Branchen einkaufte: „Man kann nicht alles gleichzeitig tun." Er sicherte über Mehrstimmrechts-Aktien den Einfluß des Clans, Kaufinteressenten wie den alten Flick ließ er abblitzen: „Da haben wir abgewinkt." Daß die Siemens-Zentrale heute in München sitzt, verdanken die Bayern dem Mann aus der dritten Siemens-Generation. Er war ein München-Fan, zeigte sich seinen Gästen gern in Trachtenhemd und Loden-Jackett. Ernst von Siemens starb am 31. Dezember in seiner Villa am Starnberger See.



◆

Friedel Hensch, 84. Frisch, fröhlich und wirklich nur ein ganz klein wenig frivol trällerte sie, schmissig begleitet von zwei strahlend-säuberlichen Smokinghelden, in den fünfziger Jahren ihre millionenfach verkauften Erfolgssongs wie „Was machst du mit dem Knie, lieber Hans", „Max, wenn du den Tango tanzt", „Die Fischerin vom Bodensee" oder Heino Gazes „Egon". Der Erfolg hatte in karger Zeit begonnen: Das Terzett „Friedel Hensch und die Cyprys" wurde 1945 auf der Bahnfahrt in einem Kohlenzug zwischen Schleswig und Hamburg ausgeheckt. Dort war die ehemalige Ballettänzerin aus Berlin mit zwei gerade dem Krieg entkommenen Soldaten Werner Cyprys (Gitarre) und Karl Geithner (Schifferklavier) unterwegs, auf der Suche nach einer Existenzmöglichkeit. Im „Trichter" auf der Reeperbahn hatten sie ihren ersten Auftritt. Spielfilme, Deutschland- und Europatourneen und mehr als 50 Fernsehsendungen folgten. Friedel Hensch starb am vergangenen Montag in Hamburg an den Folgen eines 1988 erlittenen Schlaganfalls.





Edmond Jabès, 78. Der französische Sprachphilosoph galt als Sprachabsolutist. Den Akt des Schreibens betrachtete er als einen „gemeisterten Gewaltakt", in dem sich konstruktive und zerstörerische Vorgänge verschränken. Zeit seines Lebens mit autobiographischen Bekenntnissen eher zurückhaltend, wurde trotzdem deutlich, wie sehr seine Werke auch mit seiner Lebensgeschichte verbunden waren. 1912 in Kairo als italienischer Staatsbürger und Sohn jüdischer Eltern geboren, wurde er französisch erzogen und arbeitete zunächst in dem von ihm verabscheuten Beruf eines Börsenmaklers, bis er Ägypten 1957 wegen seiner jüdischen Herkunft verlassen mußte. Seine sprachliche Identität bezog er aus dem Französischen, eine Heimat wurde ihm Paris jedoch nie. Antisemitische Schmierereien im Quartier Latin, das Trauma, nirgendwo dazuzugehören, beeinflußten sein schöpferisches Lebensziel, die Quintessenz seines Nachdenkens über das eine, das absolute Buch. Unter dem Titel „Vom Buch zum Buch" erschien eine Sammlung seiner schwer zugänglichen Werke 1989 auch in deutscher Sprache. Der Aphoristiker, Parabeldichter und Erzähler starb am vergangenen Mittwoch in Paris an Herzversagen.



URTEIL

Björn-Delf Hein, 28, Jurastudent, wurde vom Landgericht Freiburg wegen Totschlag und einer Vergewaltigung in Tateinheit mit sexueller Nötigung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von elf Jahren verurteilt. Hein hatte im April 1988 seine Kommilitonin Annette Störig ermordet und zwei andere junge Frauen vergewaltigt (SPIEGEL 39 und 51/1990). Das Gericht ordnete die Unterbringung des Angeklagten in einem psychiatrischen Krankenhaus an, da an seiner Gefährlichkeit kein Zweifel bestehe. Viele Fragen seien offen geblieben, so daß man auf einer „verhältnismäßig unzureichenden Grundlage" habe entscheiden müssen. „Beginnende Reue und Einsicht" seien im Schlußwort Heins zu erkennen gewesen. Zur Anordnung der Unterbringung sagte das Gericht dem Angeklagten: „Das ist ein Hilfsangebot für Sie, aber auch die Sicherung der Allgemeinheit, weil wir Sie so nicht auf die Menschheit loslassen können."

Unterm Strich zählt Sicherheit

Eins ist sicher: die moderne Informationsverarbeitung kann heute auf den Personal Computer nicht mehr verzichten. Liegt es da nicht nahe, die kleinen Rechner auch für Aufgaben des betrieblichen Rechnungswesens zu nutzen?

Doch leider wird der Großteil der dafür angebotenen marktüblichen Software den großartigen Möglichkeiten der Hardware nicht gerecht. Und schon gar nicht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB), die der Gesetzgeber in den §§ 238 ff. HGB und 145 ff. AO als verbindlich vorschreibt: Belegbarkeit, Buchung, Kontrolle, Datensicherung, Dokumentation, Prüfbarkeit, Aufbewahrung 6 bis 10 Jahre, Wiedergabe.

Vom Datenschutz ganz zu schweigen. Die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit all dieser Aufgaben trägt voll und ganz der Unternehmer.

Da ist gut dran, wer sich der Kompetenz eines Steuerberaters sicher weiß. Dieser erstellt jederzeit fachmännisch, pünktlich und zuverlässig die Buchführung und Bilanz des Unternehmens. Dabei helfen ihm die Programme der DATEV. Sie werden regelmäßig von unabhängigen Institutionen geprüft und mit uneingeschränktem Testat versehen.

So kann der Steuerberater seinem Mandanten eine einzigartige organisatorische Gesamtlösung zur Verfügung stellen, die die Vorteile des PC sicher mit der Leistungsfähigkeit und dem Service des DATEV-Rechenzentrums verbindet. Und immer allen – auch den neuesten – gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

So muß der Betriebsprüfer die Verarbeitung anhand fachgerechter Programmdokumentationen kontrollieren können. Auch nach einem Wechsel der Hardware oder des Betriebssystems. Auch nach 6 oder 10 Jahren noch. Und alle Buchungsdaten müssen in dieser Zeit immer verfügbar sein und wiedergegeben werden können.

Mit den DATEV-Programmen zum Rechnungswesen kann der Steuerberater ein auf den Betrieb ausgerichtetes Informationssystem von der Offenen-Posten-Verwaltung über die Kostenrechnung bis zur Warenwirtschaft erstellen. Viele Leistungsmerkmale sind in jüngster Zeit hinzugekommen, weitere werden entwickelt – selbstverständlich nach den aktuellen gesetzlichen Vorschriften.

Wenn auch Sie vor Überraschungen sicher sein und mehr über die Leistungen des Steuerberaters zum Rechnungswesen sowie die DATEV-Programme wissen wollen: Fragen Sie Ihren Steuerberater. Oder fragen Sie uns.

Die DATEV-Programme zum Rechnungswesen sind eine einzigartige organisatorische Gesamtlösung, die die Vorteile des PC sicher mit der Leistungsfähigkeit und dem Service des DATEV-Rechenzentrums verbindet. Und allen gesetzlichen Bestimmungen entspricht.



Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes in der Bundesrepublik Deutschland eG
Paumgartnerstraße 6–14
8500 Nürnberg 80
Telefon: (0911) 276-0
Telefax: (0911) 276-3196

MONTAG

22.00 – 22.30 Uhr. ARD.

Film-Palast

Die Bayern haben ihren Hollywood-Traum ausgeträumt. Von dieser Folge an ist der spröde NDR für das ARD-Kino-Magazin zuständig, und ab sofort gibt es daher keine Star-Moderatoren wie Sean Connery oder Faye Dunaway mehr. Statt dessen sollen mehr aktuelle Filme vorgestellt werden. Diesmal unter anderen „Grüße aus Hollywood", „Cyrano de Bergerac", Joseph Vilsmaiers „Rama dama" und „Die Affäre der Sunny von B.".

23.00 – 0.45 Uhr. ARD.

Tagebuch für meine Kinder

Das Fernsehen hat bei uns die ungarische Regisseurin Márta Mészáros mit Filmen wie „Adoption" oder „Die Erbschaft" bekannt gemacht. Nun macht uns die ARD mit dem Leben der Regisseurin bekannt. Sie sendet heute den ersten Teil der autobiographischen Tagebuch-Trilogie aus dem Jahr 1982, der vom Schicksal eines Waisenmädchens im Nachkriegs-Ungarn handelt. „Tagebuch für meine Lieben" folgt am 21. Januar, „Tagebuch für meine Eltern" am 4. Februar.



„Tagebuch"-Szene

0.20 – 2.00 Uhr. RTL plus.

Personal Service

Der Kölner Schmuddelsender muß um seinen Mitternachtsruf bangen: „Die Sexorgien haben mehr mit Tupperware-Partys zu tun als mit abgründiger Lust", befand der *SZ*-Kritiker über diese Puff-Geschichte von Terry Jones nach einem authentischen Londoner Fall. Doch das war durchaus lobend gemeint, denn die Bordell-Szenen der englischen Oberschicht bewegen sich „haarscharf am Rand des guten Geschmacks".



Kunde Collins, Diensthabende Walters

DIENSTAG

20.15 – 21.45 Uhr. ZDF.

Unsere Hagenbecks

Der zuständige ZDF-Redakteur Gerd Mechoff lamentiert schon vorab: „Es ist langsam zu einem Sport geworden, schöne Serien niederzumachen. Ich finde das sehr schade." Wirklich schade ist nur, daß das ZDF 90 Minuten Hauptsendezeit für einen Werbetrailer der neuen Vorabendserie braucht, in der sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen.

21.00 – 21.45 Uhr. ARD.

Kontraste

Geplant: Wie Westmanager die ehemalige DDR erobern; Sexclusiv – ein vormals marxistischer DDR-Verlag als Herausgeber von Pornomagazinen; Regierungskriminalität in der ehemaligen DDR.

22.25 – 0.00 Uhr. Eins Plus.

Der Mann mit dem stahlharten Blick

Mit diesem Film, den Pierre Granier-Deferre 1985 mit Jean-Louis Trintignant in der Hauptrolle drehte, startet der Kulturkanal eine 17teilige Werkschau des französischen Films aus den Jahren 1983 bis 1988.



Polizisten Trintignant, Wilson

23.00 – 23.25 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Süchtig geboren – die Crack-Babys von New York.

23.45 – 0.35 Uhr. Tele 5.

Holocaust (1)

Was vor der ersten Ausstrahlung 1979 in Deutschland als amerikanische Seifenoper abgetan worden war, entpuppte sich dann als wirkungsvollste dramaturgische Aufbereitung der Naziverbrechen, die je auf den deutschen Bildschirmen lief. Was die ARD – aufgrund eines Einspruchs aus Bayern – verschämt ins Dritte Programm abgeschoben hatte, bewegte Schulen, Arbeitskreise und die Medien dazu, eine lang verdrängte Diskussion über die eigene Vergangenheit zu führen. Doch schon bei der ARD-Wiederholung 1982 war alle Einsicht wieder verpufft. Nun kommt Marvin Chomskys Vierteiler seit letzter Woche jeden Donnerstag um 21.00 Uhr in neun Häppchen im Privatkanal Tele 5. Jeweils dienstags kurz vor Mitternacht gibt es die Wiederholung. Und im Anschluß an die erste Folge geht es heute gleich weiter mit der Gewinnshow „Ruck Zuck". So spielt eben das Leben.



Verfolgte Bottoms, Feldshuh

MITTWOCH

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Studio 1

Geplant: Kopfduell in Hessen – Eichel gegen Wallmann; Verkehrsinfarkt – die Lastwagenflut; Der Milliardenzug – ICE-Fahrt in die roten Zahlen?; DDR-Journalistenausbildung – das rote Kloster.

20.15 – 21.39 Uhr. ARD.

Dienstvergehen

Einmal wollte er einen Kommissar in einem Krimi spielen, jammerte Willy Millowitsch den Gratulanten bei seinem 80. Geburtstag vor. Und der WDR erfüllt nun dem Kölner Idol bereits zum zweiten Mal – und zum 82. Geburtstag – diesen Wunsch. Redakteurin Heidi Steinhaus will bei der Rüstigkeit des Rentners weitere Geburtstagsgaben nicht ausschließen.

22.00 – 22.50 Uhr. Nord III.

Ernst Lubitsch – Lektion in Kino

Das Werk des genialen Regisseurs wird seziert und analysiert – und das Ergebnis ist fast so vergnüglich wie eine Lubitsch-Komödie. Enno Patalas betrachtet die Filme nicht mit dem Ernst des Wissenschaftlers, sondern mit der Leidenschaft des Liebhabers, und er beweist, daß Lubitsch nicht nur lustig, sondern auch weise ist. Mit „Blaubarts achte Frau" startet Nord III am Donnerstag, 20.25 Uhr, eine siebenteilige Werkschau des Meisters.

DONNERSTAG

21.00 – 21.03 Uhr. ARD.

Der 7. Sinn

Seit 25 Jahren belehrt uns Egon Hoegens Stimme, wie wir uns richtig zu verhalten haben im Straßenverkehr. Daß die dröge Erziehungssendung auch nach 1000 Folgen zu den beliebtesten Sendungen des deutschen Fernsehens zählt, liegt weniger an der Einsicht des deutschen Bleifußfahrers als am Vergnügen am Crash. Redakteur Ebeler verspricht für die heutige Jubiläumssendung ein paar „allgemeine Gedanken zum 7. Sinn". Wenn er dabei nicht mindestens mit dem Kopf gegen die Wand rennt, werden die unfallgewohnten Zuschauer aber bitter enttäuscht sein.

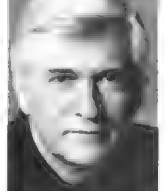
21.00 – 23.10 Uhr. Sat 1.

Die glorreichen Sieben

„Die Western-Adaption von Akira Kurosawas ‚Die sieben Samurai', der ein Film gegen japanische Traditionen war, markiert den Beginn des japanischen Zeitalters im Westen", schrieb Joe Hembus über diesen Film, den John Sturges 1960 drehte. Und als 1966 Frank Beyer „Die glorreichen Sieben" mit „Spur der Steine" adaptierte, begann für die DDR das amerikanische Zeitalter, das die Machthaber vergebens durch ein Verbot des Films noch aufhalten wollten.



Glorreiche Buchholz, Brynner



Bakojannis

23.00 – 0.20 Uhr. ARD.

Pavlos Bakojannis

Sieben Jahre lang, von 1967 bis 1974, solange in seiner Heimat die Militärjunta herrschte, machte Pavlos Bakojannis von München aus das Hörfunkprogramm für griechische Gastarbeiter in Deutschland. Die Obristen in Athen entzogen ihm dafür die Staatsbürgerschaft. Nach dem Sieg der Demokratie konnte er zurück in die Heimat und sich dort wieder politisch betätigen. Doch auch in der Demokratie fand er manches faul. So beteiligte er sich maßgeblich an der Strafverfolgung des Skandal-Premiers Andreas Papandreou. Am 26. September 1989 wurde Bakojannis von Terroristen erschossen. Thomas Schadt beschreibt das Leben eines Mannes, der sich der öffentlichen Sache verschrieben hatte.

FREITAG

22.10 – 22.50 Uhr. ZDF.

Aspekte

Geplant: Opernaufführungen in Amsterdam – „Die glückliche Hand" von A. Schönberg und „Neither" von M. Feldman; Otto Mühls Kommune auf dem Weg zum Wirtschaftsunternehmen.

23.20 – 1.00 Uhr. ZDF.

Keine Zeit für Heldentum

Nach sechs Jahren Pause bot dieser Film 1955 für Henry Fonda ein glänzendes Hollywood-Comeback. John Ford hatte darauf bestanden, daß Fonda die Hauptrolle in dieser Marine-Komödie auf einem Versorgungsschiff bekam. Was beide nicht daran hinderte, bei den Dreharbeiten in heftigen Streit zu geraten. Zum Schluß wurde Ford krank und mußte die Regie abgeben. Der Veteran Mervyn LeRoy sprang für ihn ein.



Held Fonda

23.50 – 1.40 Uhr. ARD.

Was?

„Ich hätte nie gedacht, daß dieser Film so vieldeutig wirkt, ich dachte, er wäre ganz simpel und klar", wunderte sich Roman Polanski beim Betrachten seines 1972 gedrehten Streifens mit Sydne Rome als schöner Amerikanerin, die sich der sexuellen Nachstellungen in Italien nicht so recht zu erwehren weiß. Die *Süddeutsche Zeitung* fand Polanskis Arbeit weniger vieldeutig, sondern einfach „vollkommen sinnlos".



Darsteller Rome, Mastroianni

SAMSTAG

19.30 – 20.15 Uhr. ZDF.

Insel der Träume

Beim ZDF ist ab sofort fürs Übersinnliche nicht mehr nur Kulturchef und Fernheiler Karl Schnelting zuständig. Wenn's der Einschaltquote dient, darf nun auch die Unterhaltungsabteilung spintisieren. Rolf Henniger befaßt sich als Privatgelehrter Satorius mit den magischen Kräften eines Wasserfalls, und das ZDF sieht zwölf Folgen lang naß aus.

SONNTAG

15.05 – 17.00 Uhr. ARD.

Bravo, Catrin

. . . wie du einfach so jung bleibst. Zum 60. Geburtstag macht die ARD dem alterslosen Showstar Caterina Valente ein besonders galantes Geschenk. Es wiederholt einfach die Jubiläumssendung, mit der vor fünf Jahren das 50jährige Bühnenjubiläum gewürdigt wurde. So bleiben auch die Gratulanten von Peter Alexander bis Max Greger richtig jugendlich, und nur das Fernsehen sieht alt aus.

21.55 – 22.25 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Geplant: Wie verkauft man die DDR? – Beobachtung bei der Treuhand; Die Asylanten-Schlepper – Geschäfte im Grenzbereich.

HOHLSPIEGEL

Keine Feile im Weihnachtsstollen

Bedrückendes Fest im Gefängnis

Aus den *Husumer Nachrichten*

◆

Aus der *Kölnischen Rundschau*: „Peter W. Schmitz traf im Rathaus der Kurstadt Bad Münstereifel den dortigen Bürgermeister Heinz Gerlach. Der meinte unter anderem, die Asylanten sollten im Industriegebiet in Containern untergebracht werden und die Kurgäste müsse man verwöhnen."

◆

Wir haben uns verlobt!

Roland Schindler

geadelt zum Freiherr von Hohenlohe und Landgraf zu Ratzeburg-Corvey

und

Prinzessin Anabella Jasmin Catharina Soraya von Hohenlohe

Baronesse von Hohenzollern-Hechingen und zu Ratzeburg-Corvey

haben sich am 24. Dezember 1990 in sozialer und historischer Verantwortung vor dem Erzbischof von Köln in der Schloßabtei auf Burgschloß Hohenzollern

das Versprechen zur Ehelichung gegeben.

Anzeige aus der *Süddeutschen Zeitung*

◆

Bahnhofsbuchhandel 40

Hermann Montanus gestorben · Wir gratulieren

Aus der Branchenzeitschrift *dnv – der neue vertrieb*



Anzeige aus den *Konstanzer Kultur-Blättern*: „Mehrere Zentner Koks (Brennmaterial) zu verschenken."

◆

Philosoph (84 Jahre alt) verschenkt seine Werke

1) Die Totalschau des Universums
2) Niemand stirbt wirklich
3) Jeder lebt ewig

Aus der *Juristen Zeitung*



Aus dem Informationsblatt der Humboldt Universität HU 12/13 – 1990/91: „Sozialistische Gesellschaft und Verfassung – eine konzeptionell akzentuierte Studie zu theoretischen Hauptaspekten der sozialistischen Verfassung als Grundgesetz."

RÜCKSPIEGEL

Zitat

Der Ost-Berliner SPD-Politiker und Theologe Richard Schröder in der *Frankfurter Allgemeinen* über den Verdacht gegen Lothar de Maizière, unter dem Decknamen „Czerny" für die Stasi gearbeitet zu haben (SPIEGEL 50/1990):

Wir müssen bei der Berichterstattung über Stasi-Vorwürfe genaueste Sorgfaltspflicht verlangen. Das Thema darf nicht nach den Marktgesetzen der Auflagensteigerung behandelt werden. Der SPIEGEL hat über den „Inoffiziellen Mitarbeiter" (IM) „Czerny" aus einer Akte der Stasi-Revisionskommission (ZAIG) zitiert: „Hinweise auf Dekonspiration gegenüber Kirche", und erläutert: „(im Stasi-Deutsch: Die Zielgruppe hegt keinen Verdacht gegen den IM)". Demnach würde dieser Satz „Czerny" als besonders zuverlässig empfehlen – also heute besonders belasten. Das Wort „Dekonspiration" besagt aber sowohl im Stasi-Deutsch wie allgemein das Gegenteil: die Revisionskommission hat peinlicherweise Hinweise darauf gefunden, daß „Czerny" gegenüber der „Zielgruppe" Kirche sich nicht konspirativ verhält. Diese Fehldeutung ist in der SPIEGEL-Redaktion bemerkt worden. Statt nun den Fehler korrekt und eindeutig richtigzustellen, heißt es in einer der folgenden Nummern unter Verwendung desselben ZAIG-Zitats: „‚Hinweise auf Dekonspiration gegenüber Kirche'. Möglicher Klartext: Es gab Grund zur Annahme, daß sich Czerny gegenüber jenen, die er bespitzeln sollte, als Stasi-Berichterstatter offenbart hatte." . . . ZAIG kritisierte zudem, daß für „Czerny" keine Einsatzkonzeption erarbeitet worden sei. Nach Auffassung des SPIEGEL heißt das im Klartext: „Der Rohdiamant ‚Czerny' . . . könne, geschickt und gezielt eingesetzt, zum funkelnden Stasi-Juwel werden." „Keine Einsatzkonzeption" kann aber auch heißen, was dasteht: keine Einsatzkonzeption, sondern bloß Gespräche, deren Inhalt die Stasi als Information verbucht und verwertet hat. Der Revisionsbericht führte – nach Darstellung des SPIEGEL – zur Degradierung von Hasse, weil seine Leute sich allzu wilde Aktionen gegen die Kirche erlaubt haben, bis hin zu Diebstahl und Erwägungen über Mordkomplotte gegen Pfarrer Eppelmann und Pastorin Misselwitz. Der Mann hat also selbst nach Stasi-Kriterien, die bekanntlich nicht gerade die feinsten waren, nicht korrekt gearbeitet, was seinen Wert als Zeuge nicht gerade hebt. Nach Hasse ging es „Czerny" bei seinen Kontakten mit der Stasi darum, „ein konfliktfreies Nebeneinander von Staat und Kirche zu ermöglichen" . . . Der SPIEGEL berichtet nichts davon, daß „Czerny" gegen jemanden, also zu dessen Schaden, gearbeitet habe oder auch nur gezielt eingesetzt worden ist.


CAMEL
Schon neu entdeckt?
TURKISH & AMERICAN
BLEND
CIGARETTES
Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

Der Sekt des Champagnerhauses Bricout.



Bricout Extra Trocken. Élaboré par Bricout S.A.

HDM-EGGERT